



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Die ‚Feuernacht‘ im Spiegel der italienischen  
Tagespresse: der Blickwinkel Italiens“

verfasst von / submitted by

Julia Mairunteregger

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, 2016 / Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 190 350 353

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Italienisch UF Spanisch

Betreut von / Supervisor:

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Gualtiero Boaglio

# Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung .....	1
2.	Theoretischer und methodologischer Zugang .....	9
2.1	Aufbau der Arbeit .....	9
2.2	Quellenkritische Überlegungen .....	11
2.3	Methodik.....	12
2.3.1	Forschungsstand .....	13
2.3.2	Untersuchungszeitraum und Auswahl der Texte.....	14
2.3.3	Analysegegenstand: der „Corriere della Sera“ und seine Position in der damaligen Zeitungslandschaft .....	14
2.3.4	Fragestellungen und Aufbau der Analyse .....	15
3.	Begriffliche Grundlagen: ein Überblick.....	19
4.	Südtirol als Spielball der Mächte: Vorgeschichte und Anbahnung der Attentate.....	23
4.1	Der Streit um Welschtirol: ein frühes Vorbild für Minderheitenpolitik im Wandel des aufstrebenden Nationalismus .....	23
4.2	Südtirol im ersten Weltkrieg und die Preisgabe bis zum Brenner.....	26
4.3	Südtirol im Faschismus: Diktatur und Italianisierung .....	28
4.4	Dableiben oder gehen? – Die Option .....	32
4.5	Das Gruber-De Gasperi-Abkommen .....	35
4.5.1	Es gärt in Südtirol: erneute Italianisierung und Ringen um die Erhaltung der kulturellen Identität .....	39
4.6	Verhärtung der Fronten: Zuspitzung in Bombenanschlägen und Einschaltung der UNO.....	42
4.6.1	Höhepunkt der „Feuernacht“ .....	44
4.6.2	Folgen der „Feuernacht“ .....	46
5.	Der italienische Anspruch auf Südtirol und dessen Motivation: die andere Seite .....	50

5.1	Nationalismus, Irredentismus und die Argumente für die Brennergrenze .....	50
5.1.1	Tolomei: „Der Mann, der das italienische <i>Alto-Adige</i> erfunden hat“ .....	52
5.1.2	De Gasperi als Schlüsselfigur und seine Weltanschauung .....	53
5.2	Die politische Positionierung Italiens von 1946 - 1961 .....	56
5.3	Gegner der Annexion und versöhnliche Töne von italienischer Seite .....	58
5.3.1	Meinungsbildung in intellektuellen Kreisen.....	58
5.3.2	Über die Feuernacht und die heutige Situation .....	60
6.	Auf den Spuren der öffentlichen Meinung: Darstellung der „Feuernacht“ im „Corriere della Sera“ im Juni 1961 .....	63
6.1	Analyse .....	64
7.	Conclusio.....	97
8.	Riassunto del lavoro .....	107
9.	Bibliographie .....	117
9.1	Monographien, Artikel und Sammelbände.....	117
9.2	Internetquellen, Zeitschriftenbände und Statistiken .....	121
9.3	Abbildungsverzeichnis .....	122
10.	Anhang .....	123
10.1	Artikel.....	123
10.2	Zusätzliche Informationen.....	146
10.3	Abstract.....	147

# 1. Einleitung

Als Italien zu den Feiern des 150. Jubiläums der *unità d'Italia* die öffentlichen Repräsentanten der Provinzen lud, lehnte das Land Südtirol dankend ab. Der damalige Landeshauptmann Luis Durnwalder begründete dies am 7. Februar 2011 folgendermaßen:

„Ich denke, es wird jeder verstehen [...], nachdem '150 Jahre Italien' für uns auch verbunden ist mit der erzwungenen Angliederung Südtirols an Italien, mit der Verweigerung der Selbstbestimmung nach dem Zweiten Weltkrieg oder der bewusst falschen Auslegung des Ersten Autonomiestatuts.“

Auf italienischer Seite stieß man damit selbstverständlich auf Kritik.<sup>1</sup> In der Tat wird das italienische Alpengebiet südlich des Brenners noch heute von einer Mehrheit an deutschsprachigen Personen bewohnt, welche die Geschichte ihrer Region noch nicht vergessen haben. Die Teilung des Landes in die Teile Nord-, Ost-, Südtirol und das Trentino<sup>2</sup> ist nach wie vor ein wunder Punkt für so manchen, obwohl die gesamte Region insgesamt als ein reiches Land gilt. Am wohlhabendsten ist das zu Italien gehörende Südtirol, welches mit einem Pro-Kopf-Einkommen von circa 31.000 Euro vor dem Bundesland Tirol mit 29.500 Euro liegt, dicht gefolgt von dem italienischen Trentino mit 28.000 Euro. Dieser Umstand ist bemerkenswert, da ersteres 27 % über dem EU-Schnitt liegt (Eurostat News Release 2007, S. 5f.).

Eine herausragende Sonderstellung nimmt Südtirol auch hinsichtlich der Demografie ein. Insbesondere die sprachliche Konstellation der Bevölkerung Südtirols zeigt seit der Annexion nach dem ersten Weltkrieg an Italien ein deutlich verändertes Bild: Bei der letzten Volkszählung nach Sprachgruppen vor dem Anschluss des Gebiets an Italien im Jahr 1910 lebten 2,9 % Italiener, 89 % Deutsche, 3,8 % Ladinier und 4,3 % anderer Sprachzugehörigkeit in der Region, während im Jahr 2011 24,5 % Italiener, 62,3 % Deutsche sowie 4,1 % Ladinier und 10,3 % Andere im Land lebten (vgl. Landesinstitut für Statistik Südtirol 2014, S. 120).

Über die Grenzen hinaus ist das Herz der Alpen für seine einmalige Landschaft und für seinen Qualitätstourismus bekannt, der vor allem im Winter bei den Reisenden punkten kann und einen enorm wichtigen Wirtschaftssektor für die gesamte Region darstellt. Außerdem ist das Gebiet reich an Wasserkraft und liegt inmitten von wichtigen Hauptverkehrswegen Europas

---

<sup>1</sup> [tirv1.orf.at/stories/497618](http://tirv1.orf.at/stories/497618), 15.09.2015

<sup>2</sup> Es ergeben sich folgende Eckdaten: In Nord- und Osttirol lebten im Jahr 2014 722.000 Personen bei einer Fläche von 12.600 km<sup>2</sup>, in Südtirol 516.000 bei einer Fläche von 7.400 km<sup>2</sup> und im Trentino 536.000 bei einer Fläche von 6.200 km<sup>2</sup> (Zahlen gerundet, [europaregion.info/de/zahlen-europaregion.asp](http://europaregion.info/de/zahlen-europaregion.asp), 15.09.2015).

gen Süden, welche sich hauptsächlich über die Brennerautobahn und die Europabrücke erstrecken. Als wesentlicher Bestandteil der Tiroler Wirtschaft galt aber auch die Landwirtschaft, die auf den historisch bedingten hohen Anteil des Bauernstands zurückzuführen ist, welcher aber keineswegs gleich geblieben ist: Seit einer Bestandsaufnahme im Jahr 1910 ist dieser von über 44 % im gesamten Gebiet auf 10 % in Nordtirol und auf 14 % in Südtirol gesunken. In Nord- und Osttirol ist die Landwirtschaft von Viehzucht geprägt, während Südtirol aufgrund von den höheren Temperaturen als Obstgarten Europas gilt: Jeder dritte Apfel Italiens und jeder zehnte Apfel Europas stammt aus Südtirol. Berühmt ist letzteres auch für seinen Wein, welcher 20 % des gesamtitalienischen Weinexports ausmacht. Heute ist Tirol vor allem in den Ballungszentren industrialisiert und es befinden sich viele erfolgreiche Industriebetriebe in Tirol (vgl. Forcher 2009, S. 389-405).

Im Folgenden wird ein Überblick über die wichtigsten historischen Ereignisse gegeben, die zur Trennung der Landesteile geführt haben (eine ausführliche Darstellung folgt in Kapitel 4): Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde Südtirol von Italien annektiert. Seit dieser Zeit und insbesondere während des Faschismus wurde durch diverse Italianisierungsmaßnahmen versucht, das Gebiet auch kulturell zu einem Teil Italiens zu machen. Nach Hitlers Machtergreifung erwarteten sich die Südtiroler eine Vereinigung der deutschen Völker, bei der auch sie dem deutschen Reich angegliedert werden hätten sollen. Diese Erwartungen wurden aber nicht erfüllt: Im Jahr 1939 spitzte sich der Konflikt in dem Vorhaben der „ethnischen Säuberung“ zu, wobei die deutschsprachigen Südtiroler im Zuge der sogenannten Option vor die Wahl gestellt wurden, im faschistischen Italien zu verbleiben oder sich in Nazi-Deutschland mit den anderen deutschsprachigen Völkern zu vereinen und auszuwandern. Vor allem durch die Unmöglichkeit der logistischen Umsetzung und auch durch das Einsetzen des zweiten Weltkrieges wurde der Massen-Exodus letzten Endes aber gestoppt und der Großteil wanderte nicht aus. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entschieden sich die Siegermächte erneut gegen die Südtiroler: Mit dem Gruber-De Gasperi-Abkommen wurde abermals der Anschluss an Österreich verhindert, wobei Österreich dieses Mal als Südtirols „Schutzmacht“ verankert wurde. Darüber hinaus wurde die Gleichberechtigung sowohl der Einwohner als auch der Sprachen Deutsch und Italienisch festgelegt, wodurch man sich eine Besserung der Situation erhoffte. Folglich ergriff 1948 fast ein Drittel der nach Deutschland bzw. Österreich Ausgewanderten die Möglichkeit der sogenannten Rückoption, welche die Rückwanderung nach Südtirol bedeutete. Die schwierige

Situation durch die Unterdrückung verbesserte sich mit dem Abkommen jedoch nicht wesentlich, weswegen ein Teil der Südtiroler zur „Notwehr“ aufrief, was in Bombenattentaten vorwiegend gegen die italienische Infrastruktur, insbesondere gegen Strommasten in der sogenannten „Feuernacht“ im Jahr 1961 seinen Höhepunkt fand. Ob dieser Rückgriff auf Gewalt zur Besserung der Situation beigetragen hat, gilt als umstritten. Denn erst nach der Vorlage des Problems bei der UNO und mit dem Inkrafttreten des sogenannten „Pakets“ im Jahr 1972 kam es schließlich zur erhofften und lange erwarteten, längerfristigen Entspannung der Situation. Erst 1992 folgte die Streitbeilegung mit Österreich und inzwischen hat sich die Autonomie Südtirols zu einem exemplarischen Modell für Minderheitenpolitik entwickelt.<sup>3</sup> Darüber hinaus wurde im Jahr 2011 die alte Einheit Tirols innerhalb der Europäischen Union auf gewisse Art und Weise wiederhergestellt: Die dreigeteilte Region tritt mit vereinten Kräften als sogenannte Europaregion „Tirol-Südtirol-Trentino“ auf und versucht, den gemeinsamen Kulturraum über die Grenzen hinweg über intensivierte Zusammenarbeit in Umwelt-, Verkehrs-, Wirtschafts- und sozialen Fragen zu stärken.<sup>4</sup> Laut dem Politologen Günther Pallaver sei das Vorhaben aber nach wie vor eher ein Experiment als Realität. Für die Südtiroler biete es eine Möglichkeit, die staatliche Souveränität zu erodieren, wobei das Trentino mehr als die anderen teilnehmenden Regionen wirtschaftliches und weniger kulturelles Interesse daran habe (vgl. Strobl 2015, S. 2).

Die historische Einheit Tirols hat über tausend Jahre bestanden (vgl. Stadlmayer 1965, S. 287) und Tirol war nie ein zwischen den Grenzen wechselndes Land, obwohl es stets seine wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu seinem Nachbarland Italien pflegte. Vielmehr war es schon seit dem Mittelalter stark im Deutschtum verankert, wobei selbstverständlich die sprachliche Zugehörigkeit bzw. Dominanz der deutschen Sprache über die Jahrhunderte nicht unbedeutend war. Ab dem 6. Jahrhundert wurde Tirol von den Bajuwaren unterwandert und nur in einigen Tälern konnte sich die rätoromanische, heute als ladinisch bezeichnete Sprachgruppe halten. Dennoch fühlte sich die rätoromanische Sprachgruppe über die Jahrhunderte als Tiroler und lehnte es ab, als die italienische Seite ihre Sprache als italienischen Dialekt definierte (vgl. Lill 2002, S. 11ff.). Auch ihre politische Gesinnung war durchaus kaisertreu und so wie im restlichen Tirol von pro-habsburgischem Bewusstsein und einer kulturellen Ausrichtung gen Norden gekennzeichnet (vgl. Forcher 2009, S. 291; Grote 2009, S. 41).

---

<sup>3</sup> [uibk.ac.at/zeitgeschichte/zis/stirol.html](http://uibk.ac.at/zeitgeschichte/zis/stirol.html), 30.12.2015

<sup>4</sup> [europaregion.info/de/willkommen.asp](http://europaregion.info/de/willkommen.asp), 15.09.2015

In Anbetracht verschiedener Kulturdenkmäler wie etwa gotische Schlösser, Burgen, Kapellen etc. im Gebiet des heutigen Südtirols lässt sich insgesamt feststellen, dass es fast durchwegs, bis auf vereinzelte Ausnahmen<sup>5</sup>, deutsch geprägt war. Man erkennt das heute noch an den in Tirol üblichen Holzgetäfelten Stuben, die auch dem süddeutschen Stil gleichen (vgl. Lill 2002, S. 11ff.). Die allgemeine kulturelle Prägung des Lands ist neben der klar tirolerischen Siedlungsform und der deutsch-alpinen Architektur auch an den typischen Tiroler Identitätsmerkmalen der Brauchtümer zu vernehmen: Beispielsweise die Trachten- und Schützenvereine, das Blasmusikkapellwesen oder auch der Tourismus, der nicht unwesentlich an dem „klischeehaften Geschichtsbewusstsein“, wie es Hans Haid bezeichnete, beteiligt war (zit. n. Gehler 1998, S. 204). Darunter versteht man die teils pseudohistorische Schaffung eines Landesbewusstseins durch Machttäger wie beispielsweise die Medien oder die Landesregierung.<sup>6</sup> Aufgrund dessen waren die politische Identitätsbildung und das kollektive Selbstverständnis in Tirol seit jeher durch einen Widerstand nach „außen“, Freiheitswillen und einem Ringen um politische Eigenständigkeit geprägt.<sup>7</sup> Bei einer Umfrage in den 80er Jahren hatte Nordtirol das am stärksten ausgebildete Landes- und am wenigsten ausgebildete Nationalbewusstsein, da sich ein Tiroler in erster Linie als Tiroler identifiziert. Erst im Anschluss daran kommt der Heimatort und an letzter Stelle Österreich (vgl. ebd., S. 204ff.). Dieses Faktum, das heute als innerpolitischer Umstand Österreichs angesehen werden kann, deutet ebenfalls auf das historisch tief verankerte Unabhängigkeitsbewusstsein, welches wahrscheinlich auch für die Südtiroler geltend gemacht werden kann.

Dieser Umstand hat sich vermutlich bis heute bei einem Großteil der Bevölkerung nicht grundlegend geändert. Der Südtiroler Landeshauptmann sagt beispielsweise am 19. September 2015: *„Wir sind Tiroler, das verbindet uns, wir sind schon ein besonderer Menschenschlag.“* (zit. n. Schramek 2015, S. 3). Außerdem sind die Wunden aus der Vergangenheit auch bei einem Teil der österreichischen Bevölkerung offenbar noch nicht geheilt und so mancher wünscht

---

<sup>5</sup> Beispielsweise die fürstbischöfliche Residenz in Brixen, die im Renaissancestil, als dieser in ganz Europa modern war, mit gotischen Elementen erbaut wurde und damit der allgemeinen trentinischen Tendenz in Richtung Süden folgte (vgl. Lill 2002, S. 13).

<sup>6</sup> Dazu gehören folgende Auffassungen: der Glaube, Tirol sei die „älteste Festlanddemokratie“; starke Religiosität, die sich in der Treue zum Glauben und dem Erbe der Väter im „heiligen Land Tirol“ äußert; „Bodenständigkeit“, welche von der großen Bedeutung des Bauernstands herrührt; die Hervorhebung vom Freiheitswillen durch die Ablehnung von Fremdbestimmung; der Kampf gegen „Bedrohungen“ von außen und Heldenmythen wie der vom Freiheitskämpfer Andreas Hofer (vgl. Gehler 1998, S. 204-207).

<sup>7</sup> Nicht zuletzt durch die stetigen Eigenständigkeitsbestrebungen in der tirolischen Geschichte verbreitete sich ein österreichisches Bewusstsein erst als Gegenreaktion auf das Dritte Reich (vgl. Lill 2002, S. 12). Und noch 1921 ergab beispielsweise ein Referendum in Tirol, dass man den Anschluss an das Deutsche Reich befürworte, um sich von Wien „frei“ zu machen (vgl. Gehler 1998, S. 208).

sich noch heute den Anschluss Südtirols an den österreichischen Staat, was sich besonders deutlich an folgender Begebenheit beobachten lässt: Entlang der Loferer Straße (B178) im Kleinen Deutschen Eck, welche die Landeshauptstadt Salzburg mit dem Pinzgau verbindet, zierte der aufgemalte Schriftzug „Ein Tirol“ seit etlichen Jahren eine Felswand. Im Spätsommer 2015 wurde dem Schriftzug die ursprüngliche Bedeutung genommen: Der Buchstabe „E“ im Wort „Ein“ wurde von Unbekannten übermalt, sodass die etwas einladendere Bezeichnung „In Tirol“ (siehe Foto) daraus entstand. Interessant ist hierbei, dass sich der Schriftzug eigentlich im Bundesland Salzburg in der Gemeinde Unken mit fast zwölf Kilometern Entfernung zur Grenze zum Bundesland Tirol befindet. Im Zuge der Recherchen im Rahmen dieser Arbeit wurde ein Telefonat mit dem Leiter der salzburgerischen Gemeinde Unken geführt. Aus diesem ging hervor, dass die Verantwortlichen dafür nicht bekannt seien. Ebenso unbekannt seien diejenigen, die sich mit dieser Änderung nicht abfinden konnten: Denn im Winter 2015 wurde in circa 150 Metern Entfernung der neue, wiederum „Ein Tirol“ lautende Schriftzug, in noch größeren Lettern mit roter Umrandung auf die Felswand aufgemalt (siehe Foto). Die Zuständigen der salzburgerischen Gemeinde gehen davon aus, dass es sich bei den Urhebern um eine Aktivistengruppe handelt, da sich derselbe Schriftzug auch im salzburgerischen Schwarzach-St. Veit auf einer Felswand befindet.



*Abb. 1: Alter Schriftzug an der Loferer Straße*



*Abb. 2: Neuer Schriftzug an der Loferer Straße*

An dieser Stelle möchte ich eine persönliche Erfahrung erwähnen, welche mich in meiner Jugendzeit in Tirol stets begleitete: 1985 wurde der Marsch "Dem Land Tirol die Treue" für Blasmusikkapellen veröffentlicht, der erst im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhundert aus Autoradios,

in Diskotheken<sup>8</sup> (sogar im salzburgischen Pinzgau, Anm. d. Verf.) und selbstverständlich auch auf Zeltfesten vermehrt erklang und vor allem bei der patriotischen Jugend zu einem Hit wurde. Erkennbar ist dieser Trend auch an den weit verbreiteten T-Shirts mit der Aufschrift „Tausche Wien gegen Südtirol“.<sup>9</sup> Angesichts dieser Tatsache stellt man sich die Frage, ob sich die Fans überhaupt über den Inhalt, vor allem der zweiten Strophe, bewusst sind. Der Text lautet wie folgt:

1. Ein Kranz von Bergen stolz und hoch erhoben  
umringt die Heimat, mein Tiroler Land.  
Die Gipfel strahlen hell in ihrem Glanze  
und leuchten weit von steiler Felsenwand.

Refrain:

|: Du bist das Land, dem ich die Treue halte,  
weil du so schön bist, mein Tiroler Land :|

2. Ein harter Kampf hat dich entzwei geschlagen,  
von dir gerissen wurde Südtirol.  
Die Dolomiten grüßen uns von ferne  
in roter Glut zum letzten Lebewohl.<sup>10</sup>

Inzwischen gilt das Lied als heimliche Hymne und spiegelt weitestgehend das bereits beschriebene kollektive Selbstverständnis vieler Tiroler wieder, welches oft patriotische Tendenzen innehat. Überdies wird die „schmerzliche Erfahrung“ der Teilung des Landes in der zweiten Strophe auf den Punkt gebracht. Aus eigener Erfahrung habe ich hierbei den Eindruck gewonnen, dass der Nordtiroler Geschichtsunterricht in keinerlei Hinsicht ein Bewusstsein dafür schafft. Meiner Erinnerung zufolge präsentierte man die wichtigsten historischen Fakten über die Südtirolfrage eher in der Form einer Zeittafel und man behandelte das Kapitel keineswegs in ausgedehnter Form, sodass vieles unklar blieb und man mit vielen Fragen zurückgelassen wurde.

Viele Fragen zum Thema sind autobiographischen Ursprungs. So fragte ich mich schon immer, warum einige Verwandte, die wir in Südtirol besuchten, dort verblieben sind. Man wunderte sich auch darüber, warum in Nordtirol jeder außer der unmittelbaren Verwandtschaft den Nachnamen als so sonderbar empfand. Man wusste zwar, dass der Vater in der Boznerstraße in der sogenannten „Neuen Heimat“ aufwuchs<sup>11</sup>, was auf seine Südtiroler Abstammung zurückzuführen ist. Was meine Großeltern aber letztendlich dazu bewogen hat, Südtirol zu verlassen,

---

<sup>8</sup> [tirv1.orf.at/stories/146728](http://tirv1.orf.at/stories/146728), 28.07.2015

<sup>9</sup> [tiroler-stickerei.at/Tirola/webshop/product\\_info.php?products\\_id=151](http://tiroler-stickerei.at/Tirola/webshop/product_info.php?products_id=151), 14.09.2015

<sup>10</sup> [tirv1.orf.at/stories/146728](http://tirv1.orf.at/stories/146728), 28.07.2015

<sup>11</sup> Umgangssprachlich werden diese vor Ort als Südtiroler- oder auch Hitlersiedlungen bezeichnet.

konnte bislang nicht auf zufriedenstellende Art und Weise beantwortet werden. Die Hintergründe lassen sich auch heute nicht mehr genau rekonstruieren: Fakt ist, dass meine bereits verstorbenen Großeltern Josef und Paula Mairunteregger (geb. Schönegger), die jeweils 1918 und 1920 im Pustertal bäuerlicher Abstammung geboren wurden, das Italianisierungsprogramm mit all seinen Schikanen (siehe Kapitel 4) seit der frühen Kindheit miterlebt haben müssen. So hatte die Großmutter sowohl gute Italienisch- als auch Ladinischkenntnisse und arbeitete längere Zeit, so wie viele andere Südtirolerinnen, als Haushaltshilfe bei einer italienischen Familie außerhalb Südtirols.

Im Zuge der Option 1939 beschloss man, „deutsch“ zu bleiben und auszuwandern. Aus Erzählungen ging hervor, dass es schließlich die Angst vor der „sizilianischen Legende“ war, die meine Großeltern veranlasste, zu gehen: Sie fielen dem Gerücht zum Opfer, dass die dableibenden Südtiroler nach Sizilien gebracht werden würden, sodass man in diesem Glauben das Herkunftsland verließ. Viele Familien wurden in dieser Zeit getrennt: Die Schwestern des Großvaters wanderten beispielsweise jeweils nach Vorarlberg und nach Linz aus, während seine Brüder in Südtirol blieben. Die Kernfamilie der Großmutter wanderte hingegen geschlossen und sprichwörtlich mit Hab und Gut nach St. Johann in Tirol aus. Letzteres ist noch heute an den traditionellen Tiroler Schränken, welche das Wohnzimmer zieren und aus Südtirol importiert wurden, erkennbar. Kurz nachdem man für Deutschland optiert hatte, wurde der Großvater sofort und wider aller Erwartungen eingezogen: Hitler kam die Option sehr entgegen, um den Mangel an Soldaten auszugleichen, was den meisten nicht bewusst war. Zur Heirat wurde er im Jahr 1944, als er bereits für Deutschland kämpfte, von der Front beurlaubt. Nach Ende des Kriegs verblieb er bis 1946 in französischer Kriegsgefangenschaft.

Die Wohnungssuche meiner Großmutter und später auch des Großvaters glich für mehrere Jahre eher einer Herbergssuche, da man nicht erwünscht war: Aufgrund der Verachtung der Südtiroler seitens der Nordtiroler, welche vermutlich unter anderem durch deren eigene Not aufgrund der Nachkriegszeit entstand, war es für sie fast unmöglich einen festen Wohnsitz zu erlangen und sie mussten in ungeheizten wohnungsähnlichen Behausungen leben. Und das, obwohl der Großvater, wie er selbst sagte, sechs Jahre lang Kopf und Kragen an der Front für das „Vaterland“ hinhalten musste. Nach diesen anfänglichen Schwierigkeiten hat der Großvater angeblich auch die Rückoption in Erwägung gezogen. Nachdem sich die Spannungen aber bereits gelegt hatten und sie es in Nordtirol recht gut hatten, unterließen sie dies.

Verwunderlich ist, weswegen sich die schwierige Situation der Südtiroler, die im Land blieben, im *secondo dopoguerra*, das heißt, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und mit dem Ende des Faschismus nicht wesentlich verbesserte. Die italienische Regierung hielt nämlich bis Anfang der 1960er Jahre in der Südtirolfrage an einer, aus österreichischer Betrachtungsweise repressiven Italianisierungspolitik fest: Die deutschsprachige Minderheit wurde in etlichen Belangen erheblich benachteiligt, was ihre Rechte folgeschwer minderte: Im Jahr 1952 beispielsweise machten Gesetzesänderungen Italienisch erneut zur alleinigen Amtssprache (weitere Details siehe Sektion 4.5.1). Damit wurde ein erbitterter Kampf um die eigene Identität, Sprache und die Rechte der Südtiroler entfacht, was 1961 in den Attentaten der sogenannten „Feuernacht“ gipfeln sollte. Weswegen die italienische Seite solange an einer derartigen politischen Führung festhielt, bleibt zumindest aus österreichischer Sichtweise auch bei einer etwas genaueren Auseinandersetzung mit dem Thema bis zu einem gewissen Grad unverstanden. Denn die deutschsprachige Geschichtsschreibung liefert dazu wenig Antworten und nimmt sich nur wenig dem Italienischen Blickwinkel an. Angesichts der sehr limitierten Verfügbarkeit von Literatur vor allem in italienischer Sprache lässt sich feststellen, dass der genannten Problemstellung bis dato verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit auf italienischer Seite geschenkt wurde. Es stellt sich hierbei also die Frage, was die Motive für eine solche diskriminierende Gesinnung der damaligen italienischen Minderheitenpolitik waren, und wie das Italianisierungsprogramm, vor allem nach dem zweiten Weltkrieg bis Ende der 50er Jahre, in der Öffentlichkeit gerechtfertigt wurde.

Von besonderem Interesse ist hierbei die kollektive Wirklichkeitskonstruktion in der italienischen Tagespresse, welche vermutlich eine Annäherung an die öffentlich herrschende Meinung erlaubt. Dies begründet sich darin, dass Zeitungen zu einem großen Teil für die Meinungsprägung verantwortlich waren und diese gleichzeitig bis zu einem gewissen Grad widerspiegelten. Die vorliegende Arbeit hat demnach das Ziel, die Meinungsbildung und die Reaktionen auf die Bombenanschläge mittels der Darstellung der „Feuernacht“, welche den ersten Gipfel des Identitätenkampfes darstellt, in der italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera“ zu skizzieren. Die „Feuernacht“ wird noch heute als das markanteste Ereignis der Tiroler Geschichte angesehen, welches die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf Südtirol gelenkt hat und die Problematik auf die Titelseiten der internationalen Presse brachte.

## **2. Theoretischer und methodologischer Zugang**

Der theoretische Teil der Arbeit bildet die Grundlage an Hintergrundinformationen, die für die adäquate Durchführung der Textanalyse notwendig sind. Im Nachfolgenden werden in diesem Sinne der Aufbau der Arbeit, quellenkritische Überlegungen sowie die Methodik der Analyse beschrieben:

### **2.1 Aufbau der Arbeit**

Das Kapitel 1 bietet neben der Einführung in die Thematik grundlegende Informationen zu den wichtigsten geschichtlichen Ereignissen, die zur Trennung der historischen Region beigetragen haben, um das Verständnis der darauffolgenden Angaben zu sichern. Außerdem kann darin die persönliche Motivation der Verfasserin, die Problemdarstellung und die Zielsetzung der Arbeit nachgelesen werden.

Der theoretische bzw. methodologische Zugang wird in Kapitel 2 näher beschrieben. Darin werden nicht nur die quellenkritischen Überlegungen beschrieben, sondern auch der relevante Untersuchungszeitraum, der Analysegegenstand, die Fragestellungen und der Aufbau der Analyse.

Die Hintergrundinformationen zur Analyse sind in zwei Abschnitte und insgesamt drei Kapitel gegliedert, wobei der erste Abschnitt aus Kapitel 3 und 4 besteht. In diesem Sinne bietet das Kapitel 3 einen Überblick über die wichtigsten begrifflichen Grundlagen, die das Lesen der darauffolgenden Kapitel erleichtern sollen. Das Kapitel 4 stellt die Entstehung der Problematik bis zu ihrer Eskalation dar. Das Unterkapitel 4.1 wird dem Ursprung des Konflikts im habsburgischen Tirol bzw. in den aufstrebenden Nationalismen beiderseits gewidmet. Das Unterkapitel 4.2 beleuchtet die Geschehnisse und die Unmöglichkeit, die Annexion an Italien zu verhindern, was wiederum für ein umfassendes Verständnis des Konflikts notwendig ist. Darauf folgt das Unterkapitel 4.3 zum Thema Faschismus, der die Italianisierungsmaßnahmen und die Unterdrückung der deutschsprachigen Minderheit auf die Spitze trieb und infolgedessen für die Anschläge sehr ausschlaggebend war. Die Option als dunkelster Abschnitt der Tiroler Geschichte findet sich im Unterkapitel 4.4. Anschließend wird die chronologische Aufarbeitung der Entstehung des Konflikts im Unterkapitel 4.5 mit dem Gruber-De Gasperi-Abkommen fortgeführt. Darin soll eine Antwort darauf gefunden werden, weshalb die deutschsprachige Minderheit

abermals nicht das Selbstbestimmungsrecht durchsetzen konnte und Österreich nur als Südtirols Schutzmacht gegenüber dem italienischen Staat festgemacht werden konnte. Auch wenn das faschistische Regime bereits abgesetzt war, führte Italien seine repressive Politik in gewissen Belangen, wie bereits in der Einleitung erläutert, weiter und es bahnte sich eine unermessliche Unzufriedenheit in der Bevölkerung an, was im Anschluss dargestellt wird. Das Hauptaugenmerk liegt auf den darauffolgenden Kapiteln: Schließlich kam es zu ersten Racheakten und es bildeten sich diverse Widerstandsbewegungen, welche erste Anzeichen der Eskalation waren und im Unterkapitel 4.6 beschrieben werden. Die beiden darauffolgenden Sektionen, welche die Feuernacht und deren Folgen beschreiben, beschäftigen sich unter anderem damit, ob die Gewalttaten auch eine Verbesserung der Situation für die Südtiroler bewirkten. Eine genaue Untersuchung der Vorkommnisse in der Zeit nach 1961 würde aber den Rahmen dieser Arbeit sprengen, weshalb auf eine vertiefte Darstellung verzichtet werden muss.

Der zweite Abschnitt der theoretischen Grundlagen im Kapitel 5 befasst sich mit dem italienischen Standpunkt. In diesem Sinne wird im Unterkapitel 5.1 auf den italienischen Irredentismus und Imperialismus und die sich daraus ergebenden Argumente für die Brennergrenze eingegangen. Hierbei werden die Biographien der beiden italienischen Schlüsselfiguren der Südtirolfrage, Ettore Tolomei und Alcide De Gasperi, ins Auge gefasst, was nicht unbedeutend dafür ist, ein tiefgreifendes Verständnis ihrer Taten und in weiterer Folge des italienischen Standpunkts und dessen Argumentation zu erhalten. Von besonderem Interesse ist natürlich auch die Haltung der italienischen Regierung bis zum Jahr 1961, welche im Unterkapitel 5.2 aufgearbeitet wird, damit eine erste Annäherung an die italienische Rechtfertigung aus politischer Sicht geschehen kann. Zu guter Letzt wird im Unterkapitel 5.3 ein Blick auf die Gegner der Annexion und bedeutende Personen geworfen, die Verständnis für die Probleme der deutschsprachigen Südtiroler aufbrachten, was ebenfalls ein Aspekt der Denkweise in der italienischen Öffentlichkeit zeigt. Die letzte Sektion des theoretischen Teils nimmt sich bedeutenden Äußerungen zur Feuernacht an und beleuchtet kurz die öffentliche Meinung der Italiener aus heutiger Sicht. Im Zuge dessen soll ein Bild bzw. ein Ausgangspunkt der bei den Bürgern verbreitenden Ansichten gezeichnet werden, was essentiell für den darauffolgenden analytischen Teil der Arbeit ist.

Das Kapitel 6 beginnt zunächst mit Informationen zur grenzübergreifenden medialen Bewertung der terroristischen Aktivitäten in Südtirol vor allem in den Folgejahren der Feuernacht. Darauf folgt der analytische Teil der Arbeit in Unterkapitel 6.1, in welchem versucht wird, sich anhand der Darstellung der Feuernacht in der italienischen Zeitung „Corriere della Sera“ und

der daraus resultierenden Wirklichkeitskonstruktion und Meinungsmache an die öffentliche Meinung Italiens anzunähern.

Das Resümee enthält eine Zusammenfassung der Ergebnisse entsprechend den Fragestellungen aus der Analyse und das Fazit. Feststellungen zu offen gebliebenen Fragen sowie ein Ausblick beschließen die Arbeit.

## **2.2 Quellenkritische Überlegungen**

Es gilt als unumstritten, dass es der Historiographie oft an einer multiperspektivischen Sichtweise fehlt, da sie sich oft nach den Interessen des eigenen Kulturraums ausrichtet. Aus diesem Grund wurde bei der Literatursauswahl für den theoretischen Teil darauf geachtet, dass mittels Grundlagenwerke eine historische Realität konzipiert wird, die sich nicht nur aus einem staatsgeschichtlichen Blickpunkt der Narration annimmt. Vor allem wurde darauf Wert gelegt, insbesondere auch auf Literatur von Autoren zurückzugreifen, die keine patriotisch emotionale Bindung an Tirol, Südtirol oder Italien haben. Verwiesen werden soll hierbei auf die aktuellen Hauptwerke der deutschen Historiker Rudolf Lill, Georg Grote und Rudolf Steininger, die ihren Blick als Nicht-Österreicher als neutral sehen. Erwähnt seien auch der Innsbrucker Historiker Michael Gehler und der Bozner Journalist Hans Karl Peterlini, welche versucht haben, aus einem kritischen und auch durchwegs neutralen Blickwinkel die Standpunkte dieser Werke in ihre Texte aufzunehmen und zusammenzufassen.

Anders sieht die Quellenlage auf italienischer Seite aus. Der Vielzahl an bekannten deutschsprachigen Autoren steht die Problemdarstellung auf italienischer Seite mit einer nur spärlichen Anzahl an Publikationen gegenüber. Dieser Umstand erschwert die Darstellung des italienischen Gesichtspunkts und es muss auch an dieser Stelle auf die Werke der schon genannten Autoren zurückgegriffen werden.

## 2.3 Methodik

Als Analysemethode wird im Nachfolgenden ein Leitfaden für eine Inhaltsanalyse erstellt, die sich an den Prinzipien der Kritischen Diskursanalyse (KDA) orientiert und dadurch eine Annäherung an die öffentliche Meinung gestattet. Sie hat sich aus der Inhaltsanalyse entwickelt und fragt nicht nur danach, *was* Zeitungen über bestimmte Themen schreiben, sondern insbesondere auch *wie* sie darüber schreiben. Die Kritische Diskursanalyse zielt außerdem darauf ab, eine Auswirkung auf die gesellschaftliche Praxis zu haben. Diese äußert sich beispielsweise in sozialen Ungleichheiten, Vorurteilen oder Diskriminierungen, welche vor allem auch in den Medien transportiert werden (vgl. Richardson 2007, S. 20-26). Die Methode unterliegt den folgenden Prinzipien, die der Analyse zugrunde gelegt werden:

- Die KDA beschäftigt sich nicht mit Sprachverwendung an sich, sondern mit dem sprachlichen Charakter sozialer Prozesse und Strukturen.
- Sie untersucht Machtverhältnisse im Diskurs und auch die Macht über den Diskurs.
- Die Gesellschaft wird einerseits vom Diskurs geformt, und andererseits stellt sie ihn selbst dar. Jede sprachliche Handlung reproduziert oder transformiert die Kultur und die Gesellschaft.
- Sprachgebrauch kann auch ideologisch sein, was sich in der Interpretation, Rezeption und den Auswirkungen auf die Gesellschaft äußert.
- Diskurse sind historisch bedingt und können nur in ihrem Kontext verstanden werden. Die Bedeutung einer Aussage muss daher situativ eingebettet werden.
- Die KDA basiert auf der Interpretation und Auslegung von Texten, die sich auf soziale Bedingungen, Ideologie und Machtverhältnisse der Textproduktion stützen (vgl. ebd., S. 26f.).

Das große Ziel der KDA ist demnach, die Demokratisierung durch egalitäre und liberalere Diskurse voranzutreiben. Es sollte das Bewusstsein dafür gestärkt werden, dass Diskurse ungleiche Machtstrukturen einer Gesellschaft widerspiegeln und dass letztere auch gleichzeitig in der sozialen Reproduktion bzw. in ihrem Handeln an diesen Diskursen teilnimmt (vgl. Jørgensen/Louise 2002, S. 88). Vor allem dem medialen Diskurs, der durch journalistische Tätigkeit hervorgebracht wird, wird besonders großes Potential hinsichtlich des ideologischen Gehalts zugeschrieben, da Zeitungspublikationen oft als Schnittstelle zwischen Politik und Bevölke-

rung gelten: Sie finden oft Erwähnung in politischen Diskussionen und umgekehrt, und erreichen durch ihre oftmals große Reichweite eine beträchtliche Leserschaft (vgl. Cotter 2001, S. 416f.). Vor allem die letzten beiden Grundsätze bilden die Basis für die Erstellung des Analyseleitfadens, da die nachfolgende Untersuchung in erster Instanz darauf abzielt, die Ideologie bzw. Machtstrukturen hinter dem Textkorpus zu erkennen.

Der Analyseleitfaden richtet sich darüber hinaus auch nach den Prinzipien aus dem berühmten Modell von Norman Fairclough. Für ihn bezieht sich der Begriff *Diskurs* auf den Sprachgebrauch als soziale Praxis. Jede sprachliche Handlung gilt hierbei als *Diskurs*: Sei es ein Gespräch an einer Kassa, eine Akte oder ein Brief. Sie alle wiederholen und formieren den Diskurs (vgl. ebd., S. 66f.). Dem Text selbst schreibt er drei Dimensionen zu:

- den *Text* selbst (Schriftstück, Bild oder eine Kombination daraus),
- die *diskursive Praxis* (Produktionsbedingungen, Interpretation oder auch Konsumation des Texts)
- und die *soziale Praxis* (sämtliche Kommunikationsereignisse).

Diese Dimensionen beeinflussen sich gegenseitig: So wird die Textproduktion etwa vom Kontext der Entstehung und den Produktionsbedingungen beeinflusst, und die Meinung der Konsumenten wiederum vom Text (vgl. Richardson 2007, S. 37; Jørgensen et al. 2002, S. 69). Im Sinne der *diskursiven Praxis* muss sich die nachfolgende Analyse auf die Informationen über die politische Positionierung des Mediums und dessen Konsumationsreichweite beschränken, da sich darüberhinausgehende Details der Produktionsbedingungen kaum rekonstruieren lassen (siehe Sektion 2.3.3).

### 2.3.1 Forschungsstand

Die aktuelle Literatur zur Feuernacht beschränkt sich im Bereich der Medienanalysen hinsichtlich der zeitlich unmittelbar darauffolgenden Berichterstattung größtenteils auf die Zeitung „L’Adige“, welche, wie der Name schon sagt, keine nationale Reichweite hatte, sondern die Regionalzeitung des Trentino-Alto Adige war bzw. ist.<sup>12</sup> Aus diesem Grund wird ein Blick auf die mediale Darstellung der Feuernacht in der über ganz Italien verbreiteten Tageszeitung „Corriere della Sera“ geworfen, was das Thema aus einem anderen Gesichtspunkt beleuchtet.

---

<sup>12</sup> [ladige.it/](http://ladige.it/), 20.08.2015

### **2.3.2 Untersuchungszeitraum und Auswahl der Texte**

Der Untersuchungszeitraum betrifft die unmittelbar auf die Feuernacht folgenden Wochen vom 13. Juni 1961 bis zum 31. Juni 1961, da anzunehmen ist, dass in diesem Zeitraum die intensivste Auseinandersetzung mit der Feuernacht stattfand. Dies ist an der großen Anzahl an Publikationen zum Thema im entsprechenden Zeitraum erkennbar: Es wurden 53 Texte veröffentlicht, die sich ausschließlich mit dem Thema beschäftigten. Davon wurde ein repräsentativer Schnitt von 15 Texten ausgewählt, die besonders exemplarisch für den Diskurs sind: Hauptauswahlkriterium waren rekurrierende thematische Elemente, die sich durch den gesamten Diskurs ziehen sowie Argumentationsmuster, die den italienischen Standpunkt besonders gut illustrieren. Außerdem waren damals die Ausgaben von Donnerstag und Sonntag die am meisten gelesenen (vgl. Murialdi 1978, S. 231), was nicht unbedeutend für die Auswahl der Texte ist: Es ist davon auszugehen, dass die an diesen Tagen erscheinenden Artikel besondere Auswirkung auf die Öffentlichkeit hatten, weshalb auf diese besonders Acht gegeben wird. Es wird außerdem darauf geachtet, dass sowohl Chronik-Artikel als auch meinungsäußernde Kommentare über die Problematik untersucht werden, da sich daraus ein detaillierteres Bild der öffentlichen Meinung bzw. der „Meinungsmache“ skizzieren lässt.

### **2.3.3 Analysegegenstand: der „Corriere della Sera“ und seine Position in der damaligen Zeitungslandschaft**

Die Grundlage des Analysekorpus bildet die aktuell meist gelesene Tageszeitung Italiens, welche diesen Status schon im Jahr 1961 inne hatte (vgl. Murialdi 1976, S. 10; Murialdi 1978, S. 230), da davon auszugehen ist, dass diese durch ihre Reichweite einen besonders großen Einfluss auf die öffentliche Meinung nahm. Der „Corriere della Sera“ wurde in Mailand gegründet und gehörte von Anfang an zu politisch unabhängigen, sich selbst finanzierenden Zeitungen. Dennoch verkündete er schon in der ersten Ausgabe 1876, dass er sich in der konservativ-moderaten Linie einordnet. Die Zielgruppe war das neuentstandene, industrielle und städtische Bürgertum (vgl. Moroni 2005, S. 28). Letzterer Umstand sollte sich bis in die 60er Jahre nicht ändern: Als die „Ära De Gasperi“ in den 50er Jahren noch im Gange war, versuchte der im Jahr

1952 neu eintretende Chefredakteur Mario Missiroli<sup>13</sup> der Zeitung, Modernisierungen vorzunehmen. Er erkannte schnell, dass dies schwieriger war, als gedacht: Für ihn waren die Industriellen die wahren Inhaber der Zeitung und folglich unterließ er Änderungen weitestgehend (vgl. Murialdi 1978, S. 231). Die politische Positionierung der Gazette sollte sich bis in die letzten beiden Jahrzehnte ebenfalls nicht ändern. Erst dann begann man, in Richtung links von der politischen Mitte bzw. dem Establishment abzurücken.<sup>14</sup>

### 2.3.4 Fragestellungen und Aufbau der Analyse

Die Analyse einer sprachlichen Handlung betrifft folgende Ebenen: Die Ebene der schon genannten diskursiven Praxis, die Ebene der sprachlichen Äußerung und schließlich die Ebene der Frage, ob diese die bestehende Diskursordnung wiederholt oder restrukturiert und welche Konsequenzen das auf die soziale Praxis hat. Da es unüblich und auch schwierig ist, die drei Dimension separat zu analysieren (vgl. Jørgensen et al. 2002, S. 81), ergeben sich in Anbetracht der Thematik folgende Forschungsfragen als Leitfaden zur Analyse, welche sich an Richardson orientieren:

- Wird zwischen Kommentar und objektiver Berichterstattung klar getrennt?

In erster Instanz wird hierbei versucht, bei jedem Artikel die jeweilige journalistische Textsorte wie etwa Kommentar oder Bericht auszumachen und festzulegen. In weiterer Folge wird der Text auf Abweichungen zur jeweiligen journalistisch traditionellen Darstellungsform untersucht. Eine Abweichung wäre zum Beispiel eine wertende Passage in einem Bericht, der sich aufgrund seiner Gattungskonventionen jeglicher wertenden Haltung entziehen müsste.

- Wie werden die Fakten dargestellt?

Hierbei geht es in erster Linie darum, bestimmte Aspekte linguistischer Natur zu identifizieren. Dabei handelt es sich erstens um das Ausweisen von emotionaler Sprache in den Artikeln, die in objektiven Berichten ja eigentlich gemieden werden sollte. Von Interesse ist zweitens auch die Verwendung von Passivstrukturen, da diese zum Beispiel

---

<sup>13</sup> Er blieb in seiner Position bis zum Oktober 1961. Er galt als einer der besten Kenner der De Gasperi-Politik und des in Verruf gekommenen Zentralismus (vgl. Murialdi 1976, S. 9).

<sup>14</sup> Man zielte darauf ab, sich gegen das ehemalige mitte-rechts Lager Berlusconi zu stellen ([news.bbc.co.uk/2/hi/europe/4373775.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/4373775.stm), Stand 2006, 26. 08. 2015).

besonders aussagekräftig bei Schuldzuweisungen bzw. dem Verschweigen von Urhebern sein können. Selbstverständlich liegt drittens auch ein Fokus auf der Wortwahl bzw. den Konnotationen, da diese ebenfalls höchst aufschlussreich für die Ideologie hinter den Texten sein können.

- Werden Personen bzw. die Attentäter charakterisiert? Wenn ja, auf welche Art und Weise werden sie charakterisiert und welche vorurteilhaften Inhalte werden durch explizite oder implizite Zuschreibungen vermittelt?

Hierbei ist davon auszugehen, dass die Attribute, die für die Attentäter verwendet werden, wahrscheinlich besonders viel Aufschluss über den italienischen Standpunkt bieten können.

- Werden die Ziele oder die Beweggründe der Attentäter thematisiert? Wenn ja, in welchem Ausmaß?

Angesichts der Thematik ist die Frage nach der Darstellung der Ziele bzw. Beweggründe der Attentäter zentral, da sich daraus das Ausmaß an Information über die Situation in Südtirol, welches der italienischen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wurde, bis zu einem gewissen Grad abschätzen lässt.

- Welche impliziten oder auch expliziten Botschaften haben die Artikel?

Diese Fragestellung zielt auf die Interpretation der Artikel und den Effekt der Darstellung im „Corriere della Sera“ auf die Bevölkerung ab. Hierbei lässt sich nämlich weitestgehend eruieren, welche den Artikeln zugrundeliegende Ideologie hauptsächlich vermittelt wurde.

- Welche Personen werden in Direktzitatzen erwähnt und warum?

Aus dieser Beobachtung können wichtige Informationen über die Befürwortung bestimmter Standpunkte oder politischer Strömungen gewonnen werden.

- Welche Institutionen (Parteien, Regierungen etc.) werden unterstützt oder kritisiert?

Hierbei wird der Frage nachgegangen, ob der „Corriere della Sera“ einen politischen Standpunkt hinsichtlich der Südtirolfrage unterstützt und wenn ja, welchen, da dies sehr bedeutend für die Auswirkung der Texte auf die öffentliche Meinung sein kann.

- Gibt es Fakten, die außer Acht gelassen bzw. anders als in der Geschichtsschreibung dargestellt wurden?

An dieser Stelle wird ein Konnex zwischen den theoretischen bzw. historischen Hintergrundinformationen und der Berichterstattung erstellt, um etwaige Falschdarstellungen aufzuzeigen. Außerdem wäre ein etwaiges gezieltes Verschweigen von Informationen ebenfalls aussagekräftig für eine beabsichtigt verfälschte Wirklichkeitsdarstellung durch das Medium.

- Welche (impliziten) Argumentationsstränge lassen sich erkennen?

Selbstverständlich kann auch über die Reihe der verwendeten Argumente in der Zeitung auf die Diskursausrichtung und die daraus resultierende Meinungsbildung in der Öffentlichkeit geschlossen werden.

- Befinden sich Wiederholungen innerhalb eines Artikels oder in mehreren Artikeln?

Die Frage nach dominierenden Elementen in den Texten ist ebenfalls von Relevanz, da sie Aufschluss darüber gibt, welche Informationen bzw. Themen für die Macher der Zeitung als besonders wichtig zur Weitergabe empfunden wurden. Rekurrierende Elemente haben vermutlich auch ein höheres Potential, die öffentliche Meinung in einem hohen Maß zu prägen.

- Gibt es ein kollektives „Wir“ oder ein „Sie“? Wer wird als „Wir“ dargestellt und wer als „Sie“?

Nicht unbedeutend für die Auswirkung auf die Leserschaft ist eine Differenzierung zwischen „uns“ und den „anderen“, da eine solche Abgrenzung von Bevölkerungsgruppen ein Entstehen eines Feindbilds erleichtert. In der Darstellung von diesem nationalstaatlichen Konflikt ist dieser Umstand wesentlich.

Aus den vorhergehenden Angaben ergibt sich folgende Vorgangsweise für die Analyse:

### *1. Kurzbeschreibung des Inhalts und visuelle Darstellung (Umfang)*

Als erstes wird bei der Durchführung der Analyse kurz beschrieben, worum es im Text geht, um das Verständnis der darauffolgenden Ausführungen zu erleichtern. Als nächstes wird die graphische Darstellung untersucht (vgl. Jørgensen et al. 2002, S. 68f.), da diese auf die Bedeutung, welche einer Thematik eingeräumt wird, hinweist. Da die Kommentare alle dasselbe Layout teilen und nicht bebildert sind, wird stattdessen auf deren Umfang geachtet. Folgende Fragestellungen werden dabei beachtet:

- Auf welcher Seite und in welcher Position befindet sich der Text? Wird er von einem Bild begleitet?
- Welche Länge hat der Kommentar?

### *2. Inhaltliche Aspekte*

Beim nächsten Schritt wird versucht, inhaltliche Besonderheiten und etwaige Auffälligkeiten im Zuge der Beantwortung des definierten Fragenkatalogs aufzudecken und aufzuschlüsseln.

Die Ergebnisse werden abschließend in der Konklusion (siehe Kapitel 7) zusammengefasst. Hierbei werden die ideologischen Auswirkungen der Texte aus den Resultaten der Einzelanalysen extrahiert und interpretiert. Es soll eine Antwort darauf gefunden werden, inwiefern die Berichterstattung die öffentliche Meinung beeinflusst und konstruiert hat.

### 3. Begriffliche Grundlagen: ein Überblick

Die folgenden Angaben bieten eine Auflistung der Schlüssel-Termini inklusive grundlegender Informationen zum Thema, welche das Lesen der darauffolgenden Kapitel erleichtern soll.

**Südtirol:** Die geographische Bezeichnung „Tirol“ betraf bis zu seiner Trennung nach dem 1. Weltkrieg das habsburgische bzw. österreichische Kronland vom Karwendelgebirge bis zum Gardasee. Als „Südtirol“ hingegen wurde bis ins späte 19. Jahrhundert der italienische Teil des heutigen Trentino bezeichnet (vgl. Corsini 1980, S. 839).<sup>15</sup> Gegen 1900 veränderte sich der Begriff aufgrund des aufkommenden Tourismus und betraf zunehmend die Gebiete, die wir heute darunter verstehen, also die Täler südlich des Alpenhauptkamms, da das Präfix „Süd“ werbewirksamer erschien – mit Erfolg, wie sich später herausstellte. Um sich vom überwiegend italienischsprachigen Trentino abzugrenzen, fügte man „Deutsch-Südtirol“ hinzu, obwohl diese Kreation nie wirklich Akzeptanz im sprachlichen Gebrauch fand. Dennoch behielt der Begriff „Tirol“ lange seine Hoheit über alle anderen (vgl. Heiss 2000, S. 87ff.). Im Nachfolgenden wird der Begriff durchwegs im heutigen Sinne verwendet.

**Alto-Adige:** Die Übersetzung für Südtirol, sofern man von einer solchen sprechen kann, lautet bekanntlich nicht „Tirolo del Sud“, sondern „Alto-Adige“. Auf Deutsch wiederum bedeutet das Hoch- oder Oberetsch-Region, was schließlich als Tiroler-Etschland ins Deutsche übersetzt wurde. Das Wort „Adige“ bezieht sich auf den namensgebenden Fluss Etsch, welcher die „naturgegebene“ Grenze zwischen Nord- und Südtirol darstellt. Diese unterschiedlichen Begrifflichkeiten sind selbstverständlich kein Zufall, sondern Spiegel der verschiedenen Macht- und Besitzansprüche und der entgegengesetzten geografischen Auslegung (vgl. Romeo 2000, S. 149f.): Nach der Annexion von 1919 wurde beispielsweise im August 1923 das Verbot des Namens Tirol in allen seinen Formen wie etwa Südtirol oder (Süd-)Tiroler veröffentlicht. Als Ersatz wurden Oberetsch und Etschländer vorgeschlagen (vgl. Steininger 1997, S. 273). Bei der in die Geschichte eingehenden Massenkundgebung in Sigmundskron im Jahr 1958, welche anlässlich der Forderung eines eigenständigem Autonomiestatuts unter dem Namen „Los von

---

<sup>15</sup> Demnach kann auch der von den Tirolern so heroisierte Freiheitskämpfer Andreas Hofer nicht als Südtiroler bezeichnet werden, da es dieses als solches noch nicht gab (vgl. Forcher 2009, S. 9).

Trient“ (siehe unten) ins Leben gerufen wurde, übersetzten die Südtiroler selbst wiederum Südtirol als „Tirol del Sud“ und forderten dieses als selbstständige Region ein (vgl. Gatterer 1975, S. 539), was deutlich auf die ideologischen Spannungen hinweist. In der italienischen Öffentlichkeit hat sich darüber hinaus seit dem Ende der 70er Jahre neben den bisher geläufigen Begriffen *altoatesino* oder *atesino* die Bezeichnung *sudtirolese* mit der möglichen Beifügung *di lingua tedesca* für deutschsprachige Südtiroler verbreitet. Auch der Begriff *Sudtirol* tauchte im allgemeinen Sprachgebrauch auf. Mit dem bereits erwähnten Paket und dem zweiten Autonomiestatut 1972 wurde auch die Bezeichnung „Südtirol“ auf Deutsch zur offiziellen Bezeichnung des Territoriums (vgl. Romeo 2000, S. 149f.).

**Welschtirol und Trentino:** Als „Welschtirol“ bezeichnete man den italienischen Teil Tirols, der bis 1803 ein vertraglich verbündetes Fürstentum von Tirol war und vom Trienter Bischof eigenständig regiert wurde. Auch nach der Auflösung und Eingliederung der geistlichen Fürstentümer in Tirol wurde die Bezeichnung für das Trentino im deutschen Sprachgebrauch beibehalten. Die Bezeichnung „Trentino“ wurde überdies in Zeiten des Nationalismus als geographische Direktübersetzung des Slogans „Los von Innsbruck“ (siehe unten) gesehen und deswegen wurde nur „Welschtirol“ oder „Südtirol“ im offiziellen Bereich verwendet (vgl. Forcher 2009, S. 9f., 290, 430). Auf Südtirolerisch und auch stellenweise auf Tirolerisch ist die Denotation der „Walschen“, womit man Italienischsprachige bezeichnet, noch heute existent, wobei die Konnotation sehr ins Negative tendiert und als abwertend gilt.

**Der Brenner:** Die Brennerpass bzw. die Linie des erhöhten Gebirgsrelief entlang des Brenners und des Reschenpass bildet die politische Grenze zwischen Österreich und Italien (vgl. Grote 2009, S. 31).

**Salurner Klaus:** Die Talverengung der Salurner Klaus stellt gleichzeitig den südlichsten Punkt des deutschen Sprachraums dar und deckt sich fast genau mit der Sprachgrenze



Abb. 3: Aufteilung der Gebiete

zum italienischsprachigen Gebiet. Diese Grenze stellte im 19. Jahrhundert einen wichtigen Punkt der Grenzziehungsdiskussionen im aufstrebenden Nationalismus dar (vgl. Freiberg 1994, S. 46f.)

**Irredentismus:** Der Begriff hat seinen Ursprung im Italienischen und begründete sich in den Jahren nach der Vereinigung Italiens. Er wird als eine Ideologie definiert, welche hauptsächlich die italienischsprachigen aber österreichischen Gebiete wie Welschtirol, Triest und Istrien „erlösen“ (*irredenta* ital. = ‚unerlöst‘) wollte (vgl. Gatterer 1968, S. 47). Trentiner, die österreichisch gesinnt waren, wurden spöttisch als *austriacanti* bezeichnet (vgl. Gschleisser 1965, S. 171).

**Risorgimento:** Darunter versteht man einen ideologischen Prozess in Italien nach dem Wiener Kongress 1814/15, welcher die Vereinigung der politisch getrennten Gebiete Italiens zu einem Nationalstaat anstrebte und das bis 1861 durchsetzte (vgl. Gatterer 2003, S. 43ff.). Auch in dieser Zeit forderten wichtige Vertreter der Bewegung die „natürliche Grenze“ des Brenners für den sich in der Entstehung befindenden Staat, wie beispielsweise Giuseppe Mazzini, der die Einholung des gesamten Südhangs der Alpen befürwortete (vgl. Romeo 2000, S. 142).

**Los von Innsbruck:** Ein Teil der trentinischen Bevölkerung wollte ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1848) mehr Selbständigkeit erlangen und erhob die „Los-von-Innsbruck“-Parole. Diese wurde erstmals laut als Norditalien noch zu Österreich gehörte, was einen Anschluss des Trentino an Lombardo-Venezien sinnvoll erscheinen ließ. Ein anderer Teil der Trentiner Bevölkerung forderte insbesondere in der Zeit des aufstrebenden Irredentismus sich zur Gänze von Wien „frei zu machen“ und sich dem sich in der Entstehung befindenden italienischen Staat anzugliedern (vgl. Corsini 1994, S. 100-103). Als nach 1866 dann nur noch das Trentino bei Österreich war, wurde bei einem Teil der Trentiner wiederum die Forderung nach einer eigenen Autonomie laut. Führend in den „Los-von-Innsbruck“-Bewegungen waren die Trentiner Politiker Cesare Battisti und Alcide De Gasperi: Ersterer nahm eine zentralistische sowie italienisch-nationalistische Haltung an, während letzterer eine autonomistische bzw. anti-zentralistische Haltung annahm, auch als das Trentino schon zu Italien gehörte (vgl. Gatterer 2003, S. 163-167).

**Los von Rom:** Diese Parole ertönte in den Anfängen der zweiten Republik um 1945/46, als die Südtirolfrage wieder ins politische Gespräch kam. Die Südtiroler forderten erneut die Rückkehr zu Österreich und die Selbstbestimmung. Die Wiener Regierung bezeichnete dies als „Herzensangelegenheit“ und die Forderung war eines der bewegendsten Themen für die österreichische Öffentlichkeit der Zweiten Republik (vgl. Steininger 1987, S. 8).

**Los von Trient:** Am 17. November 1957 ereignete sich eine Großdemonstration auf Schloss Sigmundskron, bei der 35.000 deutschsprachige Südtiroler für ihr Recht auf Selbstbestimmung und eine eigenständige Autonomie zusammenkamen. Südtirol und Trient waren zuvor zu einer gemeinsamen Autonomie zusammengeschlossen worden, was die deutschsprachigen Südtiroler in die Unterzahl brachte und in weiterer Folge ihre Durchsetzungskraft in politischen Fragen kostete. Erneute Italianisierungsmaßnahmen wie etwa die gezielte Ansiedlung italienischsprachiger Personen erhitzen die Gemüter und man wollte eigentlich wieder „Los-von-Rom“. Silvius Magnago, der zu einer politischen Größe im Südtirol-Problem werden sollte, lenkte diplomatisch ein und stellte in seiner Rede die moderatere „Los-von-Trient“-Forderung auf (vgl. Grote 2009, S. 163f.).

**Herz-Jesu-Feuer:** Noch heute sind in allen Teilen Tirols Feuer auf den Bergen in der Form eines Herzens in der Nacht auf den Herz-Jesu-Sonntag zu erblicken. Man symbolisiert den Freiheitswunsch und die antinapoleonischen Kämpfe 1809 unter Andreas Hofer, bei denen man am gefährlichsten Höhepunkt vierzig Stunden zu Jesus betete. Mit der „**Feuernacht**“ 1961 ging der Unabhängigkeitskampf erneut in die Geschichte ein: Das italienische Stromnetz sollte anhand von Sprengungen lahm gelegt werden, um wieder an Österreich angegliedert zu werden (vgl. Peterlini 1996, S. 54).

## **4. Südtirol als Spielball der Mächte: Vorgeschichte und Anbahnung der Attentate**

Die Jahre von 1918 bis zur ersten Jahreshälfte von 1961 waren aus der Sicht der Südtiroler ein erbitterter Kampf um die eigene kulturelle Identität, welcher überwiegend durch die Italianisierungsmaßnahmen der faschistischen Diktatur verursacht wurden, deren Nachwehen noch lange nach deren Ende zu verspüren waren. Im südlichen Teil Tirols verbreitete sich in dieser Zeit eine unermessliche Unzufriedenheit bei der Bevölkerung, welche in einem der markantesten Ereignisse der Tiroler Geschichte mündete: die Feuernacht. Im nachfolgenden werden die wichtigsten Ereignisse besonders im Hinblick auf die Bedeutung für die Bevölkerung dargestellt, welche unabdingbar für ein tiefgreifendes Verständnis des Konflikts sind.

### **4.1 Der Streit um Welschtirol: ein frühes Vorbild für Minderheitenpolitik im Wandel des aufstrebenden Nationalismus**

Das Trentino unterstand schon seit Jahrhunderten der habsburgischen Herrschaft und war politisch sowie moralisch in dessen Wirklichkeit eingebettet. Im geschlossenen Siedlungsgebiet des Trentino hatten die dort Ansässigen weitestgehend kulturelle Eigenständigkeit. Italienisch war Amts- und Gerichtssprache und fast alle Beamten waren italienischer Muttersprache. Außerdem genoss man die relativ frühe Institution italienischer Schulen, welche im nicht-habsburgischen Italien erst hundert Jahre später geschaffen wurden, und auch das öffentliche Leben konnte fast zur Gänze auf Italienisch erfolgen (vgl. Corsini 1980, S. 840f., 871).<sup>16</sup> Auch das Presse- und Kulturwesen erfreute sich an diversen italienischen Zeitungen, Bibliotheken, Theaterstücken etc. und das Trentino war vor allem wegen seiner gut funktionierenden Verwaltung und den guten wirtschaftlichen Verknüpfungen mit Deutschtirol dem österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaat gegenüber gut gestimmt. Dennoch wurde die überwiegende Mehrheit der Deutschtiroler im Landtag seitens der Trentiner berechtigterweise als Nachteil empfunden<sup>17</sup>,

---

<sup>16</sup> Schon vor 1848 war dies der Stand der Dinge und 1887 wurde der Umstand im Staatsgrundgesetz festgehalten: „Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schulen, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt“ (zit. n. Corsini 1980, S. 846).

<sup>17</sup> Als die Trentiner nach 1866 durch den Verlust Veneziens keinen Zugang mehr zu einer italienischsprachigen Universität hatten, forderten sie eine selbige innerhalb österreichischen Territoriums. Daraufhin wurde das Angebot der seit 1865 existierenden Parallelkurse in italienischer Sprache an der Universität Innsbruck ausgebaut. Nach weiteren Forderungen wurde 1904 schließlich eine italienischsprachige Fakultät für Rechtswissenschaft in Innsbruck eröffnet. Noch am Tag der offiziellen Eröffnungsfeier initiierten deutschnationale Studenten einen gewaltsamen Zusammenstoß mit ihren Kommilitonen, der heute als „Fatti di Innsbruck“ („Ereignisse von Innsbruck“)

was dazu führte, dass erste Selbstverwaltungsbestrebungen und das „Los von Innsbruck“ laut wurden. Als sich das Gedankengut der Irredenta-Bewegung nach und nach auch bei ihnen durchsetzte, wollte man auf trentinischer Seite teils eine Autonomie unter Habsburg und teils den Anschluss an das Königreich Italien (vgl. Völkl 2004, S. 38-41).<sup>18</sup>

Die pro-italienischen Bestrebungen kamen aber in erster Linie von einer intellektuellen Minderheit, die im Jahr 1896 ein Denkmal für Dante Alighieri errichten ließ, welches als Wahrzeichen der Italianität des Trentino wahrgenommen wurde. Das ländliche Welschtirol war hingegen eher pro-österreichisch, was nicht zuletzt den guten wirtschaftlichen Beziehungen und dem größeren Wohlstand Österreichs zuzuschreiben ist (vgl. Grote 2009, S. 38ff.). Um die Jahrhundertwende wollte der Trentiner Politiker Cesare Battisti nach wie vor einen eigenen Landtag und eine eigene Gesetzgebung, während sich die Tiroler nach der vollen Unabhängigkeit von Wien sehnten (vgl. Forcher 2009, S. 292). Diese Forderungen stießen jedoch auf Unverständnis und die Tiroler führten vielmehr einen Kampf gegen die autonomistischen Trentiner und gegen Wien. Die Strömungen, die noch im Sinne einer übernationalen österreichischen, ethnischen Toleranz handelten, waren kaum mehr vorhanden (vgl. Steurer 1989, S. 30). Der Wunsch auf Autonomie wurde ihnen schließlich nicht gewährt, wodurch auch Battisti ein eifriger Befürworter des Italiens bis Salurn wurde. Durch einen sturen und stärker werdenden Nationalismus auf beiden Seiten wurde die zukunftssträchtige Möglichkeit, ein dreisprachiges friedliches Tirol zu schaffen, zu Nichte gemacht (vgl. Forcher 2009, S. 292f.).

Das mit dem Risorgimento aufkommende Nationalstaatenprinzip, welches nach sprachlichen Gebieten einteilte, ist erst in der späten Vorkriegsphase einer imperialistischeren Bewegung gewichen, wodurch die Sprachgrenze der Salurner Klausel nach und nach an Bedeutung verlor. Vorerst wollte Italien demnach also nur das Trentino annektieren und manche sahen die Einverleibung von 200.000 Deutschen „zur Befreiung von ein paar Hundert Italienern“ sogar als Problem für die Verteidigung der Nordgrenze an. Auch der Historiker Gaetano Salvemini

---

bekannt ist: Bei Feierlichkeiten der italienischsprachigen Studenten in einem Innsbrucker Gasthaus schrien sie „Walsche raus!“ und es kam zu einer Schlägerei. Durch die Polizeiintervention kam es zu einem Toten. Es wurden aber anschließend nur italienischsprachige Studenten verhaftet; darunter waren Alcide De Gasperi und Cesare Battisti. Außerdem kam es zu deutschnationalen Auswüchsen der Zerstörung an der italienischen Fakultät. Circa zwei Wochen später wurde die Schließung der Fakultät beschlossen und man sprach auf deutscher Seite von Selbstverteidigung vor der Italianisierung Innsbrucks (vgl. Gatterer 2003, S. 111-121).

<sup>18</sup> Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts versuchten Deutschnationalisten dem aufstrebenden Irredentismus durch die Gründung beispielsweise des Deutschen Schulvereins und des besonders aktiven Volksbundes entgegenzuwirken (vgl. Corsini 1980, S. 842), siehe folgende Absätze.

warnte vor einem deutschen Minderheitenproblem. Allmählich wurden die Stimmen zur Solidarität mit den Italienern im Trentino aber immer lauter: Es wurde behauptet, dass bis hinauf zur Brennergrenze Italiener lebten (vgl. Grote 2009, S. 35ff.). Diese Ansicht teilte übrigens schon Giuseppe Mazzini im Jahr 1866, der postulierte, dass nur 20 % der Tiroler südlich des Brenners deutscher Herkunft seien (zit. n. ebd., S. 37). Georg Grote bringt die ideologischen Dimensionen dieser Ära auf den Punkt:

„[Es] verschwanden politische Vernunft und Strategie allmählich. In der nationalistisch aufgeheizten Atmosphäre der Vorkriegszeit vermischen sich Nationalismus, Imperialismus und Irredentismus zu einer Melange, die insbesondere für Südtirol weitreichende Folgen haben sollte, [...]“ (Grote 2009, S. 37)

In ethnisch-linguistischer Hinsicht war Südtirol selbst im Vergleich zum Trentino durchgemischter: Im heutigem Gebiet Südtirols lebten 1910 bei der letzten Volkszählung ca. 200.000 Deutsche, 9.000 Ladinier und 7.000 Italiener. Dennoch blieb auch Tirol nicht vom aufkeimenden Chauvinismus verschont. Schon in den 1870er und 80er Jahren beschäftigte man sich mit der Protektion der deutschen Sprache und es bildeten sich dementsprechend gesinnte Organisationen wie der Tiroler Volksbund (Grote 2009, S. 40f.), um die italienischen Bewohner wieder dem Deutschtum positiv zu stimmen (vgl. Corsini 1980, S. 842). Die Strömungen, die noch im Sinne einer übernationalen österreichischen, ethnischen Toleranz handelten, waren kaum mehr vorhanden (vgl. Steurer 1989, S. 30). Mit dem Kriegsausbruch 1914 sollen sich diese Tendenzen enorm aufschaukeln und es wurden „Gelage“ an chauvinistischer Rhetorik auch auf deutschsprachiger Seite veranstaltet: Der „Südabhang der Alpen“ am Rande der Poebene sollte erschlossen werden und sogar die Umsiedlung von Trentinern wurde gefordert. Auch der Tiroler Volksbund veröffentlichte Propagandamaterial, das eingedeutschte Gebiete bis zum Gardasee darstellte und die Eindeutschung des Trentino forderte.<sup>19</sup> Auch wenn der Volksbund nur eine politische Minderheit repräsentierte, heizte man mit einer derartigen Aggressivität die *Irredenta* noch weiter im Trentino an, sodass sich auch die italienische Position bei den Verhandlungen zu Kriegsende verhärtete (vgl. Grote 2009, S. 40ff.). Zusammenfassend sollen Gatterers

---

<sup>19</sup> Man machte sich den Umstand zum Argument, dass Deutsch im Trentino die *lingua franca*, also die Verkehrssprache war. Es waren sogar deutsche Sprachkurse nicht unüblich (vgl. Grote 2009, S. 40). Grote (2009, S. 40) gibt an, dass dies ein Vorbild für heutige multilinguale Gesellschaften sein hätte können, wenn es nicht vom Nationalismus zerstört worden wäre. Man behauptete außerdem ganz im Stile von Tolomei, dass die Trentiner ethnisch in ihrem Ursprung eigentlich volksdeutsch sind und nur im Lauf der Zeit unter den Einfluss der italienischen Sprachraums geraten sind. Diese Theorien haben aber nur eine sehr kleine Gruppe angesprochen (vgl. Völkl 2004, S. 105-108).

Worte aufgegriffen werden: „Der Nationalismus [beider Seiten] zerstörte Tirol.“ (Gatterer 1968, S. 124).

## **4.2 Südtirol im ersten Weltkrieg und die Preisgabe bis zum Brenner**

Die Norderweiterung Italiens war seit 1915 ein wesentliches Kriegsziel der italienischen Regierung geworden, obwohl der italienische Ministerpräsident Antonio Salandra noch im April 1915 sagte, dass es durch die irredentische Politik trotz militärischer Vorteile keinen Sinn machen würde, 200.000 Deutschsprachige zu inkorporieren (vgl. Forcher 2009, S. 294f.). Die ideologische Begründung der darauffolgenden Italianisierung ist dem Sprachforscher Ettore Tolomei und seinen pseudowissenschaftlichen Studien zu verdanken (siehe Sektion 5.1.1), welcher auch Einfluss darauf nahm, die Siegermächte von der neuen Grenze bei den Friedensverhandlungen 1918/19 zu überzeugen (vgl. Völkl 2004, S.165). Trotz der Bewegungen bei den Intellektuellen war zu Beginn des Krieges die Gesinnung der trentinischen Bevölkerung insgesamt österreich-freundlich. Im Laufe des Krieges änderte sich diese Grundstimmung in der Bevölkerung aber, da die Österreicher den Trentiner Soldaten teilweise das Vertrauen aufgrund von aufkommenden pro-italienischen Tendenzen entzogen und so die freundschaftliche Beziehung auch auf Seiten des Bauernstandes zerstörten (vgl. Grote 2009, S. 38ff.).

Schon am 26. April 1915 wurde Italien „Südtirol bis zur natürlichen Grenze, als welche der Brenner anzusehen ist“ insgeheim von Großbritannien, Frankreich und Russland zugesagt. Es kündigte daraufhin den Dreibund und griff den ehemaligen Verbündeten Österreich an.<sup>20</sup> Die Tiroler schienen dem machtlos ausgeliefert, da sich alle Soldaten auf den Schlachtfeldern Russlands und Serbiens befanden – alle Männer die noch zu finden waren, egal welchen Alters, wurden eingezogen, was zu einem erheblichen Mangel an männlichen Arbeitskräften nach dem Krieg führte, obwohl man anfangs Bayrische Unterstützung genoss. Trotz gelungenem Widerstand wurde bald der Waffenstillstand 1918 ausgerufen und Italien besetzte Südtirol (vgl. Forcher 2009, S. 295-301).<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> Das führte zum „Interventotopos“ Italiens Kriegseintritt 1915, welches in den 20er und 30er Jahren kursierte. Es setzte sich in der österreichischen Öffentlichkeit als Verratstopos durch: Der „Verrat“ am Dreibund generierte Ressentiments, die durch den Verlust Südtirols verstärkt wurden. In Wahrheit hat aber das Intervento auch die italienische Gesellschaft entzweit und die Kriegsbefürworter waren eine Minderheit (vgl. Überegger, S. 357, 362).

<sup>21</sup> Italien rechnete mit keinem Gegenwind und war überrascht; und so begannen die Kämpfe, die drei Jahre dauern sollten. Nach dem Tod des Kaisers konnte sein Nachfolger Karl I. auch durch das Manifest, das allen Nationalitäten des Reichs eigene Regierungen und Parlamente gestattete, dessen Zerfall nicht mehr aufhalten (vgl. Forcher 2009,

Gezeichnet von wirtschaftlichen Problemen, unzähligen Kriegsgefallen, Epidemien sowie Hungersnot und materiellen Schäden verübte Südtirol vorerst keinerlei Widerstand gegen den Einmarsch der Italienischen Truppen nach dem Waffenstillstand 1918. Trotz des Misstrauens seitens der Südtiroler verhielten sich die italienischen Soldaten größtenteils korrekt und boten Hilfeleistungen an. Italien hatte nämlich schon von den Entente Ländern und Amerika Lebensmittellieferungen erhalten. Dennoch war die eigentliche Absicht der italienischen Besatzung schleichend eine Militärverwaltung einzurichten, welche sogar noch vor der Unterzeichnung des Vertrags von 1919 die gesamte österreichische Administration durch eine italienische substituiert hatte. Diesen Umstand erkannten auch die Südtiroler sehr schnell (vgl. Grote 2009, S. 58-63).

Österreich wollte dann das italienischsprachige Trentino schließlich verbindlich abtreten und auch bei anderen Forderungen nachgeben. Österreich war willig, dem Nationalitätenprinzip des 14-Punkte-Programms, welches vom amerikanischen Präsident Wilson verfasst wurde, zu folgen. Für das noch neutrale Italien waren die Verhandlungen mit Österreichs Gegnern attraktiver, wobei weitere Zusagen bei ihrem Eintritt auf Seiten der Entente versprochen wurden. Auch die Alliierten boten Italien auf Kosten von Österreich-Ungarn an, sich mit ihnen zu verbünden und gegen die Mittelmächte einzutreten. Durch die kolonialen Aspirationen in Afrika und Kleinasien Italiens konnte das Angebot seitens der Italiener nicht ausgeschlagen werden. 1919 wurde das geheime Abkommen von 1915 schließlich bei den Pariser Friedensverhandlungen von St. Germain verankert (vgl. Corsini/Lill 1988, S. 24-28; Grote 2009, S. 49-52).

Die Amerikaner hatten durch ihre selbstersonnene Friedensmission die Entscheidungsmacht bei den Friedensverträgen und der Neuordnung Europas inne. Hätte man die durchaus idealistischen 14-Punkte Wilsons durchgesetzt, hätte Südtirol nicht zu Italien fallen dürfen. Diese sicherten nämlich Minderheiten das Selbstbestimmungsrecht und auch, dass territoriale Regelungen nur im Sinne der ansässigen Bevölkerung getroffen werden sollten. Auch die Ablehnung von Geheimdiplomatie gehörte eigentlich zum Programm. Dennoch wurde in den Verhandlungen von St. Germain, bei denen Wilson die Schlüsselposition hatte, der Beschluss von 1915 übernommen. Überhaupt war das Verhalten von Wilson nicht kohärent: Insgesamt soll er während der Verhandlungen zunehmend aus seiner Führungsrolle abgerückt sein und sich eher als Vermittler präsentiert haben. Nur zu leicht ließ er sich von Italien davon überzeugen, dass

---

S. 301). Aus Not und Hunger wurden die Truppen innerhalb der Donaumonarchie zurückgerufen und ein Waffenstillstand musste ausgerufen werden. Die Italiener rückten weiter vor, während die Tiroler bereits auf dem Rückzug waren und in deren Gefangenschaft gelangten (vgl. Forcher 2009, S. 301).

sie noch vor 1914 von der habsburgischen Expansion enorm bedroht waren, was wiederum bedeutete, dass die Regelung des Geheimvertrags von 1915 den Frieden im Alpenraum am besten sichern würde und als Argument verwendet wurde (vgl. Schloh 1965, 293ff.).

Nicht außer Acht zu lassen ist aber hierbei auch sein Bangen, dass sich alle Slawen unter sowjetischer Herrschaft zusammenschließen würden. Um Jugoslawien also nicht zu verärgern, sicherte er ihnen den Hafen Fiume zu. Im Gegenzug erhielt Italien das Gebiet bis zur Brennergrenze, was ohne Zweifel im Widerspruch mit seinen Idealen stand.<sup>22</sup> Doch auch von den süd-tirolischen und ladinischen Gemeinden vorgebrachte Appelle, Petitionen der Tiroler Landesregierung sowie diplomatische Angebote der Wiener Regierung wie beispielsweise eine Neutralität Tirols konnten an Wilsons Entscheidung nichts mehr ändern. Im September 1919 stimmte Wien also der „Zerreißung Tirols“ zu, was bei der Bevölkerung für Fassungslosigkeit sorgte (vgl. Grote 2009, S. 55-59).

Als die Befürchtungen Gewissheit wurden, waren die psychologischen Folgen der Annexion für die Südtiroler fatal: ber Nacht wurden sie zu einer „auslandsdeutschen“ Minderheit degradiert und jegliche Werte ihrer habsburgischen Herkunft und der Heimat wurden auf den Kopf gestellt. Es entstand eine kollektive Ohnmacht und Frustration, die man mit zivilem Ungehorsam zu bekämpfen versuchte. Man verweigerte beispielsweise die italienische Sprache auch auf diplomatischer Ebene gegenüber den neuen Machtrgern, auch wenn man dieser mächtig war (vgl. ebd., S. 61f.).

### **4.3 Südtirol im Faschismus: Diktatur und Italianisierung**

Während der Zwischenkriegszeit setzte die Regierung Nitti ein Team ein, das sich mit der Organisation der neuen Provinzen beschäftigte. Die Beauftragten stammten überwiegend aus dem ehemals sterreichischen Trentino, sodass sie durch das Wissen über multiethnisches Zusammenleben Milde walten ließen und viele der Maßnahmen wie die bereits erfolgte Italianisierung der Ortsnamen durch die Militärregierung rückgängig gemacht wurden. Da auf internationaler Ebene sehr wohl das Bewusstsein herrschte, dass Südtirol Unrecht widerfahren war, dachte Italien die Autonomie an und skizzierte diese ausführlich.<sup>23</sup> Mit dem Sturz der Regierung Nitti

---

<sup>22</sup> Laut Hanns Haas kam dem der Umstand hinzu, dass in Wilsons Augen nur wenig andere Länder eine so deutlich ausgeprägte geographische Abgrenzung hatten wie Italien (zit.n. Grote 2009, S. 55).

<sup>23</sup> Nach der Annexion 1919/20 machten es sich sterreichische Historiker zur identitätsstiftenden Aufgabe, Ettore Tolomeis *italianità* Beweise zu entkräften. Die sterreichische Politik war mit dem „Ungeschehenmachen“ und

1920 kam es aber zu einer Kehrtwende und es sollte bekanntlich ganz anders kommen: Die folgenden Regierungen ignorierten alle Annexionsgegner, ließen diese mit dem 10. Oktober 1920 in Kraft treten und setzten etliche Italianisierungsmaßnahmen sofort um, wie beispielsweise die Namensänderung „Venezia Tridentina“ für Südtirol und das Trentino.<sup>24</sup> Auch Tolomei konnte im Hintergrund alle Fäden zu Gunsten seiner Theorien ziehen, wodurch sich diese Zeit als Vorbote für die Machtergreifung der Faschisten im Jahr 1922 interpretieren lässt (vgl. Steininger 1997, S. 41-57).

Noch kurz vor der Machtübernahme der Faschisten wurde das österreichische Strafrecht durch das italienische ersetzt und anerkannt. Mussolini beschloss die „anarchischen“ Zustände wie etwa den Fahnenstreit<sup>25</sup> der Deutschen gewaltsam auszuradieren und man entzog mit dem „Marsch auf Bozen“ dem letzten deutschen Bürgermeister sein Amt. Sogar die italienische Presse verurteilte diese Ereignisse und die „Schwäche“ der dafür verantwortlichen Regierung.<sup>26</sup> 1923 schlug die Stunde von Ettore Tolomei: Er wurde zum Senator ernannt und seine berühmten „Provvedimenti per l’Alto Adige“ (siehe Anhang) wurden amtlich gemacht. Dieser ist ein Maßnahmenkatalog zur Entnationalisierung, der in den darauffolgenden Jahren nach und nach umgesetzt wurde: Parteien und Vereine wie zum Beispiel der Alpenverein, die Feuerwehren und die Musikkapellen wurden aufgelöst; die Bürgermeister wurden durch einen staatlichen „Podestà“ ersetzt; der Name Tirol wurde, wie erwähnt, verboten; Ortsschilder wurden italianisiert und die deutsche Presse musste einer faschistischen Zeitung in vorerst deutscher Sprache weichen. Alles was mit Tradition und Deutschtum in Verbindung war wurde verboten, so wie beispielsweise auch rot-weiß-rote Mohnblumen in einem Garten (vgl. ebd., S. 62-83).

Man war sich darüber einig, dass man einem Volk am ehesten die Identität nimmt, wenn man sie ihrer Sprache beraubt: Italienisch wurde infolgedessen als Verwaltungs- und Gerichts-

---

dem Schutz der ehemaligen Landsleute vor den Italianisierungsmaßnahmen beschäftigt, wobei diese mit den Wiener Interessen, vom Völkerbund, zu dem auch Italien gehörte, Anleihen zu bekommen, kollidierten. Dieser Umstand unterstellte dem Zentralstaat eine gewisse Zögerlichkeit in der Südtirolfrage (vgl. Gehler 1998, S. 209).

<sup>24</sup> Beispielsweise verloren viele Beamten mit sofortiger Wirkung ihre Arbeit und wurden von Italienern ersetzt. Auch die Erschießung von Franz Innerhofer, der bei einem für die italienische Regierung als Provokation empfundenen Trachtenumzug zwei Kinder vor den gewaltvollen Interventionen schützen wollte, sorgte für Entsetzen und ging als „Blutsonntag“ in die Geschichte ein (vgl. Steininger 1997, S. 51ff.).

<sup>25</sup> Die Faschisten forderten die Tricolore auf dem Bozner Rathaus, wo man sich weigerte, diese zu hissen (vgl. Steininger 1997, S. 63).

<sup>26</sup> Als ein Zweisprachigkeitsabkommen von 1923 von den Faschisten unterschrieben wurde, freute sich die Innsbrucker Presse, während die italienische Öffentlichkeit mit Ablehnung reagierte. Mussolini machte es aber gleich darauf ungültig (vgl. Steininger 1997, S. 75f.).

sprache deklariert; sämtliche Aufschriften in deutscher Sprache, von Aufschriften im öffentlichen Raum bis zu Postkarten, wurden verboten und sie mussten auch, ob auf Kochtöpfen<sup>27</sup> oder auf Geschirr in Gasthöfen, sprich im gesamten öffentlichen Raum, verschwinden. Man denke hierbei an die fatalen Folgen für die Südtiroler, da viele von ihnen Italienisch gar nicht wirklich beherrschten. Auch die Schulen wurden zum Zweck der Italianisierung mit italienischen Lehrern<sup>28</sup> aus anderen Provinzen besetzt; deutsche Lehrer wurden suspendiert oder nach Süditalien versetzt. Der Unterricht wurde auf Italienisch abgehalten; nur noch im Religionsunterricht sowie in den katholischen Privatgymnasien blieb der Unterricht auf Deutsch bestehen. Die Erhaltung der eigenen Sprache war eines der wichtigsten Instrumente des Widerstands und mit der Hilfe der Geistlichkeit entstanden unter der Führung vom Kanonikus Gamper die geheimen Notschulen oder auch „Katakombenschulen“ im Untergrund, welche zum Schutz der Sprache und Tradition eingeführt wurden. Durch die chaotischen Umstände konnte man dennoch eine Steigerung der Analphabetenrate nicht verhindern. Erst ab 1940 durfte Deutsch im öffentlichen Raum wieder benutzt werden (vgl. ebd., S. 82-91).

Der Sprachwissenschaftler Tolomei wurde darüber hinaus nicht müde, weitere Italianisierungen für Ortsnamen und Höfe zu finden und auch die zwingende „Rückführung“ von Familiennamen „in die italienische Urform“ durchzuführen.<sup>29</sup> Als die Öffentlichkeit darauf mit Entsetzen reagierte, brach man das Unterfangen beim Buchstaben B ab und man konnte sich auf „freiwilliger“ Basis dazu entschließen, seinen Namen zu ändern.<sup>30</sup> Auf diesen Rückschlag reagierte Tolomei mit der Verordnung, dass von nun an Grabsteine nur noch auf Italienisch beschriftet werden durften (vgl. Forcher 2009, S. 330). „*Tolomei erfand immer neue Methoden, um die Deutschen in Südtirol zu peinigen*“, schrieb Salvemini darüber (zit. n. ebd., S. 330).

Tiroler Denkmäler wie zum Beispiel das von Walther von der Vogelweide wurden durch faschistische Siegesmonumente ersetzt. Auch die Unterwanderung durch Italiener erachtete man schon seit 1919/20 als geeignetes Instrument, um das Entnationalisierungsprogramm voran

---

<sup>27</sup> Ein Wirt musste seinen Betrieb schließen, da er die Aufschrift „Warmwasser“ auf einem Kochtopf vergaß. Auch Briefe mit deutscher Beschriftung wurden nicht mehr zugestellt und der Verlag Tyrolia musste sich in „Athesia“ (lateinisch für Etsch) umbenennen (vgl. Steininger 1997, S. 80ff.), um nur ein paar Beispiele zu nennen.

<sup>28</sup> Auch wenn der italienische Staat diese mit etlichen Begünstigungen wie gratis Wohnungen lockte, wurde es für sie zum Alptraum (vgl. Steininger 1997, S. 86). Bekennende faschistische Trentiner Lehrer wurden sogar abgezogen und in andere Provinzen versetzt, weil sie durch ihr Verständnis nicht genügend Eifer zeigten, das Entwurzelungsprogramm durchzuziehen (vgl. Zendron 1989, S. 181).

<sup>29</sup> Es gab Übersetzungen, freie Erfindungen sowie italienische Endsilben. Ein *Gruber* wurde zu *Dalla Fossa*, ein *Niederkofler* zu *Nicovolo* und ein *Fink* zu *Finco* (vgl. Forcher 2009, S. 330).

<sup>30</sup> Interessant ist, dass sich nicht wenige wegen der wirtschaftlichen Vorteile dafür entschieden (vgl. Forcher 2009, S. 330).

zu treiben. Dem fortbestehenden Widerstand entgegnete man in den dreißiger Jahren mit einer noch stärkeren Ansiedlung italienischer Familien (1910 lebten 7.000 Italiener in Südtirol, 1939 waren es 81.000). Man errichtete in Bozen eine Industriezone, die nur für italienische Arbeiter bestimmt war, so wie es auch der gesamte öffentliche Dienst war. Deutsche Banken wurden aufgelöst und es wurde die Enteignung der Südtiroler Bauern mit minimaler Entschädigung zur Formsache, um für den Wohnraum für die Zuziehenden Grund und Boden zu erhalten. Das verursachte eine enorme Arbeitslosigkeit auf deutschsprachiger Seite und die Option (siehe Unterkapitel 4.4) wurde begünstigt (vgl. ebd., S. 330-335). Auch die Polizei- bzw. Carabinieri wurden durch italienisches Personal ersetzt und das Truppenkontingent wurde erheblich erhöht (vgl. Peterlini 1996, S. 73).

Die Hoffnung auf das Dritte Reich wuchs in Südtirol und es war bis zur Option zu beobachten, dass auch in Südtirol der Nationalsozialismus grassierte, was beispielsweise an der politischen Untergrundarbeit und der Gründung vom VKS (Völkischer Kampfring Südtirols) erkennbar ist. Es war insgesamt zur Tatsache geworden, dass das Dritte Reich von einer Mehrheit erhofft wurde, um endlich dem Entwurzelungsprogramm der italienischen Regierung zu entkommen. Die italienische Außenpolitik hatte übrigens seit 1919 neben imperialistisch-expansiven Aktivitäten auch die Absicht, die österreichische Selbstständigkeit zu verteidigen, da man damit sein wirtschaftliches und politisches Einwirken im Alpen- und Donaunraum verstärkte und zugleich seine Grenzen im Norden gegen das stärker werdende Deutschland sicherte. Auch wenn für Mussolini die NSDAP schon in den 20er Jahren interessant war und Kontakte aufgenommen wurden, änderte sich das erst mit der Annäherung zwischen Deutschland und Italien<sup>31</sup>: Mit der Ausrufung der Achse Rom-Berlin 1936 änderte sich schließlich auch der Kurs Berlins, der wiederum Südtirol an Italien band (vgl. Steurer 1989, S. 33-39).

Mussolini wurde innerhalb Italiens für seine Preisgabe Österreichs „ohne Gegenleistung“ kritisiert, was er jedoch mit dem Umstand argumentieren konnte, dass Hitler ihm die Brennergrenze im Stahlpakt 1939 zusicherte. Die Südtiroler Bevölkerung war währenddessen noch immer voller Hoffnung und Euphorie und sah den Anschluss Österreichs als wichtig an, um später ebenfalls ins Reich geholt zu werden. Die Zusagen an Italien sah man lediglich als taktische

---

<sup>31</sup> Man vermutet, dass der Konflikt mit den Westmächten Frankreich und England aufgrund der italienischen Kolonialisierungsabsichten Äthiopiens 1935 zur Zuwendung Italiens an Nazi-Deutschland führte. Mussolini beendete daraufhin unter anderem auch die finanzielle Hilfestellung der österreichischen Heimwehnbewegung (vgl. Steurer 1989, S. 38).

Manöver und sie trübten die trügerische Aussicht nicht, was wiederum zeigt, wie groß die Erwartungen an Hitler waren. „Grüß Gott“ war „Heil Hitler“, wie Steurer es bezeichnet, auf allen Ebenen gewichen und die faschistische Exekutive entgegnete dem mit Schlagstöcken, Revolvern, Rizinusöl, Verhaftungswellen und der Verbannung ins „confino“ (vgl. ebd., S. 40ff.).<sup>32</sup>

#### 4.4 Dableiben oder gehen? – Die Option

Das wohl tragischste Kapitel der Geschichte Tirols, sofern man von einer solch gesamthistorischen Dimension sprechen kann, ist die Option für 250.000 Südtiroler. „Trotzig“ und „weitgehend erfolgreich“, wie Leopold Steurer schreibt (1989, S. 17) hat man dem Entnationalisierungsprogramm Widerstand geleistet und schließlich doch mit einer großen Mehrheit von 86 %<sup>33</sup> für ein „Gehen“ optiert. 1939 hatten die Südtiroler-Familienoberhäupter<sup>34</sup> die Entscheidung zu treffen, ob sie mittels der Stimme für den „weißen Zettel“ in der „Heimat“ und weiterhin unter faschistischer Diktatur verblieben oder mittels des „roten Zettels“ für die reichsdeutsche Staatsbürgerschaft und das Auswandern stimmten. Es gab auch die Möglichkeit der „grauen Option“, was bedeutete, nichts zu unterschreiben, was prinzipiell dem „weißen Zettel“ gleichkam (vgl. Pallaver 2011, S. 19). Dies geschah überdies sehr zur Freude Ettore Tolomeis, der Hitler dafür lobte, dass er für die Auswanderung der Deutschen „Eindringlinge“ und der *allogeni* („Fremdstämmige“) den Euphemismus der „Rückwanderung“ gefunden hat. Ersterer wurde darüber hinaus zu einem der wichtigsten Berater Mussolinis und war nicht wenig daran beteiligt, die Umsiedlung als letzte Maßnahme in der Südtirolpolitik umzusetzen (vgl. Steurer 1989, S. 18).

Das italienische Vertrauen zu Hitler wurde dennoch nochmals erschüttert, als er Prag angriff, nachdem er in einer Rede versichert hatte, keine weiteren Expansionsbestrebungen zu verfolgen. Die italienische Außenpolitik verlangte daraufhin umgehend wieder die Umsiedlung und erst mit der Unterzeichnung des Stahlpakts 1939 zwischen den beiden Parteien wurde das Vertrauen wieder hergestellt (Pallaver 2011, S. 18). Der italienische Außenminister Ciano und der Botschafter Attolico schlugen nun konkretere Aspekte der Umsiedlung vor: Einerseits sollte man den Südtirolern das neu eroberte Gebiet im Osten zu Verfügung stellen, und andererseits

---

<sup>32</sup> Nur die Kirche predigte gegen den Nationalsozialismus, da eine anti-kirchliche Haltung nicht mit dem wahren Tirolertum zu vereinen war (vgl. Steurer 1989, S. 43f.).

<sup>33</sup> Unterschiedlichste Ergebnisse wurden veröffentlicht, wobei die Italiener abrundeten und die Reichsdeutschen aufrundeten. Am glaubwürdigsten erscheinen 86%. Viele optierten öfter um, was die Unsicherheit und Schwierigkeit des Entschlusses zeigt (vgl. Pallaver 2011, S. 18).

<sup>34</sup> Minderjährige und verheiratete Frauen waren nicht optionsberechtigt (vgl. Pallaver 2011, S. 18).

sollten die Vermögen der Einzelnen durch Italien ausgezahlt und der Mangel an Arbeitskräften im Deutschen Reich gedeckt werden.<sup>35</sup> Durch die erheblichen wirtschaftlichen Probleme und das Fehlen von circa einer halben Million Arbeitskräften kam die Option Hitler demnach sehr entgegen (vgl. Steurer 1989, S. 48-61).

Die Klärung aller konkreten Einzelheiten wurden dem Generalkonsul Bene und dem Bozner Präfekten Mastromattei übergeben.<sup>36</sup> Etliche Differenzen über beispielsweise die volle Ausschöpfung des „Menschenpotentials“, die Vermögen, die Volksideologie sowie die Umsiedlung der unerwünschten Personengruppen wie etwa Intellektuelle oder Kaufleute, die am längsten Widerstand geleistet hatten, wurden im Laufe der Zeit größer. Rom wünschte demnach eine Teilumsiedlung, bei der von oben bestimmt worden wäre, ob man optionstauglich ist oder nicht. Bene setzte durch, dass das rein subjektiv via Abstimmung und Willensäußerung geschehen sollte. Ein weiteres Streitobjekt waren bis zum Ende der Option die Ladiner, da Mastromattei, Tolomei und sein Mitarbeiter Carlo Battisti diese auf keinen Fall als optionsbefugte deklarieren wollten, da sie laut ihnen ja lateinischer Rasse waren. Himmler gelang es, sich auch hierbei durchzusetzen. Am schwierigsten zu vereinbaren waren jedoch die wirtschaftlichen Fragen. Geschätzt wurde das Vermögen der Südtiroler auf 20 Milliarden Lire, welche mit einem verlusthaften Sonderkurs in Reichsmark für die Auszahlung umgerechnet wurde. Den Italienern widersprach es, sich das Territorium mehr oder weniger erneut kaufen zu müssen und sicherten sich in einem Kompromiss, nur circa ein Fünfzehntel bis Zwanzigstel zahlen zu müssen. Damit erhoffte man sich, dass nur die 30-40.000 Unerwünschten das Land verließen (vgl. ebd., S. 63-70).

Die Nachricht des Entschlusses zur Umsiedlung verbreitete sich wie ein Lauffeuer und erschütterte die gesamte Bevölkerung. Die öffentliche Meinung war zutiefst gespalten: Zum einen gab es die weniger präsenste kirchliche Presse, die sich vehement insbesondere gegen den „unchristlichen“ Staat stellte und zum anderen den nationalsozialistische VKS. Bei Verhandlungen zwischen Mastromattei und Bene wurde zusätzlich die Zwangsdeportationen in Gegenden „südlich des Po“ der Nicht-Umsiedlungswilligen besprochen, was sofort im öffentlichen Diskurs zum Gegenstand wurde und die Bevölkerung ungemein besorgte. Dies wurde zur sogenannten „sizilianischen Legende“, die während und sogar nach der Option noch Gegenstand

---

<sup>35</sup> Schon vor der „Ultima Ratio“ wurde der Auftrag erteilt, 3.000 Südtiroler als Arbeiter ins Reich zu holen (vgl. Steurer 1989, S. 61).

<sup>36</sup> Bei einer Konferenz in Berlin unter Himmlers Führung wurde der von ihm ausgearbeitete Dreistufenplan (Umsiedlung der in Südtirol lebenden Reichsdeutschen, der „nichtbodengebundenen“ und der „bodengebundenen“ Volksdeutschen) von den italienischen Delegierten ohne Einwände angenommen (vgl. Pallaver 2011, S. 18).

der politischen Auseinandersetzung war und die Zustimmung für das Deutsche Reich enorm steigerte. Es war aber Mastromattei selbst der die Drohung aufbrachte und sich deren Tragweite nicht bewusst war. Relativierungsversuche scheiterten und auch eine gezielte Dementi-Propaganda hatte keinen Erfolg mehr, wovon der VKS enorm profitierte. Eine Flugblattaktion, welche die Legende aufgriff, sollte zu deren entscheidenden Waffe werden.<sup>37</sup> Außerdem goss das nie realisierte Vorhaben Himmlers, ein abgeschlossenes Siedlungsgebiet für die Südtiroler zu finden, Öl ins Feuer. Erst als man als Siedlungsraum das ostpolnische Galizien vorschlug, war man erneut verunsichert. Dennoch blieben die Dableiber die Verräter und die öffentliche Meinung vom Gehen beherrscht (vgl. Steurer 1989, S. 73-85).

Die Unwissenheit Mastromatteis über das rege politische Treiben des VKS für das Abwandern veranlassten ihn dazu, eine Propagandawelle für die „Dableiber“ zu initiieren. Breite Schichten der Bevölkerung reagierten durch die entstandene Unglaubwürdigkeit mit einer „Jetzt-erst-Recht“ Haltung. Auch Mussolinis Versicherungen entgegen der weit verbreiteten Gerüchte, dass kein Dableiber in andere Gebiete Italiens deportiert wird, brachte nicht mehr die gewünschte Wendung: Himmlers Druckmittel, dass alle Dableiber auch ihre Zugehörigkeit zur deutschen Sprache und Kultur ablegten, setzte sich gegen die antinazistische Propaganda durch, wie das Ergebnis zeigte. Die gesellschaftliche Spaltung und Entsolidarisierung war so enorm, dass die Auseinandersetzungen einem beginnenden Bürgerkrieg glichen (vgl. Pallaver 2011, S. 23f., S. 28; Steurer 1989, S. 66-72).

Im September 1939 begann dann die Option und viele Familien wurden dadurch entzwei geschlagen: Man hinterließ sich Briefe mit den Worten „Mit den besten Wünschen in Sizilien“ und die Dableiber sendeten „mit viel Glück in der neuen Heimat in Polen“ mit auf den Weg.<sup>38</sup> Der Gauleiter Franz Hofer hat zwischen 1940 bis 1943 ein Arbeitsbeschaffungsprogramm und in vielen Städten aber auch kleineren Orten Tirols und Vorarlbergs wie etwa St. Johann in Tirol (Anm. d. Verf.) den Bau von den „Südtirolersiedlungen“ in die Wege geleitet. Der administrative Aufwand war enorm und die Umsiedlung der Familien mit ihren Besitztümern entpuppte

---

<sup>37</sup> Zusätzlich behaupteten sie, dass im Falle einer 90%igen Option für Deutschland Italien die Kosten nicht aufbringen konnte und Mussolini Südtirol ohnehin aufgeben würde. Als dieses Gerücht an Boden verlor, verbreitete man, dass Hitler im Falle einer 90%igen Option politisch und moralisch gezwungen sei, das Gebiet anzugliedern, so wie es beim Saarland geschehen war (vgl. Steurer 1987, S. 81f.).

<sup>38</sup> Die schwerwiegende Bedeutung des Konflikts wird in Anbetracht von Zeitungsinseraten des Frühjahrs 1940 besonders klar: „geschätzte Kunden“ wurden mit einem „Lebewohl“ begrüßt, da das Geschäft „wegen Rückwanderung“ verkauft wurde. Auch Heiratsannoncen suchten entweder einen „Auswanderer“ oder einen „Dableiber“ (vgl. Steurer 1989, S. 92).

sich als logistisches Problem. Da die Familien das Recht hatten, eine fast endlose Liste an Gegenständen wie beispielsweise Möbel, Kachelöfen, Ackergeräte und Werkzeuge, Wandtäfelungen, Stoffe, 50 % des Tierbestands, Grabsteine und Grabmäler etc. mitzunehmen, brauchte man für circa 2.000 Personen 1.100 bis 1.600 Eisenbahnwaggons und 70 Tage Arbeitszeit, was bei 200.000 Optanten fast eine Unmöglichkeit darstellte und von Italien finanziert werden musste. Im Herbst 1943 waren dennoch schon 78.000 Personen ausgewandert und der Großteil von ihnen waren Besitzlose, die im verarmten Südtirol keine Arbeit finden konnten (vgl. ebd., S. 91-104). Interessant ist hierbei, dass sogar Trentiner auswanderten, die der deutschen Sprache nicht mächtig waren (vgl. Zendron 1989, S. 173). Nach der Kriegserklärung gegen Deutschland 1943 wurden auch Südtirol und die Provinzen Belluno und Trient zur „Operationszone Alpenvorland“ erklärt, welche unter deutscher Regierung standen, aber zum italienischen Gebiet gehörten. Mit der Ankunft der Alliierten wurde die deutsche Sprache rechtlich wieder gleichgestellt (vgl. Schloh 1965, S. 318).

#### **4.5 Das Gruber-De Gasperi-Abkommen**

Die Jahre 1945/46 werden neben 1918/1919 und dem Jahr 1961 zu den bedeutendsten für die Geschichte Südtirols (vgl. Lill 2002, S. 231). Österreich war gerade wieder im Entstehen und Italien verfügte über eine demokratische Regierung. Eines der bewegtesten Themen für die Österreicher stand nun wieder auf der politischen Tagesordnung und die Diskussion um Südtirol wurde neu entfacht. Wien bemühte sich darum, ein Stück Identität zurückzubekommen und Bundeskanzler Leopold Figl deklarierte Südtirol als „Herzessache“ und „Gebiet jedes Österreichers“, was ihnen nichtsdestotrotz verwehrt bleiben sollte. Nicht zu vergessen ist hierbei auch die Ausgangssituation der beiden Kontrahenten: Österreich war von Hunger, Bombenruinen, Wassernot und einem Fehlen von Elektrizität vor allem in den großen Städten gezeichnet und viele Menschen mussten ihr Leben lassen. Außerdem wurde die österreichische Regierung von den Alliierten, wie Steininger es formulierte, als „sowjetische Marionette“ angesehen und hatte auf dem internationalen Parkett nichts zu sagen. Italien hingegen hatte mit einem harten Friedensvertrag zu kämpfen, bei dem es alle Kolonien, kleinere Grenzgebiete und Istrien mit der dalmatinischen Küste verlor. Immerhin hat es aber zwei Jahre auf Seiten der Alliierten gekämpft, was folgenreich sein sollte, wie im Folgenden dargestellt wird (vgl. Steininger 1987, S. 8, 173f.).

Um 1945/46 existierten in Europa noch keine übernationalen Übereinkünfte und das Gruber-De Gasperi-Abkommen war das erste, das unmittelbar nach dem Krieg konkretisiert wurde. Der damalige Außenminister Karl Gruber, der zuvor Tiroler Landeshauptmann war (vgl. Forcher 2009, S. 371), hatte am Anfang der Verhandlungen eine Autonomie noch völlig abgelehnt und ein „Los von Rom“ gefordert. Seine Haltung war von der Hoffnung auf das Selbstbestimmungsrecht geprägt und von unbedingtem Vertrauen auf folgende Umstände bestimmt: einerseits das Durchsetzungsvermögen der Atlantik-Charta von 1941, welche territoriale Änderungen ablehnte, die nicht mit dem ausdrücklichen Wunsch der betroffenen Völker übereinstimmte. Andererseits baute er auf die neugegründete UNO, was ihn zu einer „Alles-oder-nichts“ Strategie veranlasst hat. Im Laufe der Zeit kam Gruber aber zur Erkenntnis, dass die internationale Atmosphäre und vor allem auch die USA wegen ihrer eigenen Interessen, gegen die Rückgliederung Südtirols waren.<sup>39</sup> Unter dem Druck der Siegermächte, insbesondere nach der Ablehnung der Rückgabe Südtirols, wurden Grubers Forderungen allmählich bescheidener und es kam zur Autonomie. Als das der Pariser Vertrag schließlich am 5. September 1946 unterschrieben wurde, war das zuvor so euphorische Österreich überaus enttäuscht und verbittert (vgl. Gehler 2002, S. 101f.)<sup>40</sup>.

Während der Verhandlungen folgte ein einlenkender Vorschlag Grubers auf den nächsten: Anfänglich bot man beispielsweise das Verbleiben der Wasserkraftwerke in italienischem Besitz, die gemeinsame Nutzung der Wasserkraft sowie die freie Wahl der Staatsbürgerschaft. Es folgten Vorschläge von „kleineren Grenzberichtigungen“ wie der „Bozner Lösung“, bei der das Industriegebiet Bozen Italien zu Teil geworden wäre sowie die Rücknahme bzw. ausschließliche Forderung des Pustertals, die später als fataler taktischer Fehler betrachtet wurde<sup>41</sup>, da sie für viele als Zeichen von Resignation stand und Gruber die Glaubwürdigkeit raubte (vgl. Steininger 1987, S. 39, 67f.). All diese verfrühten Einlenkungsversuche werden im Nachhinein von einigen Historikern als ein „Rückzug auf Raten“ im Sinne einer äußerst konzessionsbereiten Gesinnung, diplomatischer Ungeschicklichkeit und „fehlender Geduld, Insistenz und Nerven“ erachtet, obwohl die politische Position Italiens, wie erwähnt, ebenfalls sehr geschwächt

---

<sup>39</sup> Ein weiterer Hauptgrund für das Scheitern des Selbstbestimmungsrechts waren die Interessen der Alliierten, die ihren Verbündeten Italien nicht enttäuschen wollten (vgl. Forcher 2009, S. 372).

<sup>40</sup> Auch den beiden Hauptverhandlern wurde nach Unterzeichnung des Abkommens sowohl auf italienischer Seite als auch auf österreichischer Verrat unterstellt (vgl. Steininger 1987, S. 9).

<sup>41</sup> Hierbei muss angemerkt werden, dass diese Lösung für die österreichische Regierung keine endgültige darstellte. Man stellte sich vor, weitere Autonomiebestrebungen mitsamt der Pustertallösung später fortzusetzen (vgl. Steininger 1987, S. 68).

gewesen wäre. Vor allem soll Grubers wenig gekonnte Verhandlungsweise<sup>42</sup> De Gasperi und Italien in eine noch stärkere Position gebracht haben (vgl. Gehler 2002, S. 105ff., 510).

Rolf Steininger hält hierbei entgegen, dass die Maximalforderung der Wiedereingliederung von Anfang an ohne Aussicht auf Erfolg war. Es wäre besser gewesen, die Alternative einer stichfesten, bis ins letzte Detail ausformulierten Autonomie, die nicht ambig und offen für unterschiedliche Auslegung, wie in der Sektion 5.1.2 ausführlicher dargestellt wird, gewesen wäre. Das so erfolgreiche „Paket“ des Jahres 1969, welches 1972 in Kraft trat, hätte laut ihm schon damals durchgesetzt werden sollen (vgl. Steininger 1987, S. 175). Die Forschung hat auch eine Antwort darauf gesucht, ob Wien die internationale Stimmung nicht falsch gedeutet hat. Aus US-Geheimdienstberichten geht hervor, dass Wien grundsätzlich gut und ausreichend über die internationale Lage informiert war. Das Wissen über die Anbahnung des Kalten Kriegs brachte Gruber und seine Berater dennoch dazu, sich ausbremsen zu lassen und die eigenen Möglichkeiten zu unterschätzen. Zudem soll es Koordinierungsprobleme zwischen Wien, Innsbruck und Bozen gegeben haben: Gruber verselbstständigte sich öfters, ohne es Innsbruck und Bozen wissen zu lassen (vgl. Gehler 2002, S. 103,115).

Darüber hinaus sieht Gehler es als ein Versäumnis an, dass man zu spät auf die Möglichkeit der öffentlichen Kundgebungen pochte (2002, S. 103-104). Es wurde zwar eine geheime Unterschriftensammlung durchgeführt, die von fast 160.000 Südtirolern unterstützt wurde (vgl. Forcher 2009, S. 369), aber nie offiziellen Status erlangte. Ein taktisch mächtiges, legales Plebiszit, welche oft als die „stärkste Waffe“ bezeichnet wird, wusste der diplomatisch geschickte De Gasperi darüber hinaus lange Zeit zu verhindern: Wahlen, bei denen die gerade neugegründete SVP (Südtiroler Volks Partei) zweifelsohne volle Unterstützung erhalten hätte, wären einem Referendum gleichgekommen. Dies zögerte er lange genug hinaus und es wurde von Gruber nicht mehr nachgeholt.<sup>43</sup> Überhaupt stimmen laut Gehler einige Historiker darüber überein, dass Österreich keine andere Möglichkeit hatte, als auf internationaler Ebene mittels unmissverständlicher Propaganda auf die Verletzung vom „internationalen Recht“ und der Selbstbe-

---

<sup>42</sup> Der Umstand, dass Gruber ein enger Verbündeter des amerikanischen politischen Vertreter John G. Erhardt in Wien war, trug wahrscheinlich dazu bei: Dadurch erhielt Washington höchst detaillierte Berichte zur Außenpolitik Österreichs, was jede mögliche Überraschung in den taktischen Zügen der Verhandlungen letztlich auch gegenüber Italien nahm, da dieses wiederum mit Italien enge Kontakte pflegte (vgl. Gehler 2002, S. 104).

<sup>43</sup> Auch das Ergebnis einer Zwei-Drittel-Mehrheit bei der Abstimmung hätte revidiert werden können, was jedoch unterlassen wurde (vgl. Gehler 2002, S. 109).

stimmung, verstärkter Mobilisierung der Südtiroler, Protesten und Information der internationalen Öffentlichkeit<sup>44</sup> Italien in eine nachgiebigere Position zu drängen (vgl. Gehler 2002, S. 105, 108).

Die Rückoption von 1948<sup>45</sup> hingegen konnte in diesem Zusammenhang als Trumpf Österreichs angesehen werden, da Rom einerseits im Sinne des Hitler-Mussolini-Abkommens von 1939 Südtirol weiter italianisieren wollte. Andererseits wollten es durch den internationalen Druck und ohne Friedensvertrag die wiedergewonnen Sprachrechte vorerst nicht einschränken. Nach der Unterzeichnung<sup>46</sup> ging Alcide De Gasperi als „Großer Europäer“ in die Geschichte ein, ohne je richtig hinterfragt worden zu sein (vgl. Gehler 2002, S. 111). Auch Umberto Corsini sah das Abkommen dennoch nicht, wie viele andere, als europäisch, sondern als etwas, das auf die Modelle von 1919 zurückgriff (zit. n. ebd., S. 513). Der „erste Schritt nach Europa“, wie man sich oft auf das Abkommen bezieht, sei eher ein rhetorisches Mittel gewesen:

„Wenn sogar das Bündnis des nationalsozialistischen und des faschistischen Diktators [von 1939, ...] in einem seiner zentralen Elemente, der impliziten Bestätigung der Grenzziehung über den Alpenkamm, nicht außer Kraft gesetzt wurde, so war dies ein mindestens ebenso großer internationaler Skandal [...] wie der Londoner Vertrag vom 26. April 1915, mit dem das Ländchen im voraus [sic] ‚verschachert‘ worden war.“ (Gehler 2002, S. 111)

Laut Rudolf Steininger wurde damit dennoch der Grundstein für eine der bestgeschützten Minderheiten in ganz Europa gelegt, auch wenn das lange Zeit durch all die Probleme, die damit ungelöst blieben, nicht erkannt wurde. Österreich war nun nämlich offiziell als Schutzmacht für Südtirol verankert und konnte Nichteinhaltungen einklagen (vgl. Steininger 1987, S. 8, 178). Auch Gruber selbst sah den Vertrag im Nachhinein als Zwischenlösung und eine diplomatische Daueraufgabe und ein „Gentlemen’s Agreement“ an, welches auf den guten Willen von den Unterzeichnern basierte (vgl. Gehler 2002, S. 116; Grote 2009, S. 153). Auch Rudolf Lill betrachtete das Ergebnis kritisch:

---

<sup>44</sup> Obwohl die politisch interessierte britische Öffentlichkeit und Winston Churchill übrigens zweifellos für das Selbstbestimmungsrecht eintraten, verhinderte es der Fakt, dass der britische Außenminister, der letzten Endes das sagen hatte, gegen Österreich war. Nichtsdestotrotz veröffentlichten bedeutende amerikanische Journalisten beispielsweise in der New York Times Berichte über die Kundgebungen in Südtirol und setzten sich für Österreich ein, während die Meinungen im amerikanischen State Department auseinander gingen (vgl. Gehler 2002, S. 106, 113).

<sup>45</sup> Österreich kam diese entgegen, da man die von den Südtirolern besetzten Arbeitsplätze selber brauchte. Es wurde auch dementsprechende Propaganda betrieben, sodass 90% der bereits Ausgewanderten die Rückoption beantragten. Letztlich wanderten nur 30% (circa 20.000) Personen zurück, da in Südtirol die Lage noch prekärer war (siehe Sektion 4.5.1) (vgl. Steininger 1997, S. 465f.).

<sup>46</sup> Nichtsdestotrotz kam es nach dem Beschluss zum größten spontanen halbtägigen Generalstreik in Tirol nach dem zweiten Weltkrieg (vgl. Gehler 1998, S. 215).

„Im weiteren Verlauf hatte sich die Londoner Außenministerkonferenz auch über die Aufteilung der italienischen Kolonien, über die Abtretung Istriens an Jugoslawien und über die Bestimmung Triests zur freien Hafenstadt geeinigt. Hier wiederholte sich die Konstellation von 1918/19. Die Sieger beschnitten Italien dort, wo das in ihrem Interesse und in dem der Sowjetunion verbundenen Jugoslawien lag; zum Ausgleich bestätigten sie die Brennergrenze und damit Italiens symbolstärksten Gewinn aus dem ‚großen Krieg‘ – zum zweiten Mal wurde Südtirol ein Opfer der internationale Konstellation.“ (Lill 2002, S. 242)

#### **4.5.1 Es gärt in Südtirol: erneute Italianisierung und Ringen um die Erhaltung der kulturellen Identität**

Nach 1945 wurden von Wien bis zum Bodensee Manifestationen und Massenveranstaltungen zur Rückgliederung von Südtirol abgehalten, was schließlich zu einer nachhaltigen Solidarisierung in Österreich beitrug (vgl. Gehler 1998, S. 212).<sup>47</sup> Vor allem war es die territoriale Begrenzung der Autonomie, die noch nach der Unterzeichnung des Abkommens eine Polemik für die beiden Länder darstellte: Gruber wurde vorgeworfen, er habe die geographischen Grenzen zu ungenau festgelegt. Andere wiederum meinten, es gehe klar aus dem Wortlaut hervor, dass es nur die Provinz Bozen und ein paar umliegende Gemeinden betreffe. Als Italien dann im Juni 1947 den Beschluss fasste, die Region „Trentino-Tiroler Etschland“ zu errichten, war die südtirolerische Öffentlichkeit erzürnt und es entstand ein Klima gegenseitigen Misstrauens. Die gemeinsam ausgearbeiteten Durchführungsbestimmungen des Autonomiestatuts von 1948 fanden in den lange andauernden bürokratischen Prozessen der italienischen Verwaltung nur viel zu langsam Anwendung und heizten die Zweifel an der Ehrlichkeit der italienischen Regierung an. Das führte dazu, dass die österreichische Regierung bis 1953 weiter versuchte, die Selbstbestimmung zu erreichen (vgl. Furlani/Guitto/Malfèr 2002, S.192ff.). Die Unzufriedenheit auf südtirolerischer Seite war einerseits irredentisch bzw. patriotischer Art. Andererseits brachte sich Italien durch die Verzögerung und das Aufschieben der Durchführung der Autonomie in Verruf. Laut Furlani et al. wurde dies vom Desinteresse und von der verdrossenen Betrachtung der Südtirolfrage der Italiener verursacht, was ganz im Gegenteil zum pflichtbewussten und effizienten Österreich stand (2002, S. 196).

---

<sup>47</sup> Dennoch wurde in den Folgejahren stets Kritik an der Bundesregierung und deren „lasches Agieren“ geäußert, was den Konflikt zwischen Wien und Innsbruck und dessen Eigenständigkeitswunsch wieder belebte. Auch die Anschuldigung kam auf, dass in den 50ern und 60ern auch der Außenminister Leopold Figl (ÖVP) in der Schutzfunktion der Südtiroler zu viel Rücksicht auf die christlich-soziale Brüderpartei in Italien nahm, da er die Differenzen mit Rom nach einem Besuch als „unendlich geringfügig“ bezeichnet hatte (vgl. Gehler 1998, S. 212-218).

Die Befürchtungen der österreichischen Politik bewahrheiteten sich schließlich und Steininger bezeichnet die Zeit von 1948 (Inkrafttreten des Regionalstatuts, Anm. d. Verf.) bis 1969 zurecht als Zeit der „Scheinautonomie“: Der Umstand, dass Südtirols 200.000 mit 500.000 Italienischsprachigen Einwohner des Trentino zu einer Autonomie zusammengeslossen wurden, machte erstere praktisch rechtlos (vgl. Grote 2009, S. 157). Auch die Politik nahm allmählich die Züge der faschistischen Italienisierungspolitik der Vorkriegszeit an: 1948 plante man, eine italienische Schule in Bozen zu errichten, in der nur einige Fächer auf Deutsch abgehalten werden sollten. Gesetzesnovellen ab 1952 regelten den Ausschluss der Südtiroler bei der Vergabe von niederen Posten im öffentlichen Dienst. Zusätzlich musste seit diesem Jahr sämtlicher Amtsverkehr auf Italienisch erfolgen, und das auch bei deutschen Stellen wie zum Beispiel Schulinspektoren und Schulleitern. Als De Gasperi 1953 als Ministerpräsident zurücktrat, wurden die Zeiten noch härter: Ab 1955 wurde ein Gesetz erlassen, nach welchem italienische Staatsbürger keine fremdsprachigen (also auch deutsche) Vornamen mehr tragen dürfen. Auch die Enteignungsbefugnisse aus dem Faschismus, welche Bauern zur Ansiedlung von Industriebetrieben und Wohnsilos für Zuwanderer ihres Besitzes entmachteten, wurden wieder eingeführt. Eine ältere Frau, die ihren Balken rot-weiß-rot streichen ließ, wurde gerichtlich der Aufwiegelung für schuldig erklärt, was an die Episode der Mohnblumen im Faschismus erinnert (vgl. Steininger 1997, S. 473-477). Insbesondere wurde die Zuwanderung südtalientischer Arbeiter forciert, was als besonders schlimm empfunden wurde: Der Kanonikus Gamper bezeichnete das als „Todesmarsch“, der sie zur Minderheit innerhalb der eigenen Grenzen machen würde. All das schürte enormes Misstrauen und tausende junge Südtiroler emigrierten in den 50er und 60er Jahren (vgl. Grote 2009, S.157ff.), da sie auch im öffentlichen Arbeitswesen benachteiligt wurden.<sup>48</sup>

Eine Maßnahme gegen Armut war die Schaffung von angemessenem Wohnraum in der vom Krieg und Slumbildung gezeichneten Industriezone südlich von Bozen. Diese betraf jedoch nur die dort ansässigen, größtenteils Südtalientier. Obwohl auch die Südtiroler oft in ärmsten Verhältnissen lebten, hatten diese wenigstens zumeist ein Dach über dem Kopf und somit weniger Anspruch darauf. Das hatte überdies zur Konsequenz, dass ständig weitere Italiener aus schwachen sozialen Schichten zuzogen. Die Gelder für die Maßnahme wurden überdies an

---

<sup>48</sup> Die italienische Presse entgegnete dem, dass dies nicht der Fall wäre, wenn nur ausreichend Interesse von deutscher Seite bestehen würde. Das Gesetz der italienischen Amtssprache machte dies aber nahezu unmöglich. Auch die deutschsprachigen Frontheimkehrer wurden von Posten, wie zum Beispiel den des Briefträgers ausgeschlossen (vgl. Steininger 1997, S. 476f.).

der Südtiroler Landesregierung vorbeigeschleust, sodass diese sich nicht bei der Organisation beteiligen konnten. Die Wohnbauförderungen und die Industrialisierungsmaßnahmen wurden noch 1957 vom Bürgermeister Bozens Giorgio Pasquali verstärkt und es ist nahezu unmöglich, nicht die Italianisierungsabsichten dahinter zu erkennen. Der SVP-Politiker Silvius Magnago bestätigte, dass nicht einmal 10 % des Wohnbaus an Südtiroler gegangen seien und in Bozen mehr gebaut wurde, als andernorts, wo größerer Wohnraumbedarf bestanden hat (vgl. ebd., S. 157-161). Laut Peterlini zeigte sich diese halbherzige Haltung schon in den ersten Monaten nach dem Beschluss des ersten Autonomiestatuts: Es behielten beispielsweise viele faschistische Beamte ihre Posten und Italien drohte immer wieder denjenigen, die für Deutschland optiert hatten und dennoch geblieben sind, die Massenausweisung an. Für viele wurde die Rückoption zum bürokratischen Hürdenlauf und man machte sie zu rechtsarmen und minderen Bürgern innerhalb des Staats. Aus geheimen italienischen Akten geht hervor, dass man diese Strategie unmissverständlich als *politica del 51%* bezeichnete (Peterlini 2011, S. 15f.).

Die österreichische Regierung stellte sich auf die Seite der Südtiroler. Die Zeitung „Corriere della Sera“ bezeichnete die Zusagen Figls zur Unterstützung der Südtiroler Parteifreunde und die Warnungen vor einer Rückkehr des Faschismus in einer Rede nach Abschluss des Staatsvertrags als Anmaßung. Man verwendete das Argument, dass Österreich nichts damit zu tun habe, da Südtirol ja in keinerlei Hinsicht international jemanden etwas angehe. Das mediale Aufsehen steigerte sich daraufhin sowohl auf italienischer als auch auf österreichischer Seite in eine Überspitzung. Der „Überpublizist“ Indro Montanelli bezeichnete dieses mediale Aufschaukeln im „Corriere della Sera“ als ein konstruiertes „Irrenhaus“ (zit. n. Mosser-Schücker/Jelinek 2011, S. 14) und das bilaterale Verhältnis verschlechterte sich rapide (vgl. ebd., S. 14).

## 4.6 Verhärtung der Fronten: Zuspitzung in Bombenanschlägen und Einschaltung der UNO

Die Frustration steigerte sich ins Unermessliche und hatte einen verstärkten Zusammenhalt der Südtiroler und auch eine Radikalisierung der Öffentlichkeit zur Folge. In Nordtirol beobachtete man die Geschehnisse mit Argusaugen und man gründete 1953 unter Franz Gschnitzer den „Bergiselbund“ in Innsbruck, einen Schutzverband Südtirols, dessen Mitglieder später die BAS-Fraktion (Befreiungsausschuss Südtirol) Nordtirols bildeten. Letzter sollte später für viele Bombenanschläge verantwortlich sein. Ein prägendes Ereignis war auch folgendes: Ein italienischer Beamter wurde tot aufgefunden, nachdem er am Vorabend in eine Rauferei in einem Dorfgasthof verwickelt war. Die sieben des Mordes angeklagten „Pfundenerer Buam“, welche daran beteiligt waren, erhielten viel zu hohe Haftstrafen (insgesamt 113 Jahre) und die Witwe des Beamten erhielt eine Million Lire, obwohl der Verstorbene 1,7 Promille im Blut hatte und nach der Rauferei unbemerkt in einen Abgrund hinabstürzte (vgl. Peterlini 2011, S. 29, 42). Bald darauf ereigneten sich erste Sprengstoffanschläge in den Jahren 1956 und 1957, welche von der „Stieler-Gruppe“ durchgeführt wurden.<sup>49</sup> Das im Krieg erlernte Handwerk wurde schließlich umgesetzt. In der Südtiroler Presse („Dolomiten“) wurde deren Verurteilung zu mehrjähriger Haft als skandalös empfunden und man brachte seine Sympathie und Verständnis für sie öffentlich zum Ausdruck. Der Kampf gegen Rom war also im Zeichen des Nationalismus wieder entfacht (vgl. Grote 2009, S. 162f.).

Bei der Massenkundgebung auf Schloss Sigmundskron kam es dann zur besänftigten „Los-von-Trient“-Forderung von Silvius Magnago, der sich dort in seiner Rede als diplomatische Größe von moderater Gesinnung präsentierte. Die Demonstration wurde zum politischen Zeichen. Es ist hierbei aber nicht abzustreiten, dass die Massen genauso ein „Los von Rom“ begrüßt und gefeiert hätten. Magnago wurde damit zur Schlüsselfigur in der Südtirolfrage und verschaffte sich auch bei der italienischen Regierung Gehör. Ihm gelang es, die Mengen, deren Geduld gegenüber Italien bereits am Ende war, für seinen „moderaten Radikalismus“ und seine gewaltablehnende Haltung zu begeistern. In diesem Sinn grenzte Sigmundskron schließlich auch die Politik von denjenigen ab, die zu militärischen Aktionen bereit waren. Auf italienischer Seite gab es ebenfalls Gegendemonstrationen, welche sowohl vor und nach Sigmundskron stattfanden. Die radikale italienische Seite (Giovane Italia) forderte das Gegenteil,

---

<sup>49</sup> Die italienische Regierung reagierte darauf durch eine Verstärkung der Sicherheitskräfte, was die deutschsprachige Bevölkerung wieder verunsicherte (vgl. Steininger 1997, S. 478).

spricht, das Ende des Pariser Abkommens und der Autonomie, was zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führte: Die Situation eskalierte und Südtirol war drauf und dran, in einer Flut von Gewalt zu versinken (vgl. ebd., S. 163ff.).

Die Enttäuschung über das zu moderate „Los von Trient“ war bei vielen, sogar auch ehemaligen SVP Mitgliedern sehr groß. Einer davon war bis 1956 Sepp Kerschbaumer, der einer von den Gründungsmitgliedern des Befreiungsausschuss Südtirol (BAS) war. Seine Biographie kann als prototypisch für die damaligen Guerillakämpfer sein: 1913 in einem kleinen Ort bei Bozen in einer streng gläubigen, selbstverständlich katholischen Familie geboren, machte der Familienvater und Kaufmann die Medien durch einen Hungerstreik in Haft für die Begnadigung der „Pfunderer Buam“ (Anm. d. Verf.) auf sich aufmerksam. Er war inhaftiert worden, da er die Tiroler Fahne auf einem Kirchturm mit Absicht trotz des Verbots hisste.<sup>50</sup> Mit dieser Aktion wird Fritz Molden, Verleger der „Presse“ und späterer Geldgeber des BAS, auf das Problem aufmerksam. Als Kerschbaumer allmählich klar wurde, dass ziviler Ungehorsam und alle anderen Bemühungen nicht ausreichen würden, war er davon überzeugt, *„dass mit den Waffen des Geistes kein Erfolg zu erzielen war“* (Franceschini zit. n. ebd., S. 167). Der BAS wollte auch schon die Eskalation Sigmundskrons, wobei Magnago aber stärker war.<sup>51</sup> Fünf Tage nach der Demonstration sprengte man das noch leere Grab von Tolomei, was aber höchstwahrscheinlich von einer anderen Untergrundbewegung als dem BAS ausgeführt wurde. Kurz danach festigte sich der Kern von letzterem: Josef Fontana, Luis Amplatz, Luis Steinegger und Sepp Innerhofer werden zu den Hauptmitgliedern und das Rückgreifen auf Donarit wurde beschlossen; als Vorbild nimmt man sich den erfolgreichen zypriotischen Unabhängigkeitskampf. 1959 verübte man einen ersten Anschlag auf einen Rohbau eines Volkswohnbaus in Bozen. Es entwickelte sich ein Netzwerk mit Nordtirol und der BAS-Außenstelle; junge Südtiroler, „die etwas tun wollen“, werden zur Sprengstoffausbildung geladen und es ist bekannt, dass die Landesregierung das benötigte Material mitfinanziert hat (vgl. Peterlini, S. 58, 62f., 71).<sup>52</sup> In Hinblick auf

---

<sup>50</sup> Er tat dies wiederholt und wurde nur zehn Tage inhaftiert. Allgemein wurde der italienische Staat durch gezieltes Zeichensetzen wie beispielsweise das Bemalen eines Kirchturms in rot-weiß-rot mehrmals provoziert. Ziviler Ungehorsam wurde vorerst zu Kerschbaumers Waffe. Aber auch unzählige Briefe an Italien sollten nichts ändern, was seinen Umbruch zur Gewalt förderte (vgl. Peterlini 2011, S.49-50, 55f.).

<sup>51</sup> Der BAS konnte bis ins Jahr 1961 eine Zahl von 200 Mitgliedern halten. Auf Sigmundskron 1957 verteilten sie Flugblätter, die die politische Gesinnung des BAS definierten: *„Deutsch wollen wir bleiben und keine Sklaven eines Volkes werden, welches durch Verrat und Betrug unser Land kampflos besetzt hat und seit 40 Jahren ein Ausbeutungs- und Kolonisationssystem betreibt, welches schlimmer ist als die einstigen Kolonialmethoden in Afrika“* (zit. n. Grote 2009, S. 167).

<sup>52</sup> Beim Andreas Hofer Gedenkmzug 1959 in Innsbruck trugen die unbewaffneten Schützen in Anwesenheit der Südtiroler eine riesige, symbolische Dornenkrone (vgl. Peterlini 2011, S. 63).

die persönliche Warte hatten alle BAS-Mitglieder schlimme Kindheitserinnerungen im Faschismus gemeinsam: Eine kleine Schwester, der die Knöpfe vom Dirndlgewand heruntergerissen wurden; eine Ohrfeige vom Lehrer für ein deutsches Wort, da man des Italienischen nicht hundertprozentig mächtig war; die Verhaftung wegen dem Singen deutscher Lieder; oder das Einsitzen für sechs Wochen, weil man das Stilett der Lederhose zeigte, nachdem man sich wegen weißer Stutzen provozieren hatte lassen, so wie es Amplatz wiederfahren ist. Als sich diese Schikanen im demokratischen Italien nicht besserten und man noch immer wegen des Feiern von traditionellen Festen festgenommen werden hätte können, war die Geduld zu Ende (vgl. Peterlini 2011, S. 17).

Als der SPÖ Politiker Bruno Kreisky das Amt für Auswärtiges übernahm, gab es wieder Hoffnung und es kam politisch zu einer Wende. Österreich wollte das Problem nach jahrelangem Stillstand internationalisieren (vgl. ebd., S. 66). Der „Minister für das Äußere“ wandte sich schließlich schon im Oktober 1960 an die UNO und Italien war gezwungen, infolgedessen die bilateralen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Dennoch waren die beiden Standpunkte noch gleich geblieben und es tat sich zwischen dem italienischen Außenminister Segni und Kreisky nichts (vgl. Furlani et al. 2002, S. 197f). Kreisky hatte hohe Erwartungen an die Verhandlungen in der ersten Jahreshälfte 1961, welche aber keine „greifbaren“ Ergebnisse ergeben haben (vgl. Grote 2009, S. 169f.). Politisch sah man Bruno Kreisky als einen Verbündeten: Auch wenn von offizieller Seite aus dementiert wird, dass er über die Bomben Bescheid wusste, ist insgeheim bekannt, dass er sagte, *„dass es ein bisschen tuschen muss, aber nicht zu viel“* (vgl. Peterlini 2011, S. 66-68). Er traf solche Aussagen allerdings nur bis 1960, da er als Außenminister an der kurz zuvor gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft interessiert war und Italien nicht verstimmen wollte (vgl. Gehler 2008, S. 300).

#### **4.6.1 Höhepunkt der „Feuernacht“**

Die Gewaltaktionen kündigten sich schon bei öffentlichen Kampfansagen in den Jahren 1959/60 an. Als die Verhandlungen im Sinne der UNO-Resolution in Mailand wieder nichts ergaben, wurde in der Nacht auf den 30. Jänner das Reiterstandbild des Aluminium-Duce in Waidbruck gesprengt. Am 1. Februar sprengte man ein Loch in die Mauer der unbewohnten Villa Tolomeis. Italien war aber für eine konstruktivere Lösung als Polizeigewalt und andere repressive Maßnahmen zu beschäftigt: Aufgrund eines weiteren Attentats auf einen Rohbau durften politische Versammlungen 30 Tage lang nicht stattfinden, wodurch die Andreas-Hofer-

Feiern verhindert wurden. Als Kirchgänger dessen Loblied „Zu Mantua in Banden“ anstimmten, wurden sie mit Knüppeln von der Polizei geschlagen und verhaftet, was als „Knüppelsonntag“ in die Geschichte einging. Es häuften sich weitere kleinere Anschläge, unter anderem auf die Botschaft in Wien und man war zum großen Schlag ermutigt. Am 22. April 1961 wurde noch dazu das Tragen von Uniformen verboten, zu welchen auch Schützentrachten gezählt wurden. Das sollte die Stimmung nochmals erheblich verschärfen (vgl. Peterlini 2011, S. 72-111).

Der materielle Bedarf für die Feuernacht wurde durch Sprengstofflieferungen aus Nordtirol gedeckt. Bei der Überführung der Unmengen an Donarit und der Züandschnüre wurden keine Mittel gescheut: Junge Pärchen in einem demolierten VW Käfer, fescche Frauen am Steuer, Wanderer und auch Kinderwägen passierten die Grenzen. Um nicht wiederkannt zu werden, verwendete man Perücken. Material bekam oder stahl man auch von Bauunternehmen und aus Uhren bastelte man Zünder. Finanzielle Mittel erhielt man auch von BAS nahen österreichischen Intellektuellen wie etwa Felix Ermacora oder Staatssekretär Franz Gschnitzer (vgl. Grote 2009, S. 168).

Trotz innerer Probleme und Streitigkeiten im BAS, die nicht zuletzt wegen Kerschbaumers Haltung entstanden, keine Menschenleben zu gefährden, kam es schließlich zur Feuernacht. Das große Ziel des BAS war es, die Stromversorgung solange auszuschalten, bis die für die italienische Wirtschaft so wichtigen die Aluminiumhochöfen erkalteten. Deren dauerhafte Zerstörung hätte demzufolge erhebliche wirtschaftliche Schäden verursacht. Auch etliche Verhaftungen, die der italienischen Polizei noch davor gelangen, wie beispielsweise die von Josef Fontana, konnten den BAS nicht mehr daran hindern, ihren großen Schlag durchzuführen. Die Polizei kannte die Strukturen der Bewegung schlichtweg zu wenig. Einige Mitglieder des BAS sprangen in letzter Minute ab und andere machten sich unbewaffnet mit einer Taschenlampe, in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni auf den Weg. Um 1 Uhr begonnen insbesondere in der Bozner Gegend die Anschläge und dauerten bis circa 3 Uhr. Die Bilanz sollte Folgende ergeben: 37 Hochspannungsmasten wurden zerstört, mehrere beschädigt und nur sehr knapp wurde das eigentliche Ziel verfehlt, da Notstromaggregate die Industrie retten konnten. Die Polizei rückte während der Nacht nicht aus und stand vielmehr unter Schock, was die oft wiederholte Behauptung, der Staat hätte genau über die Anschläge Bescheid gewusst, widerlegte (vgl. Peterlini 2011, S. 75-131).<sup>53</sup>

---

<sup>53</sup> Es gilt als heute noch verschwörungstheoretisch interessant, ob der italienische Geheimdienst genau über die Absichten des BAS eingeweiht war. Viele sind der Ansicht, dass der BAS in ein „offenes Messer“ gelaufen sei,

#### 4.6.2 Folgen der „Feuernacht“

Die Feuernacht sollte dennoch schnell ihre Unschuld verlieren: Am nächsten Morgen kam der Straßenwärter Giovanni Postal an einem Baum an der Sprachgrenze in Salurn vorbei, wo er fehlgezündetes Dynamit entdeckte. Er wollte die Ladung selbst entfernen und starb dabei. Als Ironie des Schicksals gilt es, dass es die Gruppe um Kerschbaumer selbst war, welche die Bombe platziert hatte und ausgerechnet sie das „Edle“ an diesem Terror nahm, wo sie sich doch so stark gegen die Gefährdung von Personen aufgelehnt hatte. Den Preis dafür bezahlte im Mailänder Prozess aber ein anderer: Luis Clementi, der gar nicht ausgerückt und nur ein Bote Kerschbaumers war, wurde für sieben Jahre inhaftiert (vgl. Peterlini 2011, S. 133, 137f.).

Nichtsdestotrotz wurde es geschafft, die Südtirolfrage auf alle Titelblätter der Welt zu bringen, wodurch sich der politische Druck auf Italien erheblich steigerte.<sup>54</sup> Man reagierte mit dem Einsatz von 24.000 Soldaten und 10.000 Polizisten und Carabinieri, Hausdurchsuchungen und Verhaftungswellen sowohl von Aktivisten als auch Sympathisanten. Angst und Schrecken wurden verbreitet und zwei junge, unschuldige Burschen wurden von erschreckten Soldaten erschossen, nachdem der Innenminister Scelba (Democrazia Cristiana) am 16. Juni die Verordnung des „piccolo coprifuoco“ (Anm. d. Verf.) verhängt hatte, die verbot, sich nächtens möglichen Anschlagzielen wie beispielsweise Bahnlinien oder Stromlinien zu nähern. Scelba ließ auch sämtliche Waffen, Sprengstoffe und Munitionen bei den Carabinieri- und Polizeistellen abgeben. Die Verhaftungen der BAS-Mitglieder erfolgten nur schleppend, da die Polizei im Dunkeln zu tappen schien. Erst am 10. Juli gab die Verhaftung Franz Muthers, welche als Glücksfall für die Polizei gilt, den Anstoß zur Verhaftungswelle: Muther montierte eine Sprengladung am Auto Benno Steiners, der ein deutschsprachiger Journalist beim „Alto-Adige“ war und die BAS-Mitglieder mit seinen Aussagen erzürnt hatte. Dies kann als Mordversuch gedeutet werden und ist ein Beweis dafür, dass sich im BAS so mancher verselbständigte und die Linie und Prinzipien Kerschbaumers vereitelte. Vom 13. bis zum 18. Juli war fast der ganze BAS hinter Gittern, bis auf diejenigen, denen es gelang, nach Nordtirol zu flüchten. Durch die *omertà* der Aktivisten waren kaum Informationen zu bekommen. Die Sicherheitskräfte griffen

---

um die Südtiroler ins Unrecht zu bringen. Dies ist laut Peterlini aber angesichts der Tatsache, dass die Polizei eher ein Bild wahlloser Übergriffe bot, unwahrscheinlich (vgl. Peterlini 2011, S. 119).

<sup>54</sup> Erst als man begann, die Berliner Mauer zu bauen, klang das internationale Interesse wieder ab (vgl. Grote 2009, S. 175). Gehler (2009, S. 312) entgegnet, dass auf globaler Ebene wenig Eindruck hinterlassen wurde, da man viel Schlimmeres gewohnt war. Er räumt ein, dass aber die italienische Öffentlichkeit sehr wohl dadurch „geweckt“ und informiert wurde. Steininger (1997, S. 491) gibt wiederum an, dass die Weltöffentlichkeit sehr wohl durch die Feuernacht in die Südtirolproblematik eingeweiht wurde.

folglich in den Kasernen auf Folterungsmaßnahmen zurück, bei denen beispielsweise Zigaretten auf Geschlechtsteilen, an denen Gewichte befestigt waren, ausgedrückt wurden (vgl. ebd., S. 139-153).<sup>55</sup>

Erst als zwei von den Häftlingen in Carabinierigewahrsam starben, kam es zu einem Paradigmenwechsel in der Öffentlichkeit: Die anfänglich ablehnende Südtiroler Bevölkerung schwenkte dazu über, den Attentätern Zustimmung entgegen zu bringen, da man deren Vorwurf an Italien, brutale, militärische Herrschaftsmethoden zu pflegen, bestätigt sah. Schließlich lenkte Italien ein und war zu Gesprächen bereit. Die SVP und Österreich verurteilten die Anschläge schon am Tag nach der Feuernacht „aufs Schärfste“ und es kam zu den lange ersehnten Verhandlungen.<sup>56</sup> Am 13. Juni fanden die geplanten Züricher Verhandlungen statt, die in den gescheiterten Klagenfurter Konferenzen festgelegt wurden, ohne die Feuernacht auch nur zu erwähnen (vgl. Peterlini 2011, S. 139). Am 1. September 1961 wurde die berühmte 19er Kommission eingesetzt, welche noch heute als Weichensteller für den riesen Erfolg des „Pakets“ von 1969 und als größte Errungenschaft in der Lösung des Südtirolproblems gilt. Ergebnisse legte sie dennoch erst 1964 vor. Es wurde selbstverständlich darüber diskutiert, ob die Attentate ausschlaggebend für Italiens Nachgeben waren. Es ist laut Grote fast unmöglich abzustreiten, dass allein die zeitliche Nähe der Ereignisse auf einen kausalen Zusammenhang schließen lassen. Nicht zu vergessen ist aber hierbei, dass Österreich im November des Jahres noch einmal eine Südtirolresolution in der UN-Versammlung erzielte. Taktisch war die Berufung der Kommission aber ein Vorteil für Italien, da dadurch ein innerpolitische Angelegenheit entstand und Österreich nicht mehr an den Verhandlungen teilhaben konnte (vgl. Grote 2009, S. 175ff.).<sup>57</sup> Es gilt als umstritten, ob die Feuernacht selbst oder erst deren Folgebomben ein Monat später am 11. Juli und am 12. Juli, welche den Zugverkehr in Oberitalien lahmlegten, überhaupt irgendwas gebracht haben (vgl. Gehler 2008, S. 304-307). Steininger (1997, S. 491f.) beurteilt die Fragestellung, ob es ohne die Attentate die 19er Kommission gegeben hätte, folgendermaßen: Er geht nicht davon aus, dass Italien die Kommission aufgrund der Feuernacht und den darauffolgenden Anschlägen von Juli einberufen hat. Das Gegenteil sei der Fall gewesen, da

---

<sup>55</sup> Eine der ersten Folterungen musste der Trentiner und Sympathisant Livio Pergol, der dem BAS Sprengstoff verkauft hatte, einstecken. Er wusste aber zu wenig und kam mit acht Monaten Haft davon. Die Folterungsmethoden waren insgesamt brutal: Sie reichten von Stromzufuhr, größten Schlägen, tagelangem Dahinsiechen in der eigenen Blutlacke ohne Wasser und Nahrung bis hin zum Unterbinden der Durchblutung (vgl. Peterlini 2011, S. 146, 153ff.).

<sup>56</sup> Die Selbstbestimmung wurde an einem Parteitag unmittelbar nach der Feuernacht endgültig zurückgewiesen (vgl. Grote 2009, S.176).

<sup>57</sup> Sie bestand aus elf italienischen, sieben Südtiroler sowie einem Ladinier Vertreter (vgl. Gehler 2008, S. 308).

aus Akten hervorgeht, dass der Gedanke für inneritalienische Gespräche schon vor der Feuernacht bestanden habe und viele Mitglieder der italienischen Regierung diese sogar nach der Feuernacht nicht mehr durchführen wollten. Scelba setzte sich aber durch und so wurde die Kommission zur italienischen Stärke. Er glaubt auch, dass die erneute Vorbringung bei der UNO viel unangenehmer für Italien war. Er findet überdies, dass man in Nord- und Südtirol heute noch dazu tendiert, die Attentate als folgenreich anzusehen, um ihnen Sinn zu geben. Bei einem Treffen zwei Tage nach der Feuernacht räumte Scelba jedoch schon erste Gesprächsbereitschaft ein, was „*zweifelsohne eine Folge der Feuernacht [ist], denn die neue Verhandlungsbereitschaft ist gegenüber dem Hinhalten und Taktieren der Jahre zuvor von neuer, konkreter Qualität.*“, schreibt Peterlini (2011, S. 139). Am glaubwürdigsten erscheint aber die Aussage des Mannes mit der wahrscheinlich höchsten Expertise auf dem Gebiet: Silvius Magnago, dem es durch diplomatisches Geschick gelang, die ursprünglichen Vorwürfe Roms, dass die SVP noch „extremistische Elemente“ und Kontaktpersonen vom BAS enthielt, abzuwenden (vgl. Grote 2009, S. 178). Magnago, der sich stets als Gegner der Attentate aussprach, bestätigte in einer „Club 2“ Sendung des ORF 1994 Folgendes: Er gebe zu, „*dass, wenn diese Taten nicht passiert wären, hätte es keine 19er Kommission gegeben*“ („Menschen und Mächte“, 41:10‘).

Sowohl auf italienischer als auch auf Südtiroler Seite kam es zu berühmten Gerichtsprozessen. Beim Carabinieriprozess von Trient wurden zehn Carabinieri angeklagt, die international verurteilten Folterungen begangen zu haben. Acht von ihnen wurden freigesprochen und zwei amnestiert, was auf der ganzen Welt für Empörung sorgte. Der Mailänder Prozess gegen die Attentäter rückte ebenfalls ins Licht und die Argusaugen der Weltöffentlichkeit. Die Höchststrafen gingen bis 20 Jahre. Insgesamt kann der Prozess zwar als hart urteilend, aber fair beurteilt werden. Äußerst deutlich hervorzuheben ist, dass in Italien nun zum ersten Mal die Geschehnisse von „*1918 bis 1960 in politischer, kultureller, wirtschaftlicher und menschlicher Hinsicht lesebuchartig öffentlich die Zeugenaussagen der Angeklagten aufgearbeitet*“ wurden (Gatterer zit. n. Grote 2009, S. 180). Die Zeitungen verbreiteten diesen „Unterricht“ und so wurde Italien selbst zum Verurteilten (vgl. ebd., S. 180).

Zuvor glaubte die italienische Öffentlichkeit, dass in Südtirol rebellische „Altnazis“ lebten. Insbesondere Sepp Kerschbaumer, der einen einfachen, zutiefst religiösen Familienvater „im Sonntagsgewand“ darstellte, konnte auf der italienischen Seite Eindruck hinterlassen. Das

von der Presse inszenierte Image der bombenden *dinamitardi* wurde geradegestellt<sup>58</sup> und mit Aldo Moro, der im Jahr 1963 zum Premierminister wurde, begann eine neue Ära (vgl. ebd. 179ff.). Die Überbleibsel des BAS konnten sich dennoch organisieren und betrieben einen radikalen, vom Pazifismus von Kerschbaumer weit entfernten Terrorismus bis 1969. Dieser war eher kontraproduktiv und politisch weitgehend unbedeutend, auch wenn eine weitere Radikalisierung stattfand und die Tötung von 20 Menschen nicht mehr gescheut wurde (vgl. ebd., 178-185).<sup>59</sup>

---

<sup>58</sup> Kerschbaumer gelang ein taktisch nützlicher Zug: Er erklärte nicht mehr die Selbstbestimmung zum Ziel der Attentate, sondern die Autonomie. Der Dolmetscher übersetzte dies mechanisch mit *autodecisione*. Erst das Tonband brachte nach einigen Minuten den Beweis, welcher zur mildereren Strafen führte. Beweise gegen diese Behauptung hätte man zwar auf einfachste Weise einholen können, aber man war nun kompromissbereit und froh, dass die Selbstbestimmung nun nicht mehr zur Debatte stand (vgl. Grote 2009, S. 181).

<sup>59</sup> Es häuften sich bis ins Jahr 1969 330 Attentate, welche größtenteils in den 60er Jahren stattfanden (vgl. Agostini 2003, S. 157f.).

## 5. Der italienische Anspruch auf Südtirol und dessen Motivation: die andere Seite

Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass die politische Attraktivität des Brenners von wirtschaftliche Faktoren abhängt, da er der wichtigste Handelsübergang und Ort intellektuellen Austauschs in den Alpen ist. Der Brenner ist nicht nur als Hauptimport- und Hauptexportzone von Interesse, sondern auch durch seine starke Wasserkraft, was sich durch die Industrialisierungspolitik in den 20ern bestätigte (vgl. Grote 2009, S. 31-35.). Grote (2009, S. 35) geht sogar so weit, dass er die wirtschaftliche Entwicklung Italiens ohne Südtirol in Frage stellt: „*Es ist fraglich ob Norditalien im 20. Jahrhundert ein so bedeutender Industriestandort hätte werden können ohne die im Überfluss vorhandenen Stromressourcen aus Südtirol.*“

### 5.1 Nationalismus, Irredentismus und die Argumente für die Brennergrenze

Die Entstehung der Südtirolfrage begründet sich, wie bereits umfassend dargestellt wurde, in dem sich überall ausbreitenden imperialistisch-expansiven Nationalismus. Von nicht unwesentlicher Bedeutung sind an dieser Stelle aber auch die von Geographen konstruierten Argumente für die Brennergrenze, die im Folgenden dargestellt werden:

Die Brennergrenze wird als orografisch beeinflusst bezeichnet, was reliefbedingt bedeutet, obwohl diese Grenzziehung entlang dem Brennerpass und dem Reschenpass in Wahrheit an einer relativ niedrigen Zone des Alpenhauptkamms vorgenommen wurde (vgl. Grote 2009, S. 31).<sup>60</sup> Der italienische Anspruch auf die selbige wurde in orographischer Hinsicht mit militärgeographischen Überlegungen begründet, was heißt, dass behauptet wurde, dass einzig und allein der Brenner militärische Sicherheit bieten konnte. Außerdem existierte die Wasserscheidentheorie, die besagt, dass alle Gewässer, die in die Adria fließen, naturgemäß zu Italien gehören.<sup>61</sup> Eine Wasserscheide und ein nicht allzu hohes Relief in einem Gebirge seien aber mi-

---

<sup>60</sup> Der Entwickler dieser Theorie nannte sie *Catena mediana* (Alpenmittelkette). Laut ihr hätten auch Osttirol, Kärnten, das Tessin, das Walis und ein Teil Graubündens zu Italien fallen müssen (vgl. Stadlmayer 1965, S. 256).

<sup>61</sup> Hätte man diese strikt angewendet, hätte man eigentlich auch Anspruch auf Gebiete der Westalpen in der Schweiz, Deutschland und Frankreich erheben müssen (vgl. Stadlmayer 1965, S. 254). Behauptungen, dass Südtirol klimatisch und hinsichtlich der Vegetation mediterran oder „italienisch“ sei, können ebenso verneint werden: Es ist in dieser Hinsicht zweifelsohne ostalpin-mitteuropäisch geprägt (vgl. Kinzl 1965, S. 253).

litärisch nicht immer zwangsläufig am vorteilhaftesten zu verteidigen: Die – militärisch gesehen – gleichwertige Grenze laut Freiberg wäre ohne Zweifel die Salurner Klause gewesen, da dort die mächtigen, im Durchschnitt 2.500 Meter hohen Gebirgsketten des Ortler und der Sextener Dolomiten zusammentreffen und eine eindeutige Trennlinie auch aus dem sprachlichen Gesichtspunkt darstellen (vgl. Freiberg 1994, S. 45f.). Abgesehen davon zeigen Kinzls Konklusionen (1965, S. 253) die Instabilität dieser Theorien bzw. Begründungen: Die Wasserscheide wurde lange als die „natürliche Grenze“ deklariert. In entscheidenden Momenten wechselte man in der folgenden Zeit im Zuge der Propaganda aber von der hydrographischen zur orographischen Grenze der Alpenmittelkette, da diese haltbarer war.

Man versuchte schließlich die geographischen Thesen mit ethnographischen, historischen, kulturgeschichtlichen und namenkundlichen Beweisen zu stützen (vgl. Freiberg 1994, S. 46). Historisch präsentierte man Italien als den Erben des antiken Roms, obwohl Tirol innerhalb dessen 450-jähriger Herrschaft auch eine Einheit bildete. Der über tausendjährigen Einheit Tirols maß man weniger Gewichtung bei. Dessen Italianität begründete sich demnach in der kurzweiligen Romanisierung, was auch von italienischen Historikern als absurd bezeichnet wurde. Die Römer kolonialisierten den äußerst dünn besiedelten inneren Alpenraum nicht einmal, da dieser nicht von Interesse für sie war. Man begnügte sich mit militärstrategischem Straßenbau. In erster Linie waren es die Germanen, die ab dem 7. Jahrhundert Rodungen vornahmen und den Raum bewohnbar machten und ihn zur Ansiedlung nützten. Sprachwissenschaftlich fanden die Nationalisten Gründe in der römischen Etymologie vieler Ortsnamen, wobei man außer Acht ließ, dass das auch für viele andere Gebiete des Alpenraums wie beispielsweise das Salzburgerische gilt (vgl. Stadlmayer 1965, S. 287f.). Der Vorreiter, der zum Hauptvertreter dieser Strömungen war, war Ettore Tolomei, der heute als der „Totengräber“ Südtirols bezeichnet wird.<sup>62</sup>

---

<sup>62</sup> [uibk.ac.at/zeitgeschichte/zis/stirol.html](http://uibk.ac.at/zeitgeschichte/zis/stirol.html), 17.09.2015

### 5.1.1 Tolomei: „Der Mann, der das italienische *Alto-Adige* erfunden hat“<sup>63</sup>

Ettore Tolomei wurde 1865 in dem damals noch trentinischen und noch österreichischen Rovereto geboren und großgezogen. Eigentlich war er kein Faschist, sondern Vielmehr ein Nationalist, dem Mussolini gelegen kam oder auch vice versa. Das Argument für die *italianità*, welches man in den sprachlichen Wurzeln vieler Ortsnamen Tirols sah, wurde aber nicht, wie vielfach behauptet, von Ettore Tolomei, sondern vom Nationalisten Bartolomeo Malfatti ins Leben gerufen. Dieser war aber ein Professor Tolomeis an der Universität Florenz, wo letzterer seine nationalistische Haltung annahm. Seine antiösterreichische Haltung rührte daher, dass es in seinem familiären sowie schulischen Umfeld als eine enorme Enttäuschung galt, dass das Trentino nicht von den italienischen Unabhängigkeitskämpfen des Jahres 1866 zu Italien geholt wurde. Mehr und mehr lebte man auch in einer Politikverdrossenheit gegenüber dem österreichischen Imperium, da dort bekanntlich ebenfalls nationalistische Bewegungen aufkamen. Er behauptete bis zum letzten Tag seines Lebens, dass er die Südtiroler nicht hasse, obwohl er aber gleichzeitig die Rechtszugeständnisse bedauere, die den Südtirolern nach der, aus seiner Sicht „nicht geglückten Option oder ethischen Säuberung“ eingeräumt wurden.<sup>64</sup> Obwohl er schnell zum meistgehassten Italiener der Südtiroler aufstieg, ließ er sich sogar ein Grab in der Gemeinde Montan errichten, welche damals wie heute mehrheitlich von deutschsprachigen bewohnt ist: Er wollte sich mit dem Blick nach Norden begraben lassen, damit er den „letzten Deutschen die Grenze verlassen sehen konnte“. Die Grabstätte wurde, wie erwähnt, mehrmals von Attentaten heimgesucht (vgl. Ferrandi 1998, S. 210-216).

Schon 1890 begann Tolomei damit, seine nationalistischen Thesen publik zu machen und vereinte sie dann in seinem Jahrbuch „Archivio per l’Alto Adige“. Sein Fanatismus, seine Zielstrebigkeit sowie seine Disziplin führten dazu, dass er in bestimmenden Momenten nie weit von politischen Entscheidungsträgern entfernt war, obwohl er eigentlich ein Einzelgänger war. Dieser Umstand verhalf ihm gleich nach der Annexion 1919 dazu, Leiter der Zivilverwaltung in Bozen zu werden. Er schaffte es in seinem unermüdlichen Kampf, nachdem er nach einer Besteigung des Glockenkarkopfs in den Zillertaler Alpen an der Wasserscheide die Idee hatte, den Berg in „Vetta d’Italia“ umzubenennen. Die italienische Öffentlichkeit wurde ebenfalls nach der Eintragung in amtliche Kartenwerke davon überzeugt, dass es sich dabei um eine his-

---

<sup>63</sup> Untertitel des Buchs *Ettore Tolomei: l’uomo che inventò l’Alto Adige* von Maurizio Ferrandi (1986).

<sup>64</sup> Tolomei hat die Aussiedlung schon 1890 in seinem Programm verlangt (vgl. Stadlmayer 1965, S. 264)

torische Denotation handeln müsse, was aber keineswegs der Fall war. Ganz im Gegenteil handelte es sich um eine freie Erfindung, so wie bei vielen anderen von ihm durchgeführten Umbenennungen, welche sich über Jahrzehnte halten sollten.<sup>65</sup> Ihm wurde darüber hinaus im Jahr 1922 die Mitgliedsnummer 1 der Faschistischen Partei Bozens gegeben und er wurde, wie erwähnt, zum Berater Mussolinis. Auch bei den Konferenzen 1945 sollte er wieder als Berater der italienischen Delegation wirken. Und um den Mythos der Brennergrenze wieder aufzuwerten, wurde von ihm ein mächtiges „wissenschaftliches“ Aufgebot geschafften, um auch das italienische Volk von seiner Ideologie zu überzeugen und die Taten zu rechtfertigen. Es kam also ein „fanatischer Außenseiter“ zum Zug, wie ihn Stadlmayer bezeichnete, den man anfänglich ignoriert und ausgelacht hatte (vgl. Stadlmayer 1965, S. 259-267).

### 5.1.2 De Gasperi als Schlüsselfigur und seine Weltanschauung

Wie bereits umfassend dargestellt wurde, ist auch Alcide De Gasperi von wesentlicher Bedeutung für die Geschichte Tirols. Der polemische Trentiner, der „während seiner Jugend das Aufkeimen nationalistisch motivierter Spannungen [erlebte], in deren Verlauf die Konfrontation zwischen Deutschen und Italienern immer aggressivere Züge annahm“ (Völkl 2004, S. 45), hatte über sein ganzes Leben einen tiefen emotionalen Bezug zum Trentino. Dies verdeutlichte er, indem er sich als „*trentino prestato all'Italia*“ bezeichnete (zit. n. ebd., S. 44). De Gasperi studierte vor dem ersten Weltkrieg in Innsbruck und in Wien, wobei er sich insbesondere mit deutscher Philologie beschäftigte. Das Leben im polyglotten Staat führte ihm das positive Zusammenleben vor Augen und es war für ihn äußerst problematisch, dass der Nationalismus den pluriethnischen Charakter sowie die kulturelle und religiöse Identität des Trentinos zerstörte. Für den jüngsten Abgeordneten des Wiener Reichsrats, welcher bekanntlich für die Autonomie seiner Region eintrat, war die Bereitschaft Wiens nach dem ersten Weltkrieg das Trentino an Italien abzutreten ein Vertrauensbruch und eine Enttäuschung ersten Ranges (vgl. ebd., 55-149).

Nach dem Anschluss an Italien konnte er schließlich seine Heimat als Politiker wieder gegen die Zentralmacht verteidigen. Er hat damals hinsichtlich der Annexion Südtirols zwar Zweifel anmerken lassen und öffentlich darauf hingewiesen, dass viele politische Probleme

---

<sup>65</sup> Die toponomastischen Bezeichnungen hatten für die Nationalisten Symbolstatus und deswegen war es ihnen so wichtig, diese anzuwenden. Tolomei hat überdies Unmengen an Schriften für die Entfernung der Walther von der Vogelweide Statue geschrieben (Ferrandi 1998, S. 213).

entstehen könnten. Dennoch folgte er der für damals typischen nationalistischen Rhetorik und deklarierte die militärische Verteidigbarkeit als vorzuziehen, um seine eigenen politischen Interessen durchsetzen zu können. Als Vorbild behielt er lange den Tiroler Landtag und seine Freiheiten, das habsburgische effiziente Rechtssystem, die vorbildliche Sozialgesetzgebung und die Zuverlässigkeit der Verwaltung von beispielsweise Post, Bahnhöfen etc. Im privaten Rahmen äußerte er, dass die Südtirolfrage nochmals gründlich überdacht werden sollte (vgl. ebd., S. 156-182) und bei einer privateren Unterredung mit dem späteren Botschafter in Wien 1945 soll er gesagt haben: „*Nel 1919 non sono stato favorevole all’annessione dell’intero Alto Adige, ma ora che esso appartiene all’Italia, dobbiamo fare di tutto per conservarlo*“ (zit. n. Toscano 1968, S. 60).

Auch wenn Gruber selbst darauf hinwies, dass das Abkommen auch für Italien eher einen Kompromiss als einen Erfolg darstellte, müsse das Abkommen als eine zu hinterfragende und auch bedenkliche Errungenschaft des „großen Europäers“ De Gasperi angesehen werden. Des- sen Motivation gilt nämlich heute noch als umstritten. Obwohl Gruber De Gasperi aufgrund seiner altösterreichischen Herkunft und seiner exzellenten Kenntnisse der deutschen Sprache und über Südtirol als vertrauenswürdig einschätzte, war De Gasperi ab 1945 ein italienischer Politiker und vor allem aber ein Trentiner Regionalpolitiker (vgl. Gehler 2008, S. 112, 257, 515): Seine Hauptanliegen waren die Stabilisierung Italiens; die Durchsetzung seiner Partei *Democrazia Cristiana* gegen die Sozialisten und die Kommunisten; der Konsens mit den nationalstaatlich gesinnten Italienern, was bedeutete, den Brenner vollends zu verteidigen und selbstverständlich die Durchsetzung einer Autonomie für das Trentino mit einem eigenen italienischen Recht (vgl. Lill 2002, S. 234).

In der Tat konnte De Gasperis Politik im Sommer 1946 Italien erheblich stabilisieren, was Vertrauen bei den Alliierten weckte. Zusätzlich brachten De Gasperi und seine Mitarbeiter ihren guten Willen in den Verhandlungen zum Ausdruck und gaben an, dass Tirol mit dem Trentino wieder zur alten Einheit kommen müsse. Laut Lill ging er aber in Wahrheit davon aus, dass die nun unterwanderten Südtiroler ohnehin zu Minorität werden würden und eine „doppelte Minorisierung“ durch Italien und das Trentino stattfinden würde. Unter Zeitdruck formulierte insbesondere De Gasperi den Akkord in englischer Sprache, der, wie erwähnt, stellenweise sehr zu unterschiedlicher Interpretation offen blieb, was von Gruber nicht durchschaut

wurde (vgl. ebd., S. 245f.). Während Grubers Argumentationen europäisch waren, war De Gasperi weit davon entfernt.<sup>66</sup> Erst in den 1950er Jahren, als er den Autonomieprozess ahnte, änderte er seinen Kurs. Eine echte Autonomielösung habe er ursprünglich nicht beabsichtigt (vgl. Gehler 2008, S. 258f.): Er habe beispielsweise 1944, als man in Amerika noch eher pro Restitution auf österreichischer Seite stand und das in Zeitungen veröffentlichte, ein Memorandum an die vier Großmächte gesendet, welches unter anderem sämtliche alten Motive von 1918/19 für die Brennergrenze und die neuen demographischen und ökonomischen Umstände enthielt (vgl. Lill 2002, S. 236).

Stadlmayer gibt an, dass man die Argumente mit der Zeit schließlich doch adaptieren musste: Man behauptete, dass man wirtschaftlich ohne Südtirol nicht überleben könne, dass man viele Investitionen vor allem in die Wasserkraft verlieren würde und dass man die Rechte von rund 120.000 zugewanderten Italienern schützen müsse. Es war derselbe Argumentationsstrang wie der von Österreich 1919: nur dass man dieses Mal die 25-jährige Herrschaft als triftiges Argument ansah, im Gegensatz zur über tausendjährigen Einheit und die 550-jährige österreichische Herrschaft, die Südtirol durch viele Investitionen zu einem reichen Land gemacht hat (vgl. Stadlmayer 1965, S. 264). Dennoch lassen sich insgesamt zwei Hauptargumentationssäulen De Gasperis, die auch die restlichen Parteien zu verantworten haben, erkennen:

1. Die Industrie in ganz Norditaliens wäre ohne die südtirolerischen Kraftwerke gefährdet.<sup>67</sup>
2. Ehemaligen Nazis kann man nicht entgegenkommen: Die Option wurde den Südtirolern hierbei zum Verhängnis. Damit hätten sie sich zum Nationalsozialismus bekannt, was ihnen jegliche Rechtsgrundlage auf Selbstbestimmung nahm.<sup>68</sup>

Außerdem drohte das ohnehin so gebeutelte Italien, einen Friedensvertrag ohne Südtirol nicht zu unterschreiben (vgl. Steininger 1987, S. 174).

---

<sup>66</sup> Rom erließ um 1945 beispielsweise Zugeständnisse zur Zweisprachigkeit und Unterricht in Schulen in der Muttersprache von Muttersprachlern. Man wollte ein besseres Bild für die Alliierten geben, wobei De Gasperi auf italienische Lehrer mit Deutschkenntnissen beharrte (vgl. Lill 2002, S. 239f.).

<sup>67</sup> Das italienische Argument der lebenswichtigen Wasserkraft Südtirols für Norditalien, wessen Anteil an der gesamten Wasserkraft Italiens von De Gasperi mit 13% beziffert wurde, konnte mit einer Neuberechnung und einem Ergebnis von fast der Hälfte sehr leicht entkräftet werden. Das machte den österreichischen Kompromissvorschlag, die Wasserwerke in italienischem Besitz zu lassen, sinnlos und zu einer weiteren österreichischen Schwäche, die von Italien nicht weiter beachtet wurde (vgl. Gehler 2002, S. 107).

<sup>68</sup> De Gasperi hatte noch enge Kontakte zu seiner Heimatregion und zu einem lokalen Berichterstatter in Südtirol, der beispielsweise über eine alarmierende Präsenz nationalistischen bis nationalsozialistischen Gedankengutes und lokalen Gerüchten über versteckte Waffen, die zum Rückschlag bereit waren, klagte. Das heißt, dass er von seinem Argument mit hoher Wahrscheinlichkeit tatsächlich überzeugt war (vgl. Völkl 2004, S. 272).

Das zentralistische Denken Italiens und vereinzelte Neofaschisten, die noch ihre Ämter bekleideten, führten zusätzlich zur mangelhaften Umsetzung des Abkommens, was in das „Los von Trient“ und der Radikalisierung der 60er Jahre münden sollte (vgl. Gehler 2002, S. 111; Grote 2009, S. 153). Für De Gasperi selbst war das Abkommen aber ein Erfolg: Durch die Sicherung des Zugewinns der Brennergrenze bestätigte sich sein Nationalitalienerdasein, da er zuvor innerhalb Italiens eher als *austriacante* wahrgenommen wurde. Außerdem konnte er mit dem Abkommen die Regionalisierung in die eigentlich zentralistisch ausgerichtete italienische Staatsstruktur einschleusen, was seinen Vorstellungen entsprach (vgl. Gehler 2008, S. 258). Seine Haltung bleibt aber dennoch unschlüssig: Bei einem privaten Gespräch mit einem Priester aus dem deutschen Sprachraum führte er kurz vor seinem Ableben eine Unterhaltung, bei der er zugegeben haben soll, das Südtirol nicht mit rechten Dingen zu Italien gekommen sei (vgl. Völkl, S. 167). Furlani et al. (2002, S. 194ff.) konkludieren, dass De Gasperi nicht daran interessiert war, die faschistischen Register implizit durch ein fadenscheiniges Abkommen aufrecht zu erhalten. Vielmehr wiederholte er die Autonomiebestrebungen von 1901, die die Trentiner dem Tiroler Landtag vorlegten. Sein Entwurf glich dem Modell, das damals auf den „Widerstand der Radikalen beider Nationalitäten stieß.“ Für ihn war es laut ihnen ein Versöhnungsversuch, der nur die Rollen getauscht hat.

## **5.2 Die politische Positionierung Italiens von 1946 - 1961**

Die Zeit nach 1945 bezeichnete man auch auf italienischer Seite als eine Zeit des Aufschiebens der Umsetzung des Gruber-De Gasperi-Akkords, bei der eine unabstreitbare Langsamkeit in der Anwendung bestanden hat. Bracalini begründet die „Rache“ der Südtiroler, wie er die Anschläge betitelt, auch damit, dass Deutschland wirtschaftlich wieder gestärkt war und die öffentliche Meinung dort auf der Seite der Südtiroler war. Außerdem war Österreich durch den Staatsvertrag gestärkt, weswegen man laut ihm öffentlich vermehrt die Südtiroler zur Rebellion anheizte und auch diplomatisch wieder eingreifen konnte (vgl. Bracalini 1968, S. 61f.).

Exemplarisch für die Haltung Italiens sollte ein Briefwechsel zwischen den Ländern zwischen 1959 und 1960 werden. Im Oktober reichte die Alpenrepublik ein umfassendes Memorandum ein und erst im Mai erhielt man die italienische Antwort darauf. Der italienische Botschafter stellte fest, dass der österreichische Bundeskanzler Raab durch diese Verzögerung jegliches Vertrauen verloren habe. Der Botschafter begründet die Versäumnisse Italiens damit,

dass erneut die Kurzlebigkeit der Regierungen dafür verantwortlich war. Man war zu sehr mit eigenen Krisen beschäftigt (vgl. Peterlini 2011, S. 75):

„Für konstruktive Lösungen ist die italienische Politik in den entscheidenden Jahren zu sehr abgelenkt, lediglich mit repressiven Maßnahmen ist sie schnell zur Stelle. Südtirol wird, ob aus Zerstreuung oder Absicht, den seit dem Faschismus auf Repression eingespielten Beamten in Verwaltung, Exekutive und Justiz überlassen.“ (zit. n. ebd., S. 73)<sup>69</sup>

Der Text von Pietro Pastorelli über die Jahre vom Gruber-De Gasperi-Abkommen bis zum Paket zeigt zwar die diplomatischen Vorgänge zwischen Italien und Österreich aus dem italienischen Blickwinkel, aber über die Anschuldigungen Österreichs an Italien und deren Wahrheitsgehalt entzieht er sich des Urteils. Es werden vielmehr die Probleme, welche Österreich für das Abkommen selbst verursacht haben soll, aufgezeigt: In diesem Sinne wird Gruber unterstellt, dass er mit problematischen Aussagen die entspannte Atmosphäre vertan habe und die Öffentlichkeit gegen Italien aufgebracht habe. Auch habe man mit der negativen öffentlichen Meinung Österreichs bzw. Tirols vorhersehbare Schwierigkeiten ausgelöst, obwohl De Gasperis politischer Wille eindeutig und unmissverständlich positiv gewesen wäre (vgl. Pastorelli 1975, S. 566f.).

1955 brachte der neue Minister Martino die Linie Italiens auf den Punkt: Er sagte, dass das Südtirolproblem nicht auf internationaler Ebene existierte, da Italien nicht daran denke, das Abkommen nicht anzuwenden. Es handle sich um eine rein innenpolitische Angelegenheit. Italiens Standpunkt besagte aber auch, dass das Abkommen erfüllt sei und dass man dennoch gewillt sei, bei einigen ungelösten Fragen konkretisierte Anregungen Österreichs zu einer besseren Anwendung umzusetzen und zu kooperieren. In der Zeit als erste Bomben explodierten, entstanden Pastorelli zufolge wichtige Dokumente: Italien entgegnete den Forderungen mit detaillierter juridischer Beweisführung, während es behauptete, dass Österreich den Abkommenstext falsch auslege (vgl. ebd., 567ff.). Die italienische Presse war übrigens laut Agostini (2003, S. 153) nicht darauf vorbereitet, mit den Geschehnissen und den Attentaten am Anfang der 60er Jahre umzugehen und man tat es der Politik gleich, stetig zu wiederholen, dass das Problem eine interne Angelegenheit Italiens sei. Pastorelli (1975, S. 568) gesteht ein, dass letzten Endes erst 1957, also mehrere Jahre nach dem Abgang De Gasperis 1953 eine Änderung

---

<sup>69</sup> Auch Umberto Gandini bestätigt, dass die autoritären Denk- und Verhaltensmuster des Faschismus über lange Zeit noch vorhanden waren (zit. n. Mumelter 1992, S. 92).

der Richtung in der italienischen Politik stattfand: Man besann sich darauf, den „demokratischen Weg“, den er eingeschlagen hatte, fortzuführen.<sup>70</sup>

Als Österreich die Selbstverwaltung 1959 und die Selbstbestimmung im Jahr 1960 bei der UNO forderte, lenkte Italien ein. Segni sagte dazu jedoch, dass das Wiederaufrollen der Südtirolfrage bei allen Europäern, die für den Frieden einstanden, Unmut erweckte: Man argumentierte hierbei, dass auch die UNO Südtirol schließlich nicht mehr, so wie Österreich in der Forderung, als „österreichische Minderheit in Italien“ bezeichnete, sondern als "Status des deutschsprachigen Elements in der Provinz Bozen". Den österreichischen Antrag bei der UNO interpretierte Italien als unvernünftigen und sich abzeichnenden Irredentismus. Trotzdem versprach Italien eine Präzisierung der „besseren Anwendung des Abkommens“, und es vervollständigte seine „gutgewillte“ Line durch die 19er-Kommission (vgl. ebd., S. 569ff.).

Pastorelli stellt außerdem fest, dass man durch die Hoffnung auf die unerreichbaren Ziele, die Wien mit den UNO-Resolutionen nährte, die Feuernacht verursacht habe. Auch habe Wien nach letzterer versucht, den Attentaten die Anklage wegen der Misshandlungen der Inhaftierten im öffentlichen Diskurs entgegenzustellen, um nicht alleine negativ in der Öffentlichkeit dastehen zu müssen. Pastorelli gibt überdies vor, dass der Terrorismus, der über die 60er Jahre andauerte, die spärlichen Versöhnungsversuche der Österreicher gezeigt habe, während Italien einen „versöhnlichen Kurs“ schon seit 1961 eingeschlagen haben soll (vgl. ebd., S. 572ff.).

## **5.3 Gegner der Annexion und versöhnliche Töne von italienischer Seite**

### **5.3.1 Meinungsbildung in intellektuellen Kreisen**

In Italien erschienen vor allem zwischen 1950 und 1965 noch etliche Publikationen wie das exemplarische Werk vom schon genannten Carlo Battisti<sup>71</sup>, die ganz im Sinne von Ettore Tolomei nachzuweisen versuchen, dass Südtirol zurecht zu Italien fiel. Auch Cajoli (1960, S. 7) behauptete noch 1960, dass es keine *questione altoatesina* mehr gab, da sie eine rein italienische Angelegenheit gewesen sei und nur durch einen Widerspruch wieder aufgerollt werden könne: Das Abkommen sei nämlich mit ein paar Schönheitsfehlern durchgeführt worden.

---

<sup>70</sup> Diese Aussage bestätigt sich durch folgenden Umstand: Der Nachfolger De Gasperis als Ministerpräsident wurde Giuseppe Pella, ein ehemaliger faschistischer Podestà, der das Selbstbestimmungsrecht Triests forderte und selbiges den Südtirolern verweigerte (vgl. Steininger 1997, S. 476).

<sup>71</sup> Zum Beispiel das Werk von Battisti, Carlo; Vacante, Salvatore; Cajoli, Renato: *Alto Adige: realtà e problemi*, Bologna: Capelli 1961.

Nichtsdestotrotz gab es aber auch, wie schon angedeutet, fast immer Stimmen von Politikern und Intellektuellen, die gegen die Assimilierung oder gar die Annexion Südtirols waren und deren Position von der Opposition als *posizione rinunciataria* bezeichnet wurde (vgl. Romeo 2000, S. 146). Erwähnt sollte hierbei nochmals der Historiker und Geograph Gaetano Salvemini werden, der Tolomeis Theorien als Erster als reine Fälschung darstellte und Tolomei als den Mann, der die „*raffiniertesten Instrumente erfand [um die] Minderheiten zu quälen*“ (zit. n. Stadlmayer 1965, S. 258), bezeichnete. Als dieser seine Feststellungen gegen Tolomei noch vor 1915 öffentlich vertrat, brach er damit eine Welle der Unterstützung vom Zaun: Weitere sozialistische Abgeordnete wie etwa Filippo Turati, welcher immer wieder dazu aufforderte, die Annexion abzuwenden und diese 1919 als „*seme perenne di discordia e di ribellione*“ betitelte, schlossen sich an (zit. n. Peterlini 1996, S. 70).

Die vorhergehenden Darstellungen könnten einen darüber hinaus auch zum Glauben verleiten, dass auch das italienische Volk bzw. die öffentliche Meinung Anspruch auf das Gebiet bis zum Brenner erhoben hat, was aber strikt verneint werden muss. Überdies waren alle Wissenschaftlicher und Politiker des Risorgimento bis auf Mazzini und die Trentiner nahezu geschlossen dagegen. Es war bei den Verantwortlichen durchaus das Bewusstsein vorhanden, dass man die Brennergrenze national eigentlich gar nicht und auch strategisch kaum rechtfertigen konnte. Die Aspirationen waren viel unsicherer als sie in der Propaganda dargestellt wurden.<sup>72</sup> Auch der sozialistische Abgeordnete Riboldi sagte 1920, dass schon Napoleon feststellte, dass sowohl der Brenner als auch die Salurner Klausen sehr geeignete Verteidigungslinien darstellten: „*Ich weiß nicht, welches Gutachten des italienischen Generalstabs maßgebender sein kann als die Meinung von Napoleon Bonapartes*“ (zit. n. Stadlmayer 1965, S. 261). Das Bürgertum und die Sozialisten, die gegen die Ungerechtigkeit einstanden, waren trotz der noch schwachen Präsenz der Faschisten jedoch nicht dazu im Stande, fruchtende politische Aktionen zu setzen (vgl. ebd., S. 258-263).

Andrea Di Michele (2003, S. 405) gibt Stadlmayer hierbei Recht: Er zeigt auf, dass die italienische Politik, welche bis 1922 eine Autonomie für einen angemessenen Modus Vivendi in Südtirol plante<sup>73</sup>, an einer „*pathologischen parlamentarischen Instabilität*“ scheiterte. Er kam

---

<sup>72</sup> So sah auch der Sozialist Cesare Battisti die Salurner Grenze als besser an, da diese den Vorteil der ethnischen Übereinstimmung hatte (vgl. Stadlmayer 1965, S. 260).

<sup>73</sup> König Vittorio Emanuele III sagte 1919 Folgendes: „*La nostra tradizione di libertà ci indicherà la via per la soluzione che si conformerà al massimo rispetto per le autonomie e per le tradizioni locali*“ (zit. n. Peterlini 1996, S. 72).

bei seinen Untersuchungen zum Schluss, dass dies ein Entstehen von dauerhaften und ausreichend autoritären Regierungen verhinderte, was unter anderem den vielen Regierungswechseln in diesen vier Jahren zuzuschreiben ist. So war man in weiterer Folge den Faschisten gegenüber zu schwach und für Minderheitenforderungen zu wenig einfühlend (vgl. ebd., S. 405f.).

Auch 1944 gelang es Kanonikus Michael Gamper, den Alliierten eine Denkschrift zu unterbreiten, in welchem namhafte italienische Antifaschisten für den Verzicht auf das Land südlich des Brenners eingetreten sind (vgl. Forcher 2009, S. 371). Die 50er Jahre sind laut Paolo Berlanda von dem Wunsch der Zentralregierung gekennzeichnet, ein „leichtes“ autonomistischen Regime zu halten um die zentralistischen Maßnahmen nicht zu stören, auch wenn man riskierte, es sich mit den Vertretern der deutschen Ethnie zu vertun (vgl. Faustini 1995, S. 252). 1988 urteilte das Mitglied der italienischen Regierung Giuliano Amato, dass „[q]uella dell'Alto Adige è una vicenda nata e cresciuta con gambe storte e oggi ancora non le abbiamo raddrizzate“ (zit. n. Peterlini 1996, S. 72).

### 5.3.2 Über die Feuernacht und die heutige Situation

In einer 2011 vom ORF ausgestrahlten Dokumentation beschreibt der Journalist Umberto Gandini die Ursachen der Feuernacht folgendermaßen:

„Es war eine typische Politik einer Kolonialmacht, würde man heute sagen. Wir waren eine Besetzungsmacht, in einem Land, das annektiert worden war, wegen nationalistischen und auch wegen defensiven Zwecken.“<sup>74</sup> („Menschen und Mächte“, 8:00‘)

Umberto Gandini war als junger Journalist in Südtirol tätig und hatte am 13. Juni 1961 die schwierige Aufgabe, seinen Landsleuten über die Vorkommnisse zu berichten. Er wohnte schon der Kundgebung in Sigmundskron bei und wusste folglich über den Unmut im deutschsprachigen Teil der Bevölkerung Bescheid. Seinen Berichten zu Folge wusste man auf italienischer Seite, dass die Einheimischen in Südtirol keine Italiener werden und mehr Rechte wollten. Es war angeblich auch bekannt, dass einige Radikale die Angliederung an Österreich anstrebten. Als Grund zur Beunruhigung sah man das aber nicht. Erst als die Attentate geschahen und in weiten Teilen der Alpenregion der Strom ausfiel, kam es stellenweise zu Panikausbrüchen in den italienischen Vierteln von Bozen und viele suchten Schutz in den Kasernen. Als klar wurde,

---

<sup>74</sup> [youtube.com/watch?v=s44TpQ2CnoA](https://www.youtube.com/watch?v=s44TpQ2CnoA), 17.09.2015

dass es sich um keinen Kriegsausbruch handelte, war man empört. Der Journalist hörte oft die gleiche Frage: Was wollen die *dinamitardi* eigentlich? Es ergehe ihnen doch gut in Italien. Gandini beschreibt einen Perzeptionswechsel von einer politischen Auseinandersetzung hin zur echten Problematik. Verständnis wurde dennoch nicht gezeigt. Vielmehr reagierte man mit Unsicherheit und forderte gezieltes Vorgehen gegen den Terror, was durch die Ordnungskräfte bedient wurde (vgl. Mosser-Schuöcker et al. 2011, S. 90-95).

Die römische Autorin des Romans „Eva dorme“ (2010) berichtet in ihrem Beitrag in Hans Karl Peterlinis Werk zur italienischen Sichtweise über eine überwältigende Unkenntnis bei ihren Volksgenossen. Der Satz „*Wir hatten keine Ahnung*“ ist ihrem Erachten nach am treffendsten zur Beschreibung der Situation. Darüber hinaus habe sich die italienische Geschichtsschreibung völlig der Verantwortung entzogen. Bei der Recherche zu ihrem Buch kam sie zur Erkenntnis, dass es bisher mit nahezu erschreckend wenigen Ausnahmen<sup>75</sup> keine Historiographie des 20. Jahrhunderts in Südtirol existiert. Nur vereinzelte grundlegende Werke wie etwa „Im Kampf gegen Rom“ von Klaus Gatterer wurden übersetzt und von Umberto Gandini herausgegeben. Die dürftige Anzahl an italienischen Werken, die es gibt, lasse laut Melandri ernsthafte Objektivität vermissen. Ihr blieb also nichts anderes übrig, als auf ihre Deutschkenntnisse zurückzugreifen, um ihr Buch realisieren zu können. Außerdem stellt sie in ihrem Artikel fest, dass aber auch auf Südtirolerseite kein Interesse bestand, die Geschichte den eigenen Landsleuten zu erzählen. Man war nur daran interessiert, Wanderführer und Bildbände in italienischer Sprache für die italienischen Touristen herauszugeben, welche ja Scharenweise in ihre nördlichste Region aufgrund ihrer geographischen Beschaffenheit und Schönheit strömten (vgl. Melandri 2011, S. 465f.).

Außerdem gibt Melandri an, dass zwar vor allem bei dem gebildeten Teil ihrer Leser über die Kolonialisierungspläne Italiens in Afrika ein Grundwissen bestand. Was aber hingegen überhaupt nicht ins kollektive Bewusstsein Eingang gefunden hat, war das Alto Adige. In Anekdoten, die bei ihren Buchvorstellungen entstanden sind, berichtet die Schriftstellerin über einen Zustand der völligen Ahnungslosigkeit der Italiener, welche diesen auf beste Art und Weise verbildlichen und an dieser Stelle auch nicht unerwähnt bleiben sollen: Eine italienische Touristin fragte bei einer Buchvorstellung in Südtirol in einem brechend vollen Saal, dass sie immer noch nicht verstehe, warum die Schulen denn hier Deutsch seien – schließlich und endlich sei

---

<sup>75</sup> Die meisten davon seien erst nach 2000 erschienen und nur journalistische Zuschnitte ohne Verpflichtung zur Vollständigkeit (vgl. Melandri 2011, S. 465).

man ja in Italien. Auch eine Schriftstellerin bezeichnete während einer Ode an das Buch das *Sudtirolo* durchgehend als *Trentino*, was nicht gerade von Feingefühl zeugt (vgl. ebd., 466).

Exemplarisch für die Unwissenheit, in der die Italiener vor allem durch die Medien und die unzureichende Geschichtsschreibung gelassen wurden, ist überdies die Erzählung einer Südtirolerin, die 1961 ein Kind war und die Schreie der Folterungen in der Kaserne in Eppan hörte: Als sie Jahre später den Hintergrund davon erfuhr, wurde sie von ihrer Mutter dazu aufgefordert, nie mit einem „Walschen“ darüber zu reden, da letztere diese Sachen ohnehin nicht glaubten (vgl. ebd., S. 465-469). Auch die Bedeutung der Feuernacht wird im Bericht Melandris noch einmal verdeutlicht und zeigt, entgegen schon genannten Ansichten, dass diese sehr wohl den Wahrnehmungsbereich der Italiener berührte:

„Sie wussten nichts von der forcierten Italianisierung unter dem Faschismus. Sie wussten nichts von der Option. Sie wussten nichts vom De-Gasperi-Gruber-Abkommen und somit auch nichts davon, dass die Südtiroler damit unzufrieden waren. Sie wussten nichts von der Unmöglichkeit für Südtiroler deutscher Sprache, in italienischen Fabriken eine Arbeit zu bekommen und vor öffentlichen Ämtern ihre Sprache zu gebrauchen. Sie wussten nichts von den Folterungen an den Mitgliedern des ersten BAS, [...]. Eine einzige Angelegenheit gab es, von der viele gehört haben: die Masten.“ (Melandri 2011, S. 465)

## 6. Auf den Spuren der öffentlichen Meinung: Darstellung der „Feuernacht“ im „Corriere della Sera“ im Juni 1961

Es ist durchaus bekannt, dass sich die Bewertung der Anschläge in der öffentlichen Darstellung hinsichtlich der Begriffsanwendung auf österreichischer sowie italienischer Seite äußerst voneinander unterscheiden: So waren sie Freiheitskämpfer auf der einen Seite und Terroristen auf der anderen. Hierbei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die mediale Öffentlichkeit nördlich des Brenners zu Verharmlosungen und Sprachschöpfungen tendierte: Die Attentäter wurden zu „Südtirol-Bumsern“ oder Aktivisten (Anm. d. Verf.), die ihre Rechte mit Gewalt zur Umsetzung bringen wollten. Italiens Reaktionen ließen seine nördlichste Region nach der Feuernacht wie ein besetztes Kriegsgebiet aussehen und strotzten von Aggressivität. Dennoch waren es die Folgeerscheinungen der Feuernacht, die noch nie da gewesenes mediales Interesse auf sich zogen: die massiven und menschenunwürdigen Folterungen; die nachkommenen radikalisierten Attentate, welche keine Todesopfer mehr scheuten; die Fehlurteile und die Schauprozesse, die schließlich die italienische Öffentlichkeit informierte sollten (vgl. Mosser-Schuöcker et al. 2011, S. 18). Unmittelbar nach der Feuernacht, das heißt am 13. Juni, sollen die meisten italienischen Zeitungen das Antlitz des Verstorbenen Giovanni Postal gezeigt haben. Als Haupttitel wird „Einstimmige Verurteilung“ der Attentate durch politische Stellungnahmen genannt. Insgesamt wurden die Berichte von einer Tendenz zur reinen Chronik und zur Auflistung der Ermittlungsstände dominiert (vgl. Peterlini 2011, S. 135).



Abb.4: Sommer 1961 aus italienischer Sicht

## 6.1 Analyse

Die Volltexte der Artikel finden sich im Anhang. Es sei vorangestellt, dass fast alle Artikel über eine Dachzeile, eine Schlagzeile und eine Kurzfassung vor dem Fließtext verfügen. Die Berichte und die meinungsäußernden Textsorten der Kommentare und Reportagen lassen sich grundsätzlich als solche erkennen: Die Kommentare nehmen üblicherweise die linke Spalte der Titelseite ein und sind nicht bebildert, während die Reportagen durch kursive Schrift gekennzeichnet werden. Die Kommentare greifen überdies jeweils die Themen der Berichte auf, die sie auf der Titelseite begleiten.

### (1) Bericht vom Dienstag, 13. Juni: „Quarantanove attentati in Alto Adige“

#### a. Kurzbeschreibung des Inhalts und visuelle Darstellung

Der erste Bericht über die Feuernacht, welche natürlich noch nicht als solche bezeichnet wird, zählt die Ereignisse und den Ermittlungsstand minutiös auf: Von den Sprengstoffladungen, die nicht hochgingen, bis zur schwangeren Frau, bei der die Geburt durch die Attentate ausgelöst wurde, werden sämtliche Details berichtet. Der Text befindet sich auf Seite 1 in der Mitte in der unteren Hälfte und ist demnach nicht das Hauptthema des Tages.

#### b. Inhaltliche Aspekte

Es lässt sich feststellen, dass sich im Text narrative Elemente befinden, die untypisch für eine neutral gehaltene Berichterstattung sind wie zum Beispiel „*Poi, mentre il cielo veniva solcato a tratti da grandi fiammate bluastre, ...*“ oder „*Quando la luce del giorno è arrivata...*“. In der Kurzfassung befinden sich erste Hinweise auf die Diskursausrichtung: Die Attentäter werden als eine Gruppe von *almeno duecento estremisti* bezeichnet und es wird von *panico fra le popolazioni* gesprochen: Der Plural zeigt, dass die Bewohner Südtirols nicht nur als eine Bevölkerung wahrgenommen werden, sondern in zweierlei Völker eingeteilt werden, was sich im Fließtext ändert. Im Fließtext wird die Tat wiederholt als *azione criminosa* bezeichnet, welche von *squadre di dinamitardi* durchgeführt wurde.

Besonders auffallend ist, dass für den ersten Satz des Absatzes über den Tod Giovanni Postals das Aktiv gewählt wurde: „*Alle 10 del mattino [...], s'è appreso che i dinamitardi avevano fatto anche una vittima: il cantoniere stradale dell'A.N.A.S. Giovanni Postal, di 67 anni,*

*da Grumo nel Trentino, padre di quattro figli.*” Es ist erkennbar, dass das Agens der *dinamitardi* durch die Aktivkonstruktion in den Mittelpunkt gerückt wird. Damit wird dem Umstand, dass das Ereignis eigentlich unbeabsichtigt war, ausgewichen: Hätte man den Satz im Passiv gebildet, und Giovanni Postal als das Subjekt und die Sprengstoffladung als das Agens verwendet, hätte das den Eindruck des mutwilligen „Mordes“ abgeschwächt. Dazu kommt, dass der Fakt ausgelassen wird, dass die Bombe von niemandem durch eine Fernzündung ausgelöst wurde: „[...] *si è avvicinato ad un altissimo pioppo perché aveva visto un ordigno fra i rami, all'altezza di un uomo. Improvvisamente è avvenuto uno scoppio, che lo ha investito in pieno, uccidendolo.*” Es ist natürlich möglich, dass die Ermittlungen bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht ergeben haben, dass Postal die Explosion durch den Versuch, die Ladung zu entfernen, selbst ausgelöst hat. Dennoch kann man annehmen, dass die Tatsache, dass der Tod der Person nicht beabsichtigt war, bewusst nicht erwähnt wurde. Eine österreichische Zeitung hätte wohl auch hinsichtlich der Wortwahl anstelle von *uccidere* eine euphemistischere Bezeichnung wie zum Beispiel ‚das Leben nehmen‘ verwendet, was das Tötungsdelikt fahrlässiger erscheinen hätte lassen. Überdies wird durch die Beschreibung Postals als Familienvater die Tragik der Umstände intensiviert und die Emotionen der Leser werden direkt angesprochen.

Darüber hinaus handle es sich um ein „*progetto criminoso la cui realizzazione deve aver impegnato non meno di duecento persone bene addestrate. Costoro hanno potuto mimetizzarsi [...]*”. In dieser Passage, welche die Aktivisten näher beschreibt, wird auf ein militärisches Register zurückgegriffen: Sie werden als ‚gut trainierte Personen‘ bezeichnet, die sich [in der Menschenmenge, die in die Berge aufstieg] gut tarnen haben können‘. Die Absichten der Attentäter werden übrigens in erster Linie damit abgetan, dass man die bevorstehenden Züricher Konferenzen, die für den 24. Juni angesetzt waren, boykottieren wollte: „*In taluni ambienti si ritiene che i criminali abbiano cercato di boicottare le trattative del prossimo convegno italo-austriaco di Zurigo [...]*”

Ein Sprengstofffund bei einem Damm wurde in der Möglichkeitsform folgendermaßen kommentiert: „*Si è evitata in tal modo una vera catastrofe [...], un corso d'acqua abbondante che proviene dalla Vetta d'Italia – avrebbe invaso la vallata provocando chissà quali danni e lutti.*” Im Wissen, dass die Attentäter jegliche Gefährdung von Menschenleben vermeiden wollten, kann der Kommentar über die möglichen Todesfälle als Übertreibung ausgelegt werden.

Die italienische Öffentlichkeit war überdies offenbar schon über die vorhergehenden Attentate informiert, da das Wissen darüber vorausgesetzt wird: „*Il gesto criminoso è il più grave fra quelli compiuti in questi ultimi tempi in Alto Adige.*“

(2) **Reportage vom Donnerstag, 15. Juni: “Entro tre giorni in Alto Adige dovranno esser consegnate le armi”**

a. *Kurzbeschreibung des Inhalts und visuelle Darstellung*

Die Reportage berichtet hauptsächlich über folgende Ereignisse: die Verordnung, dass alle Waffen und auch Materialien zum Herstellen von Bomben abgegeben werden müssen; die Aufforderung aller Bürgermeister zur Kollaboration; die Sprengung eines Autos und die Verteilung von Flugblättern durch die Attentäter; die Stellungnahme der Kirche; die Angst, die sich verbreitet und die beginnende Entspannung in der geschädigten Industrie, die wieder vermehrt arbeitet. Dem Artikel wurde aufgrund seiner Länge fast die ganze Hälfte der Titelseite inklusive einem Bild gewidmet. Auf Seite 2 nimmt er auch einen Teil der ersten Spalte ein.

b. *Inhaltliche Aspekte*

Die Aufforderung der Bürgermeister zur Zusammenarbeit wird äußerst emotional beschreiben:

Questo avvertimento ai sindaci ha evidentemente lo scopo di indurli a prestare la loro collaborazione alle autorità più di quanto abbiano in genere fatto finora. È chiaro che le forze di polizia si trovano qui a **operare in un ambiente difficile**. In primo luogo non conoscono di norma il tedesco, in secondo luogo si trovano di fronte **all’ostacolo di una diffidenza** che giunge in parecchi casi a essere omertà. Rimane tuttavia da vedere **quale potrà essere in pratica l’efficacia** di questo avviso ai sindaci.

Die Sicherheitskräfte befänden sich in einer besonders schwerwiegenden Lage, da man sich ohne Deutschkenntnisse dem Argwohn und der Verschwiegenheit der Leute stellen müsse, was eine solche Aufforderung notwendig macht. Es erscheint einem, als ziele der Verfasser überdies darauf ab, beim Leser Mitleid gegenüber den Einsatzkräften für die widrigen Umstände zu erregen. Gleichzeitig wird in Frage gestellt, ob die erhöhte Kollaboration mit den Bürgermeistern effizient genug sein wird um die Situation zu verbessern, wodurch man die Souveränität des italienischen Staats untergräbt: Man unterstellt ihm im Zuge dessen, dass er nicht ausreichend gegen die Rebellen vorgehe, was sich im nächsten Abschnitt bestätigt. Bezüglich der Verordnung zur Waffenabgabe wird wieder auf die Ungenügsamkeit der Anordnungen hingewiesen: „*Si illuderebbe chi pensasse però, con questa misura di polizia, di impedire ai terroristi di effettuare, con pochissimo rischio personale, le loro prodezze dinamitarde.*” Die Maßnahmen des Staates werden auch als etwas illusorisch dargestellt. Es wird behauptet, dass es unmöglich wäre, mit nur ‚sehr wenig persönlichem Risiko‘ die *prodezze dinamitarde* zu verhindern. Die Dramatisierung der Situation und das Schüren von Angst ist folglich unverkennbar.

Im nächsten Abschnitt wird ein emotionaler und nahezu dramaturgischer „Überbau“ zu einem Ereignis konstruiert, welches viel weniger durchdacht war als es in der Zeitung dargestellt wird: Der Abschnitt handelt von einem gesprengten Auto, welches inmitten eines vorstädtischen Viertel in Bozen Panik auslöste. Ein Tatmotiv wurde schnell gefunden:

Sui motivi che possono avere mosso gli attentatori si sa per la verità assai poco. Lo Zieger, nonostante il suo cognome, è **italianissimo** e lavora come rappresentante di una ditta italiana; una sua figlia, Daria, avrebbe dovuto sposarsi oggi con il signor Marco Rauzi, anch'egli di lingua italiana. Può darsi, ma si tratta soltanto di una **supposizione**, che i terroristi, basandosi sulle pubblicazioni affisse alla porta della parrocchia, **abbiano pensato a un matrimonio cosiddetto misto e abbiano inteso di colpire in qualche modo la famiglia della ragazza** presunta di discendenza tedesca. L'ipotesi fatta potrebbe essere avvalorata da un episodio rivelato oggi dalla moglie dello Zieger. La signora Zieger ha infatti detto che tempo fa un anonimo le telefonò credendola di lingua tedesca e che lo stesso anonimo si irritò alla smentita. **Si può anche pensare che la vettura sia stata scelta dagli attentatori in quanto recante una targa, quella della provincia di Torino**, indicante sicuramente un proprietario 'parlante italiano'.

Man gibt zwar zu, dass es sich bei der Mutmaßung über das Tatmotiv nur um eine *supposizione* handle und dass es auch eine viel einfachere Erklärung dafür geben könnte. Dennoch lässt sich vernehmen, dass wiederum auf eine Dramatisierung abgezielt wird. Laut Peterlini (2011, S. 140f.) handelte es sich in Wahrheit um eine Tat, welche beabsichtige, Verunsicherung mitten in einer italienischen Neubauzone in Bozen zu erregen. Der Urheber war Luis Amplatz, welcher auf der Flucht agierte und den Lieferwagen schlicht und einfach als Besitz einer italienischen Firma identifizierte, wie im Zitat beschrieben wird.

Im Folgenden Absatz werden zum ersten Mal im gesamten Diskurs die Beweggründe der Attentäter erwähnt, indem man deren Flugblatt zitiert.

'Connazionali, la nostra fiducia nello Stato italiano è andata distrutta. Esso non ha mantenuto nessuna promessa, non ha rispettato nessun accordo. Lo Stato italiano abusa della sua forza per continuare l'opera di distruzione iniziata dal fascismo e diretta a estinguere il nostro gruppo etnico. [...] Contro la violenza, passiamo a malincuore all'azione, come nel 1809. [...]'  
Il volantino, che come si vede fa riferimento alla lotta di **Andrea Hofer contro Napoleone** [...] reca proprio – incredibile – l'invito a passare all'azione, **'sia pure a malincuore contro la violenza'. La violenza italiana, si capisce.**

Auf die wahren Hintergründe der Aussagen und die Anspielungen des *volantinos* wird, wie ersichtlich ist, nicht eingegangen. Vielmehr tritt man den Aussagen mit Ironie entgegen und zieht sie etwas ins Lächerliche, indem man die *violenza italiana* als ‚selbstverständlich‘ bezeichnet. Interessant ist auch, dass man davon ausgeht, dass Andreas Hofer den Lesern ein Begriff ist und ausdrücklich auf ihn hingewiesen wird. Hierbei möchte man wahrscheinlich eher

auf etwas sublimen Art und Weise mitteilen, dass die Tiroler schon seit Jahrhunderten ein militantes, zu Gewalt neigendes Volk sind, was auch jemand, der nichts über Andreas Hofer weiß, aus dieser Aussage herauslesen kann.

In den nächsten Passagen gibt sich der Verfasser deutlich als neutral und objektiv, was anhand der Parenthese bzw. dem Einschub zu erkennen ist. Mit dieser möchte er seinen Lesern vermitteln, dass er sie davor bewahren möchte, zu verallgemeinern; die Mehrheit der deutschsprachigen Südtiroler sei nicht radikal:

L'atmosfera, come si vede, sta diventando sempre più pesante. Negli ambienti italiani e in quelli tedeschi moderati – **che sono pur sempre la maggioranza** – sono stati vivamente deprecati gli atti di terrorismo dei giorni scorsi.

Auch im Bericht über einen Brand eines Heubodens, dem man in der Hitze des Gefechts übertriebenerweise politischen Ursachen zugeschrieben hat, tritt der Autor als neutraler Beobachter der Situation auf:

[...] non impedisce tuttavia che in Alto Adige si stiano vivendo **ore di viva apprensione** per gli sviluppi che la situazione potrà avere, anche a breve scadenza. Si diceva ieri del **sentimento di insicurezza** che pervade gli animi. Dell'esistenza **di tale stato emozionale è prova il fatto che si tenda ad attribuire qualsiasi incidente a motivi politici.**

Durch Feststellung, dass die Angst und Unsicherheit der Bevölkerung ein Hang zur Hysterie und Voreingenommenheit zur Folge hat, untermauert er seine eigene Objektivität.

### (3) Bericht vom Donnerstag, 15. Juni: “Kreisky non potrà subire i ricatti degli estremisti”

#### a. Kurzbeschreibung des Inhalts und visuelle Darstellung

Der Bericht beschreibt die Stellungnahmen des österreichischen Pressewesens. Es werden unterschiedliche Positionen von verschiedenen Zeitungen präsentiert: Besonders hervorgehoben wird die Linke, die die Anschläge mit hitlerischen Methoden vergleicht. Erwähnt wird auch die „Presse“, die unter der Führung Moldens, welcher bekanntlich ein Geldgeber für die Attentate war, eine Apologie der Attentäter veröffentlichte und diese als Extremisten bezeichnet haben soll. Der Text erschien ebenfalls auf der Titelseite unterhalb des Hauptartikels über die Situation in Südtirol.

#### b. Inhaltliche Aspekte

Der Bericht entspricht nicht ganz seiner vermeintlichen Textsorte, da er wertende Kommentare enthält: Schon die Schlagzeile weist auf eine Haltung hin, die andere Optionen völlig ausschließt und Kreisky vor eine moralische Unmöglichkeit stellt: „*Kreisky non potrà subire i ricatti degli estremisti*“. Weiters haben die *attentati dinamitardi* laut Verfasser ein ‚positives Ergebnis‘ (für Italien). Die Schlussfolgerung, zu der ein relativ großer Anteil der österreichischen öffentlichen Meinung als Reaktion auf die *ondata del terrorismo criminale* gekommen sei, wird auf absolut subjektive und emotionale Art und Weise als einzig richtig gewertet:

Gli attentati dinamitardi nell’alto Adige stanno ottenendo, indirettamente, un **risultato positivo**. [...] La **conclusione a cui una buona parte dell’opinione pubblica** [austriaca] **è giunta**, in seguito all’ondata di terrorismo criminale, è, **e non può essere altra**, che la seguente: [...]

Auffällig ist vor allem, dass sich der darauffolgende Bedingungssatz eigentlich als Drohung lesen lässt:

[...] **se il Governo austriaco modificasse a Zurigo la sua linea di Klagenfurt**, irrigidendo la propria posizione, **dimostrerebbe chiaramente di capitolare davanti alle pressioni esercitate dagli estremisti e dai terroristi**. Ciò rappresenterebbe, in altre parole, una resa a discrezione davanti a quelle **correnti di nostalgici e di neonazisti**, [...]

Gleichzeitig kann die Aussage als Prophezeiung interpretiert werden, da die Forderungen der Österreicher am Tag nach den Verhandlungen (siehe Sonntag, 25. Juni) beispielsweise folgen-

dermaßen betitelt wurden: „*A Zurigo ha vinto la 'logica' dei terroristi tirolesi – Rotte le trattative sull'Alto Adige per le assurde richieste degli austriaci*“. Es kann deshalb darauf geschlossen werden, dass fast alle Forderungen Österreichs, unabhängig von ihrem Inhalt, als nazistisch und absurd dargestellt worden wären. Österreich wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit ohnehin in diese Position gedrängt worden. Es bestätigt sich, was Historiker im Nachhinein anhand von politischen Begebenheiten beobachtet haben: Durch die Attentate wurde es Italien ermöglicht, seine Zugeständnisse wieder hinauszuzögern. Die These, die offenbar aus österreichischen Zeitungen übernommen wurde, kam der italienischen Argumentation entgegen. Hervorzuheben ist überdies, dass sich in der Passage zwei neuen Begriffe für die Attentäter finden, welche von jetzt an auch als ‚Nostalgiker‘ und ‚Neonazis‘ bezeichnet werden. Insgesamt ist man in diesem Artikel hinsichtlich der Betitelungen der Attentäter kreativ, da man sie im Nachfolgenden auch als *agitatori* und *sobillatori* bezeichnet.

Ein weiteres grundlegendes Element, welches sich durch viele Artikel hindurchzieht, ist Italiens Betonen seiner *buona volontà*, womit es sich als der gutmütige und gut gewillte moralisch Überlegene darstellt:

Se il Governo di Vienna non vuole cedere di fronte al ricatto e alla **minaccia estremista**, esso non ha altra prospettiva [...] di riporre in queste trattative **altrettanta buona volontà quanta ce n'è dalla parte italiana**, come anche recentemente è stato dimostrato.

Außerdem bezeichnet man die Attentate als *minaccia estremista* der österreichischen Politik bzw. der Wiener Regierung, was nicht ganz der Wahrheit entspricht: Hier wird deutlich, dass Italien sich immer schwer getan hat, der österreichischen Politik nachzuweisen, dass sie von den Attentaten gewusst hat.

Bevor der Autor zu den detaillierteren Berichten über weitere Pressedarstellungen übergeht, wiederholt er die Wichtigkeit der Ablehnung der *dinamitardi* durch Wien, welche auch in Österreich betont wurde:

In questa situazione, si fa osservare a Vienna, **un fallimento** del prossimo incontro di Zurigo sarebbe un fatto estremamente grave e fornirebbe **la prova della debolezza del Governo austriaco** davanti alle intimidazioni oltranziste.

Es wird also im Vorhinein festgelegt, dass ein Scheitern der Beweis für die Schwäche der österreichischen Regierung sei und gleichzeitig wird impliziert, dass ersteres eigentlich nur von

österreichischer Seite verursacht werden könne. Ob dies tatsächlich so einseitig in den österreichischen Tageszeitungen dargestellt wurde, ist fraglich.

[Gli ambienti moderati di Vienna sono dunque concordi nel ritenere che] l'unica e vera condanna del terrorismo da parte austriaca verrà nel momento in cui il Governo di Vienna proverà di non essere influenzato dal partito dei dinamitardi.

Außerdem weist der Verfasser nochmals ausdrücklich darauf hin, dass Italien nur durch den Beweis, dass man in keinster Weise von der ‚Sprengstoffattentäter-Partei‘ beeinflusst sei, die Verurteilung des Terrorismus akzeptieren würde.

#### (4) Kommentar vom Sonntag, 18. Juni: „Calma e fermezza“

##### a. Kurzbeschreibung des Inhalts und Umfang

Der Kommentar behandelt drei Aspekte, welche laut dem Autor *particolare gravità* angenommen haben: die öffentliche Ordnung, welche durch den Terrorismus besonders gestört wurde; der juristische Aspekt, welcher sich auf die Autonomie bezieht und der politische, welcher die terroristische Bewegung betrifft. Der Text hat eine Länge von etwas über 900 Wörtern.

##### b. Inhaltliche Aspekte

Der Autor öffnet den Text mit der Definition der drei verschiedenen Aspekte, über die er seine Abhandlung vollziehen wird. Die Attentäter bzw. der BAS wird hierbei als *movimento generale, alquanto misterioso e, comunque, pericolosissimo* eingestuft, was bestätigt, dass es unwahrscheinlich ist, dass Italien über den BAS schon vor den Attentaten Bescheid gewusst hat. In der Passage befindet sich die Thematik der öffentlichen Ordnung, welche sich oft wiederholt. Die Maßnahmen werden kritisiert, da sie als nicht ‚außergewöhnlich‘ betitelt werden:

In sede di ordine pubblico, c'è poco da dire. [...] Non occorrono, probabilmente, **provvedimenti di carattere eccezionale** [...]. [Il Governo] avrà giovato a dimostrare a tutto il mondo, **senza possibilità di equivoci, da quale parte stanno il torto e la ragione**. Ogni paese ha il **diritto** e il **dovere di difendersi** e [...] si tratta di attentati, che ‘tendono a **intaccare la sovranità** e la sicurezza dello Stato’.

Dennoch habe die Regierung der Welt gezeigt, auf welcher Seite das Recht und auf welcher das Unrecht stehe. In der Aussage ist besonders auffällig, dass selbige als unantastbare Wahr-

heit mit der Parenthese *senza possibilità di equivoci* dargestellt wird: Alle, die von dieser Meinung abweichen, liegen demnach falsch. Es lässt sich auch erkennen, dass das Bild eines kriegsähnlichen Zustands gezeichnet wird, bei dem man sich gegen ‚Eindringlinge‘ verteidigen muss, was nur implizit aus der Äußerung hervorgeht. Die Verteidigung sei ja das ‚Recht‘ und die ‚Pflicht‘ des Staats. Man stellt die Attentate außerdem als eine Tat dar, die dazu tendiert, der italienischen Souveränität und Sicherheit zu schaden. Im Wissen, dass die eigentlichen Ziele der Attentäter waren, die Weltöffentlichkeit auf die Missstände aufmerksam zu machen und die Selbstbestimmung zu erreichen, wird die Verschiebung der Tatsachen deutlich: Die eigentlichen Absichten werden durch diese Aussage nicht thematisiert bzw. konkretisiert, sondern auf gewisse Art und Weise verschwiegen. Der Verfasser beschäftigt sich eher mit den Nebeneffekten der Attentate, spricht, den Schaden an der Staatshoheit und seiner Sicherheit.

Im nächsten Abschnitt wird der juristische Aspekt abgehandelt. Man gibt an, dass dem eigentlich nichts hinzuzufügen sei. Dennoch wird nochmal darauf hingewiesen, dass das *intervento prepotente di alcuni facinorosi* nicht dazu beitragen kann, Änderungen in Verträgen bzw. dem De Gasperi-Gruber-Abkommen zu verursachen.

Circa l'aspetto giuridico [...] non c'è nulla da aggiungere a quanto è stato detto e ripetuto tante volte. **Ci sono dei trattati che vanno rispettati e non possono subire modificazione per l'intervento prepotente di alcuni facinorosi**, [...]. La tesi italiana è risaputa: tutto ciò che è stabilito dall'accordo De Gasperi-Gruber, interpretato con equanimità ed anche con la maggiore larghezza di vedute; [...].

Auch wird eine *tesi risaputa* dargestellt: Italien sehe das Abkommen mehr oder weniger als erfüllt, da es die Auslegung davon mit *equanimità ed anche con la maggiore larghezza di vedute* vollzogen habe, was die eigene Gutmütigkeit unterstreicht.

Im Nachfolgenden wird begründet, weswegen man jegliche Forderungen der Südtiroler ablehnen müsse:

Quando, ad esempio, **si chiede che la Regione deleghi** alla Provincia di Bolzano **delle facoltà** [...] **si deve rispondere risolutamente di no**. Non si può fare per scoperta via, **in forma subdola e surrettizia**, quello che l'accordo ha, senza possibilità di equivoco, escluso.

Es wird ersichtlich, dass auf die Anliegen der SVP wiederum nur hingewiesen wird: Es wird nämlich nicht gesagt, dass die Südtiroler fordern, dass man ihnen mehr juristische Kompetenzen zuschreiben müsse; es wird vielmehr durch das [q]uando, *ad esempio* als eine Möglichkeit dargestellt, die passieren könnte. Und im Falle dass diese eintreffen sollte, müsse man ‚resolut‘

verneinen, da man nicht auf ‚heimtückische und verschwiegene‘ Art und Weise Dinge umsetzen könne, die der Akkord im Vornherein ausgeschlossen hat. Interessant ist, dass letzterer wiederum mit *senza possibilità di equivoco* beschrieben wird, obwohl heute bekannt ist, dass der Text höchstwahrscheinlich absichtlich von De Gasperi ambig verfasst worden ist.

Auffällig ist, dass der Text auch die Vorbringung bei der UNO durch Österreich aufgreift, obwohl diese ja schon ein Dreivierteljahr zurückliegt. Es werden hierbei wieder nur indirekt die Forderungen Österreichs angesprochen, indem man sie als ‚fundamentlose‘ *lamentele* lächerlich macht:

Non c'è altro da dire e **non hanno fondamento di sorta le lamentele**, di cui si fecero portavoce i delegati austriaci all'O.N.U., che ai rappresentanti di quell'autorevole consesso, **abituati ad ascoltare ben altre accuse** di professione e perfino di genocidio, parvero dei veri e propri perditempo.

Die UNO-Repräsentanten seien viel schlimmere Anschuldigungen gewöhnt, was die österreichischen als reine Zeitverschwendung erscheinen ließ. Insgesamt kann diese Behauptung als falsch eingestuft werden, da Italien durch die UNO-Resolution sehr wohl unter Druck gesetzt wurde, obwohl man nicht darauf reagierte und die Tatsache weitgehend ignorierte. Ob die Klagen der Österreicher bei der UNO einen Wahrheitsgehalt haben, wird sichtlich nicht erwähnt.

Im gleichen Absatz möchte der Autor offenbar über Statistiken beweisen, dass das österreichische Beklagen der gezielten Unterwanderung bzw. der Minorisierung, welche der Autor nicht benennt, nicht richtig ist. Er beruft sich auf eine Statistik, die hinterfragt werden muss:

Sta di fatto, statistiche alla mano, che Bolzano non ha mai goduto di una prosperità soltanto paragonabile a quella attuale e che dal 1948 al 1958 **il gruppo etnico tedesco è aumentato** dei quattordici per cento, mentre gli abitanti di lingua italiana sono aumentati del dodici per cento.

Es mag wohl stimmen, dass die deutschsprachige Bevölkerung ab 1948 um 14 % gestiegen ist und die italienische nur um 12 %. Rechnet man aber die in etwa 20.000 Personen, die bei der Rückoption 1948 wieder ins Land kamen, stellen diese schon 10 % von rund 200.000 deutschsprachigen Einwohnern dar. Das bedeutet, dass die deutsche Gruppe mit der Option viel weniger wurde und 1948 schlagartig wieder zugenommen hat. Es kann daraus gefolgert werden,

dass das Jahr 1948 bewusst gewählt wurde. Die Statistiken für den im Text betroffenen Zeitraum können leider nicht in Erfahrung gebracht werden, da kaum glaubwürdige Zahlen bekannt sind.<sup>76</sup>

Er beginnt den nächsten Absatz damit, dass all die juristischen und Sicherheitsüberlegungen umsonst sind, da die *verità vera e profonda* eine andere ist: Der Autor greift dieselben Argumente auf, welche De Gasperi 1945 verwendet hatte. Man beruft sich darauf, dass die Untergrundbewegung aus Alt-Nazis bestehen würde:

Ma perchè insistere, perchè indugiare su tali considerazioni, che sono alla portata di tutti, **quando si sa che la verità vera e profonda è un'altra?** E la verità è che ci troviamo di fronte a un movimento, in gran parte sotterraneo, che si **richiama al vecchio nazismo**; ci troviamo di fronte ad una vera e propria rinascita del **vecchio hitlerismo**, che ha dei **centri un po'dovunque**, non esclusa la Germania. I disegni di questo movimento, per quanto più propriamente si riferisce all'Alto Adige sono **graduati in questo senso**: autonomia di Bolzano, poi autonomia di tutto l'Alto Adige, poi unione dell'Alto Adige all'Austria e, **infine, unione dell'Austria alla Germania**. Si tratta – non è chi non lo avverta – di sogni e di sogni temerari; ma questa è la realtà.

Dieser Vorwurf muss bis zu einem gewissen Grad hinterfragt werden. Es ist zwar unumstritten, dass der BAS auch Unterstützung von Deutschland hatte und viele der Attentäter beispielsweise nach den Anschlägen in Bayern Asyl gefunden haben (vgl. Agostini 2003, S. 152). Aber sämtliche Attentäter pauschal als Nazis darzustellen ist vereinfachend und mit Sicherheit für viele von ihnen unzutreffend. So war beispielsweise eines der führenden Mitglieder Sepp Kerschbaumer 1939 wie viele andere ein eifriger „Hitlerschreier“, der optieren wollte. In den Jahren 1943 bis 1945 mutierte er aber zu einem scharfen Gegner des Nationalsozialismus, der sich der schlimmen Zustände, welche geherrscht hätten, wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte, voll und ganz bewusst war (vgl. Mayr/Fontana 2011, S. 89ff.). Aus diesem Grund ist die Behauptung als eine Generalisierung bzw. Übertreibung anzusehen, auch wenn man über die Identität der Attentäter noch nicht Bescheid wusste und es nicht abzustreiten ist, dass die Forderung der Selbstbestimmung eine nationalistische bzw. patriotische Tendenz voraussetzt. Hinzu kommt, dass man mit solchen Aussagen impliziert, dass die Forderungen der Attentäter nazistisch und

---

<sup>76</sup> Walter Freiberg (1991, S. 157-166) widmet dem „Spiel mit den Zahlen“ sogar ein Kapitel. Bekannt ist aber dennoch, dass der Bevölkerungsanteil von 1921 mit 10,6% (ca. 27.000) Italienern und 75,9% (ca. 193.000) Deutschen im Jahr 1961 den Höhepunkt mit 34,3% (ca. 128.000) Italienern und 62, 2% (ca. 233.000) Deutschen erreichte (Demografisches Handbuch für Südtirol 2014, S. 120), was die Darstellung als unglaubwürdig erscheinen lässt.

absurd sind. Im letzten Satz wird außerdem behauptet, dass die Untergrundbewegung von einem graduellen Realisieren des finalen Ziels, nämlich dem Anschluss an Deutschland, träume; dies kann ebenfalls als absurd, frei erfunden und überzeichnet deklariert werden.

Auch der nächste Absatz strotzt von Überzeichnungen: Man vergleicht Südtirol mit zwei weiteren Beispielen für grassierenden Nazismus: Polen und die Tschechoslowakei, wo sich die Gleichgesinnten darauf beschränken würden, nur Hakenkreuze auf Wände zu schmieren, da dort ja mehr Widerstand gegen Alt-Nazis geleistet werden würde:

[...] ora le **loro gesta si esplicano solo nella Regione dell'Alto Adige** (altrove si limitano a disegnare sui muri delle croci uncinata), è perchè sono persuasi che questo sia il punto di minore resistenza, che comporta meno rischi che altrove, in Polonia o nella Cecoslovacchia, tanto per fare un esempio. Si tratta sempre di quei **fanatici che rimproverano – ancora! – a Hitler** di avere “tradito” gli altoatesini abbandonandoli a Mussolini.

Es ist ersichtlich, dass man völlig an der eigentlichen Problematik und der schwierigen Situation der deutschsprachigen Südtiroler vorbeiredet. Sie werden als *fanatici* präsentiert, die nach wie vor Hitler für seinen Verrat rügen. Hierbei ist überdies die Logik der Argumentation zu hinterfragen: Warum sollte man sich hitlerischem Fanatismus hingeben, wenn dieser einen doch verraten hat?

Die Conclusio des Texts zeigt dasselbe Bild. Die geheimen Machenschaften der Untergrundbewegung mit Deutschland und den dort ansässigen Nazis seien zu viele. Der Verfasser schließt mit der rhetorischen Frage, ob denn die „*tecnica*“ der Attentäter, die bekanntlich im Krieg erlernt wurde, nicht genug Beweis für den zugrundeliegenden Nazismus sei: “[...] *troppe collusioni esistono fra gli estremisti altoatesini e certi ambienti – certo non ufficiali – tedeschi. Forse che non dice nulla la ‘tecnica’ degli attentati che scompigliano l’ordine dell’Alto Adige?*“

## (5) Reportage vom Dienstag, 20. Juni: “Due altoatesini uccisi dalle sentinelle”

### a. Kurzbeschreibung des Inhalts und visuelle Darstellung

Die Reportage des *inviato speciale* beschreibt sehr detailliert wie sich zwei Todesfälle durch die Schüsse von Wachmännern zugetragen haben. Auch geht man sehr genau auf die Beschlüsse der SVP ein, welche die Forderung der eigenen Autonomie beschlossen und die *auto-decisione* damit ad Acta gelegt haben. Der Text stellt die Hauptschlagzeile des Tages dar, da er sich in der Mitte befindet, sich über die ganze Seite erstreckt und von zwei Bildern und zwei weiteren Artikeln auf der Titelseite zum Thema begleitet wird.

### b. Inhaltliche Aspekte

Die Überschrift ist besonders auffällig: So lautet die Dachlinie “*Dolorose conseguenze del clima di tensione creato dai numerosi attentati*”. In dieser Passivkonstruktion wird die Schuldzuweisung für die Sterbefälle besonders deutlich, da die schmerzhaften Konsequenzen des ‚Drucks‘ von den Attentaten ausgelöst wurden, welche im Satz das Agens darstellen; es ist keine Rede vom Fehlverhalten des italienischen Staats oder der Wachmänner.<sup>77</sup> Auf die Schlagzeile in Großbuchstaben „*Due altoatesini uccisi dalle sentinelle*” folgt die Präpositionalphrase in Kleinbuchstaben “*in zone sottoposte a regime di coprifuoco*”, welche die Tat relativiert: Die Tötungen werden so bis zu einem gewissen Grad begründet, da sie in den Zonen der Ausgangsperre vorgefallen sind. Auch der Leitartikel und das Zitat von Scelba im Kommentar zum Tagesthema unterstützen das.

Die folgende, einleitende Passage der Reportage gibt durch die Wortwahl ein relativ eindeutiges Bild wieder:

Due giovani altoatesini hanno **purtroppo perduto la vita** la notte scorsa, in seguito a colpi di arma da fuoco sparati da sentinelle armate, [...]. I due amari fatti si sono prodotti nel clima di tensione e di emergenza esistente in Alto Adige dopo gli attentati del 12 giugno [...]. [...], tuttavia, si può dire che l'impressione predominante è che i due fatti siano avvenuti per **un deprecabile concorso di fatalità, e in parte, per disaccortezza delle vittime.**

Auffällig ist, dass sich die Wortwahl im Fließtext etwas von der mutwilligen Tötung distanziert und die beiden Opfer ‚leider das Leben verlieren‘ lässt (ebenso auch in der Bildunterschrift und

---

<sup>77</sup> Problematisch war in dieser Hinsicht vor allem, dass vielerorts junge Burschen eingesetzt wurden, die eigentlich lediglich ihren Militärdienst absolvieren hätten sollen und plötzlich zum Antiterrorkampf aufgerufen wurden, ohne militärisch und psychologisch darauf vorbereitet zu sein (vgl. Peterlini 2011, S. 142).

im Bericht über den zweiten Erschossenen, welcher „è stato colpito a morte“). Die Schlagzeile wurde demzufolge vermutlich eher aus Platzgründen gewählt. Es wird wiederholt und untermauert, dass die Ursache der Ereignisse am *clima di tensione* und am Ausnahmezustand lagen. Dennoch seien die Taten durch ‚unliebsames Missgeschick‘ und *in parte* durch die ‚Unachtsamkeit‘ der Verstorbenen verursacht worden, was wiederum die Extreme aus den Handlungen nimmt. Der nachfolgende Satz untermauert dies nochmals:

Si deve **però** anche aggiungere che con il regime di ‘piccolo coprifuoco’ in vigore in Alto Adige, le sentinelle avevano **indubbiamente il dovere di obbedire agli ordini ricevuti**. Ciò non toglie che sia da auspicarsi che incidenti simili a quelli avvenuti stanotte non abbiano assolutamente più a ripetersi.

Durch das adversative *però* wird wiederum die Wache verteidigt, die lediglich ihre Pflicht befolgen musste und eigentlich moralisch vertretbar handelte. Man mildert letztere Aussage wiederum mit der Feststellung, dass sich solche Vorfälle absolut nicht wiederholen dürfen. Die Schüsse werden nochmals begründet indem Folgendes festgestellt wird: „*Va anche detto, per riattaccarci al dato della situazione psicologica, che a poca distanza dalla località erano stati consumati il 12 giugno due grossi attentati*”.

Nicht geklärt werden kann, ob die Berichterstattung hinsichtlich der Tatumstände ganz dem aktuellsten bzw. dem wahren Ermittlungsstand entspricht: Eines der Opfer wurde nämlich beim Aufstieg mit einer Materialseilbahn zu seiner Arbeitsstelle erschossen. Da die Seilbahn nur durch telefonische Aufforderung einer Person in der Bergstation in Bewegung gesetzt werden konnte, steht nach dem aktuellsten Ermittlungsstand fest, dass sich die Gondel bereits in Bewegung gesetzt hatte als die Zurufe der Soldaten zu hören waren. Der junge Knecht konnte die Gondel also nicht mehr stoppen (vgl. Peterlini 2011, S. 142). Im „Corriere“ steht dazu Folgendes: „*La sparatoria deve essere stata effettuata pochi attimi prima della partenza o pochi attimi dopo.*”

Silvius Magnago hat in der parteiinternen Konferenz der SVP eine 80 %-Mehrheit für die Forderung der Autonomie durchsetzen können. Er wird folgendermaßen zitiert: „*Silvius Magnago [...] ha aggiunto che i delegati hanno respinto ‘alcuni emendamenti rinforzanti’ vale a dire ancora più estremisti.*” Auffällig ist, dass die Forderung der Autonomie bzw. des “Los von Trient” implizit als extremistisch dargestellt wird, da Magnago die anderen Vorschläge, welche als ‚noch extremistischer‘ definiert werden, abgelehnt hat.

## (6) Bericht vom Dienstag, 20. Juni: „Lo stato possiede i mezzi“

### a. Kurzbeschreibung des Inhalts und visuelle Darstellung

Der Text berichtet vor allem über das Treffen des Ministerrats und weitere Gespräche Scelbas über das Südtirolproblem. Es werden einige Aussagen zu den Maßnahmen wiedergegeben, die in Südtirol getroffen wurden und in der Zukunft getroffen werden. Der Text befindet sich unterhalb des thematisch übereinstimmenden Kommentar und der Reportage und nimmt nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Seite ein.

### b. Inhaltliche Aspekte

Besonders ist hierbei, dass sich die Deklaration Scelbas, welche schon im Kommentar aufgegriffen wird, auf derselben Seite in der indirekten Rede wiederholt. Scelbas Vorhaben seien folgende: „[...] *isolare gli estremisti e i dinamitardi; salvaguardare in ogni modo l'ordine pubblico e la sicurezza, **senza discriminazioni**, in una zona di frontiera.*“ In dieser Passage ist deutlich zu sehen, dass der italienische Staat bzw. Scelba sich wieder als moralisch überlegen darstellt, indem er behauptet, dass er nicht die Absicht habe, jemanden zu diskriminieren. Angesichts der Tatsache, dass sich die Attentäter vor allem gegen die jahrelangen Diskriminierungen auflehnten, erscheint diese Aussage als nahezu irrwitzig und widersinnig. Überdies lässt sich feststellen, dass implizit ein Bild der Gegenpole der „Guten“ und der Bösen“ gezeichnet wird: der italienische Staat einerseits und die *estremisti* und *dinamitardi* andererseits. Der Autor wiederholt überdies die Versicherung Scelbas, „*che lo Stato possiede i mezzi per far fronte a qualsiasi circostanza*“; nichtsdestotrotz weist Scelba darauf hin „*che la maggioranza della popolazione è contraria ai dinamitardi; e ha espresso la fiducia che l'odierna situazione possa essere superata*“. Durch die Erwähnung des Umstands, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Attentate ausgesprochen hat und darauf vertraut, dass die Situation überwunden werden könne, werden die Forderungen der Extremisten nochmals als unbegründet dargestellt.

Nach der Abhandlung über die internen Probleme werden die Vorhaben auf internationaler Ebene beschrieben, die zum ersten Mal Zugeständnisse an Südtirol erwähnen:

Nonostante l'esito negativo delle conversazioni tecniche di Zurigo, i nostri ambienti governativi restano del parere **di non irrigidire il nostro atteggiamento diplomatico**, e di **possibilità di un ulteriore decentramento amministrativo della provincia di Bolzano**, senza che ciò significhi, **peraltro**, adesione alle richieste di autonomia della SVP.

Auffallend ist hierbei, dass der Leser in ein kollektives „Wir“ bzw. „Unser“ eingebunden werden. Die Distanz zum *Governo* wird aufgehoben und man spricht von ‚unserer diplomatischen Haltung‘, die sich nicht versteifen sollte. Impliziert wird hierbei außerdem, dass „Wir“ gutmütig sind, da wir nicht mit einer Verhärtung der Verhandlungsposition auf die Attentate reagieren. Weiters geht man darauf ein, dass eine weitere Dezentralisierung der Provinz Bozens erfolgen könne, ohne dass das den Forderungen der Autonomie der SVP nachkommen würde. Das adversative *peraltro* bekräftigt diese Aussage und lässt darauf schließen, dass sie vom Autor als wichtig angesehen wird.

## (7) Kommentar vom Dienstag, 20. Juni: “Responsabilità”

### a. Kurzbeschreibung des Inhalts und Umfang

Der Kommentar beschreibt äußerst detailreich die noch möglichen und schon angewendeten Sicherheitsmaßnahmen, die der italienische Staat umsetzen kann bzw. umgesetzt hat. Im Mittelpunkt steht die öffentliche Ordnung und Sicherheit (*l'ordine pubblico* kommt acht Mal bei 886 Wörtern vor).

### b. Inhaltliche Aspekte

Der Kommentar beginnt mit einem Autoritätsargument, welches Scelba hinsichtlich des *mantenimento dell'ordine pubblico* zitiert. Dieses scheint das oberste Gebot zu sein und wird als unantastbare Wahrheit dargestellt: Die Hauptthese ist also, dass es das Wichtigste sei, die öffentliche Sicherheit und Ordnung herzustellen und zu schützen. Es wird nicht begründet, weshalb und es werden auch keine alternativen Konfliktlösungsstrategien wie zum Beispiel Zugeständnisse an die Südtiroler aufgezeigt. So wird vor allem der erste Absatz zu einer Ode an den italienischen Staat, seine Verfassung und den Minister Scelba:

‘Anche qui, da Bolzano, desidero riaffermare la precisa determinazione del Governo di operare per **il mantenimento dell'ordine pubblico**, con tutti i mezzi imposti dalle circostanze e consentiti dall'ordinamento democratico. Ai **violenti** può spettare la iniziativa, ma lo Stato possiede i mezzi per reprimerla.’ A questa **ineccepibile dichiarazione** del ministro Scelba (sia del punto di vista giuridico che politico) ha pienamente aderito il Consiglio dei ministri, dando forza e consenso collegiale alla assunzione della responsabilità che il **ministro dell'Interno non ha esitato, come sempre**, ad assumersi.

Gleichzeitig ist erkennbar, dass man versucht, die vermeintlich vorhandene Beunruhigung in der Bevölkerung zu mildern indem man auf den italienischen Staat und dessen Überlegenheit,

dessen demokratische Ordnung und dessen große Staatsmänner hinweist, welcher sich zum Schutz seiner Bürger ohne weiteres durchsetzen könne. Es wird deutlich, dass die implizierte Aussage ein Bild zweier Gegenpole zeichnet: „wir“, die überlegenen Demokraten mit unseren *mezzi [...] consentiti dall'ordinamento democratico* und die „rückschrittlichen“ *violenti*, also die „anderen“. Scelba wird regelrecht heroisiert indem man seine Aussage als ‚tadellos‘ bezeichnet und seine wenig zögerliche ‚Übernahme der Verantwortung‘ als zu begrüßen darstellt.

Übergeleitet wird anhand von der rhetorischen Frage, welche schließlich die juristischen Mittel sind, die die öffentliche Ordnung beibehalten können. Um die Glaubwürdigkeit und Bedeutsamkeit der Aussagen zu steigern, werden nötige Hintergrundinformationen und Definitionen angeführt: „*Precisiamo che il mantenimento dell'ordine pubblico – cioè della **sicurezza dei cittadini e dei loro beni, materiali e immateriali** – presenta particolari difficoltà nell'Alto Adige.*“ Hierbei lässt sich feststellen, dass auf Pathos gesetzt wird und Emotionen der Leser generiert werden sollen, da man impliziert, dass sich der Einzelne vor möglichen Verlusten fürchten muss. Man intensiviert die Furcht, indem man einerseits angibt, dass Menschenleben und vor allem aber auch elektrische Anlagen in Gefahr sind, die nicht nur von lokaler wirtschaftlicher Bedeutung sind, sondern auch ganz Italien schaden könnten:

Questo essenziale **servizio dello Stato** [...] di mezzi specializzati anche al fine di proteggere (in questo momento, principalmente) **oltre che le vite umane** anche alcuni impianti, come le centrali idroelettriche, ad esempio, **che interessano tutta la economia nazionale** e non solo quella locale.

Außerdem verwendet man für die Beibehaltung der öffentlichen Ordnung den Begriff *servizio*, was wiederum eine positive Konnotation hat und die „Güte“ des Staates unterstreicht, welcher sich trotz der *particolari difficoltà nell'Alto Adige* beispielhaft für seine Bürger einsetzt.

Im Nachfolgenden wird die Abhandlung in drei Passagen eingeteilt: Die erste davon zielt darauf ab, den Leser zu beruhigen indem man unterstreicht, dass Rom auch im Trentino-Alto Adige souverän ist: “1) *La legislazione penale italiana [...] – è pienamente ed integralmente applicabile anche nel territorio del Trentino-Alto Adige, nonostante che ivi esista, come si sa, uno statuto speciale dal 1948.*” Die zweite Passage widmet sich den Zuständigkeiten innerhalb der Region und man wiederholt, welche Maßnahmen, *sempre al fine della protezione dell'ordine pubblico*, schon getroffen wurden. Im Zuge der Aussagen über die *eventi della notte scorsa e cioè la morte di due persone* wird dem Verlust zweier Menschen zwar eingeräumt, dass er schmerzhaft sei; impliziert wird jedoch, dass die Verantwortung dafür nicht beim italienischen

Staat liege, sondern zum einen bei den Personen selbst, welche die Anweisungen nicht befolgt haben, und zum anderen bzw. hauptsächlich am Terrorismus:

[La morte di due persone] che hanno trasgredito all'ordine o **non hanno obbedito** all'intimazione di fermo, costituiscono, in modo **certamente doloroso** per il naturale rispetto verso le vite umane, la tragica conseguenza di questa ondata di **terrorismo delittuoso**, quanto inutile.

In dritter Instanz wird darauf abgezielt, die zuvor auferlegte Angst wieder abzuschwächen. Denn im Falle einer Verschlimmerung der Situation könne zu noch härteren Maßnahmen gegriffen werden, welche in der italienischen Verfassung verankert sind. Die bisherigen *direttive ferme* werden als moderat aber nur als wahrscheinlich ausreichend beschrieben, um das *triste fenomeno* in Schach zu halten:

3) Quanto è stato fatto finora dalle autorità locali in base alle **direttive ferme, anche se moderate**, [...], sarà senza dubbio, sufficiente a **limitare il triste fenomeno**. [...] Non è, tuttavia, inutile ricordare che in ogni modo, **il Governo ha anche altri mezzi** per intervenire ove, in deprecata ipotesi, il fenomeno dovesse estendersi o ripetersi.

Als Beispiel für die härteren Maßnahmen wird das *decreto-legge* angeführt, dass ein *strumento perfettamente legittimo* [...], *espressamente previsto dalla nostra Costituzione* sei. Es wird nicht präzisiert, was genau das *decreto-legge* ist und was es, im Falle einer Applikation, bedeuten würde, außer dass es die *atti del Governo* gültig macht. Die *atti* werden nicht näher beschrieben. Dem Autor ist es demnach wichtig, das Vertrauen in den Staat im Kampf gegen die „Anderen“ zu stärken. Die Konklusion folgt der Abhandlung: „[...] *i mezzi esistono: in parte sono stati già utilizzati e speriamo siano sufficienti; in parte sono sempre potenzialmente utilizzabili.*“ Insgesamt kann darauf geschlossen werden, dass Angst geschürt wird und diese durch die Heroisierung und die Vertrauenswürdigkeit des italienischen Staats wieder abgebaut wird.

**(8) Bericht vom Mittwoch, 21. Juni: “Bandiere abbrunate a Innsbruck per la morte dei due altoatesini”**

*a. Kurzbeschreibung des Inhalts und visuelle Darstellung*

Der Text handelt von den Reaktionen des Tiroler Landtags und dessen Beileidskundgebungen für die Verstorbenen in einer Nachricht an Silvius Magnago. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass man in Tirol das Wort *assassinare* für die Tötung der beiden verwendete. Der Bericht erscheint auf Seite 12 unter der Rubrik „Recentissime“.

*b. Inhaltliche Aspekte*

In diesem Artikel ist die Wortwahl besonders auffällig. Erstens ist die Kurzfassung unterhalb der Überschrift etwas irritierend, da die Südtiroler Presseagentur in Innsbruck hier metaphorisch als ‚Agentur der Ultras‘ bezeichnet: „**L’agenzia degli oltranzisti** afferma che Locher e Sprenger sono stati ‘assassinati’“. Im Fließtext hingegen verpflichtet man sich der Genauigkeit und bezeichnet sie tatsächlich als ‚Presseagentur‘: „**Frattanto l’agenzia di stampa sudtirolese di Innsbruck afferma che i due altoatesini, Hubert Sprenger e Josef Locher sono stati ,assassinati**“. Zweitens findet man erwähnenswert, dass man in diesem Zusammenhang in Innsbruck von *assassinare* spricht, sodass man es unter Anführungszeichen setzt. Man findet die Wortwahl (berechtigterweise) unpassend, da dem Begriff die „Neutralität“ wie von etwa *uccidere* fehlt und folgendermaßen definiert wird: *uccidere qualcuno con crudeltà*.<sup>78</sup> Diese Aussagen sind als erste Anspielungen an den Pressekampf, der zwischen Italien und Österreich entfacht wurde, auszulegen.

---

<sup>78</sup> [dizionari.corriere.it/dizionario\\_italiano/A/assassinare.shtml?refresh\\_ce-cp](http://dizionari.corriere.it/dizionario_italiano/A/assassinare.shtml?refresh_ce-cp), 16.09.2015

## (9) Reportage vom Donnerstag, 22. Juni: „Calma in Alto Adige“

### a. Kurzbeschreibung des Inhalts und visuelle Darstellung

Die Reportage informiert über die Zusammenkunft der SVP, in welcher über künftige Maßnahmen beraten wurde, und deren Antrag; über einige Einzelheiten aus der Chronik bezüglich der Geschehnisse der vergangenen Nacht und über eine Missstände von Pressemeldungen aus Innsbruck. Der Text befindet sich auf der Titelseite am rechten Rand der Seite und ist von einem Foto begleitet.

### b. Inhaltliche Aspekte

Der Antrag der SVP wird folgendermaßen beschrieben: *“La mozione della S.V.P. era fatta su misura per biasimare lo Stato italiano e per attribuirgli indirettamente la colpa delle azioni criminose dei terroristi.”* Es wird nicht geklärt, welchen Inhalt die *mozione* hatte. An dieser Stelle kann vermutet werden, dass man auf die rechtlichen Missstände für die deutschsprachige Bevölkerung hinwies und Zugeständnisse forderte, was als Schuldzuweisung an den italienischen Staat ausgelegt wurde. Der Berichterstatter bleibt nicht neutral, da er die Rüge und die indirekte Schuldzuweisung in der nächsten Zeile als ‚schlimmes Faktum‘ bezeichnet: *„Peraltro la cronaca non ha da registrare fatti gravi nel corso della notte: [...]“*

Des Weiteren bezieht sich der Text auf einen kommunistischen italienischen Politiker, welcher wegen Verunglimpfung angezeigt wurde: *„Egli è accusato di aver dato alle stampe un manifesto in cui si accusano le Forze Armate di avere ‚assassinato‘ i due altoatesini [...]. Nel manifesto stesso si esprimono altri apprezzamenti antinazionali.“* Heute würde der Politiker vermutlich nicht mehr wegen Falschdarstellung und anti-nationalistischen Bemerkungen angeklagt.

Insgesamt herrschte in der Zeit unmittelbar nach der Feuernacht ein erbitterter Pressekampf, welcher den Diskurs auf beiden Seiten neben den eigentlichen Geschehnissen dominierte. Im nachfolgenden Absatz ist dieser äußerst klar erkennbar:

I giornali di Innsbruck – dove è stata osservata una giornata di lutto – **continuano frattanto la loro campagna italofoba** con una costanza degna di miglior causa. *Le Tiroler Nachrichten* danno notizie che una bandiera nera sventola sul palazzo della provincia del Tirolo per commemorare ‘i giovani **arbitrariamente** uccisi da soldati italiani’.

Es wird auch deutlich, dass man sich beiderseits nichts ersparte und selbstverständlich auch die österreichische Presse von unterschwelliger Meinungsmache dominiert wurde. Das Wort ‚arbiträr‘ wurde nämlich mit Sicherheit geschickt gewählt, um die vermeintliche Absichtlichkeit hinter der Tat zwar nicht direkt anzusprechen, aber zu implizieren.

Hervorzuheben ist auch, dass die Gegenseite erneut mittels eines offiziellen Appells des Tiroler Landtags ausnahmsweise ausgiebig zitiert wird:

Il governo del Tirolo [...] si dichiara pronto al pari dei sudtirolesi, nell'interesse della cooperazione europea a sopportare sacrifici e ad accantonare il naturale diritto alla autodecisione qualora i tirolesi del sud venga concessa una vera e propria autonomia.

Obwohl aus dem Zitat hervorgeht, dass Tirol – im Falle dass keine echte Autonomie gewährleistet werden sollte – die Selbstbestimmung fordert, bleibt es unkommentiert.

#### **(10) Kommentar vom Samstag, 24. Juni: „Un serio pericolo“**

##### *a. Kurzbeschreibung des Inhalts und Umfang*

Der Autor erklärt in seiner Abhandlung, dass es ein großer Fehler wäre, dem Alto Adige die Autonomie zu gewähren, da dies das Gruber-De Gasperi-Abkommen nicht vorsehe und man seinen „Besitz“ auf diese Weise im Fall von zu vielen Zugeständnissen verlieren würde. Der Text begleitet zwei Artikel über die Wiederaufnahme der österreich-italienischen Konferenzen in Zürich und den Einsatz von Antisabotage-Staffeln in Südtirol und ist mit einer Länge von über tausend Wörtern um gute hundert Wörter länger als die bisherigen Kommentare zum Thema.

##### *b. Inhaltliche Aspekte*

Die Abhandlung wird mit der Behauptung geöffnet, dass die Institution der „*Regione*“ dem Tiroler Irredentismus und der Forderung der Autonomie Tür und Tor geöffnet hat:

Si è detto tutto sull'Alto Adige, e resta solo da dire che **fu aperta la via all'irredentismo tirolese** il giorno in cui nel nostro ordinamento costituzionale fu introdotto l'istituto della „Regione“. Finchè non ci fu la Regione, **gli allogeni all'autonomia neanche ci pensavano**. Ma, una volta istituita la Regione, essi videro nella nuova istituzione la via per arrivare all'autonomia, e **nell'autonomia la via della separazione**.

Die 'Eindringlinge' hätten vorher nicht einmal daran gedacht; impliziert wird, dass die Gewährleistung des Regionalstatuts ein großer Fehler seitens des italienischen Staats war. Explizit wird behauptet, dass das den Weg für die Separation ebnete. Im darauffolgenden Absatz wird vom zweiten, selbst verursachten *colpo al nostro possesso* durch die Rückoption gesprochen:

Il secondo **colpo al nostro possesso lo demmo ancora noi stessi**, con le nostre mani: **le riopzioni**. Bene o male, 205 mila **allogeni** avevano optato per Hitler. **Niente ci obbligava a riprenderli**. Ma bisognava fare un **bel gesto**.

Die Wortwahl ist besonders auffällig. Es wird sowohl von den *allogeni* im Stile Tolomeis gesprochen also auch von *il nostro possesso*, was nicht gerade als neutrale Betitelung gewertet werden kann: Die Alpenregion wird in eher militärischem Register als Privateigentum dargestellt, auf das niemand anders einen Anspruch hat. Darüber hinaus werden auch die Personen, die bei der Rückoption von Italien ‚zurückgenommen‘ wurden, geradezu als identitäts- und namenlose Objekte wenn nicht Gegenstände präsentiert, die man ohne weiteres ‚draußen‘ hätte lassen können. Es war aber ja nötig gewesen, *un bel gesto* zu machen.

In der nächsten Passage beklagt sich der Verfasser darüber, dass man bei der Rückoption den Fehler gemacht habe, auch ehemalige Nazis bzw. Anti-Italiener wieder ins Land gelassen zu haben:

Ma quelli che avevano dato **prova di furiosi sentimenti anti-italiani** o che avevano militato nelle SS o nella Gestapo, quelli bisognava lasciarli fuori. **Invece, noi ci riprendemmo tutti**. [...] **Ci riprendemmo i nostri nemici e gli ex-nazisti**, compresi i criminali di guerra: **200 mila su 205 mila**. [...] **Ora si cerca di riparare al mal fatto**, dichiarando revocabili le cittadinanze. La legge è **provvidenziale**, benchè tardiva. Basterebbe a calmare i furori anti-italiani di tanti **energumeni**.

Angesichts der Tatsache, dass Italien seinen Ex-Faschisten nach Ende des Kriegs keinen Prozess machte und viele in leitenden Positionen in Südtirol eingesetzt wurden, was letzten Endes zum Leid der deutschsprachigen Bevölkerung beigetragen hat, erscheint einem die Argumentation als nicht gerechtfertigt. Außerdem sind die Zahlen, auf die er rückgreift, verwirrend, da bekanntlich nur 78.000 Personen tatsächlich das Land verlassen haben und nur circa 20.000 wieder zurückkamen. Der Autor verschiebt die Tatsachen, indem er sich auf die in etwa 86 % der für Österreich Optierenden bezieht, welche über 200.000 Personen dargestellt hätten. Durch diese sonderbare Darstellung lässt sich feststellen, dass der Verfasser unterschwellig mitteilt, ein Befürworter der gänzlichen ‚ethnischen Säuberung‘ gewesen zu sein und dass er

es bedauert, dass in etwa 200.000 deutschsprachige Personen im Gebiet verblieben sind. Darüber hinaus befindet er es als *provvidenziale benchè tardivo*, dass man die schon gegebenen Staatsbürgerschaften gesetzlich widerrufbar gemacht hat. Auffällig ist die Verwendung des Worts *energumo*, welche den Attentätern zusätzlich Besessenheit zuschreibt und wieder die besondere Hervorhebung des kollektives „wirs“ im *noi*, in das der Leser eingebunden wird. Letzteres sollte sich durch den ganzen Text durchziehen.

Im nächsten Absatz wird Magnago zitiert, welcher die Autonomie und den UNO-Vorschlag, den Streit durch ein Schiedsgericht beizulegen, fordert:

Evidentemente, l'arbitrato è uno dei mezzi pacifici previsti dalla seconda parte della risoluzione dell'O.N.U. per definire il problema". **Non è esatto.** La risoluzione dell'O.N.U. [...] specificamente, **ne indica uno solo, la Corte internazionale dell'Aja.** [...] **Ma l'Austria rifugge dalla Corte dell'Aja come dalla peste, e i revanscisti tirolesi preferiscono usare le bombe** al plastico anzichè gli argomenti giuridici.

Der Verfasser widerlegt die Aussage, indem er behauptet, dass die UNO damit einzig und allein eine Vorlegung beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag meine. Durch seine Aussage, dass Österreich davor flüchte wie ‚vor der Pest‘, stellt er sich siegessicher dar und kompromittiert die gegnerische Position. Tatsächlich hat die UNO 1960, ohne selbst einzuschreiten, vorgeschlagen, den Konflikt friedlich und einvernehmlich in bilateralen Verhandlungen beizulegen. Im Falle eines Scheiterns schlug sie vor, vor den Internationalen Gerichtshof oder ein anderes Schiedsgericht zu treten, aber stets der gemeinsamen Streitbeilegung den Vorzug zu geben (vgl. Furlani et al. 2002, S. 197). In diesem Absatz werden die Attentäter erneut lächerlich gemacht und als *revanscisti* bezeichnet, welche lieber Plastikbomben anstelle von juristischen Argumenten verwenden, was sie wiederum als rückschrittliche Fundamentalisten darstellt.

Italien habe durch seine Verpflichtungen als Gegenleistung erwartet, ‚in Ruhe gelassen‘ zu werden, was über einige Jahre der Fall aufgrund von angeblicher Zufriedenheit gewesen sein soll. Als aber der Tiroler Franz Gschnitzer zum Staatssekretär wurde, wendete sich angeblich das Blatt:

Con quell'accordo, noi ci assumemmo una serie di impegni. La contropartita era che l'**Austria abbandonasse le sue rivendicazioni** – le dichiarate e le segrete – e, come si suol dire, **ci lasciasse vivere in pace.** L'Austria ci lasciò vivere in pace per sette o otto anni: [...] **La scena cambiò quando, alla fine di giugno, fu fatto sottosegretario agli Esteri il prof. Gschnitzer.** [...] **un revanscista e razzista,** [che] mise subito gli altri nella necessità di mostrarsi irredentisti e revanscisti non meno di lui.

Gschnitzer wird überzeichneterweise als *revanscista e razzista* dargestellt: Es ist zwar eine unumstößliche Tatsache, dass Gschnitzer als Mitbegründer des „Bergiselbunds“ eine befürwortende Haltung hinsichtlich der Attentate eingenommen und unter Kreisky noch lange an der Selbstbestimmung festgehalten hat (vgl. Peterlini 2011, S. 29, 69); das heißt aber nicht, dass er an einer Revanche interessiert war oder die Italiener als unterlegene Bevölkerungsgruppe gesehen hätte. Außerdem begründet man die Attentate bzw. die Forderungen Österreichs mit dem Erscheinen einer falschen Person in der politischen Landschaft, und nicht mit den eigenen Fehlern.

Im nächsten Absatz beklagt sich der Autor darüber, dass die österreichische Regierung anfänglich nur einige ‚behauptete Nichteinhaltungen‘ bedauerte und es schließlich darauf hinausgelaufen sei, dass man die Autonomie forderte:

Il Governo austriaco cominciò con il dolersi di alcune **pretese inadempienze** dell'Italia, e finì col **chiedere la completa autonomia per la provincia di Bolzano**. [...] E ora Magnago [...] ha detto che ‘[le trattative] si riaprirono con la condizionale di concederci la più completa autonomia [...]’.

Magnago, wird im Anschluss als *„italiano rinnegato, figlio di padre italianissimo“* bezeichnet, was in Frage gestellt werden muss. Auch wenn er einer zweisprachigen Familie entstammte (sein Vater war aus Trient), in Bozen aufwuchs und neben dem Wehrdienst in Bologna Rechtswissenschaften studierte, hat er 1939 aus Ablehnung des Faschismus für Deutschland optiert (vgl. Peterlini 2007, S. 10). Das heißt, dass die These, er sei ein ‚verweigerter Italiener‘ gewesen, aus der Luft gegriffen wurde. Das Zitat Magnagos kommentiert er folgendermaßen: *„[Egli] parla all'Italia come Hitler parlava ai Governi dei Paesi vinti: acconsente a trattare, solo se prima gli si dà tutto quello che chiede. E, allora, che ragione ci sarebbe di trattare?“* Der Autor vergleicht Magnagos reiflich überlegte Forderung, nur zu verhandeln, wenn man die Autonomie gewähre, mit Methoden Hitlers. Obwohl die Forderung berechtigt ist, brüskiert er sich darüber und unterstellt er Magnago auf implizite Art und Weise, ebenfalls ein Alt-Nazi zu sein. Im nächsten Abschnitt argumentiert er, dass man doch vor den Internationalen Gerichtshof treten könne, wenn der Akkord ohnehin die Autonomie im Gesetzestext vorgeschrieben hätte, wie Magnago selbst sagt: *„Ma, a parte questo, quel che importa rilevare e smentire è l'ultima frase: che 'a completa autonomia sia prevista dallo spirito dell'accordo'. Se fosse così, perchè l'Austria si rifiuterebbe di andare all'Aja?“* Er unterstützt seine These, indem er eine Aussage Gschnitzers gegen Magnago verwendet: *„Concedere l'autonomia sarebbe la soluzione ideale...“*

*poichè nel 1945... ciò non si potè ottenere, [...]’.* Ossia, **Gschnitzer riconosceva [...] che l’accordo non implica affatto l’autonomia.**” Angesichts dieser These wird deutlich, wie schwammig der Text des Abkommens verfasst wurde. Es bestätigt sich der Verdacht, dass De Gasperi bewusst zweideutige Formulierungen anwendete um die Autonomie auch für das Trentino zu sichern.

Die Schlussfolgerung des Textes weist wiederum auf die wirtschaftlichen Interessen Italiens am Gebiet hin:

Ma si conceda pure l’autonomia con tutte le garanzie che essi vogliono. [...] **Ma concederla in certe materie non si può perchè o significherebbe una abdicazione dello Stato o comprometterebbe i supremi interessi economici e sociali della collettività italiana.** [Se concediamo] la potestà di fare leggi per impedire a cittadini italiani delle vecchie provincie di investire capitali in Alto Adige o per impedire ai lavoratori delle vecchie provincie immigrare in Alto Adige o di trovarvi lavoro, se consentiremo questo, **avremo perduto l’Alto Adige.**

Der Verfasser gibt an, dass man eine Autonomie gewähren könne, man aber natürlich mit den Zugeständnissen nicht übertreiben dürfe, da man so, wie er explizit bezeichnet, die wirtschaftlichen Interessen der italienischen Kollektivität kompromittieren würde. An dieser Stelle lässt sich konstatieren, dass sowohl das eigentliche Zielpublikum des „Corriere“, welche die Industriellen sind sowie die Menschen, die eventuell dort Arbeit finden könnten, angesprochen werden. Dass die Deutschsüdtiroler derartige Absichten gehabt haben, kann ebenfalls als übertrieben bezeichnet werden: Magnago ging es bekanntlich nicht darum, Italienischsprachige „auszusperren“, sondern der Rechte der Deutschsprachigen zu sichern.

## **(11) Hauptschlagzeile vom Sonntag, 25. Juni: „Rotte le trattative sull’alto Adige”**

### *a. Kurzbeschreibung des Inhalts und visuelle Darstellung*

Die Schlagzeile wurde am Kopf der Seite 1 positioniert. Unterhalb davon befindet sich eine von einem Bild begleitete Kurzfassung, welche die wichtigsten Punkte aus den drei Artikeln zum Thema zusammenfasst.

### *b. Inhaltliche Aspekte*

Die Dachzeile mit dem Wortlaut „*A Zurigo ha vinto la ‚logica‘ dei terroristi tirolesi*“ fasst den italienischen Standpunkt hinsichtlich der ergebnislosen Verhandlungen kurz und bündig zusammen. Auffällig ist, dass diese Haltung, wie erwähnt, schon im Voraus festgelegt wurde: Fordere man die Autonomie, so tue es man den Terroristen gleich. Die Schlagzeile selbst schiebt das Scheitern ebenfalls auf die „irrwitzigen“ Forderungen Österreichs: Die Schlagzeile in Großbuchstaben wird von der Zeile *per le assurde richieste degli austriaci* begleitet. Der Wortlaut „*Sotto le pressioni di Gschnitzer e Oberhammer, Kreisky ha insistito per una autonomia integrale [...]*“, erweckt den Anschein, als wäre Kreisky durch die nationalistische Fraktion instrumentalisiert worden und als wäre er deren Marionette, die sich jeglicher Vernunft entledigt hat. Dass sich Kreisky seiner Forderung aber vollends bewusst war und diese selbst nicht als ‚absurd‘ einschätzte, wird ausgeblendet.<sup>79</sup>

## **(12) Bericht vom Sonntag, 25. Juni: “Segni ha posto il Governo di Vienna di fronte a precise responsabilità”**

### *a. Kurzbeschreibung des Inhalts und visuelle Darstellung*

Der Artikel berichtet über den Ablauf der Züricher Verhandlungen, wobei Segni ausgiebig zitiert wird. Auch Kreiskys Wortlaut wird wiedergegeben. Der Text ist überdies im Zentrum der Titelseite platziert, was seine Wichtigkeit zeigt.

---

<sup>79</sup> Überdies kritisiert man die Anwesenheit Aloys Oberhammers, der Mitglied des Tiroler Landesrats und Kontaktmann des BAS zur Tiroler Landesregierung war (vgl. Peterlini 2011, S. 29).

## b. Inhaltliche Aspekte

Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Text etliche wertende und von Subjektivität gefärbte Elemente enthält und somit nicht als neutraler Bericht eingestuft werden kann. Der Artikel wird abermals mit der Behauptung, dass der Terrorismus gewonnen hätte, eingeleitet. Im Folgenden wird Kreisky zitiert, der durch eine Anspielung gesagt haben soll, dass eine Lösung auch von den Radikalen *tra i suoi colleghi* akzeptiert werden muss. Von welchen Radikalen an dieser Stelle die Rede ist, geht aus dem Text nicht hervor.

Lo stesso ministro austriaco [...] **ha fatto capire con un'allusione che tra i suoi colleghi c'erano moderati e radicali** e che la soluzione della vertenza doveva essere accettata anche dai secondi. Il Governo di Vienna, **essendosi legato agli ispiratori degli attentati, a quelli che eccitano l'odio di razza e vogliono la violenza**, non poteva in realtà negoziare.

Kreisky wird im nächsten Satz nochmals unterstellt, dass er sich an die Anstifter der Attentäter angeschlossen habe, welche ‚Rassenhass‘ schüren und Gewalt wollen. Aufgrund dessen könne die Wiener Regierung eigentlich nicht verhandeln, was die Grundeinstellung Italiens widerspiegelt.

Im nächsten Abschnitt fasst der Autor die Geschehnisse zusammen, worin die unterschwellige Botschaft in der Kurzfassung der Hauptschlagzeile untermauert wird: *„Le delegazioni hanno assistito interamente ai lavori: **gli estremisti hanno sorvegliato Kreisky dall'inizio alla fine.**“* Die Aussage hinterlässt wieder den Eindruck, als würde Kreisky von seinen Kollegen erpresst und als würde er nur deren Befehle befolgen. Nichtsdestotrotz gesteht der Verfasser ein, dass *„[u]na gran parte delle cose dette oggi dall'una e dall'altra delegazione [...] aveva soltanto lo scopo di rovesciare sull'interlocutore la responsabilità della rottura.“* Außerdem ist auffällig, dass ein Lösungsvorschlag Kreiskys, auf dessen Diskussion man sich nicht eingelassen hat, eine tatsächliche Begründung fehlt: *„Secondo Kreisky dovrebbe trattarsi della richiesta d'inviare una commissione d'inchiesta internazionale in Alto Adige. Segni non è entrato in discussione.“* Es wird in den nächsten Sätzen zwar darauf hingewiesen, dass Italien *„chiederà di nuovo all'Austria di sottoporre la vertenza alla Corte dell'Aja“*, doch warum man eine solche ‚internationale Untersuchung‘ abwehren will, wird nicht erwähnt.

Der letzte Teil der Zusammenfassung ist von einem wertenden Wortlaut geprägt, welcher der Darstellung jegliche Objektivität nimmt:

L'avvenire è oscuro. Il Governo austriaco sembra legato ad **una politica di avventura ed incapace di spezzare i vincoli che lo stringono** agli estremisti, e, attraverso di loro, **agli attentatori**. La logica del

terrorismo, che è contraria al compromesso ed è **diretta ad ottenere la secessione** della provincia di Bolzano (non si gettano bombe per ottenere concessioni amministrative), **si è impadronita di un Governo debole ed abulico**: cattolici e socialisti **obbediscono** a Vienna **ai nuovi profeti del nazismo** ed ai loro agenti terroristici.

Die Wiener Politik wird als eine fast lächerliche, uneigenständige ‘Abenteurpolitik’ hingestellt. Die Aussage, dass man Bomben nicht werfe, um verwaltungstechnische Zugeständnisse zu erreichen, kann als richtig beurteilt werden, da schließlich das große Ziel der Attentäter die Selbstbestimmung war. Abermals behauptet man, dass die österreichische Regierung ‚schwach und willenlos‘ sei und auf die ‚neuen Propheten des Nazismus‘ hört. Es bestätigt sich, dass Italien die Anschläge als Motiv zur Verhärtung der eigenen Position verwendete: „[Segni] *ha denunciato gli attentati diretti ‘con preordinata volontà’ a paralizzare i nostri sforzi per risolvere la vertenza.*”

Im nächsten Abschnitt wird der Schlagabtausch zwischen den beiden Ministern zitiert: Segni wirft Kreisky vor, die Attentate nicht verhindert zu haben und Kreisky entgegnet, dass man nicht für alles verantwortlich gemacht werden kann, was von Bürgern verübt wird. Er verteidigt auch die Anwesenheit der Leiterin des Südtirol-Referats der Tiroler Landesregierung Viktoria Stadlmayer, welche eine strikte Gegnerin von Anschlägen und eine Befürworterin eines zivilen Widerstands à la Mahatma Gandhi war.<sup>80</sup> Außerdem kritisiert Kreisky die italienische Exekutive und behauptet, dass die beiden verstorbenen Burschen nicht wissen konnten, dass sie Gesetze überschritten, was später auch von der Geschichtsschreibung aufgegriffen wurde, da dies sehr wahrscheinlich ist. In dieser Zitierung ist auffällig, dass Standpunkte Österreichs aufgegriffen werden, wie zum Beispiel folgender: „*Kreisky ha lamentato anche che in Italia non si fossero processati e condannati i generali della seconda guerra mondiale, [...].*“

Die erneute Kritik Kreiskys an der gezielten Unterwanderung wurde folgendermaßen kommentiert: „*È stato facile notare che in realtà le cifre statistiche non rivelano nessun aumento del gruppo italiano, [...].*” Wie schon eingehend dargestellt wurde, gab es hinsichtlich der Statistiken etliche Verfälschungen und im Grunde genommen ist es unumstößlich, dass sich der Anteil der italienischen Bevölkerung erhöht hat. Interessant ist, dass wichtige Anklagepunkte von österreichischer Seite nur kurz erwähnt werden: „*Si è parlato del bilinguismo e della scuola, degli impiegati pubblici e di altri argomenti in particolare.*”

---

<sup>80</sup> Im April 1961 wurde sie, als sie den Brenner überqueren wollte, aufgrund von „antinationaler Tätigkeit“ verhaftet. Als Kreisky darüber informiert wurde, konnte er aber schnell nachweisen, dass sie nicht in Verbindung mit dem BAS stand (vgl. Peterlini 2011, S. 29, 69, 121).

### (13) Kommentar vom Sonntag, 25. Juni: „Libertà d’azione“

#### a. Kurzbeschreibung des Inhalts und Umfang

Der Text versucht die Geschehnisse der Konferenz in Zürich zu verorten und begleitet die beiden Berichte der Titelseite. Die These ist unmissverständlich folgende: Mit Nazis kann man keinen Frieden schließen. Dieser Kommentar ist mit rund 700 Wörtern kürzer als die bisherig untersuchten Kommentare.

#### b. Inhaltliche Aspekte

Der Verfasser beurteilt die Verhandlungen am Beginn des Texts folgendermaßen:

[...] **il nostro Governo**, ispirandosi sempre a quella **larghezza**, a quel senso della misura e della equità che risale ai tempi dell’accordo De Gasperi-Gruber, **aveva fatto tutto il possibile per andare incontro alle richieste – quelle sensate, si capisce** – formulate da Vienna.

Impliziert wird hierbei wiederum, dass Italien der Überlegene sei, welcher mit ‚Weitsicht‘ den ‚sinnvollen‘ Forderungen entgegentreten wollte. Im nächsten Absatz werden in diesem Sinne wieder ‚Gut‘ und ‚Böse‘ konstruiert:

Si ha a che fare con gente che conosce alla perfezione **l’arte del cavillo** e che non rifugge da nessuna astuzia, da nessuna alterazione, incurante di apparire **nella più solenne malafede**. Chi non ricorda le espressioni di soddisfazione e perfino i “ringraziamenti” alle autorità austriache all’indomani dell’accordo De Gasperi-Gruber? Ed ecco che pochi anni di distanza il Governo di Vienna pretende di rimettere tutto in discussione, **in assoluto dispregio della parola data, del senso giuridico, del buon senso, della più elementare dignità**.

Man habe es ja mit bösen ‘Leuten‘ zu tun, welche die ‚Kunst der Spitzfindigkeiten‘ beherrschen und vor keiner ‚Listigkeit‘ zurückschrecken. Der Autor zeigt in der rhetorischen Frage auf, dass sich ein jeder an die ‚ringraziamenti‘ seitens der Österreicher für das Abkommen erinnern müsse; hierbei sei angemerkt, dass von diesem Umstand in der deutschsprachigen Historiographie keine Rede ist. Im letzten Satz des Zitats begründet er, weswegen Österreich im Gegensatz zu Italien ‚anstandslos‘ sei.

Im nächsten Absatz gesteht er ein, dass man diese Behauptungen als übertrieben wahrnehmen könnte. Anhand von der Forderung, dass man die italienische Minderheit innerhalb der Provinz Bozen schützen müsse, welche im Abgeordnetenhaus besprochen wurde, argumentiert er, ‚wie weit man schon gekommen sei‘ und dass er überhaupt nicht übertreibe:

**Nè si dica che si esagera**, [...]. Pochi giorni fa [un politico] prospettò addirittura le necessità che [...], **si dovesse tutelare la minoranza italiana** [...], **in una provincia che, di fatto, diventerebbe ‘tedesca’**. Siamo a questo.

Die Provinz würde sonst nämlich ‚deutsch‘ werden. Angesichts der Tatsache, dass die große Mehrheit der Bevölkerung auch zum damaligen Zeitpunkt deutschsprachig war, wird deutlich wie realitätsfern diese Aussagen sind. Aus der Darstellung könne man schließen, „[che] *noi, sia pure con le migliori intenzioni, sia pure ‘pro bono pacis’ avremmo finito per gettare le basi [...] di un vero e proprio irredentismo, legittimato da noi stessi, [...]*.”<sup>81</sup>

Im Anschluss bezeichnet er die Forderung der Autonomie ebenfalls als absurd und lobt den „starken“ Segni dafür, dass er die Schuldigen für die Anschläge auch *oltre i confini* suche:

[...] le **responsabilità che vanno ricercate “oltre i confini”** dell’Alto Adige. [...] perchè è risaputo che le agitazioni e gli attentati terroristici rientrano in un vasto disegno che fa capo al movimento razzista, nazista, di schietta marca hitleriana, **che ha origini note [...] un po’ dovunque**.

Hierbei behauptet er, dass der *BAS di marca hitleriana* Verästelungen bis in den Norden Deutschlands habe. Denn auch die deutsche Presse habe Partei ergriffen und Österreich unterstützt: „*E la stampa tedesca, [...] non dà ogni giorno una prova lampante di parzialità, accreditando la menzogna del “giogo” italiano, che “opprime” la popolazione altoatesina?*” Die Unterdrückung der Südtiroler, über die offenbar auch in deutschen Zeitungen berichtet wurde, wird als ‚Lüge‘ bezeichnet und der Begriff *opprimere* wird unter Anführungszeichen gestellt, was keiner weiteren Erklärung bedarf.

Die *Conclusio* bestätigt wiederum, dass die ‚Unnachgiebigkeit‘ Österreichs Italien in eine gefestigte Position mit *piena libertà di azione* bringt:

Come si è detto e ripetuto, questa **intransigenza austriaca**, che ha interrotto i negoziati, **consente a noi di riprendere la nostra piena libertà di azione**, [...]. La stessa **longanimità [è] una prova decisiva** per dimostrare, [...], da quale parte siano il torto e la ragione, da quale parte stanno i disturbatori della pace europea e quanti si adoperano sinceramente per creare un ordine nuovo, fondato sul diritto, sulla tolleranza, sulla collaborazione di tutti i popoli **per l’avvento di un mondo migliore**.

---

<sup>81</sup> Im nächsten Absatz beklagt der Verfasser die Anwesenheit Stadlmayers, welche er als „*specializzata nella sua qualità di ‘magna pars’ della Lega irredentistica del Sud-Tirolo*“ betitelt, was, wie bereits aufgezeigt wurde, übertrieben ist.

Der Autor nennt das Kind beim Namen: Der ‚Großmut‘ Italiens sei der entscheidende Beweis dafür, auf welcher Seite Recht und Unrecht seien und wer auf den Grundlagen Recht und Toleranz für eine bessere Welt eintrete. Dies kann als ein unmissverständlicher Angriff gegen den Österreichischen Staat angesehen werden, der dadurch als böse, rückschrittlich und unaufrichtig dargestellt wird.

**(14) Bericht vom Dienstag, 27. Juni: „Le rivelazioni dello ‚Spiegel‘“**

*a. Kurzbeschreibung des Inhalts und visuelle Darstellung*

Der Artikel handelt von der deutschen Berichterstattung über das Südtirolproblem. Eingangs wird erklärt, dass die überwiegende Mehrheit sich auf Chronik beschränkt und angibt, dass beide Seiten eine schnellstmögliche Einigung anstreben. Zitiert werden aber im Großteil des Texts die Zeitungen, die sich gegen die Terroristen stellen. Erschienen ist der Text auf der Titelseite und befindet sich im Zentrum.

*b. Inhaltliche Aspekte*

Im nachfolgenden Abschnitt wird nochmals auf das am 25. Juni erwähnte *giogo italiano* der Unterdrückung eingegangen, welches von einer deutschen Zeitung widerlegt wird:

Quanto al **preteso giogo italiano cui sarebbero sottoposti gli alto-atesini**, la “Frankfurter Presse”, [...], osserva che i tedeschi della Repubblica comunista di Pankow sarebbero ben felici **se potessero godere di tante libertà come ne gode la minoranza tedesca nell’Alto Adige. Ecco finalmente qualcuno che dice in Germania le cose come stanno**, perchè purtroppo si è largamente accreditata nell’opinione pubblica la tesi che si sia instaurato dall’Italia in Alto Adige un **regime di tirannia e di persecuzione**.

Man zitiert die Aussage, dass die DDR froh wäre wenn sie die Freiheiten hätte, die die Südtiroler ‚genießen‘. Hierbei wird implizit mitgeteilt, dass sich der Autor voll und ganz bewusst ist, dass die Südtiroler nicht mit den italienischen Bürgern gleichzusetzen sind. Sie werden als Minderheit dargestellt, die ohnehin schon genügend Freiheiten habe. Zusätzlich wird die Zeitung dafür gelobt, dass sie ‚endlich einmal sagt, wie die Dinge wirklich sind‘; in der öffentlichen Meinung habe sich ja die These der Installation eines tyrannischen Regimes und der Verfolgung durchgesetzt, was dadurch aber verneint wird. Es ist offensichtlich, dass die Auswahl dieser Zitierungen auf einer völlig emotionalen Ebene stattgefunden haben muss: Auch wenn sich nur

eine Minderheit der Zeitungen auf die „Seite der Italiener“ stellt, werden genau diese in die Artikel aufgenommen.

Auch die Berichte des „Spiegels“, der bereits einige Enthüllungsgeschichten veröffentlicht und beispielsweise Molden für seine Darstellungen in der „Presse“ angezeigt hatte, werden ausgiebig wiedergegeben und folgendermaßen kommentiert: Es sei „[l']unico giornale forse nella repubblica federale, [che] vede le cose come stanno. Essa ha scoperto più di una volta le mene degli 'ultra' austriaci ed alto-atesini.“ Der Autor bezeichnet also die „Spiegel“-Berichte als die einzigen, die in der deutschen Zeitungslandschaft der Wahrheit entsprechen, woran nochmals festgestellt werden kann, dass der „Corriere“ alle abweichenden Haltungen ablehnt und einzig und allein den Standpunkt der italienischen Regierung propagiert. Interessant ist auch, dass die mutmaßlichen Ziele der Attentäter, welche der Spiegel formuliert hatte, Erwähnung finden, da sie dem italienischen Standpunkt entsprechen: „*Sullo scopo di quest'ondata di terrorismo lo "Spiegel" non lascia alcuno dubbio. Si voleva impedire al Governo di Vienna di giungere ad una soluzione ragionevole con l'Italia.*“

## **(15) Kommentar vom Dienstag, 27. Juni: „Dopo Zurigo“**

### *a. Kurzbeschreibung des Inhalts und Umfang*

Der Kommentar handelt ab, weswegen Italien die Forderung der Autonomie nicht zugestehen könne und definiert, was die *allogeni* eigentlich wollen. Der Text begleitet die Artikel über den Beschluss Wiens, wieder vor die UNO zu treten und den Artikel über die deutsche Berichterstattung. Der Text ist mit fast tausend Wörtern etwas länger.

### *b. Inhaltliche Aspekte*

Vorausgeschickt sei, dass der Kommentar eine sehr ähnliche Argumentationsweise aufweist wie der vom 25. Juni. Der Text beginnt mit der Feststellung, dass sich in Zürich nichts ergeben hätte und dass Österreich die italienischen Vorschläge der *deleghe amministrative* nicht angenommen habe. Er fragt: „*Ma, che cosa abbiamo offerto? Certamente, abbiamo offerto molto – forse troppo [...]. Ma è da escludere che possa significare delega di potere legislativo, perchè lo statuto della Regione non lo consente.*“ Im Anschluss führt er an, dass „[...] *questo non soddisfa gli allogeni e non soddisfa gli austriaci. Perché?*“ Nach detaillierten Ausführungen

kommt er zum Schluss, dass sich hinter der Ablehnung der ‚Fremdstämmigen‘ eine ganz andere Wahrheit verbirgt:

Dunque, ecco quello che vogliono **gli allogeni e gli austriaci**. Vogliono che la potestà di fare leggi su certe materie, [...]. [L]a piccola minoranza allogena si trincerebbe negli organi della Provincia e chiuderebbe l’Alto Adige al resto degli italiani. Guardiamo in faccia alla realtà e chiamiamo le cose coi loro nomi: **“Difesa del gruppo etnico”, “del carattere etnico”, ecc., sono formule più o meno speciose**, le quali significano semplicemente questo: che gli atesini di lingua tedesca intendono chiudere l’Alto Adige agli italiani delle vecchie provincie, [...].

Im Grunde genommen wiederholt man die Conclusio vom vorherigen Kommentar, wobei es in diesem noch unmissverständlicher formuliert wird: Die Formulierungen der österreichischen Seite wären eigentlich nur zum Schein da und man wolle so nur das Gebiet ‚schließen‘.

Im Nachfolgenden wiederholt der Text dieselben Folgen für die Wirtschaft und die Immigration wie Kommentar „Libertà d’azione“, was folgendermaßen kommentiert wird: „[...] *per le industrie italiane c’è oggi, la bomba al plastico, e domani ci sarebbe una legislazione provinciale vessatoria.*“ Erneut wird der Politik Extremismus unterstellt, welcher eine ‚schikanöse‘ Legislatur beabsichtige. Auffällig ist, dass in diesem Text von den angeblichen „*ringraziamenti*“ für das Gruber-De Gasperi-Abkommen Abstand genommen wird: Man zitiert Figl, der sagte, dass die Unterzeichnung dessen sehr wohl ein schweres Opfer für Österreich gewesen sei. Hierbei wird gefragt: „[E] *perchè la difficoltà di firmare, se [...] come sostiene il rinnegato, Magnago, l’autonomia integrale?*“ Der Autor konkludiert, dass die Verweigerung der Unterbreitung beim Internationalen Gerichtshof der Beweis dafür sei, dass das Abkommen die Autonomie nicht vorsehe.

## 7. Conclusio

Die Konflikte zwischen Südtirol bzw. Österreich und Italien aus der Vergangenheit sind bis heute noch im Bewusstsein sowohl der politischen Machttäger als auch der Bevölkerung nördlich und südlich der Brennergrenze. Wie einleitend dargestellt wurde, scheinen die historischen Begebenheiten eine tiefe, generationsübergreifende Wunde hinterlassen zu haben, auch wenn es aus wirtschaftlicher und europäischer Sicht heute keinen Grund mehr dafür gibt. Der Ursprung des Disputs und damit auch der unermesslichen Unzufriedenheit der Südtiroler, welche sich in den Sprengstoffattentaten der Feuernacht entladen sollte, findet sich noch vor dem Ersten Weltkrieg im aufkeimenden Nationalismus beider Seiten. Die verweigerte Autonomie des Trentino innerhalb Habsburgs sollte zum Schicksal Südtirols werden. Mit der Annexion im Jahr 1919 wurde die Grundlage für eine sich immer weiter intensivierende Kontroverse geschaffen, die sich durch die politischen Gegebenheiten der Zeit und vor allem den Faschismus intensivierte. Es entstand ein Konflikt, für den auch nach dem zweiten Weltkrieg keine zufriedenstellende Lösung für die betroffene Bevölkerung gefunden werden konnte.

Maßgeblich beteiligt am Leid der Bevölkerung war Ettore Tolomei. Getrieben von der Frustration, dass das Trentino nicht mit Italien geeint wurde, spielte ihm das Schicksal in die Hände und ihm gelang der Aufstieg an der Seite Mussolinis, wodurch er seine pseudowissenschaftlichen Theorien über die Brennergrenze verbreiten konnte. Weswegen sowohl 1919 als auch 1946 bei den Friedensverhandlungen in keinster Weise im Interesse der Südtiroler Bevölkerung gehandelt wurde, lässt sich folgendermaßen beantworten: Beide Male führten das ungeschlüssige Verhalten und die eigenen Interessen einer politischen Schlüsselfigur dazu, dass den Südtirolern das Recht der Selbstbestimmung verweigert wurde. 1919 wurde es vom Präsident Wilson, um Jugoslawien nicht zu brüskieren und aus der Angst vor einer sowjetischen Herrschaft, gegen den Hafen Fiume eingetauscht und Italien zugesichert. 1946 war der Altösterreicher De Gasperi ein Politiker, der zum einen aus seinem eigenen Interesse der Autonomiebestrebungen für das Trentino und um seinem Ruf als *austriacante* entgegenzutreten agierte, und zum anderen die Interessen seiner Partei im Zentralstaat behaupten musste. Durch sein diplomatisches Geschick konnte auch er sich durchsetzen.

Obwohl das Gruber-De Gasperi-Abkommen vielversprechend war, die Situation der Südtiroler zu verbessern, sollte es anders kommen. Was die Beweggründe Italiens dafür waren, an einer diskriminierenden Haltung gegenüber der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol fest-

zuhalten und Österreich dazu brachte, 1959 erstmals das Südtirolproblem bei der UNO vorzulegen, lässt sich folgendermaßen beantworten: In erster Linie waren es die langsamen Mühlen der italienischen Bürokratie, die die vielversprechenden Durchführungsbestimmungen des Gruber-De Gasperi-Abkommens nur sehr langsam umsetzten und für erneute Frustration bei der Bevölkerung sorgten. Darüber hinaus war es problematisch, dass in Italien ehemaligen Faschisten nach dem Ende der Diktatur kein Prozess gemacht wurde; einige von ihnen bekleideten nämlich weiterhin ihre Ämter und es kam zu etlichen Maßnahmen, die faschistischen Implementierungen glichen. So gab es in der Zeit fragwürdige Gesetzesnovellen wie etwa den Ausschluss der Südtiroler bei der Vergabe von Posten im öffentlichen Dienst und die Verordnung, dass sämtlicher Amtsverkehr auf Italienisch zu erfolgen hat. Weitere Beispiele sind das Gesetz, dass keine deutschen Vornamen mehr vergeben werden durften sowie die gezielte Ansiedlung italienischsprachiger Personen in eigens für sie geschaffenem Wohnraum, ganz zu schweigen von der Schwierigkeit als Deutschsprachiger eine Arbeit zu finden.

Unmittelbar vor der Feuernacht gossen Verordnungen wie etwa das Verbot vom Tragen der Schützentrachten oder das Versammlungsverbot zusätzlich Öl ins Feuer. Dies sind nur einige Beispiele für die weiter anhaltenden Italianisierungsmaßnahmen, die zur Gründung der Untergrundbewegung des Befreiungsausschuss Südtirol unter Sepp Kerschbaumer, der selbst für das Hissen der Tiroler Fahne inhaftiert worden war, geführt haben. Als eine erneute Vorlage bei der UNO im Herbst 1960 keine Ergebnisse erzielte, war die Geduld zu Ende und der BAS schritt zur Tat. Die Frage danach, ob die Bombenkampagne Einfluss auf die Besserung der Situation nahm, kann mit ja beantwortet werden: Es wurde gezeigt, dass die italienische Regierung zum einen sehr wohl unter Zugzwang gesetzt wurde. Zum anderen muss auch der Auffassung Silvius Magnagos, der als der kompetenteste Kenner der Thematik eingeschätzt werden kann, Glauben geschenkt werden: Dieser war überzeugt davon, dass die sogenannte 19er Kommission, welche nachhaltig für eine Besserung der Situation in den Folgejahren war, ohne die Anschläge nicht zu Stande gekommen wäre.

Die italienische Seite ging in dieser Zeit hingegen davon aus, dass die Erfüllung des Abkommens als rein italienische bzw. innenpolitische Angelegenheit anzusehen war und dass die Beanstandungen Österreichs fehl am Platze waren, da letzteres den Abkommenstext falsch ausgelegt habe. Der italienische Staat hatte zudem selbst mit einer enormen Instabilität durch die häufigen Regierungswechsel zu kämpfen, sodass wenig Interesse bzw. Fokus auf den Problemen der Südtiroler lag. Außerdem hatte man durch die zentralistische Ausrichtung des Staats wenig Interesse daran, die autonomistischen Strömungen voranzutreiben. Nicht zu vergessen

ist hierbei jedoch, dass die Unzufriedenheit der Bevölkerung, die in den Attentaten münden sollte, auch dem patriotischen Geist in der Südtiroler Bevölkerung zuzuschreiben ist und durch die Hoffnung der Wiedervereinigung, die jenseits des Brenners durch die Politik genährt wurde, intensiviert wurde. Außerdem gilt es zu erwähnen, dass es seit jeher auch auf italienischer Seite Personenkreise gab, die den Umgang mit der Situation in Südtirol nicht befürworteten. Hinzu kommt, dass die italienische Bevölkerung nahezu überhaupt nicht über die Situation im Alto Adige informiert wurde. Sie wurden in einem Zustand von Ahnungslosigkeit gelassen, aus dem sie erst durch das mediale Echo auf die Bombenanschläge bis zu einem gewissen Grad befreit wurden. Die Frage, wie die italienische Regierung ihre Handlungen gegenüber der deutschsprachigen Minderheit rechtfertigte, lässt sich demnach folgendermaßen beantworten: Da man die Öffentlichkeit weder in den Medien noch in der Geschichtsschreibung über die Vorkommnisse aufklärte, gab es auch keinen Grund, seine Handlungen zu begründen.

Von besonderem Interesse für die vorliegende Arbeit war die italienische Reaktion auf die Bombenanschläge. Hierbei wurde versucht, mittels einer inhaltlichen Analyse von Texten der meist gelesenen italienischen Tageszeitung relevante Informationen über die öffentliche Meinung zu gewinnen. Ausgehend von dem Grundsatz, dass die Darstellung von Zeitungen die öffentliche Meinung und die kollektive Wirklichkeit beeinflussen bzw. gleichzeitig widerspiegeln, können folgende Ergebnisse aus den Analysefragestellungen extrahiert und interpretiert werden:

Die Frage, wie viel Bedeutung den Texten durch deren Positionierung in der Zeitung und deren Umfang eingeräumt wurde, lässt sich folgendermaßen beantworten: Von 15 untersuchten Artikeln befanden sich 14 auf der Titelseite. Hinsichtlich der Positionierung auf der Seite ist ersichtlich, dass die überwiegende Mehrheit in der oberen Hälfte der Seite beginnt oder zumindest zum Hauptthema des Tages gehört. Die Mehrheit der Artikel steht demzufolge stets im Zentrum, was zeigt, dass der Feuernacht und vor allem deren Auswirkung auf die Verhandlungen in Zürich, die ja ebenfalls innerhalb des untersuchten Zeitraums stattfanden, sehr wohl ein gesteigertes mediales Interesse eingeräumt wurde. Angesichts dieser Tatsache kann konstatiert werden, dass eine breite Öffentlichkeit über die gesprengten Masten informiert wurde, was auch die Geschichtsschreibung schon festgehalten hat. Bezugnehmend auf die Bildbegleitung der Texte ist evident, dass eher selten Bilder zur Dramatisierung eingesetzt wurden. Nur fünf der Artikel wurden durch ein Bild bzw. durch maximal zwei Bilder ergänzt.

Bezüglich der Frage nach der Länge der fünf Kommentare kann beobachtet werden, dass die Kommentare der Sonntage, welche wie erwähnt üblicherweise die Tage mit den meisten verkauften Exemplaren waren, nicht länger bzw. sogar kürzer sind als die der anderen Wochentage mit einer Länge von circa 900 bzw. 1.000 Wörtern. Das zeigt, dass man an diesen Tagen den meinungsbehafteten Textsorten nicht mehr Umfang einräumte.

Neben den fünf Kommentaren und den drei Reportagen wurden sieben Berichte untersucht. Hinsichtlich der Frage danach, ob zwischen Kommentar und objektiver Berichterstattung klar getrennt wurde, kann gezeigt werden, dass sämtliche Berichte nur an der Oberfläche meinungsfreie Berichte sind: Sie nehmen unterschwellig eine wertende Haltung ein und enthalten sogar wertende Kommentare. Es werden zum Beispiel bei vermeintlichen Berichten Konklusionen oder Meinungen völlig subjektiv als „einzig richtig“ bezeichnet oder die Wiener Politik als „Abenteurerpolitik“ betitelt, was genauso wenig als objektiv gewertet werden kann. In einem der Texte können sogar narrative Elemente gefunden werden, welche die Berichterstattung dramatisieren. Diese Feststellungen sind besonders bedeutend für die Meinungsmache: Es ist unumstößlich, dass eine solch urteilende Berichterstattung die jeweilige Meinung transportiert und sich potentiell auf die Leser überträgt.

Die Frage nach der Art und Weise der Faktendarstellung kann folgendermaßen beantwortet werden: Hinsichtlich der emotionalen Sprache ist erkennbar, dass sich Dramatisierungen in allen Textsorten finden. Es kann auch anhand von der spezifischen Verwendung von Passiv- bzw. Aktivkonstruktionen gezeigt werden, wie Schuldzuweisungen auf nicht offensichtliche Art und Weise zu Gunsten der Italiener vermittelt werden. Anhand der Wortwahl ist ersichtlich, dass der „Corriere“ nicht neutral blieb: So haben beispielsweise die durch die Wachmänner erschossenen Burschen „ihr Leben verloren“, während das Bombenopfer Postal „umgebracht“ wurde.

Die Art und Weise der Charakterisierung der Attentäter beschränkt sich auf die durchaus kreativen Betitelungen der Attentäter, da man zum Zeitpunkt der Veröffentlichung über die Identität der BAS-Mitglieder wahrscheinlich noch zu wenig wusste. Die Liste der Bezeichnungen ist dafür lang: *terroristi criminali e delittuosi, dinamitardi, nostalgici, neonazisti, agitatori, sobillatori, facinorosi, fanatici, violenti, energumeni, revanscisti, razzisti* und *allogeni*. Es wird dadurch explizit ein vorurteilhaftes Bild vermittelt, welches nur für die radikalsten Mitglieder des BAS zutreffend ist und grundsätzlich als übertrieben deklariert werden kann. Wie bereits erwähnt, war die überwiegende Mehrheit nicht von nationalsozialistischer Gesinnung und hielt sich an die Prinzipien Kerschbauers, nach welchen sie auf der Basis von Sachschäden ihr

Recht der Selbstbestimmung durchsetzen wollten. Auch wenn man in einem der ersten Artikel noch darauf verweist, dass die Allgemeinheit die Anschläge nicht unterstütze, werden die Südtiroler später insgesamt als „Feinde“ bezeichnet, die man bei der Option besser „draußen“ lassen hätte sollen, so als ob sie Gegenstände wären.

Bezüglich der Fragestellung ob und in welchem Ausmaß die Ziele oder Beweggründe der Attentäter thematisiert werden, wird gezeigt, dass die eigentliche Forderung der Attentäter der Selbstbestimmung im direkten Zusammenhang mit den Attentaten nur einmal in einer eher nebensächlichen Übersetzung eines Flugblatts erwähnt, aber nicht weiter kommentiert wird. Später wird zwar darüber informiert, dass die SVP sie ad Acta gelegt habe, aber als eigentliches Ziel unterstellt man den Attentätern im ersten Artikel zur Feuernacht, dass sie die Züricher Verhandlungen boykottieren wollten. Im Laufe der Zeit nehmen die genannten Ziele eine sehr stark vereinfachende Richtung an: Im letzten Kommentar wird als Absicht der Attentäter, die schlichtweg als Altnazis und Hitler-Nostalgiker abgestempelt werden, der Anschluss an Deutschland genannt. Es lässt sich weiters erkennen, dass insgesamt verhältnismäßig wenig bis gar nichts diesbezüglich geschrieben wurde. Dadurch konnte man wahrscheinlich vermeiden, über das international verankerte Recht der Selbstbestimmung reflektieren zu müssen und auch auf die Hintergrundmotive der Attentäter einzugehen: Das Beklagen der Unterdrückung durch den italienischen Staat seitens der Südtiroler wird in den Stellen, in denen es Erwähnung findet, nämlich vielmehr ins Lächerliche gezogen. Zudem versucht man beispielsweise über fragliche Statistiken zu beweisen, dass die Anschuldigung der gezielten Unterwanderung falsch wäre.

Die Beantwortung der Frage nach den impliziten oder auch expliziten Botschaften in den Artikeln kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Implizit wird in den meisten Artikeln mitgeteilt, dass der italienische Staat der moralisch Überlegene und der Demokrat in der Auseinandersetzung zwischen den „Guten“, also ihnen selbst, und den „Bösen“ in der Gestalt der Österreicher ist; man wird nicht müde zu erwähnen, dass der italienische Staat schon so viel Nachsicht, Gutmütigkeit und Weitblick in der Südtirolfrage gezeigt hat. Dieser Umstand hat den Effekt, dass alle Forderungen der Österreicher absurd erscheinen. Durch die stetige Wiederholung, dass es sich bei den Attentätern um rückschrittliche Nationalsozialisten handle, welche auch noch sämtliche deutschsprachige Politik zu ihren Verbündeten machen konnten, wird die Forderung nach der Autonomie in der Zeitung als ebenso extremistisch präsentiert: Die eigentlich moderate politische Linie Magnagos wurde so mit den radikalen Attentätern gleichgesetzt.

Die Untersuchung, welche Personen direkt zitiert werden und warum, ergibt folgendes Ergebnis: Interessant ist die vermehrte Zitierung des Innenminister Scelba im Zusammenhang mit der Sicherung der öffentlichen Ordnung: Einerseits wird durch dieses so oft wiederholte Diskurselement Angst auch außerhalb der Grenzen des Alto Adiges geschürt, und andererseits wird Scelba nahezu heldenhaft als Verteidiger dieser Ordnung dargestellt. Außerdem werden insbesondere Zitate herangezogen, welche die eigenen Argumentationen oder Botschaften stützen: beispielsweise die etwas widersprüchlichen Aussagen Magnagos und Gschnitzers, oder die Zitate zu Gunsten Italiens aus deutschen Zeitungen, die „als einzige“ die Wahrheit geschrieben haben sollen.

Bezüglich der Frage, ob Kritik oder Unterstützung von Institutionen wie Parteien oder Regierungen vorhanden ist, kann insgesamt festgestellt werden, dass sich der „Corriere della Sera“ von Kritik an der eigenen Regierung distanziert und auch hinsichtlich dieser Thematik seiner konservativ-moderaten, pro-establishment Linie treu blieb. Es wird dennoch wiederholt in Frage gestellt, ob die Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Ordnung ausreichen würden, was vermutlich der Dramatisierung der Umstände dienen sollte. Trotzdem ist man dem Staat und seiner Souveränität in Südtirol gegenüber sehr positiv und unterstützend gestimmt; man verteidigt dessen Handlungen und stellenweise heroisiert man die italienische Nation sogar, wohingegen man der österreichischen sowie der südtirolerischen Regierung unterstellt, dem Nazismus verfallen zu sein und diese explizit als „unaufrichtig“ und „Störenfried des Friedens“ betitelt.

In den Artikeln werden auch Fakten außer Acht gelassen bzw. werden einige davon nur indirekt angesprochen. Als Kreisky zum Beispiel im Zuge des Berichts über die Züricher Verhandlungen zitiert wird, werden seine Ausführungen über die Probleme der deutschsprachigen Südtiroler nur in einem Satz angesprochen, was einer Auslassung gleichkommt. Es kann also konstatiert werden, dass man die Beweggründe der Attentäter, welche nicht nur patriotischer Natur waren, sondern auch durch die etlichen Probleme der deutschsprachigen Minderheit entstanden sind, verschweigt. Es kann auch gezeigt werden, dass insgesamt der Eindruck von einer gezielten Verschiebung der Tatsachen entsteht: Durch etliche Übertreibungen und das nahezu Nicht-Erwähnen der alltäglichen Schwierigkeiten der Südtiroler werden Nebeneffekte der Feuernacht wie etwa die Beibehaltung der öffentlichen Ordnung und die erneute Abwägung des Gruber-De Gasperi-Abkommens in den Mittelpunkt gerückt, um eigentlich relevante Tatsachen zu umschreiben oder zu umgehen. Deren eigentliches Ziel der *autodecisione* wurde, wie erwähnt, nahezu gar nicht angesprochen.

Die fünf meinungsäußernden Kommentare zum Thema konkludieren mit folgenden Argumenten für den italienischen Standpunkt: 1. Die Attentäter sind Nazis, die auf hitlerische Kriegsmethoden zurückgreifen, Verbindungen zu anderen Nazis in Deutschland haben und als großes Ziel den Anschluss an letzteres verfolgen, weswegen man keinesfalls auf deren Forderung eingehen darf. 2. Die Sicherung der öffentlichen Ordnung ist das Wichtigste im Kampf gegen die „Anderen“; durch weitere Maßnahmen, welche dem italienischen Staat im Rahmen seiner Souveränität möglich sind, kann diese sichergestellt werden. 3. Es wäre ein fataler Fehler, den Südtirolern die Autonomie zu gewähren, da sie Ex-Nazis sind und man die Italiener dadurch mit ihren wirtschaftlichen Interessen in weiterer Folge aus dem Gebiet aussperren würde. 4. Wieder unterstreicht man, dass man mit Nationalsozialisten keinen Frieden schließen kann und man bestätigt, dass die Unnachgiebigkeit Österreichs Italien in eine Position gebracht hat, volle Aktionsfreiheit zu haben; der italienische Großmut sei Beweis dafür, wer letzten Endes für eine Welt auf der Basis von Recht und Toleranz eintritt. 5. Die Verweigerung der Vorlage der Streitfrage beim Internationalen Gerichtshof durch Österreich wird als Beweis präsentiert, dass das Abkommen von 1946 keine Autonomie vorsieht und Italien deswegen im Recht ist. Durch diese Art und Weise der Argumentation schafft man eine Grundlage dafür, sämtliche Anschuldigungen der Österreicher abzustreiten und die Forderung der Autonomie zu kompromittieren. Der Leser gewinnt insgesamt den Eindruck, dass eine eindeutige Trennung zwischen Recht und Unrecht gemacht werden kann und dass keinerlei in Frage zu stellende Handlungen von italienischer Seite getätigt wurden.

Hinsichtlich der Wiederholungen innerhalb der Artikel lassen sich folgende Hauptdiskurse erkennen: die Verteidigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die durch die Attentate gefährdeten Konferenzen in Zürich, das Gruber-De Gasperi-Abkommen, die wiederholte Deklaration der Attentäter als Nazis, und Feststellungen hinsichtlich der Presse und der Südtiroler bzw. der österreichischen Politik. Hierbei wird erneut deutlich, dass der Wurzel des Problems, nämlich der Unzufriedenheit der Südtiroler, keine Aufmerksamkeit geschenkt wurde; der wiederholte Verweis auf die Sicherung der öffentlichen Ordnung lässt abermals darauf schließen, dass bei der italienischsprachigen Bevölkerung Angst geschürt wurde.

Die Artikel wurden auch darauf untersucht, ob ein kollektives „Wir“ oder ein „Sie“ konstruiert wurde. Hierbei konnte Folgendes beobachtet werden: Der Leser des „Corriere della Sera“ wird oft in ein kollektives italienisches „Wir“ eingebunden, wodurch der Leser mit höchster Wahrscheinlichkeit dahingehend beeinflusst wurde, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl

in der italienischen Gruppe verstärkt wurde. Im Gegensatz dazu werden die Südtiroler stellenweise auf gewisse Art und Weise als ein „Fremdkörper“ und als „*allogeni*“ dargestellt, die ohnehin schon viele Freiheiten haben, wodurch ein gewisses Feindbild der „Deutschen“ geschaffen wurde. Das Bewusstsein, die Südtiroler in das italienische „Wir“ einzubinden, wurde folglich zu dem Zeitpunkt noch nicht geschaffen und sie blieben die „Anderen“.

Daraus lässt sich konkludieren, dass die Darstellung der Feuernacht im „Corriere della Sera“ in den unmittelbar darauffolgenden Tagen den folgenden Anschein erweckt: Zu Beginn der Publikationstätigkeit bestand Unsicherheit darüber, ob man viele der Tatsachen lieber verschweigen oder doch preisgeben sollte. Erst im Laufe der Zeit wurde, wie unschwer an den Ausführungen erkennbar ist, die Richtung und die Formulierungen der Texte stets intoleranter gegenüber den Südtirolern und dem Österreichischen Staat. Während man in einem der ersten Artikel noch anmerkte, dass die Südtiroler Bevölkerung die Attentate nicht befürwortet hat, wurde diese Differenzierung in den darauffolgenden Artikeln stetig aufgeweicht und letztendlich auch die Bevölkerung zu den „Feinden“ gezählt. Hierbei wurde den Südtirolern in einem der Artikel der Vorwurf gemacht, dass die Mehrheit bei der Option für Nazi-Deutschland gestimmt hatte. Man nutzte die Attentate schließlich dazu, auch Kreisky zu unterstellen, er habe sich den Attentate verübenden „Nazis“ angeschlossen und deren als „extremistisch“ bezeichnete Forderung der vom Trentino getrennten, eigenen Autonomie übernommen. Dass die Attentäter von dieser Forderung aber eher enttäuscht waren, ist bekannt und zeigt, dass die Darstellung in der italienischen Tagespresse ein eindeutiges, schwarz-weißes Bild an die Bevölkerung weitergab. Italien inszenierte sich dabei als der überlegene Demokrat und die Züricher Verhandlungen wurden dadurch schon im Vorhinein zum Scheitern verurteilt. Auch die Öffentlichkeit wurde mit hoher Wahrscheinlichkeit durch die einseitige Berichterstattung davon überzeugt, dass sowohl die österreichische Regierung als auch die Südtiroler dem Nazismus verfallen waren.

Es wurde darüber hinaus propagiert, dass Italien völlig rechtens handelte und die Südtiroler ohnehin bereits viele Rechte genossen, die andere Minderheiten nicht genossen. Die Öffentlichkeit wurde auch nahezu gar nicht darüber informiert, aus welchen spezifischen Gründen die Bevölkerung in Südtirol Widerstand leistete. Auch die eigentliche Absicht der Attentäter der Selbstbestimmung wurde nicht klar und deutlich an die Bevölkerung weitergegeben, da man vermutlich nicht eingestehen wollte, dass man ihnen dieses Recht zuvor verwehrt hatte. Hingegen hetzte man regelrecht gegen die vermeintlich so stark präsenten nationalsozialistischen Tendenzen in Südtirol. Die italienische Öffentlichkeit hatte dadurch keine Möglichkeit,

durch die Berichterstattung zumindest über die Probleme der deutschsprachigen Südtiroler ein Bewusstsein zu entwickeln und aufgeklärt zu werden. Sie wurde folglich zweifelsohne im Glauben gelassen, die Attentate seien ausschließlich aufgrund des grassierenden Nationalsozialismus verübt worden. Hierbei bestätigt sich überdies die Beobachtung der Geschichtsschreibung, dass erst im Zuge der Mailänder Prozesse realitätsnahe Informationen geschichtsbuchartig veröffentlicht wurden, durch welche auch die italienischsprachige Mehrheit Italiens ein Bewusstsein für die Probleme der Südtiroler entwickeln konnte.

Ihnen wurde demzufolge keine Chance gegeben, sich ein Bild über die Gesamtsituation zu machen und der „Corriere della Sera“ war wesentlich daran beteiligt, die Fassade, die die italienische Regierung zum damaligen Zeitpunkt wahrte, aufrechtzuerhalten: Durch das Unterschlusshalten von wichtigen Informationen wie beispielsweise der Begründungen der österreichischen Forderungen bei den Züricher Konferenzen wurde gezielt eine verzerrte Wirklichkeit konstruiert, die nicht ganz der Realität entsprach. Überdies legte die Zeitung den Fokus auf die Thematisierung von Aspekten wie zum Beispiel die polizeilichen Maßnahmen der Regierung zum Schutz der Bevölkerung, sodass tiefgreifende Informationen über den Disput erst gar nicht erwähnt werden mussten und ein kriegsähnlicher Zustand inszeniert wurde. Überdies wurde die italienische Öffentlichkeit davon überzeugt, dass es hinsichtlich des Gruber-De Gasperi-Abkommens keinen Zweifel gibt, dass Italien alles richtig machte und nichts Fragwürdiges an dessen Umsetzung zu finden ist. Die Frage, wie Italien seine repressive Haltung in der Öffentlichkeit rechtfertigte, erübrigt sich daher: Die Zeitung lenkte den Diskurs in die unmissverständliche Richtung des Vorwurfs des Nazismus an Österreich, sodass kein Rechtfertigungsbedarf mehr bestehen blieb und auch kein Zweifel der Bevölkerung an der Integrität des italienischen Staats aufkommen konnte.

Die vorliegende Arbeit hat also gezeigt, dass der „Corriere della Sera“ seine journalistische Verpflichtung, eine weitestgehend neutrale Berichterstattung zu liefern, verfehlt hat. Die Tageszeitung hat eine eher subjektive, die Regierung unterstützende Haltung eingenommen, die die öffentliche Meinung zum Teil auf unsachliche Art und Weise geprägt hat.

Es kann also zum Schluss gekommen werden, dass die Darstellung der Feuernacht inklusive der Berichte über die Züricher Konferenzen die Meinung der Öffentlichkeit in die folgende Richtung geprägt bzw. gesteuert haben: Die allgemeine Auffassung war von einer klaren Unterscheidung zwischen „uns“ und den „anderen“ geprägt. Durch die einseitige Berichterstattung wurde eine Wirklichkeit geschaffen, die ein Feindbild in der Form einer nationalsozialistischen Fraktion radikaler Südtiroler und eines nationalsozialistischen Staat Österreichs präsentierten,

das die Staatshoheit des italienischen demokratischen Vorbildes untergraben hat. Dieses medial transportierte Feindbild hat darüber hinaus mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Kluft zwischen der deutschsprachigen und der italienischsprachigen Bevölkerung entstehen lassen, welche sich tief ins Bewusstsein der Allgemeinheit einprägte und auch den Staat Österreich zu einer scheinbaren Bedrohung werden ließ.

Eine Frage, die sich im Rahmen dieser Arbeit nicht klären ließ, ist, weswegen gerade auf Gewalt zur Wehr gegen den italienischen Staat zurückgegriffen wurde. Hätte nicht vermehrter ziviler Widerstand, so wie es Sepp Kerschbaumer mit zivilem Ungehorsam wie beispielsweise das verbotene Fahnenhissen versuchte, etwas an der Situation ändern können? Hätte beispielsweise ein südtirolweiter Generalstreik die Politik zur Änderung ihrer Haltung animieren können? Diese Frage bedarf weitere kulturhistorische Untersuchungen und kann in diesem Rahmen nicht beantwortet werden.

Bis heute hat sich Südtirol insgesamt zu einem Vorbild für Minderheitenpolitik entwickelt. Vor allem seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union konnten viele grenzüberschreitende Verbindungen zu Österreich hergestellt und alte Hürden durch erneute Zusammenarbeit überwunden werden. Darüber hinaus hat die EU viele der Probleme, die durch die nationalstaatlichen Grenzziehungen nach dem zweiten Weltkrieg verursacht wurden, unter anderem durch das Schengener Abkommen aufgeweicht und den ideologischen Gehalt von Grenzen, wie etwa der Brennergrenze, abgeschwächt. Durch die Flüchtlingskrise scheinen die Grenzen aber bedauerlicherweise wieder an Bedeutung zu gewinnen: Der aktuelle Landeshauptmann des Bundeslands Tirol Günther Platter begrüßte es Anfang Februar 2016 öffentlich, Grenzzäune auch am Brenner zu errichten, um die Grenzkontrollen zu intensivieren. In Südtirol sorgte das für Unmut und ließ die Wogen hochgehen, da man sich etwas mehr Sensibilität gegenüber dieser Grenze erwünscht habe<sup>82</sup>, was wiederum beweist, dass die Konflikte der Vergangenheit noch nicht vergessen sind und man eine Wiedereinführung der Grenzen äußerst kritisch betrachtet. Für die Zukunft gilt es daher zu hoffen, dass die Ziele der EU nicht aus den Augen verloren werden. Im Zentrum eines geeinten Europas sollte nämlich ein friedliches, grenzübergreifendes Zusammenleben stehen, in dem Barrieren nicht an Macht gewinnen können.

---

<sup>82</sup> [diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4921518/Zaun-am-Brenner-waere-ein-enormer-Ruckschritt](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4921518/Zaun-am-Brenner-waere-ein-enormer-Ruckschritt), 11.02.16

## 8. Riassunto del lavoro

Anche se la minoranza austriaca nel Tirolo del Sud italiano oggi è uno degli esempi migliori di convivenza tra popolazioni di diverse etnie, il conflitto territoriale passato tra Austria e Italia non è stato dimenticato dagli abitanti ed è ancora oggi presente nella coscienza collettiva delle generazioni. L'ex presidente della giunta provinciale altoatesina, Luis Durnwalder, ha dichiarato ad esempio nel 2011 di non partecipare ai festeggiamenti per i 150 anni dell'unità d'Italia a causa del fatto che molti degli avvenimenti accaduti ricordano agli altoatesini la separazione dolorosa dalla patria. La separazione avvenne nel 1919 alla fine della prima guerra mondiale, quando il territorio fu annesso all'Italia contro la volontà della popolazione. Da qui si andò creando la base di una controversia che si intensificò con le circostanze storiche degli anni successivi, soprattutto durante il periodo del fascismo quando un programma di italianizzazione prefiggeva di togliere le radici culturali della gente sudtirolese. Questo disseminò un malcontento enorme e la gente sperava che con la fine della seconda guerra mondiale le repressioni avrebbero avuto una fine. Nel 1946 l'accordo De Gasperi-Gruber coltivò la speranza di un miglioramento della situazione che però crollò poco dopo con l'attuazione di diverse misure discriminatorie contro il gruppo germanofono (spiegate in seguito). La frustrazione della popolazione culminò in attentati dinamitardi contro tralicci dell'alta tensione con lo scopo di danneggiare l'economia italiana del nord. Quest'episodio è ricordato come la „Notte dei Fuochi“.

Da una parte questa ricerca ha esplorato le motivazioni che hanno spinto il Governo italiano a continuare con le tendenze opprimenti nei confronti dell'etnia tedesca e come esse siano state giustificate in pubblico. Dall'altra, la domanda attorno alla quale ruota questo studio in primo luogo è quella riguardante cosa pensasse l'opinione pubblica della situazione in Alto Adige. Per poter rispondere a ciò, ho presentato il contesto storico-culturale, suddiviso in due parti centrali: gli sviluppi storici dal punto di vista della popolazione colpita e osservazioni sul punto di vista italiano; ho anche effettuato un'analisi testuale con l'obiettivo di estrarre informazioni utili a delineare l'opinione pubblica (vedasi brani seguenti).

A tale scopo è stato definito sul piano metodologico un modello di analisi del contenuto orientato maggiormente verso i principi fondamentali dell'analisi del discorso come i seguenti: l'uso linguistico può essere materiale di ispirazione ideologico; i discorsi sono sempre condizionati storicamente e possono essere compresi soltanto nel loro contesto; l'analisi è basata sull'interpretazione secondo le circostanze sociali, ideologiche e il rapporto di forze durante la produzione di testo.

Considerando che i quotidiani non solo condizionano i nostri atteggiamenti ma anche influiscono e riflettono allo stesso tempo l'opinione pubblica, è stata esaminata la reazione in seguito alla Notte dei Fuochi nel quotidiano a più alta diffusione in Italia, cioè il "Corriere della Sera", il quale nel periodo considerato era di schieramento conservatore-moderato (fino ad ora l'analisi del testo a proposito della tematica si è concentrata soprattutto sul giornale locale *l'Adige*). Sono stati analizzati 15 articoli esemplari pubblicati immediatamente dopo l'avvenimento, vale a dire, dal 13 giugno fino al 31 giugno 1961. In questo periodo la stampa ha dato molta attenzione a questo tema. Per l'analisi testuale sono state formulate delle domande di ricerca con il fine di un'interpretazione approfondita dei testi, così da poter avvicinarsi all'opinione collettiva allora diffusa e propagata dal giornale. Le domande più rilevanti sono le seguenti:

- Dove sono posizionati nel giornale gli articoli e qual è la loro importanza?
- Viene distinto chiaramente il commento con la cronaca?
- Come vengono rappresentati i fatti (scelta lessicale e connotazioni, linguaggio emotivo, passivo)?
- Come vengono caratterizzati gli attentatori?
- Viene tematizzata la motivazione degli attentatori?
- Quali sono i messaggi impliciti o anche espliciti degli articoli?
- Quali persone vengono citate e perché?
- Quali istituzioni vengono sostenute?
- Quali argomenti vengono usati?
- C'è un "noi" collettivo e chi sono "gli altri"?

Per fornire le informazioni necessarie sono stati necessari approfondimenti sui fatti storici, sulle tematiche e sugli sviluppi. Le informazioni più importanti verranno riportate qui in seguito:

Il conflitto prese piede ancora prima dell'annessione all'Italia dopo la grande guerra, quando il Trentino di lingua prevalentemente italiana, storicamente chiamato Tirolo meridionale o Welschtirol, faceva ancora parte della regione storica trilingue del Tirolo (lingua italiana, tedesca e ladina). La regione apparteneva alla monarchia asburgica e comprendeva geograficamente il Tirolo austriaco, l'Alto Adige e il Trentino. Nonostante i pari diritti per quanto riguardava l'uso della lingua, i trentini chiesero una propria potestà legislativa nella forma di un'autonomia; visto che i tirolesi di lingua tedesca mantennero la maggioranza nella Dieta tirolese di

Innsbruck. Purtroppo l'autonomia non fu mai consentita e la convivenza pacifica di conseguenza andò scemando: le tendenze nazionalistiche da ambedue le parti, vale a dire, sia presso la gente di lingua tedesca sia presso la gente di lingua italiana, causarono forti tensioni fra le due etnie e la richiesta non era più quella di un'autonomia ma del "distacco da Vienna". Il propugnatore dell'autonomia del Trentino più famoso divenne Alcide de Gasperi, il quale più tardi ricoprì un ruolo importantissimo nella questione altoatesina. Il leader del movimento del cosiddetto irredentismo era invece il socialista Cesare Battisti. Con irredentismo si intende l'idea di voler anettere tutti i territori abitati da italiani allo stato italiano. Battisti lottò per questa Italia fino alla Chiusa di Salorno, il luogo in cui si può riconoscere ancora oggi il confine linguistico tra germanofoni e italofofi.

Come premio per l'entrata dell'Italia in guerra contro gli Imperi centrali, un contratto segreto concesse all'Italia il territorio non solo fino a Salorno nel 1915, bensì anche fino al Brennero. La lacerazione della secolare regione del Tirolo fu compiuta lungo la linea dello spartiacque cosicché nel 1919 con il Trattato di pace di Saint Germain anche una parte prevalentemente germanofona fu annessa all'Italia, anche se il Presidente Wilson voleva garantire a tutti i popoli l'autodeterminazione. Un considerevole contributo a favore di questo sviluppo fu dato dal fascista Ettore Tolomei, il futuro consigliere di Mussolini e allo stesso tempo ex cittadino asburgico, chiamato "il becchino del Sudtirolo"; egli produsse un apparato enorme di materiali pseudo-scientifici chiamato "l'Archivio per l'Alto Adige" per provare l'origine italiana oppure l'italianità degli altoatesini. Ciononostante, una serie di politici come ad esempio il noto storico italiano Gaetano Salvemini, già allora non erano a favore del confine presso il Brennero e videro un'ingiustizia nella separazione.

Anche se l'Italia inizialmente progettò un'autonomia per la nuova minoranza tedesca, le cose andarono diversamente. La presa di potere fascista gettò la base di un periodo di sofferenza e repressione per gli altoatesini. Fu inaugurato un programma di italianizzazione violento con la fine di snazionalizzare il gruppo. Le misure, in parte create da Ettore Tolomei, furono le seguenti:

- l'introduzione della sola lingua italiana nei pubblici uffici, nelle scuole e nei tribunali e il divieto dell'uso del tedesco in pubblico, del suo insegnamento e del nome "Tirolo";
- l'italizzazione della toponomastica e dei cognomi (quest'ultimo processo fu fermato);
- il licenziamento degli impiegati tedeschi e degli insegnanti o il loro trasferimento nelle vecchie provincie e la loro sostituzione con italiani;
- il licenziamento dei sindaci;

- lo scioglimento di associazioni, partiti e banche tedesche;
- l'aumento del contingente delle truppe in Alto Adige;
- l'espropriazione di contadini e lo scopo dichiarato di voler trasferire il maggior numero possibile di italiani provenienti dalle vecchie province con l'offerta di posti di lavoro creati attraverso una mirata industrializzazione a Bolzano prevalentemente per loro.

Come forma di resistenza per la preservazione della propria lingua i sudtirolesi istituirono le “scuole delle catacombe” segrete con l'aiuto del clero, dove si insegnava il tedesco per opporsi all'obbiettivo di Mussolini di togliere completamente il carattere culturale alla regione.

Oltre a ciò come reazione all'oppressione dell'identità etnica e culturale, i sudtirolesi collocavano le loro speranze in Hitler, perché pensavano euforicamente che egli volesse “liberare” la terra tedesca; ma in realtà non aveva interesse nel farlo e nel 1939 si mise d'accordo con Mussolini per la pulizia etnica delle cosiddette “opzioni”, le quali rappresentarono il dilemma più doloroso della storia sudtirolese: i sudtirolesi erano costretti a decidere se salvare la loro lingua e la loro cultura lasciando la loro terra o rimanere esposti alla spietatezza del regime fascista. Questa scelta obbligata divise intere famiglie e fece sparire la solidarietà nella comunità. La disoccupazione alta tra la gente germanofona e le voci infondate che dicevano che quelli che sarebbero rimasti sarebbero stati trasferiti in Sicilia, contribuì al fatto che circa l'86 per cento decise di emigrare. La difficile realizzazione logistica e gli eventi bellici bloccarono i trasferimenti e alla fine emigrarono circa 50.000 abitanti di oltre 200.000 (incluse le persone che tornarono dopo la guerra). Nel 1943 le provincie di Trento, Bolzano e Belluno furono sottoposte all'organizzazione nazionalsocialista nella “zona operativa delle Prealpi” con Tirolo-Vorarlberg e la lingua e la cultura ebbero modo di riemergere.

Nel dopoguerra i sudtirolesi cercarono di applicare il diritto dell'autodeterminazione e di raggiungere la riannessione all'Austria. Nel 1946 questa speranza però ebbe un risultato deludente nelle conferenze di pace e il territorio rimase sotto l'autorità italiana. Dopo lunghe trattative tra i ministri degli Esteri Karl Gruber e Alcide De Gasperi, si giunse alla firma dell'“Accordo di Parigi” che garantì l'autonomia e la tutela della minoranza. Tante proposte vennero effettuate dall'Austria, come le cosiddette “piccole correzioni del confine” (ad esempio il ritorno della Val Pusteria all'Austria) o la cessione degli impianti idroelettrici all'Italia; ma tutto fu respinto, così come un plebiscito non ufficiale in cui furono raccolte 160.000 firme per la riunificazione con l'Austria. Si notava che De Gasperi sapeva maneggiare la situazione con più abilità diplomatica di Gruber; ciò portò un vantaggio nella trattative che finirono per far rimanere

il Tirolo del Sud di nuovo nel confine italiano. L'implementazione dell'accordo portò all'uso ufficiale del tedesco, il ripristino della toponomastica, l'insegnamento e anche un'internazionalizzazione del problema sudtirolese in cui l'Austria assunse una funzione di tutela nei confronti dell'Alto Adige.

In seguito a ciò, segni di italianizzazione riapparvero quando nel 1948 l'euforia di un miglioramento della situazione fu fermata dall'istituzione della Regione combinata "Trentino Alto-Adige", nella quale l'Italia mirò ad una cosiddetta "politica del 51%" tramite il fatto che la gente di lingua tedesca e di conseguenza anche i loro rappresentanti costituirono la minoranza nel governo regionale. Oltre a ciò, l'attuazione lenta delle norme definite nell'accordo faceva perdere alla gente la fiducia nello Stato italiano e le tensioni crescevano. La situazione era considerata un'autonomia solo per l'apparenza, specialmente dal momento che l'Italia implementò altre misure discriminatorie, le quali assomigliavano molto a quelle fasciste:

- le persone di lingua tedesca furono escluse dall'assegnazione dei posti nella pubblica amministrazione;
- la perdita dell'equiparazione della lingua tedesca a quella italiana nella vita pubblica a causa della dichiarazione dell'italiano come sola lingua d'ufficio;
- divieto di attribuire nomi in lingua straniera (compreso nomi tedeschi);
- il ripristino dell'espropriazione dei contadini;
- insediamento nuovo e mirato di italiani delle vecchie provincie e un ampio programma di edilizia popolare per loro a Bolzano.

Tutto ciò era dovuto fra l'altro al fatto che in Italia alcuni fascisti del regime non persero le loro funzioni e quindi erano in parte ancora alle leve del potere. Lo scontento degli altoatesini si intensificò e causò una radicalizzazione pubblica. Così si giunse ai primi isolati attentati dinamitardi che erano prodromi del culmine del conflitto. Di conseguenza a ciò, fu fondato il Befreiungsausschuss Südtirol (BAS), letteralmente il comitato per la liberazione del Sudtirolo, che era un movimento clandestino con l'obiettivo dell'autodeterminazione per l'Alto Adige e l'annessione all'Austria. Una linea più moderata si trovò a livello politico nel personaggio di Silvius Magnago della Südtiroler Volkspartei (Partito Popolare Sudtirolese), il quale organizzò nel 1957 una manifestazione di massa al Castel Firmiano, dove proclamò lo slogan "via da Trento", chiedendo la propria autonomia per il Tirolo del Sud senza il Trentino. Per membri del BAS e anche per molta altra gente questa richiesta non era sufficiente. Uno di loro era il leader del BAS Sepp Kerschbaumer, il quale, dopo aver cercato per anni con disobbedienza civile di

arrivare a un miglioramento, perse la pazienza e sostenne che con l'ingegno non era possibile ottenere successo. Anche se il Ministro degli esteri austriaco Bruno Kreisky sollevò la questione sudtirolese davanti all'assemblea generale dell'ONU nel 1959, il BAS, con il suo sostegno, non era più arrestabile.

Nel ottobre 1960 Kreisky sollecitò la vertenza ancora all'ONU, ma l'Italia non smise di ritenere il problema come una questione interna dello Stato. Così, le tensioni continuarono a crescere e il BAS entrò in azione con l'appoggio finanziario e materialistico di alcuni tirolesi del nord che erano contro l'oppressione dello stato centrale: nella simbolica notte del Sacro Cuore tra l'11 e il 12 giugno 1961, mentre il Tirolo commemorava come ogni anno con i falò la lotta per la libertà contro Napoleone, vennero effettuati 37 attentati dinamitardi ai tralicci delle linee elettriche come espressione di resistenza ma con l'intenzione di non fare vittime. Purtroppo una persona perse la vita quando voleva disinnescare un ordigno inesplosivo cosicché il movimento perse "l'innocenza" premessa. La politica sudtirolese e austriaca prese ufficialmente le distanze dagli atti di violenza e lo Stato italiano intervenne vigorosamente; mise la maggior parte degli attentatori in carcere e li torturò. L'intervento poliziesco esagerato in una zona dove era stato imposto un coprifuoco causò altre due vittime da parte degli altoatesini. Tutto ciò fece notizia in tutto il mondo e attirò l'attenzione sul piccolo territorio. La questione, se la Notte dei Fuochi riuscì a cambiare le cose o meno è stata lungamente discussa. La risposta probabilmente più accreditata è quella di Silvius Magnago, il quale ammise che se non ci fossero stati gli attentati, non ci sarebbe stata la cosiddetta Commissione dei 19, la quale avviò la soluzione a lunga durata del "Pacchetto" e migliorò considerevolmente la situazione a favore della minoranza.

Per una comprensione più approfondita del conflitto anche dal punto di vista italiano e delle loro tesi riguardo il confine del Brennero, si è ritenuto opportuno l'esame di informazioni su aspetti importanti rilevati da lavori di autori italiani. Visto che il numero delle pubblicazioni in lingua italiana su questo tema è abbastanza limitato, sono stati considerati come fonte d'informazione anche libri di autori di lingua tedesca per quanto segue:

Accanto all'ideologia nazionalistica furono sviluppate delle teorie geografiche, etnografiche, culturali e storiche che cercarono di provare l'italianità del territorio. Il personaggio più importante era, com'è già stato menzionato, Ettore Tolomei, "l'uomo che inventò l'Alto Adige." La motivazione del roveretano può essere considerata vendicativa, visto che il suo odio

verso gli austriaci derivò dal fatto che l'Italia non aveva liberato il Trentino durante la guerra d'indipendenza del 1866. Il medesimo ebbe la fortuna di incontrare Mussolini e pertanto poté realizzare il suo sogno insieme a lui. Un altro personaggio chiave dello sviluppo storico del problema altoatesino di origine asburgica fu Alcide De Gasperi, il quale si definì inizialmente "un trentino prestato all'Italia"; ma nel 1946 De Gasperi era un politico che aveva come interesse primario l'autonomia del Trentino e la stabilizzazione del suo partito nello stato nazionale. Perciò anche lui non poté agire nell'interesse dei sudtirolesi – anzi, il suo atteggiamento durante le trattative dell'Accordo di Parigi suggeriva il contrario.

Le esposizioni nei saggi italiani sulla posizione della politica italiana nel periodo dal 1946 fino al 1961 per quanto riguarda i sudtirolesi non offrono tante risposte: si ripete che l'Italia pensasse che l'Austria interpretasse l'accordo in maniera sbagliata e che la questione fosse un affare italiano. Viene ammesso però che dal 1957 in poi l'Italia decise di imboccare una via democratica nello stile di De Gasperi e che anche un'instabilità del parlamento fu la causa del disinteresse per la vicenda del Sudtirolo e della lentezza dell'applicazione dei provvedimenti dell'accordo.

È importante menzionare che molti intellettuali ed anche politici non erano d'accordo con gli avvenimenti in Alto Adige; ma il potere fascista era troppo forte e negli anni 50 le misure centralistiche vennero considerate più importanti delle correnti autonomistiche. In quanto all'opinione pubblica, il giornalista Umberto Gandini, il quale assistette agli attentati nel 1961, testimonia che dalla parte italiana la gente sapeva approssimativamente che i sudtirolesi volevano più diritti. All'avvenimento del colpo del BAS, la gente reagì con incomprensione perché erano convinti che i sudtirolesi godevano già di tante libertà. Quest'ultimo aspetto deriva dal fatto che la gente non fu informata sui problemi degli altoatesini. L'unica cosa che sapevano tutti secondo l'autrice Francesca Melandri era la vicenda dei tralicci. La domanda, come l'Italia ha giustificato le sue azioni discriminatorie può essere risposta come segue: visto che la gente non fu avvisata delle misure applicate, l'Italia non doveva argomentare.

In seguito alla parte teorica è stata rappresentata l'analisi dei testi in base alla reazione mediatica alla Notte dei Fuochi. Sono emersi i seguenti risultati:

La Notte dei Fuochi era senza dubbio nel centro dell'attenzione mediatica. Di 15 articoli si trovarono 14 in prima pagina e nel periodo esaminato furono pubblicati 53 articoli che trattavano esclusivamente la tematica.

Generalmente il "Corriere" non rispettò le tipiche caratteristiche dei tipi di testo giornalistici, visto che spesso le cronache, le quali dovrebbero essere senza valutazione, contenevano molti giudizi e passaggi di opinione. Ugualmente, si possono identificare in alcuni comunicati elementi narrativi drammatizzanti.

Oltre a ciò, si trovano tanti passaggi caratterizzati da un linguaggio piuttosto emotivo e anche la scelta lessicale ha mostrato delle inclinazioni di difesa verso l'atteggiamento italiano: secondo il giornale, ad esempio, due ragazzi altoatesini uccisi dalle sentinelle "hanno purtroppo perduto la vita", mentre la vittima che morì quando voleva togliere disinnescare il materiale esplosivo è stata "uccisa".

Per quanto riguarda i nomi che furono dati agli attentatori, la lista è lunga e dimostra come sono stati percepiti anche nel pubblico: *terroristi criminali e delittuosi, dinamitardi, nostalgici, neonazisti, agitatori, sobillatori, facinorosi, fanatici, violenti, energumeni, revanscisti, razzisti e allogeni*. È necessario sottolineare che la maggioranza degli attentatori non furono dei nazi. Quello che volevano in realtà era semplicemente raggiungere con danni materiali il diritto per l'autodecisione.

I motivi degli attentatori, invece, non furono rappresentati nel giornale. Per il giornale era come se le difficoltà quotidiane della gente di lingua tedesca non esistessero, visto che non venivano menzionate. A questo punto si può constatare che le vere circostanze dell'episodio furono taciute e il pubblico non fu informato in modo comprensivo e neutrale. Le poche volte che le lamentele dei sudtirolesi furono accennate, vennero prese in giro. Il fatto che soltanto una volta venne menzionato il loro vero obiettivo dell'autodecisione dimostra anche che si evitava di riflettere pubblicamente sul negato diritto.

Inoltre, il giornale trasmise implicitamente un'immagine positiva dello Stato italiano delineato come "buono" e negativa dell'Austria e dei sudtirolesi, quindi "cattivi". L'Italia "democratica" venne presentata superiore all'Austria, perché mostrava nel corso del tempo la sua longanimità, il suo altruismo e la sua bontà laddove gli austriaci ricadevano invece nel nazismo,

sempre secondo il giornale. Di conseguenza tutte le richieste austriache, anche le più legittime venivano presentate in modo assurdo.

In quanto alle citazioni negli articoli, è evidente che ci fu una scelta cosciente e programmata; ad esempio un articolo tedesco secondo il giornale rappresentò univocamente la verità solo perché non criticò l'atteggiamento italiano. In generale, si può osservare che il quotidiano sostenne quasi in tutte le occasioni il Governo italiano e difese le sue azioni.

Gli argomenti più importanti contro le concessioni richieste dagli austriaci erano le seguenti: 1. Gli attentatori sono dei nazi, ai quali non si può concedere niente. 2. La sicurezza dell'ordine pubblico è la cosa più importante. 3. Sarebbe un errore concedere l'autonomia perché le persone di lingua italiana perderebbero diritti prevalentemente di natura economica in Alto Adige. 4. L'Italia mostrò con la sua magnanimità e pazienza da quale parte fossero il torto e la ragione e da quale parte fossero i disturbatori della pace europea.

Oltre a ciò, fu creato anche un "noi" collettivo, il quale non comprese gli altoatesini. Questi ultimi furono piuttosto esclusi e in parte rappresentati come un corpo estraneo e allogeni nella comunità italiana.

Sucessivamente ai risultati dell'analisi sono state presentate nell'ultima parte del lavoro una conclusione finale, delle domande le quali risposte precludono ulteriori ricerche e uno sguardo generale:

Concludendo può essere constatato che nel corso del tempo gli articoli diventavano sempre più intolleranti verso gli austriaci e che il messaggio diveniva sempre più chiaramente contro l'Austria e anti sudtirolese. Alla fine Kreisky fu accusato di aver indotto "l'atteggiamento nazistico" agli attentatori, specialmente quando chiese l'autonomia propria per l'Alto Adige senza il Trentino. Che gli attentatori furono piuttosto delusi dalla richiesta dell'autonomia è noto, visto che loro volevano l'autodeterminazione. Generalmente l'Italia fu messa in scena come il democratico sovrastante che è stato attaccato dal suo vecchio nemico e che quindi doveva difendersi. In questo senso l'opinione pubblica fu lasciata nella fede che i sudtirolesi godevano di diritti che altre minoranze non avevano. Mentre che si aizzava contro i "nazi" sudtirolesi e austriaci, si lodava lo Stato italiano per la sua sovranità e le sue azioni giuste contro i nemici.

La collettività italiana, quindi, non fu informata oggettivamente e il “Corriere della Sera” costruì una realtà unilaterale la quale non tematizzò i problemi nella vita quotidiana della gente germanofona. L’opinione pubblica fu coniata con poco senso di realtà e la gente italiana delle vecchie provincie non ricevette la possibilità di capire veramente quello che era successo al sud del Brennero e soprattutto perché. Anzi, il quotidiano creò un concetto di nemico, il quale causò con molta probabilità un divario fra i due gruppi etnici.

In questo contesto è apparsa una domanda, la quale non può essere risposta nell’ambito di questo lavoro: perché i sudtirolesi ricorsero al mezzo della violenza per la loro resistenza? Perché non organizzarono ad esempio uno sciopero generale o altre forme di disobbedienza civile generale per attirare l’attenzione mediatica su di loro? Questa domanda ha bisogno di altre esaminazioni storico-culturali.

Nonostante tutto quello che è successo, tante difficoltà sono state superate col passare del tempo e l’Alto Adige ha sviluppato un modello esemplare per la politica delle minoranze e per i rapporti sovranazionali. Soprattutto l’adesione dell’Austria all’Unione Europea ha aperto la via per relazioni intensificate tra i paesi, di modo che i problemi derivanti dal confine al Brennero furono sconfitti. Oltre a ciò, con l’UE i confini in generale hanno perso di significato e spesso anche di valore ideologico, così come anche al Brennero. Attualmente con la crisi europea dei profughi purtroppo i confini sembrano assumere di nuovo ulteriore importanza: il presidente del governo tirolese Günther Platter ha detto a febbraio 2016 di essere a favore dell’installazione di una barriera di separazione al Brennero per un aumento dei controlli alla frontiera. In Alto Adige questo è stato visto in maniera poco positiva, visto che si desidera “più sensibilità” nei confronti di questo tratto di terra. Detto ciò, non mi resta che sperare che gli obiettivi dell’UE come la libera mobilità non vengano lasciati indietro e che il futuro consista in un’Europa unita, dove domina una convivenza senza barriere e frontiere.

## 9. Bibliographie

### 9.1 Monographien, Artikel und Sammelbände

Agostini, Piero: *Alto Adige, la convivenza rinviata: nevrosi da confine dal Patto di Londra alla rivolta degli Schützen*. Bolzano: Praxis 2003.

Battisti, Carlo; Vacante, Salvatore; Cajoli, Renato: *Alto Adige: realtà e problemi*. Bologna: Capelli 1961.

Baumgartner, Elisabeth; Mayr, Hans; Mumelter, Gerhard: *Feuernacht: Südtirols Bombenjahre: ein zeitgeschichtliches Lesebuch*. Bozen: Ed. Raetia 1992.

Bracalini, Romano: *L'ABC dell'Alto Adige: guida essenziale alla conoscenza del problema altoatesino dall'annessione del 1919 ai giorni nostri*. Milano: Longanesi 1968.

Cajoli, Renato: *La "questione" dell'Alto Adige*. Bologna: Cappelli 1960.

Corsini, Umberto: *Die Italiener*. In: Wandruszka, Adam; Rumpler, Helmut: *Die Habsburgermonarchie 1848-1918. 3: Die Völker des Reiches: 2*. Wien: Verl. der Österr. Akad. der Wiss. 1980, S. 839-879.

Corsini, Umberto: *Problemi di un territorio di confine: trentino e Alto Adige dalla sovranità austriaca all'accordo Degasperi-Gruber*. Trento: Comune di Trento 1994.

Corsini, Umberto; Lill, Rudolf: *Alto Adige 1918 – 1946*. Bozen: Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige, Assessorati alla Pubblica Istruzione e Cultura in Lingua Italiana Tedesca e Ladina 1988.

Cotter, Colleen: *Discourse and Media*. In: Schiffrin, Deborah (Hrsg.): *The Handbook of Discourse Analysis*. Malden, Mass.: Blackwell 2001, S. 416-436.

Di Michele, Andrea: *L'italianizzazione imperfetta: l'amministrazione pubblica dell'Alto Adige tra Italia liberale e fascismo*. Alessandria: Ed. dell'Orso 2003.

Faustini, Gianni: *Storia dell'autonomia del Trentino-Alto Adige*. Trento: Casa Ed. Publilux 1995.

Ferrandi, Maurizio: *Ettore Tolomei è morto?* In: Benvenuti, Sergio; Von Hartingen, Christoph (Hrsg.): *Ettore Tolomei (1865-1952): un nazionalista di confine: Die Grenzen des Nationalismus*. Trento: Museo Storico 1998, S. 209-216.

Ferrandi, Maurizio: *Ettore Tolomei: l'uomo che inventò l'Alto Adige*. Trento: Ed. Publilux 1986.

Forcher, Michael: *Tirols Geschichte in Wort und Bild*. Innsbruck: Haymon-Verlag 2009.

Freiberg, Walter: *Südtirol und der italienische Nationalismus: Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage. 1. Darstellung*. Innsbruck: Wagner 1994.

Furlani, Silvio; Wandruszka, Adam; Guiotto, Maddalena: *Österreich und Italien: ein bilaterales Geschichtsbuch*. Wien: Öbv. & Hpt 2002.

Gatterer, Claus: *"Italiani maledetti, maledetti austriaci": l'inimicizia*. Bozen: Casa Ed. Praxis 2003.

Gatterer, Claus: *Die italienisch-österreichischen Beziehungen vom Gruber-De Gasperi-Abkommen bis zum Südtirol-Paket (1946-1969)*. In: Wandruszka, Adam; Jedlicka, Ludwig (Hrsg.): Innsbruck - Venedig: Österreichisch-Italienische Historikertreffen 1971 und 1972. Wien : Verl. d. Österr. Akad. d. Wiss. 1975, S. 521-553.

Gatterer, Claus: *Im Kampf gegen Rom: Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien*. Wien: Europa-Verlag 1968.

Gehler, Michael: *Der lange Weg nach Europa: Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU: Darstellung*. Innsbruck: Studien Verlag 2002.

Gehler, Michael: *Tirol im 20. Jahrhundert: vom Kronland zur Europaregion*, Innsbruck: Tyrolia-Verlag 2008.

Gehler, Michael: *Wir Tiroler sind nichts Besseres, aber etwas Besonderes sind wir schon: Aspekte der politischen Identitätsbildung in Tirol 1945–1995*. In: Kriechbaumer, Robert; Dachs, Herbert (Hrsg.): *Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945: Liebe auf den zweiten Blick: Landes und Österreichbewusstsein nach 1945*. Wien: Böhlau 1998, S. 203-260.

Grote, Georg: *I bin a Südtiroler: kollektive Identität zwischen Nation und Region im 20. Jahrhundert*. Bozen: Athesia 2009.

Gschliesser, Oswald: *Der italienische Nationalismus*. In: Huter, Franz (Hrsg.): *Südtirol: eine Frage des europäischen Gewissens*. Wien: Verl. f. Geschichte u. Politik 1965, S. 151-187.

Heiss, Hans: *„Man pflegt Südtirol zu sagen und meint, damit wäre alles gesagt.“ Beiträge zu einer Geschichte des Begriffes „Südtirol“*. In: Arbeitsgruppe Regionalgeschichte/Gruppo di ricerca per la storia regionale (Hrsg.): *Tirol – Trentino: eine Begriffsgeschichte/Semantica di un concetto*. Bozen: Folio 2000, S. 85–109.

Jørgensen, Marianne; Phillips, Louise: *Discourse analysis as theory and method*. London: Sage 2002.

Kinzl, Hans: *Die Forderung Italiens nach der Brennergrenze*. In: Huter, Franz (Hrsg.): *Südtirol: eine Frage des europäischen Gewissens*. Wien: Verl. f. Geschichte u. Politik 1965, S. 236-253.

- Lill, Rudolf: *Südtirol in der Zeit des Nationalismus*. Konstanz: UVK-Verlag 2002.
- Mayr, Hans; Fontana, Josef: *Der gute Mensch von Frangart*. In: Peterlini, Hans Karl (Hrsg.): *Feuernacht: Südtirols Bombenjahre: Hintergründe, Schicksale, Bewertungen*. Bozen: Ed. Raetia 2011, .S. 86-97.
- Melandri, Francesca: „*Wir haben nichts gewusst*“. In: Peterlini, Hans Karl (Hrsg.): *Feuernacht: Südtirols Bombenjahre: Hintergründe, Schicksale, Bewertungen*. Bozen: Ed. Raetia 2011, S. 464-469.
- Moroni, Andrea: *Alle origini del 'Corriere della sera': da Eugenio Torelli Viollier a Luigi Albertini*. Mailand: FrancoAngeli 2005.
- Mosser-Schuöcker, Birgit; Jelinek, Gerhard: *Herz-Jesu-Feuernacht: Südtirol 1961: Die Anschläge - Die Folterungen - Die Prozesse - Die Rolle Österreichs*. Innsbruck: Tyrolia-Verlag 2011.
- Murialdi, Paolo: *La stampa italiana del dopoguerra: 1. Dalla Liberazione agli anni del centrismo*. Rom: Laterza 1978.
- Murialdi, Paolo: *Storia della stampa italiana: 5. La stampa italiana del neocapitalismo*. Rom: Laterza 1976.
- Pallaver, Günther: *Die Option im Jahre 1939: Rahmenbedingungen, Ablauf und Folgen*. In: Pallaver, Günther; Steurer, Leopold (Hrsg.): *Deutsche! Hitler verkauft euch!: das Erbe von Option und Weltkrieg in Südtirol*. Bozen: Ed. Raetia 2011, S. 13-34.
- Pastorelli, Pietro: *Die italienisch-österreichischen Beziehungen vom Gruber-De Gasperi-Abkommen bis zum Übereinkommen von 1969*. In: Wandruszka, Adam; Jedlicka, Ludwig (Hrsg.): *Innsbruck - Venedig: Österreichisch-Italienische Historikertreffen 1971 und 1972*. Wien: Verl. d. Österr. Akad. d. Wiss. 1975, S. 555-580.
- Peterlini, Hans Karl: *Feuernacht: Südtirols Bombenjahre: Hintergründe, Schicksale, Bewertungen*. Bozen: Ed. Raetia 2011.
- Peterlini, Hans Karl: *Silvius Magnago. Das Vermächtnis. Bekenntnisse einer politischen Legende*. Bozen: Ed. Raetia 2007.
- Peterlini, Oskar: *Autonomia e tutela delle minoranze nel Trentino-Alto Adige: Cenni di storia e cultura, diritto e politica*. Trento: Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige 1996.
- Richardson, John: *Analysing newspapers: an approach from critical discourse analysis*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2007.
- Romeo, Carlo: *Il fiume all'ombra del castello. Il concetto di "Alto Adige"*. In: Arbeitsgruppe Regionalgeschichte/Gruppo di ricerca per la storia regionale (Hrsg.): *Tirol – Trentino: eine Begriffsgeschichte/Semantica di un concetto*. Bozen: Folio 2000, S. 135-152.

Schloh, Bernhard: *Italiens Politik in Südtirol 1919-1945*. In: Huter, Franz (Hrsg.): *Südtirol: eine Frage des europäischen Gewissens*. Wien: Verl. f. Geschichte u. Politik 1965, S. 293-320.

Schramek, Markus: „Fest des Friedens, der Kultur und der Gaumenfreuden“. In: *Tiroler Tageszeitung*, 71, H. 260, S. 2-3.

Stadlmayer, Viktoria: *Die italienischen Argumente für die Brennergrenze*. In: Huter, Franz (Hrsg.): *Südtirol: eine Frage des europäischen Gewissens*. Wien: Verl. f. Geschichte u. Politik 1965, S. 254-267.

Stadlmayer, Viktoria: *Südtirols Weg*. In: Huter, Franz (Hrsg.): *Südtirol: eine Frage des europäischen Gewissens*. Wien: Verl. f. Geschichte u. Politik 1965, S. 581-596.

Steininger, Rolf: *Los von Rom?: die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De-Gasperi-Abkommen*. Innsbruck: Studien-Verlag 1987.

Steininger, Rolf: *Südtirol im 20. Jahrhundert: vom Leben und Überleben einer Minderheit*. Innsbruck: Studien-Verlag 1997.

Steurer, Leopold: *Option und Umsiedlung in Südtirol*. In: Messner, Reinhold (Hrsg.): *Die Option: 1939 stimmten 86 % der Südtiroler für das Aufgeben ihrer Heimat: warum?: ein Lehrstück in Zeitgeschichte*. München: Piper 1989, S. 15-114.

Strobl, Sabine: „Südtirol diskutiert mehr als Nordtirol“. In: *Tiroler Tageszeitung*, 71, H. 260, S. 2.

Toscano, Mario: *Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige*. Bari: Laterza 1968.

Überegger, Oswald: *Krieg in den Köpfen: Der Erste Weltkrieg und seine öffentliche Deutung nach 1945 im österreichisch-italienischen Vergleich*. In: Gehler, Michael; Guiotto, Maddalena (Hrsg.): *Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa: ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart*. Wien: Böhlau 2012, S. 353-368.

Voelkl, Michael: *Das Deutschenbild Alcide De Gasperis (1881-1954): ein Beitrag zur Geschichte der italienischen Deutschenwahrnehmung*. Dissertation. LMU München: Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften 2004.

Zendron, Alexandra: *Die Option aus italienischer Sicht*. In: Messner, Reinhold (Hrsg.): *Die Option: 1939 stimmten 86 % der Südtiroler für das Aufgeben ihrer Heimat: warum?: ein Lehrstück in Zeitgeschichte*. München: Piper 1989, S. 165-173.

## 9.2 Internetquellen, Zeitschriftenbände und Statistiken

Autonome Provinz Bozen - Südtirol, Landesinstitut für Statistik (ASTAT): *Demografisches Handbuch für Südtirol 2014*. Bozen 2015.

BBC Monitoring: *The press in Italy*. Letzte Aktualisierung: 31.10.2006.  
<<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/4373775.stm>>

Bonavida, Iris: *Zaun am Brenner "wäre ein enormer Rückschritt"*. Letzte Aktualisierung: 08.02.2016. <<http://diepresse.com/>>

*Corriere della Sera*. Milano: Ed. del Corriere della Sera, 86. Erscheinungsjahr, Juni 1961.

Dizionario della Lingua Italiana: *Assassinare*. Letzte Aktualisierung: o. D. <[http://dizionario.corriere.it/dizionario\\_italiano/](http://dizionario.corriere.it/dizionario_italiano/)>

Eurostat News Release: *Regional GDP per inhabitant in the EU27 23/2007*. Luxemburg 2007.

Generalsekretariat des EVTZ "Europaregion Tirol - Südtirol - Trentino": *Willkommen*. Letzte Aktualisierung: o. D. <<http://www.europaregion.info/de/willkommen.asp>>

Generalsekretariat des EVTZ "Europaregion Tirol - Südtirol - Trentino": *Zahlen zur Europaregion*. Letzte Aktualisierung: o. D. <<http://www.europaregion.info/de/zahlen-europaregion.asp>>

Giovanetti, Pierangelo: *L'Adige internet*. Letzte Aktualisierung: o. D. <<http://www.ladige.it/>>

*Menschen und Mächte spezial: Die Feuernacht - Österreich und die Südtirol-Bomben*. ORF. 25. 05. 2011. <<https://www.youtube.com/watch?v=s44TpQ2CnoA>>

N. N.: *150 Jahre Italien: Südtirol bei Feier nicht dabei*. Letzte Aktualisierung: 07.02.2011. <<http://tirv1.orf.at/stories/497618>>

Steininger, Rolf: *Die Südtirolfrage*. Letzte Aktualisierung: o. D. <[uibk.ac.at/zeitgeschichte/zis/stirol.html](http://uibk.ac.at/zeitgeschichte/zis/stirol.html)>

Tiroler Stickerei: *Tausche Wien gegen Südtirol*. Letzte Aktualisierung: 07.04.2011. <[http://www.tiroler-stickerei.at/Tirola/webshop/product\\_info.php?products\\_id=151](http://www.tiroler-stickerei.at/Tirola/webshop/product_info.php?products_id=151)>

### 9.3 **Abbildungsverzeichnis**

Abb. 1 (S. 5): *Alter Schriftzug an der Loferer Straße*. Eigene Aufnahme. Aufnahmedatum: 28. Dezember 2015.

Abb. 2 (S. 5): *Neuer Schriftzug an der Loferer Straße*. Eigene Aufnahme. Aufnahmedatum: 28. Dezember 2015.

Abb. 3 (S. 20): *Aufteilung der Gebiete*. Entnommen aus: Steininger, Rolf: *Los von Rom?: die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De-Gasper-Abkommen*. Innsbruck: Studien-Verlag 1987, S. 32.

Abb. 4 (S. 63): *Sommer 1961 aus italienischer Sicht*. Entnommen aus: Steininger, Rolf: *Südtirol im 20. Jahrhundert: vom Leben und Überleben einer Minderheit*. Innsbruck: Studien-Verlag 1997, S. 349.

## 10. Anhang

### 10.1 Artikel

Die nachfolgenden Artikel wurden aus dem "Corriere della Sera" (Milano: Ed. del Corriere della Sera, 86. Erscheinungsjahr, Juni 1961) übertragen. Die besondere Akzentuierung wurde originalgetreu übernommen. Sonstige Fehler wurden gekennzeichnet.

(1) Artikel vom 13. Juni 1961, S. 1

#### UN'AZIONE TERRORISTICA A LARGO RAGGIO

## ***Quarantanove attentati in Alto Adige***

**Un gruppo di almeno duecento estremisti ha fatto saltare linee e installazioni elettriche – Panico fra le popolazioni – Danni gravissimi, ritardi ferroviari, interruzioni stradali – Un cantoniere ucciso dallo scoppio di un ordigno – Trovata una mina sotto una diga – Operati sei "fermi,,**

#### **DAL NOSTRO CORRISPONDENTE**

**Bolzano** 12 giugno; notte. Un'azione criminosa a largo raggio è stata posta in atto stamane da squadre di dinamitardi a Bolzano e in alcuni centri dell'Alto Adige. Improvvisamente, alla 1.10. un violento boato ha destato di soprassalto la popolazione della città e dei centri vicini. Poi, mentre il cielo veniva solcato a tratti da grandi fiammate bluastre, molti scoppi di ordigni a orologeria si sono susseguiti a breve distanza di tempo l'uno dall'altro. In serata ne erano già stati accertati quarantanove.

Il panico suscitato dalle esplosioni è stato notevole: i vetri delle case del sobborgo di Oltrisarco sono andati in frantumi; gli ordigni hanno provocato anche la caduta di massi nella stessa località, senza per fortuna arrecare danni alle persone; gran parte della popolazione si è riversata lungo le strade e ha raggiunto, in taluni punti, le caserme in cerca di protezione.

Quando la luce del giorno è arrivata (gli scoppi sono cessati verso le 3 del mattino), polizia e carabinieri hanno constatato come fossero gravi i danni provocati soprattutto alle installazioni elettriche che, com'è noto, sono numerosissime lungo i monti dell'Alto Adige. Sono saltati, infatti, molti piloni dell'alta tensione; sono state danneggiate condotte forzate e chiuse idroelettriche. Ciò ha provocato anche ritardi ferroviari e interruzioni lungo importanti arterie stradali, come quelle del Brennero e della Mandola.

Alle 10 del mattino, mentre le indagini continuavano da parte delle autorità inquirenti, s'è appreso che i dinamitardi avevano fatto anche una vittima: il cantoniere stradale dell'A.N.A.S. Giovanni Postal, di 67 anni, da Grumo nel Trentino, padre di quattro figli.

Egli stava viaggiando in bicicletta, poco prima delle 10, lungo la via di Salotto. Giunto al confine fra le provincie di Trento e di Bolzano, si è avvicinato a un altissimo pioppo perché aveva visto un ordigno fra i rami, all'altezza di un uomo. Improvvisamente è avvenuto uno scoppio, che lo ha investito in pieno, uccidendolo. Il pioppo, per lo spostamento d'aria, è caduto e ha bloccato la sede stradale.

#### **Gli scoppi a Bolzano**

L'azione dei terroristi è stata simultanea entro un vasto raggio, dalla Pusteria alla Passiria, dalla Val d'Ultimo alla Val Sarentino, dalla conca di Merano alla conca di Bolzano, dalla zona di Appiano a quella di Salerno. Si tratta di un progetto criminoso la cui realizzazione deve aver impegnato non meno di duecento persone bene addestrate. Costoro hanno potuto mimetizzarsi nel corso della notte con le centinaia e centinaia di persone che avevano risalito le vie alpine per accendere, com'è consuetudine e tradizione, migliaia di fuochi in onore del Sacro Cuore di Gesù, cui l'Alto Adige è dedicato.

La zona intorno a Bolzano è stata particolarmente presa di mira. Diciannove, infatti, sono stati gli scoppi intorno alla città. A Sarentino è salata la giuntura d'una condotta forzata; a Ponticino un ponte canale che porta le acque alla centrale di Sant'Antonio; a Salerno un palo della linea ferroviaria; un

traliccio alla centrale di Sant'Antonio; uno a Sarentino; una Sinigo dove sorge uno stabilimento della Montecatini; uno a Silandro; uno a San Pancrazio d'Ultimo, dove sono esplose due Cariche su sei; tre nella zona di Appiano; dieci nella zona di Castel Fiavon e Campegno.

I dinamitardi hanno inoltre depresso esplosivi sotto altri tralicci che non sono però caduti, come a Silandro, dove sono stati recuperati cinque chilogrammi di esplosivo. Si ignora ancora se altre cariche abbiano arrecato danni agli impianti in alta montagna. Alcuni contadini nel Meranese hanno neutralizzato alcune cariche di dinamite il cui dispositivo per la deflagrazione era stato fissato per le 6.30 del mattino.

Un'altra carica di ben mezzo quintale di dinamite è stata trovata inesplosa ai piedi della diga di Selva dei Molini, della società I.N.D.E.L., verso mezzogiorno. Nel corso di una ispezione la grossa mina è stata scoperta con l'orologio fissato alle ore 13. L'ordigno veniva immediatamente neutralizzato. Si è evitata in tal modo una vera catastrofe in quanto la grande massa liquida, che è alimentata dal rio Aerino – un corso d'acqua abbondante che Proviene dalla Vetta d'Italia – avrebbe invaso la vallata provocando chissà quali danni e lutti.

Nella zona di Merano la presenza di spirito di un carabiniere ha impedito che una bomba esplodesse sulla strada Bolzano-Merano. Il carabiniere, a rischio della propria vita, ha strappato l'ordigno di un palo dell'alta tensione e l'ha scaraventato lontano dove è esploso senza danno.

Secondo i tecnici, i dinamitardi avrebbero usato esplosivo al plastico e vi avrebbero applicato degli orologi di marca austriaca e detonatori pure austriaci.

Il gesto criminoso è il più grave fra quelli compiuti in questi ultimi tempi in Alto Adige. Esso ha gettato l'allarme in tutta la regione e ha determinato la partenza di numerosi turisti che hanno lasciato gli alberghi della città e dei centri vicini. A Oltrisarco, gli scoppi hanno causato a una donna un'interruzione di maternità. In una clinica cittadina una puerpera ha dato prematuramente alla luce due gemelli.

I danni sono molto gravi ove si tenga conto che la sola Montecatini, sulle cui linee sono stati tranciati quindici tralicci, ha accusato una perdita di un centinaio di milioni di lire. Ma danni ancora più gravi si sono verificati nella zona industriale bolzanina che è in stasi per la scarsa disponibilità di corrente, ridotta al 50 per cento.

Anche la Società Elettrica Tridentina accusa danni per 40 milioni di lire mentre ancora incalcolabili sono quelli derivanti dalla paralisi dell'attività delle centrali di Sant'Antonio, Sarentino e Lana-Postal.

### **Convocati da Scelba**

Complessivamente – e il quadro della situazione non è ancora completo – sono stati accertati questa sera quarantanove attentati. Si calcola che il computo dei danni, quando sarà possibile farlo, supererà forse il miliardo di lire.

Nel pomeriggio la città ha riacquisito la sua animazione consueta. Gli operai hanno raggiunto regolarmente i loro posti di lavoro. Le strade e le piazze hanno riassunto la loro fisionomia abituale.

Nel frattempo proseguono le indagini da parte dell'autorità inquirente. Sono stati operati sei “fermi” e spiccati tre mandati d'arresto. In taluni ambienti si ritiene che i criminali abbiano cercato di boicottare le trattative del prossimo convegno italo-austriaco di Zurigo fissato, com'è noto, per il 24 mattina. Secondo altre voci, che riferiamo per debito di cronaca, gli attentati sarebbero stati effettuati per sottolineare il provvedimento di libertà provvisoria preso in favore della dottoressa Vittoria Felicitas Stadlmayr.

A Bolzano il sindaco della città, ing. Piccoli ha convocato oggi la Giunta in sede straordinaria. Essa ha constatato la gravità degli atti dinamitardi sia per gli ingenti danni alle installazioni sia per le conseguenti gravissime ripercussioni alla zona industriale della città. La Giunta comunale ha condannato gli atti stessi, auspicando che siano accertati i fatti e puniti i responsabili. Ha invitato infine i cittadini alla calma.

Analogo invito alla calma ha rivolto alla popolazione la Giunta regionale, riunitasi in seduta straordinaria alle 15.

In serata si è appreso che sono stati Convocati per domattina a Roma presso il ministro dell'Interno il commissario del Governo per la regione Trentino-Alto Adige, dott. Bianchi di Lavagna, il vice commissario del Governo dott. Puglisi, i parlamentari altoatesini, il presidente della Regione dott. Dalvit, il presidente della Giunta provinciale di Bolzano, dottor Silvius Magnago. La popolazione attende da questo incontro provvedimenti decisivi che riportino la tranquillità completa nella provincia di Bolzano.

Partiti e organizzazioni sindacali e associazioni combattentistiche e d'arma hanno inviato telegrammi di protesta al Presidente del Consiglio e al ministro dell'Interno.

Tullio Armani

(2) Artikel vom 15. Juni 1961, S. 1-2

## LA REPRESSIONE DEL TERRORISMO

# ENTRO TRE GIORNI IN ALTO ADIGE DOVRANNO ESSER CONSEGNATE LE ARMI

L'ordinanza del Commissario del Governo invita i sindaci a collaborare – Gli estremisti hanno fatto esplodere un'automobile e diffuso volantini che incitano alla lotta – I vescovi di Bressanone e di Trento condannano gli attentati – Sorveglianza degli impianti elettrici

### DAL NOSTRO INVIATO SPECIALE

**Bolzano** 14 giugno, notte. "A partire da oggi, in tutto il territorio della provincia di Bolzano dovranno essere consegnate entro tre giorni le armi, le munizioni e le materie esplodenti di qualsiasi natura e detenute a qualsiasi titolo". Questa la sostanza di una ordinanza emessa stamane dal commissario del Governo, Giulio Bianchi di Lavagna, e che sarà affissa domattina in tutti i centri abitati della provincia. Nella ordinanza si aggiunge che l'obbligo di consegna incombe anche per coloro che detengano armi regolarmente denunciate e si ricorda che trasgressori saranno possibili delle pene previste dall'art. 698. del Codice Penale.

### Portata delle misure

Lo stesso commissario governativo, che com'è noto ha il suo ufficio a Trento, ha inviato a tutti i sindaci della provincia di Bolzano (105 dei quali sono di lingua tedesca, 5 di lingua italiana e 7 di idioma ladino) una circolare nella quale li si invita "nella loro qualità di ufficiali di Governo al dovere di corresponsabilità e alla vigilanza, per il mantenimento dell'ordine pubblico".

Questo avvertimento ai sindaci ha evidentemente lo scopo di indurli a prestare la loro collaborazione alle autorità più di quanto abbiano in genere fatto finora. È chiaro che le forze di polizia si trovano qui a operare in un ambiente difficile. In primo luogo non conoscono di norma il tedesco, in secondo luogo si trovano di fronte all'ostacolo di una diffidenza che giunge in parecchi casi a essere omertà. Rimane tuttavia da vedere quale potrà essere in pratica l'efficacia di questo avviso ai sindaci.

Maggiori risultati, seppure indiretti, avrà invece il provvedimento che impone la consegna entro tre giorni di armi e munizioni. I terroristi si guarderanno naturalmente bene dal consegnare i ferri e le materie prime del loro mestiere. Sarebbe ridicolo pensare altrimenti. Ma potranno essere colpiti, senza la possibilità di trovare scappatoie, coloro che verranno trovati in possesso di materiale bellico. Sarà reso insomma impossibile, per esempio, per i detentori di dinamite o di plastico, di giustificarne la presenza con la scusa di necessità di lavori di scasso o di mina. Diventerà insomma meno semplice nascondere e trasportare congegni a orologeria ed esplosivi più o meno plastici. Si illuderebbe chi pensasse però, con questa misura di polizia, di impedire ai terroristi di effettuare, con pochissimo rischio personale, le loro prodezze dinamitarde.

Una di queste – ultima per il momento della serie apertasi domenica sera – è stata compiuta alle 2 di stamattina contro una modesta "giardinetta" che si trovava in sosta in una strada periferica della città via Sassari. L'automobile, che era stata parcheggiata dal suo proprietario, Emanuele Zieger, di 45 anni, abitante nella stessa strada a pochi metri di distanza, è stata completamente distrutta da una carica di esplosivo che gli attentatori le avevano collocato probabilmente sotto. L'esplosione, che ha mandato in frantumi i vetri di parecchie vicine finestre, ha svegliato e messo in allarme l'intero quartiere. Sui



Carabinieri e uomini dell'Arma al posto di un'automobile distrutta a Bolzano, con il titolo: (Tribuna e Anzenberger, Roma).

*motivi che possono avere mosso gli attentatori si sa per la verità assai poco. Lo Zieger, nonostante il suo cognome, è italianissimo e lavora come rappresentante di una ditta italiana; una sua figlia, Daria, avrebbe dovuto sposarsi oggi con il signor Marco Rauzi, anch'egli di lingua italiana.*

*Può darsi, ma si tratta soltanto di una supposizione, che i terroristi, basandosi sulle pubblicazioni affisse alla porta della parrocchia, abbiano pensato a un matrimonio cosiddetto misto e abbiano inteso di colpire in qualche modo la famiglia della ragazza presunta di discendenza tedesca. L'ipotesi fatta potrebbe essere avvalorata da un episodio rivelato oggi dalla moglie dello Zieger. La signora Zieger ha infatti detto che tempo fa un anonimo le telefonò credendola di lingua tedesca e che lo stesso anonimo si irritò alla smentita. Si può anche pensare che la vetturessa sia stata scelta dagli attentatori in quanto recante una targa, quella della provincia di Torino, indicante sicuramente un proprietario "parlante italiano".*

### **Atmosfera pesante**

*L'attività dei terroristi non si è limitata alla distruzione della vecchia innocente vetturessa. A Bolzano, Bressanone e Vipiteno sono stati rinvenuti stanotte alcuni esemplari di volantini stampati in tedesco. Uno dei volantini reca fra l'altro: "Connazionali, la nostra fiducia nello Stato italiano è andata distrutta. Esso non ha mantenuto nessuna promessa, non ha rispettato nessun accordo. Lo Stato italiano abusa della sua forza per continuare l'opera di distruzione iniziata dal fascismo e diretta a estinguere il nostro gruppo etnico. Insorgano, in quest'ora, i figli più fedeli della nostra terra natale. Contro la violenza, passiamo a malincuore all'azione, come nel 1809. Connazionali, appoggiate la lotta di liberazione. È in gioco la nostra terra nata. Scendiamo in lotta con le parole del nostro canonico Gamper: Un popolo che lotta per i suoi diritti naturali e pattuiti avrà per alleato il Signore".*

*Il volantino, che come si vede fa riferimento alla lotta di Andrea Hofer contro Napoleone e al defunto direttore del "Dolomiten" reca proprio – incredibile – l'invito a passare all'azione, "sia pure a malincuore contro la violenza". La violenza italiana, si capisce.*

*L'atmosfera, come si vede, sta diventando sempre più pesante. Negli ambienti italiani e in quelli tedeschi moderati – che sono pur sempre la maggioranza – sono stati vivamente deprecati gli atti di terrorismo dei giorni scorsi. Sono di ieri, oltre a quella della S.V.P., due energiche prese di posizione dell'Ente provinciale del Turismo e del partito socialdemocratico sud-tirolese; è di oggi una dichiarazione con la quale la Camera di Commercio di Bolzano stigmatizza l'azione degli attentatori.*

*Assai importante, inoltre, una dichiarazione odierna delle Curie vescovili di Bressanone e di Trento. Le due Curie, a seguito degli attentati "resi più funesti dalla perdita di una vita umana e aggravati dall'aver messo in pericolo la vita di altre persone, dichiarano pubblicamente che tali attentati devono qualificarsi delitti gravi non soltanto di fronte al Foro civile, ma anche dinanzi a Dio e alla coscienza e che pertanto sono categoricamente da condannarsi. Il fatto che tali attentati siano stati commessi proprio la domenica del Sacro Cuore di Gesù, solenne festa dell'amore e della fedeltà al Sacro Cuore, vale a dimostrare il carattere vile e privo di ogni sentimento cristiano degli attentatori". E di attentatori, aggiungiamo noi, che si richiamano alla "alleanza del Signore" per giustificare i loro crimini e incitare a commetterne altri.*

*La pioggia delle recriminazioni generali e delle condanne, comprese quelle più autorevoli e solenni, non impedisce tuttavia che in Alto Adige si stiano vivendo ore di viva apprensione per gli sviluppi che la situazione potrà avere, anche a breve scadenza. Si diceva ieri del sentimento di insicurezza che pervade gli animi. Dell'esistenza di tale stato emozionale è prova il fatto che si tenda ad attribuire qualsiasi incidente a motivi politici.*

*Oggi pomeriggio, per esempio, un incendio ha distrutto il fienile di una cascina di proprietà della famiglia Lechthaler, situata poco fuori Bolzano. Le cause dell'incendio non sono state accertate e forse non potranno mai esserlo; ma la voce pubblica, senza però fornire una ragionevole spiegazione, ha attribuito l'incendio a motivi politici contingenti.*

*È in questo clima che si sono svolti in forma solenne i funerali dello stradino Giovanni Postal, rimasto ucciso come è noto nella deflagrazione di un ordigno a orologeria al confine fra la provincia di Trento e quella di Bolzano, a pochi passi dal nastro stradale della statale del Brennero. Tra la numerosa folla che seguiva il feretro si trovava una rappresentanza del Consiglio regionale. La S.V.P. era ufficialmente rappresentata dal consigliere Pleikner. Erano presenti anche cittadini di lingua tedesca, fra i quali il presidente della Camera di commercio di Bolzano, Walter von Walter. Sul feretro erano state poste tre corone di fuori: una dell'A.N.A.S., una del P.L.I. e una della D.C.*

*A Trento, in mattinata, il Consiglio regionale ha approvato una dichiarazione comune di condanna contro gli attentatori. Nel documento, che è stato letto dal presidente dell'Assemblea Albertini, è tra l'altro detto che "ogni ordinamento minacciato ha l'obbligo di difendersi" e che "le situazioni di emergenza chiedono provvedimenti di emergenza che possono portare a limitazione dei diritti". "È evidente – reca ancora la dichiarazione che i poteri ordinari e le assemblee democratiche risentono... soprattutto l'avvilimento di essere superati da eventi di cui gode soltanto colui che non crede nella democrazia".*

*Il lavoro nella zona industriale di Bolzano va gradualmente riprendendo. Secondo una buona fonte di informazioni da domattina si lavorerà al 90 per cento; secondo un'altra egualmente buona fonte, domani si sarà in grado di lavorare al 75 per cento. È comunque certo che oggi circa 400 operai, contro 800 di ieri, sono rimasti inattivi per mancanza di energia elettrica. Danni di un certo rilievo si stanno inoltre producendo in alcuni frigoriferi industriali adibiti alla conservazione di frutta. Qualche settimana, come si è detto ieri, si richiederà invece per riparare i gravissimi danni inferiti agli elettrodotti ad alto potenziale e per rimettere conseguentemente in funzione le centrali elettriche attualmente costrette alla stasi, a una costosissima stasi.*

*Oggi sono giunti in provincia altri contingenti di carabinieri e di polizia. Reparti dell'Esercito a disposizione di ufficiali di polizia sono stati stanotte impiegati per la sorveglianza di impianti elettrici. Una particolare guardia viene esercitata sulla linea ad altissima tensione che dalla Valle Venosta valica il Passo dello Stelvio. Questa linea dello Stelvio, una delle meraviglie dell'ingegneria elettrica moderna, è una delle due grandi linee sfuggite al criminale piano degli attentatori.*

**Egisto Corradi**

(3) Artikel vom 15. Juni 1961, S. 1

GLI ATTENTATI DINAMITARDI E I NEGOZIATI DI ZURIGO

## ***Kreisky non potrà subire i ricatti degli estremisti***

**Rafforzata la posizione degli elementi moderati – Alla testa dei sobillatori il direttore della „Presse“, accusato a suo tempo di volere organizzare la guerriglia in Alto Adige**

### **DAL NOSTRO CORRISPONDENTE**

**Vienna** 14 giugno, notte. Gli attentati dinamitardi nell'alto Adige stanno ottenendo, indirettamente, un risultato positivo. Essi hanno infatti, a quanto pare, rafforzato la volontà di trattare degli elementi moderati. La conclusione a cui una buona parte dell'opinione pubblica è giunta, in seguito all'ondata di terrorismo criminale, è, e non può essere altra, che la seguente: se il Governo austriaco modificasse a Zurigo la sua linea di Klagenfurt, irrigidendo la propria posizione, dimostrerebbe chiaramente di capitolare davanti alle pressioni esercitate dagli estremisti e dai terroristi. Ciò rappresenterebbe, in altre parole, una resa a discrezione davanti a quelle correnti di nostalgici e di neonazisti, le quali minacciano non solo la tranquillità in Alto Adige, ma anche la pace interna nell'Austria, nonché i buoni rapporti di questa col mondo democratico.

Se il Governo di Vienna non vuole cedere di fronte al ricatto e alla minaccia estremista, esso non ha altra prospettiva che quella di seguitare le trattative con l'Italia e di riporre in queste trattative altrettanta buona volontà quanta ce n'è dalla parte italiana, come anche recentemente è stato dimostrato.

In questa situazione, si fa osservare a Vienna, un fallimento del prossimo incontro di Zurigo sarebbe un fatto estremamente grave e fornirebbe la prova della debolezza del Governo austriaco davanti alle intimidazioni oltranziste.

Gli ambienti moderati di qui sono dunque concordi nel ritenere che, se il Governo austriaco vuole mantenersi in linea con la sua condanna del terrorismo, esso deve assolutamente dimostrare, nel corso delle prossime trattative, di non subire la pressione degli estremisti. Anzi, si dice più precisamente: l'unica e vera condanna del terrorismo da parte austriaca verrà nel momento in cui il Governo di Vienna proverà di non essere influenzato dal partito dei dinamitardi. E tale momento, nei voti dei moderati di qui, dovrà appunto coincidere con i negoziati di Zurigo.

La necessità del Governo di distinguersi e di dissociarsi dagli estremisti è tanto più forte dal momento che nell'opinione pubblica del Paese si è accentuata, negli ultimi giorni, la divisione delle due correnti moderata e oltranzista. Proprio stamattina un quotidiano di sinistra di Vienna faceva un rapporto tra i mezzi impiegati dai dinamitardi tirolesi e quelli che impiegò a suo tempo Hitler alla vigilia di annettere l'Austria al Terzo Reich, e arrivava a concludere che c'era una straordinaria rassomiglianza di metodi, di concezioni e di fini.

Dalla parte opposta si delinea chiaramente la manovra degli agitatori e dei sobillatori. Il quotidiano "Die Presse" – il cui direttore ed editore Fritz Molden, era stato già a suo tempo accusato di voler organizzare il terrorismo in Alto Adige – ha fatto oggi praticamente l'apologia degli attentati, ammettendo esplicitamente che gli attentatori appartenevano al gruppo degli estremisti di lingua tedesca.

**Dino Frescobaldi**

#### **(4) Kommentar vom 18. Juni 1961, S. 1**

### **CALMA E FERMEZZA**

Sono tre gli aspetti della questione dell'Alto Adige, che proprio nella imminenza del convegno di Zurigo, ha assunto una particolare gravità. C'è l'aspetto riguardante l'ordine pubblico, profondamente turbato dalle gesta terroristiche dei giorni scorsi. C'è quello strettamente giuridico, che si riferisce all'autonomia della Regione; c'è, infine, quello politico, che si inquadra in un movimento generale, alquanto misterioso e, comunque, pericolosissimo.

In sede di ordine pubblico, c'è poco da dire. Le gesta criminose, gli attentati di cui hanno parlato le cronache recentissime, esigono provvedimenti severi e tali da sconsigliare chiunque dal ritentarne la prova. Non occorrono, probabilmente, provvedimenti di carattere eccezionale, poichè le leggi vigenti, se bene interpretate e decisamente applicate, possono bastare ad ogni eventualità; ma se le cose dovessero volgere al peggio, se gli attentati dovessero ripetersi, non sarebbe il caso di esitare. La moderazione fino ad oggi usata dal Governo non ha compromesso nulla; in ogni caso, varrà a giustificare misure più severe di domani, ove occorra e, in pari tempo, avrà giovato a dimostrare a tutto il mondo, senza possibilità di equivoci, da quale parte stanno il torto e la ragione. Ogni paese ha il diritto e il dovere di difendersi e, nel caso presente, come ha dichiarato l'on. Scelba al consiglio dei ministri, si tratta di attentati, che "tendono a intaccare la sovranità e la sicurezza dello Stato".

Circa l'aspetto giuridico della questione che troverà, prossimamente, a Zurigo, la sede opportuna, non c'è nulla da aggiungere a quanto è stato detto e ripetuto tante volte. Ci sono dei trattati che vanno rispettati e non possono subire modificazione per l'intervento prepotente di alcuni facinorosi, che ricorrono agli attentati terroristiche. La tesi italiana è risaputa: tutto ciò che è stabilito dall'accordo De Gasperi-Gruber, interpretato con equanimità ed anche con la maggiore larghezza di vedute; ma nulla che, comunque, infirmi lo spirito di quell'accordo, i trattati di pace e la nostra Costituzione. Quando, ad esempio, si chiede che la Regione deleghi alla Provincia di Bolzano delle facoltà e delle giurisdizioni che non le spettano e che dovrebbero, per giunta, essere "irrevocabili", si deve rispondere risolutamente di no. Non si può fare per scoperta via, in forma subdola e surrettizia, quello che l'accordo ha, senza possibilità di equivoco, escluso.

Non si può e non si deve anche perchè, come ebbe già occasione di dichiarare alla Camera il ministro Segni, la provincia di Bolzano "alle normali attribuzioni proprie di ogni provincia italiana, aggiunge quelli poteri legislativi e amministrativi che costituiscono l'essenza stessa dell'istituto regionale". Ne consegue che "quando si parla di autonomia regionale per Bolzano, si intende la separazione di detta provincia dal nesso che, per sostituzione, la lega alla Regione Trentino-Alto Adige, nesso indubbiamente indispensabile alla provincia di Bolzano per ogni possibile sviluppo".

Non c'è altro da dire e non hanno fondamento di sorta le lamentele, di cui si fecero portavoce i delegati austriaci all'O.N.U., che ai rappresentanti di quell'autorevole consesso, abituati ad ascoltare ben altre accuse di professione e perfino di genocidio, parvero dei veri e propri perditempo. Sta di fatto, statistiche alla mano, che Bolzano non ha mai goduto di una prosperità soltanto paragonabile a quella attuale e che dal 1948 al 1958 il gruppo etnico tedesco è aumentato dei quattordici per cento, mentre gli abitanti di lingua italiana sono aumentati del dodici per cento. Dal 1958 al 1960 per il gruppo italiano si registra una flessione, mentre il gruppo tedesco è ancora aumentato. Questi i fatti.

Ma perchè insistere, perchè indugiare su tali considerazioni, che sono alla portata di tutti, quando si sa che la verità vera e profonda è un'altra? E la verità è che ci troviamo di fronte a un movimento, in gran parte sotterraneo, che si richiama al vecchio nazismo; ci troviamo di fronte ad una vera e propria rinascita del vecchio hitlerismo, che ha dei centri un po' dovunque, non esclusa la Germania. I disegni di questo movimento, per quanto più propriamente si riferisce all'Alto Adige sono graduati in questo senso: autonomia di Bolzano, poi autonomia di tutto l'Alto Adige, poi unione dell'Alto Adige all'Austria e, infine, unione dell'Austria alla Germania. Si tratta – non è chi non lo avverta – di sogni e di sogni temerari; ma questa è la realtà.

Questi fanatici del germanesimo non hanno rinunciato a nulla, a nessuna delle "conquiste" dell'antico nazismo e se, ora le loro gesta si esplicano solo nella Regione dell'Alto Adige (altrove si limitano a disegnare sui muri delle croci uncinata), è perchè sono persuasi che questo sia il punto di minore resistenza, che comporta meno rischi che altrove, in Polonia o nella Cecoslovacchia, tanto per fare un esem-

pio. Si tratta sempre di quei fanatici che rimproverano – ancora! – a Hitler di avere “tradito” gli altoatesini abbandonandoli a Mussolini. Quando, nell’autunno scorso, il ministro Seeböhm tenne quel deplorabile discorso, e l’ambasciatore Quaroni protestò, non si ottenne una sconfessione ufficiale. È ben vero che il Cancelliere Adenauer gli impartì un severo rabbuffo di fronte al gruppo parlamentare democristiano, ma la cosa rimase ignorata. Perché? Per quale motivo? Perché si ritiene che qualora l’Austria avesse partita vinta, le richieste di autodecisione della Germania relative alla Germania comunista acquisterebbero maggior peso. Siamo a questo.

Della lealtà di Adenauer non è assolutamente lecito dubitare, anche perché il Cancelliere ha ben altri problemi, coi quali deve cimentarsi; ma dietro e contro la neutralità del Governo di Bonn, troppe collusioni esistono fra gli estremisti altoatesini e certi ambienti – certo non ufficiali – tedeschi. Forse che non dice nulla la “tecnica” degli attentati che scompigliano l’ordine dell’Alto Adige?

Ohne Verfasser

(5) Artikel vom 20. Juni 1961, S. 1-2

DOLOROSE CONSEGUENZE DEL CLIMA DI TENSIONE CREATO DAI NUMEROSI ATTENTATI

## **DUE ALTOATESINI UCCISI DALLE SENTINELLE in zone sottoposte a regime di coprifuoco**

*A Sarentino un giovane contadino si era avvicinato a un bacino idroelettrico, mentre a Malles un muratore si era introdotto nel giardino di una villa dove alloggiavano militari – Al congresso straordinario della S.V. P ha prevalso la mozione di Magnago, che chiede l’autonomia della provincia*

### **DAL NOSTRO INVIATO SPECIALE**

**Bolzano** 19 giugno, notte. *Due giovani altoatesini hanno purtroppo perduto la vita la notte scorsa, in seguito a colpi di arma da fuoco sparati da sentinelle armate, in due diverse località dell’Alto Adige a Malles, e poco sopra Sarentino. I due amari fatti si sono prodotti nel clima di tensione e di emergenza esistente in Alto Adige dopo gli attentati del 12 giugno e sono avvenuti poche ore prima che si svolgesse a Bolzano il congresso straordinario dell’S.V.P: Per stabilire con esattezza le circostanze dei due incidenti sono state ordinate e sono in corso inchieste. In base a*



La teleferica sulla quale si trovava l'altoatesino Josef Locher quando è stato colpito a morte da una sentinella nei pressi degli impianti idroelettrici di Valdurna.

*quanto si è appreso sui luoghi, tuttavia, si può dire che l'impressione predominante è che i due fatti siano avvenuti per un deprecabile concorso di fatalità, e in parte, per disaccortezza delle vittime. Si deve però anche aggiungere che con il regime di “piccolo coprifuoco” in vigore in Alto Adige, le sentinelle avevano indubbiamente il dovere di obbedire agli ordini ricevuti. Ciò non toglie che sia da auspicarsi che incidenti simili a quelli avvenuti stanotte non abbiano assolutamente più a ripetersi.*

*Sono stato sopra Sarentino, ad una trentina di chilometri da Bolzano, sul luogo in cui ha perduto la vita il ventunenne Josef Locher. Il punto in cui un soldato del Genio con mansioni di sentinella ha fatto fuoco sul Locher si si trova ad un duecento metri a valle di un bacino idroelettrico che, dalla località in cui si trova, prende il nome di bacino di Valdurna. Ad un centocinquanta-duecento metri dallo stesso punto e verso nord passa una galleria in cui scorre una canalizzazione forzata della Società Elettrica Trentina. Al Locher è stato dunque certamente sparato in un punto incluso nel regime di piccolo coprifuoco.*

### **Tre colpi in aria**

*Va anche detto, per riattaccarci al dato della situazione psicologica, che a poca distanza dalla località erano stati consumati il 12 giugno due grossi attentati. Rispettivamente a quattro e sette chilometri più a valle sono saltati una conduttura forzata della S.T.E.T. e un ponte canale ugualmente della S.T.E.T. Il Locher era un servo agricolo, un famigliaio e lavorava da qualche tempo in un maso sovrastante di un*

duecento metri la quota del bacino Valdurna. Essendo domenica il Locher era sceso in mattinata a Sarentino, dove vive facendo l'intagliatore in legno, come suo padre. Il Locher aveva trascorso il pomeriggio e parte della serata in compagnia di amici. Lasciata Sarentino per tornare al maso, il Locher giunse verso le 22.30 alla stazione di partenza della teleferica.

I contadini di queste parti, com'è noto, salgono con una certa indifferenza sulle teleferiche per legname e vi viaggiano stando sdraiati in certi rudimentari carrelli formati da poche assi. Prima di servirsi delle teleferiche occorre naturalmente telefonare alla stazione di arrivo a monte, per far sì che qualcuno metta in moto il motore elettrico collegato al cavo traente. Fatto ciò si sale a bordo e per avvertire il manovratore lontano che si è pronti si vibra con qualche arnese un colpo al cavo d'acciaio che regge il carrello. Una volta vibrato questo colpo si è nelle mani del manovratore a monte, volenti o nolenti si parte.

Il Locher, da quanto si è saputo, aveva caricato una sua bicicletta sul carrello e vi stava salendo egli stesso. O vi era salito da un attimo? L'inchiesta in corso potrà forse appurarlo. Sembra che le sentinelle gli abbiano intimato l'alt nel giro di questi critici istanti. A quanto si è saputo, sono anche stati sparati tre colpi in aria per avvertimento. Ai primi tre colpi ne seguirono altri sei. La sparatoria deve essere stata effettuata pochi attimi prima della partenza o pochi attimi dopo. Quello che è certo è che sette minuti più tardi il Locher è giunto morto alla stazione di arrivo. Era bocconi, sembra che avesse le gambe fuori del carrello. Un colpo di moschetto, com'è stato accertato più tardi, lo aveva colpito al ventre.

Ugualmente più tardi è stato accertato che dal basso della teleferica il Locher aveva telefonato per far scendere il carrello. Al telefono aveva risposto una donna, la trentottenne Maria Hofer. "Il Locher – detto la donna – mi ha chiesto di mettere in moto la teleferica. Me lo ha chiesto con calma. Non era per niente concitato". La donna mandò allora un ragazzotto a mettere in moto il motore, il sedicenne Carlo Gius. Dentro al carrello, fermatosi ai piedi del ragazzo, dopo avere varcato nella notte il torrente di fondovalle e sfiorato le punte di centinaia di abeti, c'era il Locher morto. Il carrello della teleferica aveva per sette minuti trasportato un cadavere.

L'altro fatto è avvenuto alla periferia di Malles ed ha in parte le sue origini in motivi di gelosia di campanile. Due sottufficiali alpini erano usciti da una festa da ballo, accompagnati da due ragazze altoatesine. L'uscita delle due coppie aveva dato nell'occhio a due giovani altoatesini, Hubert Spingler e Karl Daniel, e li aveva indotti a seguirle. I due, a quanto si sa, pensavano che le due coppie si sarebbero recate in una villetta situata alla periferia di Malles e che serve come alloggio ai sottufficiali e ufficiali del Battaglione.

### **Dichiarazioni di Magnago**

La villetta è circondata da un giardino e fu nel giardino, avendolo raggiunto con una scorciatoia e dopo varcato il muretto di cinta, che i due altoatesini si nascosero. Le coppie sopraggiunsero poco dopo, ma proseguirono. Il Daniel, allora, rivalicò il muretto. Era già ad un centinaio di metri lontano, sulla scia delle due coppie, quando sentì il rumore di una raffica di fucileria. Le sentinelle alla villetta, intimato inutilmente l'alt, avevano sparato e colpito a morte lo Spingler. Lo Spingler, ventiquattrenne, aveva tempo fa prestato servizio in un reparto dell'Aeronautica militare dislocata a Vicenza ed esercitava il mestiere di muratore. Il Daniel lavora di solito in Sivezzera e si trovava a Malles per trascorrervi un periodo di vacanza.

Questi, dunque, salvo precisazioni che le inchieste in atto certamente non mancheranno di fornire, i due tristi fatti che hanno posto un poco in sott'ordine gli importanti risultati politici dell'annunciato congresso straordinario del S.V.P.

Due risoluzioni sono state poste in sostanza all'esame dei delegati del partito. Una, quella che ha avuto la maggioranza (una maggioranza inattesa nelle sue dimensioni) è stata presentata da Silvius Magnago. Essa, nella sua formulazione finale, dice "Il congresso rivolge il suo appello alle parti contraenti di Parigi, Italia e Austria a voler realizzare autenticamente e rapidamente la autonomia provinciale. Qualora nessun accordo dovesse essere raggiunto a Zurigo su questa base e nel senso voluto dalla risoluzione dell'O.N.U., il congresso invita l'Austria a voler riproporre il problema dell'Alto Adige nella prossima Assemblea generale dell'O.N.U..

La risoluzione più estremista presentata da Dietl e Folgger è stata severamente bocciata con 127 voti contrari, 37 favorevoli e 20 astenuti.

La risoluzione rimasta in minoranza diceva: “Qualora l’Italia non dovesse dichiararsi disposta a concedere l’autonomia provinciale alle prossime conversazioni di Zurigo così come essa è prevista dal progetto Tinzl, la S.V.P. sarà costretta a riconoscere che tutti i suoi tentativi per ottenere dal Governo italiano una vera garanzia di sicurezza per l’esistenza delle popolazioni tirolesi non hanno sortito alcun risultato. Per questa eventualità, affinché [sic] la questione sudtirolese non diventi un ostacolo sulla via dell’unione politica ed economica dell’Europa, il congresso fa voti perché in base allo statuto dell’O.N.U. sia chiesto alla prossima assemblea dell’O.N.U. il diritto di autodecisione del Sud Tirolo”.

Silvius Magnago, avvicinato dopo il congresso, al quale sono stati ammessi giornalisti austriaci e germanici, ed è invece stato negato l’accesso ai giornalisti italiani, ha dichiarato che la mozione da lui presentata ha avuto una maggioranza di circa l’ottanta per cento ed ha aggiunto che i delegati hanno respinto “alcuni emendamenti rinforzanti” vale a dire ancora più estremisti.

Alle indiscrezioni che filtrano in queste occasioni, si è saputo che gli interventi di delegati, quasi tutti estremisti, sono stati una quarantina. Nonostante tali interventi, posto al duro bivio tra una rinnovata richiesta di autonomia e una perentoria richiesta di autodeterminazione, il congresso ha votato per la soluzione legitimistica battendo in modo eloquente i propugnatori dell’autodecisione.

A giudizio di alcuni osservatori presenti al dibattito, i fautori dell’autodecisione sono stati in certo qual modo sorpresi di trovarsi contro certe aliquote di delegati contadini che ritenevano schierati sulle proprie posizioni. La spiegazione di questo comportamento sarebbe da ricercarsi in un processo di



Dopo il congresso della S.V.P. Magnago risponde alle domande dei giornalisti. (Foto: Ag. Ansa/Contrasto)

ripensamento in atto appunto in certi settori della “base” della S.V.P. La stanchezza per l’attuale acuta situazione e le preoccupazioni per l’avvenire avrebbero insomma fatto capolino nella massima assemblea deliberante del partito.

Ciò non toglie che considerata in sé, la risoluzione approvata dal congresso possa essere giudicata tutt’altro che operante a favore delle prossime conversazioni di Zurigo.

Occorre tenere presente che la risoluzione è però preceduta da un preambolo in cui, con riferimento alle celebrazioni del Centenario dell’Unità d’Italia, si parla di autodecisione. Nello stesso preambolo si giunge anche a travisare la realtà obbiettiva dei fatti, dicendo che “l’Italia non ha compiuto nessun passo per una effettiva distensione in Alto Adige secondo lo invito dell’O.N.U. Si è al contrario avuto un inasprimento per via delle recenti misure di polizia e per il disegno di legge sulla cittadinanza che è rivolto contro i sudtirolesi”.

Al congresso hanno partecipato circa 200 delegati sui 380 che avevano il diritto di intervenire. Durante i lavori, durati cinque ore – è stato osservato un minuto di silenzio in onore delle tre vittime avutesi in conseguenza degli attentati: i due giovani uccisi stanotte e il vecchio stradino rimasto ucciso a Salorno la notte della festa del Sacro Cuore.

**Egisto Corradi**

## **RESPONSABILITÀ**

Nel suo discorso di domenica a Bolzano il ministro dell'Interno, on. Scelba, ha fra l'altro, testualmente dichiarato: "Anche qui, da Bolzano, desidero riaffermare la precisa determinazione del Governo di operare per il mantenimento dell'ordine pubblico, con tutti i mezzi imposti dalle circostanze e consentiti dall'ordinamento democratico. Ai violenti può spettare la iniziativa, ma lo Stato possiede i mezzi per reprimerla." A questa ineccepibile dichiarazione del ministro Scelba (sia del punto di vista giuridico che politico) ha pienamente aderito il Consiglio dei ministri, dando forza e consenso collegiale alla assunzione della responsabilità che il ministro dell'Interno non ha esitato, come sempre, ad assumersi.

Ricollegandoci, ora, alla dichiarazione del ministro dell'Interno a Bolzano e al conseguente comunicato del Consiglio dei ministri, si pone oggi, in concreto, una domanda: Quali sono i mezzi giuridici, oltre che materiali, per mantenere l'ordine pubblico in Alto Adige?

Precisiamo che il mantenimento dell'ordine pubblico – cioè della sicurezza dei cittadini e dei loro beni, materiali e immateriali – presenta particolari difficoltà nell'Alto Adige. Questo essenziale servizio dello Stato richiede, perciò, nella zona, più intensa funzionalità e abbondanza di mezzi specializzati anche al fine di proteggere (in questo momento, principalmente) oltre che le vite umane anche alcuni impianti, come le centrali idroelettriche, ad esempio, che interessano tutta la economia nazionale e non solo quella locale. Vediamo ora i mezzi giuridicamente utilizzabili ed in parte già utilizzati, per conseguire la finalità del mantenimento dell'ordine pubblico nella zona.

1) La legislazione penale italiana – sostanziale e processuale – è pienamente ed integralmente applicabile anche nel territorio del Trentino-Alto Adige, nonostante che ivi esista, come si sa, uno statuto speciale dal 1948. Le conseguenze sono evidenti. Un reato eventualmente commesso in alto Adige è considerato nel nostro ordinamento alla stessa, identica stregua di un reato commesso altrove, senza immunità o privilegio di sorta. In casi di flagranza o di prova certa ed irrefutabile si può procedere al giudizio con i mezzi più celeri previsti dal nostro sistema processuale penale (il giudizio per direttissima, ad esempio); si può chiedere – se del caso e se ricorrono determinati estremi e nelle forme di rito – la remissione del processo ad altra sede giudiziaria, per legittima suspizione.

Infine, sotto questo aspetto, gli organi di polizia giudiziaria debbono (non è una facoltà, è un obbligo) cercare di prevenire, nei limiti del possibile, s'intende, gli eventuali reati e di denunciare all'autorità i presunti responsabili, senza eccezione alcuna.

2) Il commissario del Governo nella Regione (dove non esistono i prefetti) ha, però, la funzione di mantenere l'ordine pubblico, come è espressamente previsto dallo stesso statuto del Trentino-Alto Adige. L'articolo 77 di questo documento dice, infatti, testualmente che il commissario del Governo può avvalersi degli organi e delle forze di polizia dello Stato e può richiedere l'impiego delle altre Forze armate, ai termini delle leggi vigenti.

Il commissario del Governo è direttamente responsabile, come anche i sindaci dei Comuni, quali ufficiali del Governo, del mantenimento dell'ordine pubblico. È, appunto, sulla base di queste disposizioni che il commissario del Governo ha già emanato le prime ordinanze rese necessarie dagli episodi delittuosi verificatisi negli ultimi tempi: la consegna delle armi e la limitazione della circolazione in determinate ore del giorno e in determinate zone dove siano installati stabilimenti o impianti di particolare importanza (le centrali elettriche, i servizi ferroviari, gli uffici pubblici e via dicendo). Il commissario del Governo, con atti cautelativi, ha applicato alle disposizioni delle leggi di Pubblica Sicurezza, del Codice penale e dei regolamenti vigenti, sempre al fine della protezione dell'ordine pubblico. Gli eventi della notte scorsa, e cioè la morte di due persone, che hanno trasgredito all'ordine o non hanno obbedito all'intimazione di fermo, costituiscono, in modo certamente doloroso per il naturale rispetto verso le vite umane, la tragica conseguenza di questa ondata di terrorismo delittuoso, quanto inutile.

3) Quanto è stato fatto finora dalle autorità locali in base alle direttive ferme, anche se moderate, del ministro dell'Interno, che ha avuto il conforto collegiale del Consiglio dei ministri, sarà senza dubbio, sufficiente a limitare il triste fenomeno. Tanto più che è da presumere che alle disposizioni si accompagni una maggiore disponibilità di mezzi e di uomini. Non è, tuttavia, inutile ricordare che in ogni modo, il Governo ha anche altri mezzi per intervenire ove, in deprecata ipotesi, il fenomeno dovesse estendersi o ripetersi. In tale ipotesi, il commissario del Governo (come del resto, tutti i prefetti) non avrebbe la possibilità di emanare norme limitative dell'esercizio delle libertà, essendo caduto, per effetto di una

recente sentenza della Corte costituzionale, l'articolo 2 del Testo Unico delle leggi di P.S. ma nulla vieterebbe, in tal caso, un intervento diretto del governo, mediante uno o più decreti-legge.

Il decreto-legge è uno strumento perfettamente legittimo di legislazione in qualunque materia, espressamente previsto dalla nostra Costituzione; e ad esso il Governo potrebbe far sempre ricorso. Nè [sic], con questo, si violerebbe alcuna prerogativa costituzionale: perchè il Parlamento dovrebbe sempre convertire in legge il decreto-legge e avrebbe, quindi, l'occasione di accertare la opportunità di esso e valutare, di conseguenza, la responsabilità politica del Governo. Nè [sic] è da dubitare che il Parlamento, con maggioranza non esigua, convaliderebbe gli atti del Governo, intesi, imparzialmente ed obiettivamente, a proteggere l'ordine pubblico.

In conclusione, come ha detto l'on. Scelba, i mezzi esistono: in parte sono stati già utilizzati e speriamo siano sufficienti; in parte sono sempre potenzialmente utilizzabili.

**Franco Bozzini**

**(7) Artikel vom 20. Juni 1961, S. 1**

**LA RELAZIONE DI SCELBA AL CONSIGLIO DEI MINISTRI**  
**“LO STATO POSSIEDE I MEZZI**  
**per far fronte ad ogni circostanza”**

**Possibilità di un ulteriore decentramento amministrativo della provincia di Bolzano, senza che ciò significhi adesione alle richieste di autonomia della SVP**

**Roma** 19 giugno, notte. “Il ministro degli Interni on. Scelba – dice l'odierno comunicato del consiglio dei ministri – ha svolto una dettagliata relazione sulle direttive da lui impartite e sull'azione svolta per fronteggiare la situazione determinatasi in Alto Adige a seguito degli atti terroristici verificatisi nella scorsa settimana.

“Il consiglio dei ministri, dopo vasta discussione nella quale sono intervenuti quasi tutti i presenti, ha approvato all'unanimità, sia le direttive impartite, sia l'azione svolta dal ministro per l'Interno, condividendo in modo particolare l'indirizzo e gli atteggiamenti assunti col suo recente discorso pronunciato a Bolzano, e ha dato mandato all'on. Scelba di illustrare in Parlamento, in occasione della replica nella discussione per il bilancio dell'Interno, la posizione del governo di fronte alla situazione in Alto Adige”.

La discussione sulla questione alto-atesina è durata circa quattro ore; era assente il ministro degli Esteri, Segni, che aveva fatto sapere di voler attendere in Sardegna la conclusione delle elezioni regionali dell'Isola e aveva chiesto il rinvio del Consiglio in serata, ma Fanfani gli aveva fatto presente che ciò non era possibile.

Nella sua relazione, il ministro degli Interni ha illustrato le direttive già note, ed espone anche ieri a Bolzano: isolare gli estremisti e i dinamitardi; salvaguardare in ogni modo l'ordine pubblico e la sicurezza, senza discriminazioni, in una zona di frontiera.

Scelba ha anche dato chiarimenti sugli episodi della notte scorsa, in cui hanno trovato la morte due altoatesini, confermando che questi ultimi avevano contravvenuto alle disposizioni di sicurezza emanate e non avevano obbedito alle intimazioni di “alt” fatte dalle sentinelle.

Scelba esponendo le sue impressioni, in base anche alla visita fatta ieri a Bolzano, ha assicurato che lo Stato possiede i mezzi per far fronte a qualsiasi circostanza; ha detto che la maggioranza della popolazione è contraria ai dinamitardi; e ha espresso la fiducia che l'odierna situazione possa essere superata. Comunque – ha aggiunto – credo di aver fatto ben comprendere a tutti i dirigenti dell'Alto Adige qual è il punto di vista del Governo italiano in materia”.

Nella discussione, oltre agli aspetti interni, sono stati toccati alcuni aspetti internazionali della questione. Nonostante l'esito negativo delle conversazioni tecniche di Zurigo, i nostri ambienti governativi restano del parere di non irrigidire il nostro atteggiamento diplomatico, e di prendere in considerazione alcune possibilità di ulteriore decentramento amministrativo a favore della provincia di Bolzano, senza

che ciò significhi, peraltro, adesione alle richieste di autonomia avanzate anche oggi dal Congresso della S.V.P.

Qualche ministro ha accennato alla questione delle riepzioni: per il momento si è deciso di lasciare le cose come sono e di non prendere altri provvedimenti.

Scelba ha concluso di aver desiderato sentire il parere dei colleghi, non tanto perchè la situazione presenti motivi di allarme, ma per averne la solidarietà in relazione al dibattito parlamentare.

Sulla base delle conclusioni dell'odierna riunione consiliare, Scelba replicherà alle interpellanze e mozioni presente alla Camera. Volendosi dare rilievo, soprattutto, agli aspetti di politica interna, non è previsto, per ora, un intervento del ministro degli Esteri.

Non è invece escluso che degli aspetti internazionali della questione si torni a parlare, presente Segni, nel Consiglio dei ministri di venerdì, anche in vista del nuovo incontro con Kreisky; il che verrebbe a smentire le voci e illazioni, corse anche oggi, di dissensi fra Presidente del Consiglio e ministro degli Esteri su una questione e una trattativa piuttosto delicate e impegnative.

Scelba, verso sera, ha ricevuto al Viminale il ministro degli Interni della Repubblica federale tedesca. Schroeder, che si trova in Italia da qualche giorno, in visita agli istituti tedeschi di alta cultura dipendenti dal suo Dicastero. Il colloquio è durato quasi un'ora e – secondo quanto lo stesso Scelba ha poi detto ai giornalisti – si è accennato, “a titolo informativo”, anche alla situazione in Alto Adige, con particolare riferimento, evidentemente, a quegli aspetti che interessano i due Paesi.

A.A.

## **(8) Artikel vom 21. Juni, S. 12**

### **Bandiere abbrunate a Innsbruck per la morte dei due altoatesini**

*Un messaggio a Magnago – L'agenzia degli oltranzisti afferma che Locher e Sprenger sono stati “assassinati”*

**Innsbruck**, 20 giugno, notte. Le autorità di Innsbruck hanno annunciato che bandiere abbrunate sventoleranno domani dalle finestre della sede del governo regionale tirolese in segno di lutto per la morte dei due giovani caduti sotto il fuoco di sentinelle italiane nell'Alto Adige.

Si comunica poi che il Governo regionale tirolese, nella sua odierna seduta, ha deciso di inviare il seguente telegramma al dottor Silvius Magnago, leader della Sudtiroler Volkspartei: “Il Governo regionale tirolese è rimasto profondamente commosso per la tragica morte dei due giovani sudtirolesi Josef Locher e Hubert Sprenger. Il Governo chiede che venga deposta una corona con i colori del Tirolo sulle tombe dei due morti e che vengano trasmesse le condoglianze del Tirolo ai parenti degli scomparsi”. Frattanto l'agenzia di stampa sudtirolese di Innsbruck afferma che i due altoatesini, Hubert Sprenger e Josef Locher sono stati “assassinati”.

**Ohne Verfasser**

(9) Artikel vom 22. Juni 1961, S. 1

ALLA VIGILIA DELLE CONVERSAZIONI DI ZURIGO

## CALMA IN ALTO ADIGE nelle ultime ventiquattro ore

**Si sono avute soltanto alcune sparatorie di avvertimento – Commemorati al Consiglio provinciale lo stradino Postal e gli altoatesini Locher e Sprenger – Denunciato per vilipendio il segretario provinciale del P.C.I.**

**Bolzano** 21. giugno, notte. *Il Consiglio provinciale di Bolzano non ha preso posizione questa sera, com'era stato annunciato nell'ordine del giorno dei suoi lavori, contro i criminali autori degli attentati dinamitardi degli scorsi giorni. Il consenso, su invito del suo presidente, dott. Pupp, ha commemorato, con un minuto di silenzio le tre vittime dei recenti tragici eventi: il cantoniere Giovanni Postal, ucciso a Salorno, e i due giovani altoatesini Giuseppe Locher, da Sarentino, e Hubert Sprenger, Malles, uccisi, com'è noto, in zone vietate durante la notte dal fuoco di alcune sentinelle. Il dott. Pupp ha poi rinviato alla settimana ventura la discussione politica.*



Alcuni operai procedono alla demolizione del tunnel fatto saltare dai terroristi nella zona di Cuneo-Salorno, a nord-est di Bolzano. Il tunnel era stato progettato nel 1955 e aveva quattordici tunnel. (Foto: A. Bazzani - P. Rossi).

### **La mozione della S.V.P.**

*Questo rinvio è stato determinato dal fatto che i capigruppo non si sono accordati sulla procedura. Infatti la S.V.P. voleva impostare il dibattito su un'unica mozione che il dott. Brugger, capogruppo del partito unico sudtirolese, avrebbe voluto presentare. Dal canto loro i consiglieri di lingua italiana hanno espresso l'intenzione di presentare propri documenti. Ne è derivato pertanto il rinvio a una data da destinarsi e che sarà comunque posteriore ai lavori della delegazione italo-austriaca a Zurigo.*

*La mozione della S.V.P. era fatta su misura per biasimare lo Stato italiano e per attribuirgli indirettamente la colpa delle azioni criminose dei terroristi.*

*Peraltro la cronaca non ha da registrare fatti gravi nel corso della notte: la prima relativamente tranquilla dopo quella dei fuochi del Sacro Cuore, nel corso della quale vennero effettuati 49 attentati. Anche l'episodio del tentativo d'incendio presso la caserma dei vigili del fuoco di Bolzano è stato ristretto a porzioni molto più modeste.*

*Non si è trattato in realtà di un tentativo criminoso ma della sbadataggine di qualcuno che nel travasare la benzina per scopi imprecisati, nella fretta aveva sparso il liquido sul pavimento dell'autorimessa della caserma.*

*Tuttavia qualche sparatoria c'è stata: a mezzanotte presso ferroviario di Lagundo un alpino e un agente di polizia hanno sparato contro delle ombre; fra la una e le due, carabinieri e soldati sono intervenuti contro sconosciuti che si aggiravano con fare sospetto nei paraggi della condotta forzata della centrale idroelettrica dei Cardano, nelle adiacenze della sottostazione della Montecatini di Oltrisarco e di un magazzino militare nel sobborgo bolzanino di Laives. Alle 1.30 del mattino, sulla linea Merano-Malles, in prossimità dello scalo ferroviario meranese, un carabiniere e un alpino hanno aperto il fuoco contro alcuni ignoti; dieci minuti dopo un'altra sparatoria metteva in fuga degli sconosciuti nei pressi dello scalo ferroviario di Rio Molini, a Lagundo. Nuovamente alle 2 si è sparato in direzione del ponte in ferro lungo l'Adige della ferrovia Merano-Malles.*

*Carabinieri e polizia hanno proceduto nel corso della giornata odierna a sette arresti per detenzione di armi e munizioni. A Vipiteno sono state effettuate numerose perquisizioni anche in sedi di organizzazioni di lingua tedesca oltre che in alcune abitazioni di locali comandanti degli "Schützen".*

*Il procuratore della Repubblica di Bolzano dott. Rocco ha denunciato il segretario provinciale del partito comunista, Amilcare Mattioli. Egli è accusato di aver dato alle stampe un manifesto in cui si accusano le Forze Armate di avere "assassinato" i due altoatesini incappati nella rete delle sentinelle a Sarentino e a Malles. Nel manifesto stesso si esprimono altri apprezzamenti antinazionali. Il Mattioli*

*dovrà rispondere di infrazione all'articolo del Codice Penale che riguarda la propaganda e l'apologia antinazionale e all'articolo relativo al vilipendio della Repubblica, delle istituzioni delle Forze Armate.*

### **Disertano i turisti**

*Giungono frattanto notizie disastrose dai centri delle valli dove la rarefazione del movimento turistico si sta accentuando ogni giorno di più. La Val Gardena che di solito in questa stagione fa il pieno nei suoi alberghi non ospita oggi neppure il 20 per cento dei turisti che soggiornano nello stesso periodo dello scorso anno.*

*I giornali di Innsbruck – dove è stata osservata una giornata di lutto – continuano frattanto la loro campagna italofofa con una costanza degna di miglior causa. Le Tiroler Nachrichten danno notizie che una bandiera nera sventola sul palazzo della provincia del Tirolo per commemorare “i giovani arbitrariamente uccisi da soldati italiani”.*

*Sempre a Innsbruck, oggi il governo regionale tirolese ha approvato un appello relativo ai recenti avvenimenti. Nello appello è detto tra l'altro che “il governo tirolese può dire con la coscienza tranquilla che non deve rispondere dei recenti sviluppi avendo avvertito da molti anni l'Italia della pericolosità della situazione. Il governo del Tirolo, continua la dichiarazione, si dichiara pronto al pari dei sudtirolesi, nell'interesse della cooperazione europea a sopportare sacrifici e ad accantonare il naturale diritto alla autodecisione qualora ai tirolesi del sud venga concessa una vera e propria autonomia.*

**T.A.**

## **(10) Kommentar vom 24. Juni 1961, S. 1**

### **UN SERIO PERICOLO**

Si è detto tutto sull'Alto Adige, e resta solo da dire che fu aperta la via all'irredentismo tirolese il giorno in cui nel nostro ordinamento costituzionale fu introdotto l'istituto della „Regione“. Finchè non ci fu la Regione, gli allogeni all'autonomia neanche ci pensavano. Ma, una volta istituita la Regione, essi videro nella nuova istituzione la via per arrivare all'autonomia, e nell'autonomia la via della separazione.

Il secondo colpo al nostro possesso lo demmo ancora noi stessi, con le nostre mani: le riopzioni. Bene o male, 205 mila allogeni avevano optato per Hitler. Niente ci obbligava a riprenderli. Ma bisognava fare un bel gesto. E sia. Avremmo fatto già un bel gesto a riprendercene centomila. Avremmo fatto un bellissimo gesto riprendendocene 150 mila o, magari, 170 o 180. Ma quelli che avevano dato prova di furiosi sentimenti anti-italiani o che avevano militato nelle SS o nella Gestapo, quelli bisognava lasciarli fuori. Invece, noi ci riprendemmo tutti.

Ci riprendemmo i nostri nemici e gli ex-nazisti, compresi i criminali di guerra: 200 mila su 205 mila. Solo coloro che non fecero domanda non riebbero la cittadinanza. E nessuno ha mai pensato a domandare conto all'ufficio competente del modo in cui furono date quelle cittadinanze. Ora si cerca di riparare al mal fatto, dichiarando revocabili le cittadinanze. La legge è provvidenziale, benchè tardiva. Basterebbe a calmare i furori anti-italiani di tanti energumani.

Ora, si riaprono le conversazioni italo-austriache, e si riaprono sotto non buoni auspici. Lo ha detto Magnago, in una recente intervista: “Se già si parla di arbitrato, è ovvio che si intravedono assai scarse possibilità di accordo in sede di Conferenza”. L'arbitrato pare che intenda proporlo il Governo austriaco, e il dott. Magnago ha commentato: “Evidentemente, l'arbitrato è uno dei mezzi pacifici previsti dalla seconda parte della risoluzione dell'O.N.U. per definire il problema”. Non è esatto. La risoluzione dell'O.N.U. prevede tutti i mezzi pacifici indistintamente; specificamente, ne indica uno solo, la Corte internazionale dell'Aja. Pertanto, fra i mezzi pacifici, al primo posto è la Corte internazionale. E sarebbe così anche senza la risoluzione dell'O.N.U. C'è fra noi e l'Austria un accordo, un contratto, e per l'interpretazione e l'esecuzione di tutti i contratti si ricorre al Tribunale. Ma l'Austria rifugge dalla Corte dell'Aja come dalla peste, e i revanscisti tirolesi preferiscono usare le bombe al plastico anzichè gli argomenti giuridici.

Con quell'accordo, noi ci assumemmo una serie di impegni. La contropartita era che l'Austria abbandonasse le sue rivendicazioni – le dichiarate e le segrete – e, come si suol dire, ci lasciasse vivere in pace. L'Austria ci lasciò vivere in pace per sette o otto anni: gli anni dopo l'accordo, quando il ministro Gruber dichiarava che la popolazione lingua tedesca in Alto Adige era la minoranza meglio trattata in Europa, e i capi della Sud-Tiroler Volkspartei, Ammon e von Guggenberg, riconoscevano che le aspirazioni della popolazione di lingua tedesca erano state soddisfatte e ringraziavano il Governo italiano della sua generosità.

La scena cambiò quando, alla fine di giugno, fu fatto sottosegretario agli Esteri il prof. Gschnitzer. La presenza nel Governo di un revanscista e razzista, come il Gschnitzer, mise subito gli altri nella necessità di mostrarsi irredentisti e revanscisti non meno di lui. Si aprì, così, la gara a chi fossero più irredentisti, i democristiani o i socialisti.

La nuova fase della questione dell'Alto Adige e dei rapporti italo-austriaci si aprì con il *memorandum* austriaco dell'ottobre '56. Il Governo austriaco cominciò con il dolersi di alcune pretese inadempienze dell'Italia, e finì col chiedere la completa autonomia per la provincia di Bolzano. Ma – si noti bene – la chiedeva in base all'accordo di Parigi, e non già fuori di esso. “L'accordo di Parigi – disse l'ex-Cancelliere Raab – non sarà completamente attuato, se non viene concessa la piena autonomia alla provincia di Bolzano”. E ora Magnago, in una intervista, ha detto che “non si rifiuterebbe *a priori* di riprendere le trattative con Roma, qualora, e unicamente, queste si riaprissero con la condizionale di concederci la più completa autonomia, prevista, d'altra parte, dallo spirito del patto Gruber-De Gasperi”.

Questo italiano rinnegato, figlio di padre italianissimo, parla all'Italia come Hitler parlava ai Governi dei Paesi vinti: acconsente a trattare, solo se prima gli si dà tutto quello che chiede. E, allora, che ragione ci sarebbe di trattare? Ma, a parte questo, quel che importa rilevare e smentire è l'ultima frase: che “la completa autonomia sia prevista dallo spirito dell'accordo”. Se fosse così, perchè l'Austria si rifiuterebbe di andare all'Aja? Ma c'è di più. C'è che lo stesso Gschnitzer smentisce Magnago: “Concedere l'autonomia sarebbe la soluzione ideale... poichè nel 1945... ciò non si potè ottenere, si si sarebbe dovuto respingere ciò che era possibile ottenere, cioè gli accordi di Parigi? Chi se ne sarebbe potuto assumere la responsabilità?”. Ossia, Gschnitzer riconosceva che a Parigi non si era ottenuta l'autonomia e che l'accordo non implica affatto l'autonomia.

Non so se nelle trattative recenti le delegazioni austriache abbiano insistito a chiedere l'autonomia “*de jure condito*” – cioè in base all'accordo – o l'abbiano chiesta “*de jure condendo*”, fuori dell'accordo.

Certo la richiesta è sempre la stessa, l'autonomia completa, e non per via di delega dello Stato e della Regione alla provincia, a norma degli articoli 13 e 14 dello statuto della Regione Trentino-Alto Adige, bensì “una autonomia con tutte le garanzie costituzionali”.

Ma si conceda pure l'autonomia con tutte le garanzie che essi vogliono. Non è questo il punto essenziale. Il punto essenziale è l'estensione dell'autonomia. Ossia: su quali materie noi siamo disposti a concedere l'autonomia alla provincia di Bolzano? Le materie nelle quali la si può concedere sono svariate e numerose. Ma concederla in certe materie non si può perchè o significherebbe una abdicazione dello Stato o comprometterebbe i supremi interessi economici e sociali della collettività italiana. Esempi della prima specie: le norme che assicurano la libera circolazione dei capitali e delle persone nel territorio nazionale. buch

Non so che cosa finora abbiamo detto di voler concedere. Ma sia ben chiaro questo punto: se concediamo alla provincia di Bolzano la potestà di fare leggi per impedire a cittadini italiani delle vecchie provincie di investire capitali in Alto Adige o per impedire ai lavoratori delle vecchie provincie immigrare in Alto Adige o di trovarvi lavoro, se consentiremo questo, avremo perduto l'Alto Adige.

**Augusto Guerriero**

(11) Hauptschlagzeile vom 25. Juni 1961, S. 1

A ZURIGO HA VINTO LA "LOGICA" DEI TERRORISTI TIROLESIS

## **ROTTE LE TRATTATIVE SULL'ALTO ADIGE per le assurde richieste degli austriaci**

*Sotto le pressioni di Gschnitzer e Oberhammer, Kreisky ha insistito per una autonomia integrale, facendo proprie le tesi degli oltranzisti – Fermo atteggiamento dell'on. Segni – Una proposta inaccettabile per l'Italia: la nomina d'una Commissione d'inchiesta internazionale – Protesta per la presenza della dottoressa Victoria Stadlmayr*

(kein Fließtext)



La delegazione italiana: (da sinistra) il sottosegretario Russo, il ministro Segni e l'ambasciatore Fornari. (Telefoto « Associated Press »).

(12) Artikel vom 25. Juni 1961, S. 1

## **Segni ha posto il Governo di Vienna di fronte a precise responsabilità**

**DAL NOSTRO INVIATO SPECIALE**

**Zurigo** 24 giugno, notte. Hanno vinto i terroristi. Il Governo austriaco non ha voluto negare concretamente, limitandosi a ripetere la richiesta dell'autonomia completa secondo il progetto dei parlamentari altoatesini. Gli estremisti così, nelle persone di Oberhammer e Gschnitzer che erano presenti alle spalle di Kreisky nella sala dell'albergo Dolder, dove si è svolta la conferenza e ne regolavano le mosse, hanno imposto la loro politica al Governo di Vienna.

Lo stesso ministro austriaco lo ha ammesso questo pomeriggio quando ha fatto capire con un'allusione che tra i suoi colleghi c'erano moderati e radicali e che la soluzione della vertenza doveva essere accettata anche dai secondi. Il Governo di Vienna, essendosi legato agli ispiratori degli attentati, a quelli che eccitano l'odio di razza e vogliono la violenza, non poteva in realtà negoziare.

### **Accuse e controaccuse**

La sostanza delle tre sedute di oggi, una al mattino, la seconda nel pomeriggio, la terza la sera, può essere riassunta così:

1) La conferenza è cominciata con una serie di accuse e controaccuse sulla responsabilità della grave situazione nell'Alto Adige. Il lettore ne troverà più sotto i particolari.

2) L'esordio polemico non ha impedito che si passasse ad una fase più concreta ma a Zurigo diversamente da quello che era accaduto a Klagenfurt, il mese scorso, non c'è stata una seduta restretta. Le delegazioni hanno assistito interamente ai lavori: gli estremisti hanno sorvegliato Kreisky dall'inizio alla fine.

3) Una gran parte delle cose dette oggi dall'una e dall'altra delegazione intorno al tavolo dell'albergo Dolder aveva soltanto lo scopo di rovesciare sull'interlocutore la responsabilità della rottura.

4) Segni è tornato a spiegare il sistema di deleghe che permetterebbe di aumentare i poteri e l'autonomia della provincia di Bolzano: deleghe del Governo centrale e della giunta della Regione Trentino-Alto Adige alla Giunta provinciale di Bolzano. Ha anche insistito sulle garanzie giuridiche che la nostra situazione parlamentare ci permette di dare.

5) Kreisky, sebbene talvolta chiedesse particolari e chiarimenti sulle nostre proposte, ha continuato a insistere sulla soluzione dell'autonomia integrale. Ha promesso di dare una risposta chiara e definitiva per via diplomatica a quanto l'Italia offre. Il documento, che chiuderà così il dialogo, sarà quasi certamente negativo.

6) Gli austriaci hanno cominciato a prospettare il passaggio al punto due della risoluzione delle Nazioni Unite che riguarda la scelta, di comune accordo fra i due Paesi, di un metodo di conciliazione. Secondo Kreisky dovrebbe trattarsi della richiesta d'inviare una commissione d'inchiesta internazionale in Alto Adige. Segni non è entrato in discussione. Da parte nostra, si preferisce discutere di questa nuova fase attraverso gli ambasciatori. Ma è certo che l'Italia respingerà la proposta e chiederà di nuovo all'Austria di sottoporre la vertenza alla Corte dell'Aja. E l'Austria non accetterà, preferendo tornare davanti alle Nazioni Unite.

7) L'avvenire è oscuro. Il Governo austriaco sembra legato ad una politica di avventura ed incapace di spezzare i vincoli che lo stringono agli estremisti, e, attraverso di loro, agli attentatori. La logica del terrorismo, che è contraria al compromesso ed è diretta ad ottenere la secessione della provincia di Bolzano (non si gettano bombe per ottenere concessioni amministrative), si è impadronita di un Governo debole ed abulico: cattolici e socialisti obbediscono a Vienna ai nuovi profeti del nazismo ed ai loro agenti terroristici.

La seduta del mattino si è aperta con uno scambio di battute polemiche. Il nostro ministro, come avevano previsto ieri, ha letto una dichiarazione nella quale, dopo aver ricordato l'atteggiamento moderato del Governo italiano, ha denunciato gli attentati diretti "con preordinata volontà" a paralizzare i nostri sforzi per risolvere la vertenza. Di questi attentati ha fatto risalire la responsabilità "ad un'organizzazione disciplinata ed esperta" aggiungendo subito:

"Dagli elementi raccolti dal Governo italiano (cito fra gli altri il materiale di propaganda, le armi e gli ordigni esplosivi di diversa provenienza) risulta chiaro che l'attività terroristica risponde ad una volontà che supera anche i confini dello Stato italiano. Ma c'è di più: incitamenti, istigazioni ed incoraggiamenti sono stati fatti anche in pubblico da personalità responsabili. [sic]

"Debbo richiamare la sua attenzione, ha continuato il ministro, volgendosi al collega austriaco, sulle gravi responsabilità che incombono in ogni caso su chi avendone la autorità e la possibilità, non ha tempestivamente scoraggiato l'attività degli elementi estremisti, attività che purtroppo ha provocato delle vittime... Deprechiamo sinceramente questi luttuosi incidenti, la cui responsabilità ripeto, ricade sugli organizzatori e mandanti, oltre che sugli esecutori, anche al di là del confine italiano, e su quanti, specie in posizioni di responsabilità, hanno scatenato una inaudita e ingiustificata campagna di odio contro il mio Paese...".

### **Nessuna rinuncia**

Segni ha poi ricordato che le Nazioni Unite avevano invitato l'Italia e l'Austria a non aggravare i loro rapporti, e si è domandato se quanto è accaduto corrisponda a questo invito. Ha detto anche che il Governo di Roma non si lascerà indurre dalla violenza a concessioni e rinunce non dovute. Infine, dopo aver accennato rapidamente all'inopportuna presenza della dottoressa Stadlmayr nella delegazione austriaca, ha concluso dicendo che nonostante tutto questo, l'Italia era venuta a Zurigo per "collaborare con la delegazione da lei presieduto, Signor ministro, allo scopo di trovare, per mezzo di negoziati bilaterali, una soluzione soddisfacente per ambo le parti".

Kreisky, che era stato informato delle dichiarazioni di Segni prima dell'inizio della seduta, ha replicato ripetendo, per la prima cosa, la condanna del terrorismo. Poi ha detto che il ministro italiano non aveva provato la partecipazione austriaca alle attività dei dinamitardi, e che ad ogni modo, "un Governo democratico non può essere reso responsabile di tutte le azioni dei propri cittadini". Il capo della delegazione austriaca ha difeso la signorina Stadlmayr dalla frecciata di Segni, rodando che un accusato è innocente fino a quando non sia dimostrata la sua colpevolezza, ed ha duramente criticato "gli organi esecutivi italiani" i quali avrebbero agito in Alto Adige come se volessero intimidire i cittadini di lingua tedesca. Quanto ai due giovani sudtirolesi uccisi, il ministro ha affermato che essi non potevano conoscere i provvedimenti di sicurezza presi dall'autorità italiane, ed egli ha concluso:

"Il Governo austriaco deve considerare che quanto è avvenuto in Alto Adige è in stridente contrasto con il terzo articolo della risoluzione dell'O.N.U., in cui si dice che le parti interessate devono astenersi da ogni azione suscettibile di danneggiare i loro amichevoli rapporti. Il governo austriaco si riserva di completare i passi che riterrà opportuni".

### I voti alla Volkspartei

Il capo della nostra delegazione ha replicato brevemente per dire che le autorità italiane non intendono intimidire nessuno ma soltanto garantire l'ordine della provincia, e per affermare che i cittadini di lingua tedesca erano stati chiaramente informati dei provvedimenti di sicurezza. Per parte sua, Kreisky ha lamentato anche che in Italia non si fossero processati e condannati i generali della seconda guerra mondiale, come è avvenuto in Germania.

A questo punto le delegazioni hanno finalmente cominciato a discutere qualche argomento concreto. Gli austriaci hanno rilevato che, secondo i più recenti risultati elettorali, la popolazione di lingua tedesca sarebbe diminuita nell'Alto Adige: alludevano ad una flessione del voto della Volkspartei. È stato facile notare che in realtà le cifre statistiche non rivelano nessun aumento del gruppo italiano, e che, anzi, l'immigrazione nella provincia è assai inferiore a quella avvenuta in molte altre. Quanto al voto della Volkspartei, esso può essere diminuito per motivi politici.

### Attesa per il comunicato

Nella seduta del pomeriggio la nostra delegazione (ha parlato anche l'onorevole Russo) ha ripreso l'esposizione giuridica ed amministrativa delle concessioni che l'Italia può fare. E Kreisky è ad insistere sulla sua tesi radicale. Si è parlato del bilinguismo e della scuola, degli impiegati pubblici e di altri argomenti in particolare. Il ministro italiano ha ricordato all'Austria la grave responsabilità che essa si assume, insistendo su una richiesta astratta, quale quella della autonomia completa, ed ha invitato il collega a riflettere ancora, rilevando che da parte nostra, dopo l'incontro di Milano nel gennaio scorso, si era dato un graduale sviluppo alle proposte, mentre l'altra parte rimaneva ferma. Kreisky ha annunciato allora il proposito di rispondere con una nota.

Stasera i due ministri con i sottosegretari e gli ambasciatori dei due paesi a Berna sono stati ospiti a pranzo del Presidente del Governo cantonale di Ginevra. E per quelle due ore almeno non c'è stata discussione. Più tardi, dopo le dieci, le delegazioni sono tornate a riunirsi nel salone dell'albergo "Dolder" per un ultimo incontro e per esaminare il comunicato finale.



Il ministro degli Esteri austriaco Kreisky e l'ex-sottosegretario Gschmitzer (a destra), al tavolo dei negoziati. (Telefoto «Associated Press»).

**Domenico Bartoli**

## **LIBERTÀ D'AZIONE**

Francamente, vien fatto di domandarsi se sia proprio un gran danno questa rottura die negoziati italo-austriaci. In realtà, dopo tante polemiche e dopo tante tergiversazioni, il nostro Governo, ispirandosi sempre a quella larghezza, a quel senso della misura e della equità che risale ai tempi dell'accordo De Gasperi-Gruber, aveva fatto tutto il possibile per andare incontro alle richieste – quelle sensate, si capisce – formulate da Vienna.

Da quel che par di capire, attraverso certe indiscrezioni di stampa e di corridoio, ci eravamo alquanto sbilanciati: quella delega di poteri da parte della Regione alla Provincia di Bolzano, di cui si è tanto parlato nelle settimane scorse, lasciava molto perplessi. Era un cammino quanto mai pericoloso e che, col tempo, poteva portare assai lontano. Si ha a che fare con gente che conosce alla perfezione l'arte del cavillo e che non rifugge da nessuna astuzia, da nessuna alterazione, incurante di apparire nella più solenne malafede. Chi non ricorda le espressioni di soddisfazione e perfino i “ringraziamenti” alle autorità austriache all'indomani dell'accordo De Gasperi-Gruber? Ed ecco che pochi anni di distanza il Governo di Vienna pretende di rimettere tutto in discussione, in assoluto dispregio della parola data, del senso giuridico, del buon senso, della più elementare dignità.

Nè si dica che si esagera, che si dà corpo alle ombre. Pochi giorni fa alla Commissione degli Esteri della Camera dei deputati, l'on. Martino, che nell'ottobre scorso, all'O.N.U., tenne così bravamente testa a Kreisky, accogliendo le preoccupazioni dell'on. Cantalupo, prospettò addirittura le necessità che, nell'eventualità di quelle “deleghe”, si dovesse tutelare la minoranza italiana della Provincia di Bolzano con nuove leggi istituzionali, nuovi istituti, nuove circoscrizioni elettorali, in una provincia che, di fatto, diventerebbe “tedesca”. Siamo a questo. Ne consegue, che noi, sia pure con le migliori intenzioni, sia pure “pro bono pacis” avremmo finito per gettare le basi non di una convivenza leale, ma di un vero e proprio irredentismo, legittimato da noi stessi, mediante una assurda superstruttura giuridica.

Senonchè l'atteggiamento degli austriaci, che ha rivelato il loro reale stato d'animo di ostilità, di inimicizia verso l'Italia, chiamando a far parte della delegazione la dottoressa Viktoria Stadlmayr, che trovasi [sic] in libertà provvisoria, in attesa di un processo per l'azione anti-italiana nella quale si è specializzata nella sua qualità di “magna pars” della “Lega irredentistica del Sud-Tirolo”; senonchè – ripetiamo – l'atteggiamento degli austriaci ci ha liberato da queste preoccupazioni, dal momento che ha rifiutato qualsiasi compromesso, qualsiasi intesa, ostinandosi a chiedere l'autonomia “integrale” della Provincia di Bolzano. O tutto o nulla.

A queste assurde pretese, il nostro ministro degli Esteri – che ha pronunciato parole veramente italiane – ha risposto come si doveva, e non ha esitato a indicare, a proposito delle dissennate agitazioni, che portano agli attentati criminosi, le responsabilità che vanno ricercate “oltre i confini” dell'Alto Adige. Giustissimo. Oltre, molto oltre questi confini, perchè è risaputo che le agitazioni e gli attentati terroristici rientrano in un vasto disegno che fa capo al movimento razzista, nazista, di schietta marca hitleriana, che ha origini note e sotterranee propaggini un po' dovunque. Chi non sa delle adesioni che gli agitatori dell'Alto Adige trovano a Colonia, ad Oberkassel; chi non sa che anche nell'alto Adige si reclutano dei giovani per l'addestramento alla guerra partigiana? E la stampa tedesca, nonostante il dignitoso riserbo del Cancelliere Adenauer, non dà ogni giorno una prova lampante di parzialità, accreditando la menzogna del “giogo” italiano, che “opprime” la popolazione altoatesina?

Comunque sia, non è il caso di abbandonarsi ad allarmismi. Come si è detto e ripetuto, questa intransigenza austriaca, che ha interrotto i negoziati, consente a noi di riprendere la nostra piena libertà di azione, forti del nostro buon diritto. La stessa longanimità dimostrata dal Governo italiano sarà un ottimo argomento, una prova decisiva per dimostrare, a tempo debito, da quale parte siano il torto e la ragione, da quale parte stanno i disturbatori della pace europea e quanti si adoperano sinceramente per creare un ordine nuovo, fondato sul diritto, sulla tolleranza, sulla collaborazione di tutti i popoli per l'avvento di un mondo migliore.

**Ohne Verfasser**

**(14) Kommentar vom 27. Juni 1961, S. 1**

## **DOPO ZURIGO**

A Zurigo non si è concluso niente. La delegazione italiana “ha illustrato e completato in alcuni punti le offerte proposte dagli esperti italiani”. La delegazione austriaca ha risposto che queste offerte non bastano: “Solo la concessione di una completa autonomia regionale per la provincia di Bolzano... può portare a una soluzione soddisfacente del problema”. Così il comunicato ufficiale.

Ma, che cosa abbiamo offerto? Certamente, abbiamo offerto molto – forse troppo –. Ma [sic] questa non è che una impressione o una supposizione.

Dice ancora il comunicato: “le deleghe di competenze amministrative, offerte ‘fra l’altro’ da parte italiana, non possono essere considerate dalla delegazione austriaca come una soluzione soddisfacente”. Avremmo, dunque, offerto deleghe di competenze amministrative. È vero che il comunicato dice “fra l’altro”, e non si sa che cosa sia questo “altro”. Ma è da escludere che possa significare delega di potere legislativo, perchè lo statuto della Regione non lo consente.

Chiarisco ora il primo punto, e cioè che cosa significhino “le deleghe [sic] di competenze amministrative”, di cui parla il comunicato. Come è noto, da parte italiana si è sempre sostenuto che si potesse trovare una soluzione soddisfacente del problema nell’ambito del suddetto statuto, cioè negli articoli 13 e 14 di esso. Il 13, al secondo capoverso, dispone: “Lo statuto può, inoltre, delegare con legge alla Regione, alla Provincia e ad altri Enti pubblici locali funzioni proprie della sua amministrazione”. E il 14, al primo comma: “La Regione esercita normalmente le funzioni amministrative, delegandole alle Provincie, ai Comuni e ad altri Enti locali o valendosi dei loro uffici”. Dunque, se si resta nell’ambito dello statuto, non possiamo offrire che deleghe di funzioni amministrative. E, a quanto pare, questo abbiamo offerto.

Ma questo non soddisfa gli allogeni e non soddisfa gli austriaci. Perché? Che cosa essi pretendono? Ce lo ha detto il presidente della S.V.P., il rinnegato Magnago, pochi giorni fa, in una intervista: “Noi consideriamo rispettato il trattato di Parigi Gruber-De Gasperi solo e unicamente in quanto ci venga concesso di poter legiferare su tutte le materie, sulle quali legifera oggi la Regione Trentino-Alto Adige”.

Dunque, ecco quello che vogliono gli allogeni e gli austriaci. Vogliono che la potestà di fare leggi su certe materie, che attualmente è attribuita dallo statuto alla Regione Trentino-Alto Adige, sia tolta alla Regione e attribuita alla Provincia. Questo non si può fare per via di delega, perchè, come ho detto, lo statuto non prevede delega del potere legislativo. Si dovrebbe fare per legge costituzionale. E una legge costituzionale deve essere approvata dal Parlamento a maggioranza di due terzi. Ora, un Governo può promettere di dare o fare quello che ha il potere di dare o fare; non può promettere di più, e in particolare non può promettere quello che solo il Parlamento ha il potere di fare o dare.

A maggior ragione non può impegnarsi a fare approvare un disegno di legge per il quale occorra una maggioranza parlamentare di due terzi – cioè diversa da quella di cui esso dispone.

Ma la ragione principale, per cui la richiesta austriaca non può essere accolta, e di merito, non di forma. Ed è la seguente. Attualmente, lo statuto della Regione Trentino-Alto Adige attribuisce potestà legislativa alla regione su 25 materie, e fra esse ce ne sono alcune che non possono assolutamente essere assegnate alla Provincia di Bolzano, perchè la piccola minoranza allogena si trincerebbe negli organi della Provincia e chiuderebbe l’Alto Adige al resto degli italiani.

Guardiamo in faccia alla realtà e chiamiamo le cose coi loro nomi: “Difesa del gruppo etnico”, “del carattere etnico”, ecc., sono formule più o meno speciose, le quali significano semplicemente questo: che gli atesini di lingua tedesca intendono chiudere l’Alto Adige agli italiani delle vecchie provincie, sia a quelli che vogliono andarvi a lavorare, sia a quelli che vogliono andarvi a impiantar nuove industrie e a creare nuove fonti di ricchezza per tutti. I lavoratori italiani possono andare in Germania, nel Belgio, ecc.; ma, domani, in Alto Adige non entrerebbero o non troverebbero lavoro. Il capitale tedesco, sì, quello sarebbe il benvenuto, e gli atesini hanno fatto quello che potevano per attirarlo. Il capitale italiano: per le industrie italiane c’è oggi, la bomba al plastico, e domani ci sarebbe una legislazione provinciale vessatoria.

Il punto è questo: noi siamo per l’accordo De Gasperi-Gruber: tutto l’accordo, e niente più di quello che è nell’accordo. E nell’accordo non c’è l’autonomia integrale. Abbiamo già citato il parere del prof. Gschnitzer: “L’autonomia sarebbe la soluzione ideale. Poichè nel ’45 ciò non si potè ottenere, si sarebbe dovuto respingere ciò che era possibile ottenere, cioè, gli accordi di Parigi?”. Significa, evidentemente,

che gli accordi non implicano l'autonomia. Aggiungiamo, ora, il parere dell'ex-ministro degli Esteri austriaco Figl: "L'Austria, nello spirito degli ideali delle Nazioni Unite, ha compiuto nel 1946 un grande sacrificio: parlo degli accordi di Parigi sul Tirolo del Sud. Non ci fu facile allora, firmare quegli accordi". È in che sarebbe consistito il sacrificio, e perchè la difficoltà di firmare, se quegli accordi avessero implicato, come sostiene il rinnegato, Magnago, l'autonomia integrale?

Poichè a Zurigo non è stato possibile raggiungere alcun accordo, la delegazione austriaca ha proposto la nomina di una Commissione internazionale d'inchiesta, ma la delegazione italiana ha opposto che "il mezzo pacifico più indicato è la Corte internazionale dell'Aja". È superfluo ricordare le ragioni che suffragano la tesi italiana: 1) la natura essenzialmente giuridica della controversia; 2) la specifica indicazione della Corte, che fece l'Assemblea delle nazioni Unite nella sua risoluzione. Ed è egualmente superfluo ricordare le ragioni per cui l'Austria non vuole adire la Corte: perchè sa che la Corte giudicherebbe in base all'accordo, e non potrebbe non riconoscere che l'accordo non implica affatto l'autonomia totale – cioè non potrebbe non darle torto.

Del resto, il Governo austriaco ha consultato vari esperti di diritto internazionale. Dica: quale è stato il loro responso?

**Augusto Guerriero**

(15) Artikel vom Dienstag, 27. Juni 1961, S. 1

## **LE RIVELAZIONI dello „Spiegel“**

### **DAL NOSTRO CORRISPONDENTE**

**Bonn** 26 giugno, notte. Le trattative italo-austriache a Zurigo erano cominciate sotto troppo cattivi auspici perchè si potesse credere che approdassero ad un risultato concreto e soddisfacente per ambo le parti. Non si registra, quindi, in Germania, alcuna sorpresa, ma solo l'amara conferma che le pessimistiche previsioni si sono avverate. I commenti della grande stampa d'informazione sono intonati alla realtà della cronaca e si limitano ad esprimere il voto che da una parte e dall'altra si trovi al più presto un terreno d'intesa. Trapela qua e là il timore, già espresso sabato dal presidente del partito liberale, Mende, che la contesa italo-austriaca finisca col fare il gioco di Mosca ed anche col compromettere le questioni tedesche, tra cui quella di Berlino sta per venire in gioco.

Ma ci sono pure giornali che apertamente disapprovano l'atteggiamento assunto da certi ambienti e da certi gruppi tedeschi. La "Rhein Zeitung" per esempio, di tendenza socialista, ritiene che si debba prestar fede alla dichiarazione del ministro Strauss, secondo la quale nessun alto-atesino è mai stato istruito nella Germania federale alla tecnica degli attentati e della guerra partigiana. Ma il giornale si schiera risolutamente contro l'invito rivolto dai liberali monacensi ai deputati e funzionari e agli iscritti al partito di non più recarsi in Italia in vacanza.

Quanto al preteso giogo italiano cui sarebbero sottoposti gli alto-atesini, la "Frankfurter Presse", d'ispirazione governale, osserva che i tedeschi della Repubblica comunista di Pankow sarebbero ben felici se potessero godere di tante libertà come ne gode la minoranza tedesca nell'Alto Adige. Ecco finalmente qualcuno che dice in Germania le cose come stanno, perchè purtroppo si è largamente accreditata nell'opinione pubblica la tesi che si sia instaurato dall'Italia in Alto Adige un regime di tirannia e di persecuzione.

Anche lo "Spiegel" torna ad occuparsi nel suo odierno numero della questione alto-atesina. Si tratta di una rivista scevra da ogni fisima nazionalistica e che, unico giornale forse nella repubblica federale, vede le cose come stanno. Essa ha scoperto più di una volta le mene degli "ultra" austriaci ed alto-atesini. Fu lo "Spiegel", infatti, a denunciare qualche mese fa i piani di guerra partigiana di Fritz Molden, editore di un gruppo di giornali viennesi, tra cui "Die Presse", e fu pure lo "Spiegel" a raccontare le imprese e le attività ad Innsbruck dello pseudo giornalista Pflaunder [sic = Pfaundler] e del capo della Volkspartei tirolese, Aloys Oberhammer. La rivista ricorda il consiglio rivolto ad alcuni giornalisti dalla signora Stadlmayr, non appena si ritrovò, dopo i quarantadue giorni d'arresto in Italia, sul suolo austriaco: "Voi dovrete recarvi subito nel Sud Tirolo perchè da domani possono succederne laggiù di tutti

i colori”. Nonostante la sua detenzione –, osserva la rivista –, la signora Stadlmayr era benissimo informata, e difatti, poco dopo, cominciarono a scoppiare le bombe dei terroristi e “da un momento all’altro un paradiso medio-europeo per i villeggianti sembrò trasformarsi in un teatro di guerra partigiana”.

Sullo scopo di quest’ondata di terrorismo lo “Spiegel” non lascia alcuno dubbio. Si voleva impedire al Governo di Vienna di giungere ad una soluzione ragionevole con l’Italia. “I partigiani altoatesini comandati da Innsbruck dal Pflaunder [sic] e dall’Oberhammer non si vogliono affatto contentare di una mezza o una piena autonomia di cui si parlava in seno al Governo. Essi vogliono, come i ciprioti e gli algerini, il diritto di autodeterminazione, vogliono ritornare alla neutrale Austria”. Il capo partigiano Pflaunder [sic], conclude la rivista, era di ottimo umore quando diede il benvenuto alla Stadlmayr al Brennero, e disse trionfante: “Nel Sud - Tirolo continueranno le esplosioni fino a quando gli italiani molleranno”.

**Massimo Caputo**

## 10.2 Zusätzliche Informationen

**Ettore Tolomeis "Provvedimenti per l'Alto Adige"** (entnommen aus: Steininger 1997, S. 78f.)

1. Vereinigung des Alto Adige und des Trentino in einer einzigen Provinz mit Hauptstadt Trient.
2. Ernennung italienischer Gemeindesekretäre.
3. Revision der (Staatsbürgerschafts-) Optionen und Schließung der Brennergrenze für alle Personen, denen die italienische Staatsbürgerschaft nicht zuerkannt worden war.
4. Einreise- und Aufenthaltserschwernisse für Deutsche und Österreicher.
5. Verhinderung der Einwanderung Deutscher.
6. Revision der Volkszählung von 1921.
7. Einführung des Italienischen als Amtssprache.
8. Entlassung der deutschen Beamten bzw. Versetzung in die alten Provinzen.
9. Auflösung des "Deutschen Verbandes".
10. Auflösung aller Alpenvereine, die nicht dem italienischen Alpenverein unterstanden; Übergabe der Schutzhütten an den italienischen Alpenverein.
11. Verbot des Namens "Südtirol" und "Deutsch-Südtirol".
12. Einstellung der in Bozen erscheinenden Tageszeitung "Der Tiroler".
13. Italianisierung der deutschen Ortsnamen.
14. Italianisierung der öffentlichen Aufschriften.
15. Italianisierung der Straßen- und Wegbezeichnungen.
16. Italianisierung der verdeutschten Familiennamen.
17. Entfernung des Denkmals Walthers von der Vogelweide vom Bozner Waltherplatz.
18. Verstärkung der Carabiniertruppe unter Ausschluss deutscher Mannschaften.
19. Begünstigung von Grunderwerb und Einwanderung von Italienern.
20. Nichteinmischung des Auslandes in Südtiroler Angelegenheiten.
21. Beseitigung deutscher Banken, Errichtung einer italienischen Bodencreditbank.
22. Errichtung von Grenzzollämtern in Sterzing und Toblach.
23. Großzügige Förderung der italienischen Sprache und Kultur.
24. Errichtung italienischer Kindergärten und Volksschulen.
25. Errichtung italienischer Mittelschulen.
26. Strenge Kontrolle von Auslands-Hochschuldiplomen.
27. Ausbau des Istituto di Storia per l'Alto Adige.
28. Änderung des Gebietsumfangs des Bistums Brixen und strenge Kontrolle der Aktivität des Klerus.
29. Verwendung des Italienischen bei Prozessen und vor Gericht.
30. Staatliche Kontrolle der Handelskammer Bozen und der landwirtschaftlichen Körperschaften (Corporazioni).
31. Umfangreiche Programme für neue Eisenbahnknoten, um die Italianisierung des Alto Adige zu erleichtern (Bahnprojekte Mailand-Mals, Veltlin-Brenner, Agordo- Brixen).
32. Steigerung des Truppenbestandes im Alto Adige.

### 10.3 Abstract

Auch bei genauerer Auseinandersetzung mit der Südtirolfrage bleibt dem Interessierten der italienische Blickwinkel bis zu einem gewissen Grad verborgen. Das fragwürdige Andauern der repressiven Italianisierungspolitik und die Nicht-Einhaltung des Gruber-De Gasperi-Abkommens bis Anfang der 60er Jahre lösten einen Widerstand der Südtiroler aus, der in Bombenanschlägen gipfeln sollte. Seinen Höhepunkt nahmen die Attentate in der sogenannten „Feuernacht“ vom 11. auf den 12. Juni 1961, in welcher die norditalienische Industrie durch die Sprengung von Strommasten lahmgelegt werden sollte.

Die vorliegende Arbeit erläutert sowohl die historischen Gegebenheiten, die zum konflikthaften Ereignis führten, als auch die Folgen für die unmittelbar betroffene Bevölkerung. Von besonderem Interesse ist die Frage, wie die meistgelesene Tageszeitung Italiens („Corriere della Sera“) die Haltung der Regierung gegenüber den Südtirolern rechtfertigte, wie sie die Wirklichkeit konstruierte und welche öffentliche Meinung in weiterer Folge daraus entstand. Zu diesem Zweck wurde ein repräsentativer Schnitt von 15 Artikeln aus der Zeitung ausgewählt und mittels einer Inhaltsanalyse, welche methodisch an die Kritische Diskursanalyse angelehnt war und für welche elf Fragestellungen definiert worden sind, untersucht. Der Fokus lag auf den Reaktionen auf die „Feuernacht“ im unmittelbar darauffolgenden Zeitraum vom 13. Juni bis zum 31. Juni 1961.

Aus der Analyse ging hervor, dass dem „Corriere della Sera“ eine einseitige Berichterstattung vorgeworfen werden kann: Einerseits wurden Informationen zu den Schwierigkeiten in Südtirol und die Beweggründe der Attentäter nahezu verschwiegen, wodurch die italienische Öffentlichkeit keine Möglichkeit bekam, über die schwierige Situation im Alto Adige aufgeklärt zu werden. Andererseits inszenierte die Zeitung den italienischen Staat als einen überlegenen Demokraten und unterstelle sowohl dem österreichischen Staat mit seinen Forderungen als auch den Südtirolern, dass sie wieder dem Nazismus verfallen und deswegen nicht ernst zu nehmen seien. Die öffentliche Meinung wurde dadurch von einem Feindbild in der Form des österreichischen Staats und der Südtiroler geprägt, was eine Kluft zwischen den beiden Ethnien geschaffen haben muss.